

**HESSISCHER LANDTAG**

13. 12. 2017

123. Sitzung

Wiesbaden, den 13. Dezember 2017

Amtliche Mitteilungen	8731	Einzelplan 05	8755
<i>Entgegengenommen</i>	8731	Heike Hofmann	8755
Vizepräsidentin Heike Habermann	8731, 8798	Hartmut Honka	8756
Holger Bellino	8731	Dr. Ulrich Wilken	8758
 39. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019		Hildegard Förster-Heldmann	8758
– Drucks. 19/5744 zu Drucks. 19/5237 –	8731	Dr. Frank Blechschmidt	8759
<i>Beratung fortgesetzt und beendet</i>	8819	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	8761
 Einzelplan 01	8731	 Einzelpläne 06, 17 und 18	8762
 Einzelplan 03	8731	Marius Weiß	8762
 90. Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Personenkreis der Berechtigten für das Landesticket erweitern		Dr. Walter Arnold	8764
– Drucks. 19/5766 –	8731	Jan Schalauske	8765
<i>Aussprache beendet</i>	8819	Eva Goldbach	8767
Nancy Faeser	8731	Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn	8770
Alexander Bauer	8733	Minister Dr. Thomas Schäfer	8771
Hermann Schaus	8734	 Einzelplan 07	8773
Jürgen Frömmrich	8737	 91. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Ungerechtigkeiten beim Schülerticket beenden – kostenlose Schülerbeförderung für alle	
Wolfgang Greilich	8739	– Drucks. 19/5767 –	8773
Minister Peter Beuth	8741	<i>Aussprache beendet</i>	8819
 Einzelplan 04	8743	Tobias Eckert	8773
Christoph Degen	8743	Karin Müller (Kassel)	8776
Armin Schwarz	8745	Janine Wissler	8778, 8787
Gabriele Faulhaber	8747	Heiko Kasseckert	8780
Daniel May	8749	Jürgen Lenders	8782
Wolfgang Greilich	8751	Minister Tarek Al-Wazir	8784
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	8753	 Einzelplan 08	8788
		Gerhard Merz	8788, 8791
		Dr. Ralf-Norbert Bartelt	8790, 8792
		Marjana Schott	8792
		Marcus Bocklet	8793
		René Rock	8795, 8798
		Minister Stefan Grüttner	8796

Einzelplan 09	8798	3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Wassergesetzes und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften	
Angelika Löber	8798	– Drucks. 19/5462 –	8819
Martina Feldmayer	8800	<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen</i>	8825
Marjana Schott	8801	Ministerin Priska Hinz	8819
Dirk Landau	8803	Angelika Löber	8820
Wiebke Knell	8804	Dirk Landau	8821
Ministerin Priska Hinz	8806	Marjana Schott	8822
		Wiebke Knell	8823
Einzelplan 10	8808	Angela Dorn	8824
		5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Chancengleichheit und zur Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung (Chancengleichheits- und Qualitätsverbesserungsgesetz – ChancenG)	
Einzelplan 11	8808	– Drucks. 19/5467 –	8825
		<i>Nach erster Lesung dem Sozial- und Integrationspolitische Ausschuss überwiesen</i>	8838
Einzelplan 15	8808	Gerhard Merz	8825, 8833, 8836
54. Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend innovative Hochschulen in Hessen		Dr. Ralf-Norbert Bartelt	8826
– Drucks. 19/5167 –	8808	Marjana Schott	8828, 8835
<i>Aussprache beendet</i>	8819	Marcus Bocklet	8829, 8837
69. Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Forschungsförderung in Hessen		René Rock	8830, 8834
– Drucks. 19/5461 –	8808	Minister Stefan Grüttner	8832, 8834
<i>Aussprache beendet</i>	8819		
Gernot Grumbach	8808, 8817		
Karin Wolff	8809		
Janine Wissler	8810, 8818		
Daniel May	8811		
Wiebke Knell	8814		
Minister Boris Rhein	8814		

Im Präsidium:

Vizepräsidentin Heike Habermann

Vizepräsident Frank Lortz

Vizepräsidentin Ursula Hammann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir

Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen
beim Bund Lucia Puttrich

Minister des Innern und für Sport Peter Beuth

Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer

Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann

Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz

Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner

Staatssekretär Michael Bußer

Staatssekretär Mark Weinmeister

Staatssekretär Mathias Samson

Staatssekretär Werner Koch

Staatssekretär Dr. Martin J. Worms

Staatssekretär Thomas Metz

Staatssekretär Dr. Manuel Lösel

Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser

Staatssekretär Kai Klose

Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

Abwesende Abgeordnete:

Sigrid Erfurth

Brigitte Hofmeyer

Judith Lannert

(Beginn: 9:02 Uhr)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest und eröffne die 123. Plenarsitzung.

Zur Tagesordnung. Erledigt sind die Punkte 1, 2, 4, 30 bis 32, 37, 60 und 92.

Gestern Abend tagte der Innenausschuss und hat eine Beschlussempfehlung abgegeben zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung glücksspielrechtlicher Vorschriften, Drucks. 19/5770. Die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfs steht auf dem Nachtrag zur Tagesordnung unter Tagesordnungspunkt 89.

Außerdem hat der Innenausschuss eine Beschlussempfehlung, Drucks. 19/5771, abgegeben zu dem Dringlichen Antrag betreffend Scheitern des Zweiten Glücksspieländerungsstaatsvertrags, Drucks. 19/5769. Diese steht auf dem Nachtrag zur Tagesordnung unter Tagesordnungspunkt 93.

Auch der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung tagte und hat eine Beschlussempfehlung abgegeben zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Spielhalengesetzes, Drucks. 19/5772. Die dritte Lesung steht auf dem Nachtrag zur Tagesordnung unter Tagesordnungspunkt 94.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß ohne Mittagspause bis 19 Uhr und fahren mit den Beratungen zu Tagesordnungspunkt 39 fort.

Entschuldigt fehlen heute Herr Ministerpräsident Volker Bouffier bis 10 Uhr, Frau Staatsministerin Lucia Puttrich ab 11:45 Uhr und Herr Staatsminister Prof. Dr. Alexander Lorz von 14 bis 15 Uhr.

Ich weise außerdem darauf hin, dass die Ausstellung „Wahrheitskämpfer“ heute um 13 Uhr in der Ausstellungshalle eröffnet wird. Die Ausstellung besteht aus Portraits ermordeter und inhaftierter Journalistinnen und Journalisten aus der ganzen Welt, gestaltet von Künstlern der Künstlergruppe „ATELIER 13“.

Herr Bellino, zur Geschäftsordnung.

Holger Bellino (CDU):

Frau Präsidentin, ich wollte nur mitteilen, dass Kollegin Lannert erkrankt ist.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank, das nehmen wir zu Protokoll. Frau Lannert ist auch entschuldigt.

Nach den Beratungen zum Einzelplan 06 kommt der Untersuchungsausschuss 19/2 in Sitzungsraum 100 A zusammen.

Damit können wir mit der Tagesordnung beginnen und mit der Haushaltsdebatte – **Tagesordnungspunkt 39** – fortfahren. Wie Sie der Tagesordnung sowie der Anlage zum Tagesordnungspunkt 39 entnehmen können, werden verschiedene Tagesordnungspunkte mit Einzelplänen aufgerufen. Um uns hier oben das Geschäft zu erleichtern, haben die Fraktionen für die Einzelpläne 03 bis 15 eine Redezeit angemeldet. Diese Liste liegt mir vor. Wir werden Sie darauf

aufmerksam machen, wenn Sie die vereinbarte Redezeit ausgeschöpft haben.

Der Ältestenrat hat beschlossen, keine Kurzinterventionen bei der Beratung der Einzelpläne zuzulassen.

Ich rufe

Einzelplan 01 – Hessischer Landtag –

auf. Hierzu hat keine Fraktion Redezeit angemeldet.

Somit rufe ich

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

auf. In Verbindung damit rufe ich auch **Tagesordnungspunkt 90** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Personenkreis der Berechtigten für das Landesticket erweitern – Drucks. 19/5766 –

Ich erteile Frau Kollegin Faeser für die SPD-Fraktion das Wort.

Nancy Faeser (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 18 Jahre CDU-geführte Landesregierungen bedeutet vor allen Dingen fehlende Wertschätzung für die hessische Polizei.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Ich will darum bitten, dass die Landesregierung – Herr Innenminister – auf ihre Zwischenrufe verzichtet und ihre Anmerkungen später am Rednerpult vorträgt. Ich denke, das ist der Haushaltsdebatte angemessen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Seit 2004 wurden im Zuge der „Operation düstere Zukunft“ 1.000 Stellen gestrichen, übrigens unter der Verantwortung des damaligen Innenministers Volker Bouffier. 18 Jahre verfehlte Besoldungspolitik: erst die Einführung der 42-Stunden-Woche, dann die Kürzung bzw. Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgelds, zusätzliche Zahlungen bei der Beihilfe, eine Nullrunde im Jahr 2015 und eine Erhöhung um 1 % im Jahr 2016.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie viel wollen Sie ausgeben?)

Das alles geschah – Herr Boddenberg – unter Ihrer Verantwortung. 2016 und 2017 gab es eine Erhöhung um 1 %, und es gab eine Nullrunde im Jahr 2015. Ich sage es Ihnen noch einmal: Damit wurden hessische Beamtinnen und Beamte drei Jahre lang von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgeschnitten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKE – Zuruf des Abg. Hugo Klein (Freigericht) (CDU))

Die Arbeitsbelastung ist enorm gestiegen. Viele Aufgaben sind hinzugekommen. Die Teilnahme an geschlossenen Einsätzen hat zugenommen. Was den Personalmangel und die Überbelastung betrifft – Herr Klein, ich sage es Ihnen gerne noch einmal –: Es gibt derzeit drei Millionen Überstunden. Zudem gibt es weitere drei Millionen Lebensarbeitszeitkontostunden.

Herr Innenminister, was bedeutet das eigentlich für die Personalzahlen? Haben Sie einmal ausgerechnet, wie viel Personal dadurch fehlt? Wissen Sie eigentlich, was das bedeutet, wenn diese Personen ihre gesamten Lebensarbeitszeitkontostunden nehmen, bevor sie in die Pensionierung gehen? Dann gehen sie nämlich noch früher, und der Personalmangel wird noch eklatanter.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Herr Klee, was bedeuten eigentlich durchschnittlich 30 Krankheitstage pro Jahr? Normalerweise nehmen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – das können Sie bei der AOK erfahren – 15 Krankheitstage im Jahr. Das ist gerade einmal die Hälfte. Das ist die Politik einer CDU-geführten Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

In den Großstädten gibt es Personalmangel. Das haben wir z. B. in Frankfurt gemerkt, als viele Kräfte am Frankfurter Hauptbahnhof eingebunden waren, um dort den Kriminalitätsanstieg zu bewältigen. Aber ich weise auch auf den ländlichen Raum hin. Schauen Sie sich an, was für einen Personalmangel die Dienststellen im ländlichen Raum haben: wie eklatant er dort ist.

Ich will dazu ein Beispiel nennen, über das dieser Tage in der Zeitung zu lesen war. Kollege Rudolph hat mir den Artikel dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ja. – Herr Wintermeyer, die „HNA“ ist im Rhein-Main-Gebiet vielleicht nicht so präsent, aber ich erzähle es Ihnen gerne und zeige es auch denen, die auf der Regierungsbank sitzen. Die örtliche CDU fordert nämlich

(Günter Rudolph (SPD): In Melsungen!)

– Achtung: CDU im Melsungen –, es möge doch bitte aufgrund des Personalmangels ein Pilotprojekt geben, wonach in der Polizeistation Melsungen für zwei Jahre mehr Personal eingesetzt wird.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Was ist das denn anderes als der wirkliche Beweis dafür, dass Personalmangel vor Ort existiert?

(Beifall bei der SPD)

Aber ich verrate Ihnen ein Geheimnis, meine Damen und Herren von der CDU: Man kann das ändern.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Im letzten Jahr, eineinhalb Jahre vor der Landtagswahl, haben Sie plötzlich – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – deutlich mehr Personal eingestellt und die Anwärterzahlen erhöht. Wir brauchen deutlich mehr Personal. Ich sage Ihnen: Das, was Sie jetzt im Haushalt vorlegen – 890 Anwärterstellen in den Jahren 2018 und 2019 –, zeigt, dass Sie schon wieder anfangen, abzubauen. Es sind nämlich 30 Stellen weniger. Deswegen fordern wir bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern auch 200 Stellen mehr. Das ist mehr als angemessen. Wir erwarten Ihre Unterstützung dafür.

(Beifall bei der SPD)

Wo Sie laut Haushaltsplan übrigens Personal aufbauen – das ist ganz interessant –, ist im Innenministerium. Dort werden 40 zusätzliche Stellen geschaffen; und Sie setzen

damit völlig falsche Schwerpunkte. Ich will Ihnen einmal sagen, was das seit dem Jahr 2000 bedeutet: Im Innenministerium gibt es im Jahr 2019 445 Beamtenstellen und 101,5 Tarifstellen. Im Jahr 2000 waren es im Vergleich zu 445 noch 182 Beamtenstellen und 135 Tarifbeschäftigte. Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Indianer vor Ort und nicht mehr Häuptlinge in Wiesbaden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Deutsche Polizeigewerkschaft formuliert es übrigens etwas krasser. Sie sagt nämlich: Es gibt einen massiven Stellenzuwachs in den Wasserköpfen und nicht vor Ort. – Recht haben sie. Es muss darum gehen, in der Fläche Personal zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Auch die fehlende Wertschätzung kann man ändern. Wir haben daher die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage beantragt. Diejenigen, die im Schichtdienst schweren Dienst für die Gesellschaft leisten, haben es verdient, dass sie davon wenigstens nach der Pensionierung etwas merken. Stimmen Sie daher unserem Antrag zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage zu. Das wäre eine echte Wertschätzung für die Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Auch die 424 Stellenhebungen im Haushalt sind leider nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein. Das ist kein zielführender Weg. Sie erreichen damit gerade einmal – Achtung – 2,8 % der Polizeibeamten. Es kann aber nicht darum gehen, hier einfach mehr zu fordern, sondern es braucht strukturelle Veränderungen. Es kann nicht sein, dass Polizeibeamte nach einem dreijährigen Studium mit der A 9 beginnen, relativ schnell in der A 10 ankommen, dann aber jahrzehntelang nichts mehr passiert und sie zum Teil bis zur Pensionierung in der A 10 verbleiben. Das ist der Tätigkeit nicht angemessen. Wir brauchen einen anderen Stellenzuwachs. Wir könnten uns vorstellen – jetzt kann man sich über den richtigen Weg streiten –, für die Polizei eine eigene Laufbahn zu machen oder mit einem Zulagensystem zu arbeiten. Man könnte auch die Funktionsstellen ganz anders nennen. Ich glaube, es gibt vieles, was man strukturell verändern muss.

(Zuruf des Ministers Peter Beuth)

Eines ist mehr als deutlich – Herr Innenminister, weil Sie schon wieder versuchen, reinzureden –: 75 % aller Polizeivollzugsbeamten sind in Hessen in der A 10. Das ist im Vergleich zu allen anderen Bundesländern eine Ausnahme; dort gibt es wesentlich bessere Strukturen.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, in Berlin! – Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

– Ja, Herr Bauer. – In Nordrhein-Westfalen haben sie das System, dass die meisten in der A 12 sind; da haben Sie noch vieles zu machen. Sie müssen Anreize setzen, damit die Zufriedenheit der Beamten wieder steigt. Es kann nicht sein – Herr Boddenberg, ich will Ihnen das Beispiel noch einmal nennen –,

(Michael Boddenberg (CDU): Ich habe nichts gemacht, Frau Kollegin!)

dass ein stellvertretender Dienstgruppenleiter in der A 10 ist und keine Perspektive auf eine Beförderung hat, obwohl

er mehr Verantwortung übernimmt. Sie müssen dieses System anpacken und strukturell etwas verändern.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie viel Geld wollen Sie denn ausgeben?)

Unserer Forderung, die Polizei endlich von polizeifremden Aufgaben zu entlasten – das fordern wir seit Jahren –, kommen Sie noch immer nicht nach.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, still ruht der See!)

Wir haben gefordert, dass die Schwertransporte nicht mehr von der Polizei begleitet werden. Als wir das beantragt haben, hat man uns gesagt: Das wird gemacht; wir sind da längst dran. – Das ist Jahre her. Die Polizei begleitet die Schwertransporte noch immer. Dort müssen wir zu einer Entlastung beitragen, die im Übrigen auch nichts kostet.

(Beifall bei der SPD)

Die verbesserte Schutzausrüstung ist gut und richtig. Das haben wir übrigens schon im Jahr 2015 in den Flüchtlingsetat mit hineinverhandelt. Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, dass wir das schon etwas länger im Blick hatten; und da hätten Sie schon längst etwas machen müssen.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Völlig unzureichend ist – das weiß auch Herr Bauer – die Personalausstattung bei der Hochschule für Polizei und Verwaltung, bei der Polizeiakademie. Dort besteht dringender Handlungsbedarf. Sie haben jetzt mehr eingestellt; dann muss man den Forderungen der Hochschule auch nachkommen. Wir begrüßen auch die erhöhten Mittel für den Brandschutz. Aber eines will ich Ihnen zum Schluss sagen: Das SWIM-Programm finden wir gut und richtig. Warum es aber jetzt gut und richtig ist, letztes Jahr, als wir es beantragt haben, aber nicht, bleibt uns ein Rätsel.

Meine Damen und Herren, wir haben im Innenetat viel zu tun. Machen Sie endlich etwas in Bezug auf echte Wertschätzung bei der hessischen Polizei. Stellen Sie mehr Personal ein, und stimmen Sie unseren Anträgen zu, damit die Polizei einmal richtig Wertschätzung erhält und nicht nur in Sonntagsreden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Kollege Bauer für die CDU-Fraktion das Wort.

Alexander Bauer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Doppelhaushalt 2018/2019 setzt den finanziellen Rahmen für mehr Polizei, bessere Ausstattung und intensivere Prävention. Dieser Einzelplan 03 ist der drittgrößte, und er veranschaulicht mit einem Ausgabenvolumen von über 2,7 Milliarden € eindrucksvoll einen wesentlichen Grundpfeiler unserer Politik; denn die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen für ein Hessen, in dem wir gut und sicher leben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeit der Polizei ist ein maßgeblicher Einflussfaktor für die Lebensqualität der Menschen. Die CDU ist stolz auf die gute Arbeit, die unsere Sicherheitsbehörden und die

Polizeibeamtinnen und -beamten tagtäglich in Hessen leisten. Dafür danken wir ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist und bleibt die Partei der inneren Sicherheit. In den letzten 18 Jahren haben wir den Polizeihaushalt mehr als verdoppelt. Auch mit dem Landeshaushalt 2018/2019 gewährleisten wir in einem umfangreichen Stärkungspaket wichtige Investitionen für eine sichere Zukunft. Meine Damen und Herren, dieses Engagement zahlt sich aus: Hessen ist mit einer Aufklärungsquote von 62,7 % – das sind übrigens 18 Prozentpunkte mehr als zur letzten SPD-Regierungszeit – eines der sichersten Bundesländer.

(Beifall bei der CDU – Holger Bellino (CDU): Hört, hört!)

Liebe Frau Faeser, seit 18 Jahren befinden sich die Menschen mit unserer Sicherheitspolitik wahrlich in guten Händen. Das kann ich anhand verschiedener Zahlen eindrucksvoll belegen. Sie fordern mehr Polizei. Was haben wir getan? Schon 2017 wurde die Polizei mit über 1.100 Anwärtern gestärkt, und es kamen massiv Stellen hinzu. 2018/2019 kommen jeweils weitere 240 Stellen dazu. Nach der dreijährigen Ausbildungszeit wird die hessische Polizei im Jahr 2022 über rund 15.260 Polizeivollzugsstellen verfügen. Niemals gab es mehr Polizei in Hessen. Wir haben in dieser Wahlperiode, seit 2014, die Polizeivollzugsstellen um 11 % ausgeweitet. Auch im Verwaltungsbereich gibt es im Jahr 2018 jeweils 60 zusätzliche Stellen. Ich erwähne ausdrücklich auch unseren Änderungsantrag für die Aufstockung des Programms „Schutzmann vor Ort“ um weitere 30 Stellen. Hiermit investieren wir gerade in die Sicherheit im ländlichen Raum. Das sind alles wichtige Maßnahmen für mehr Sicherheit in Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprachen auch die Arbeitsbedingungen an. Natürlich werden wir die Arbeitsbedingungen kontinuierlich verbessern. Wir werden sowohl im nächsten Jahr als auch im Folgejahr die Beförderungschancen steigern. 424 Stellenhebungen sind vorgesehen. Das sind Karriereperspektiven. Über 600 Beförderungsmöglichkeiten entstehen dadurch. Wir haben in den beiden Folgejahren für den Abbau von Überstunden jeweils 4,5 Millionen € vorgesehen. 2017 – das wissen Sie – wurde die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 41 Stunden reduziert. Das Lebensarbeitszeitkonto wurde beibehalten. Damit haben die Beamten faktisch eine 40-Stunden-Woche.

(Beifall bei der CDU – Nancy Faeser (SPD): Wer hat die Arbeitszeit denn auf 42 Stunden hochgesetzt?)

Meine Damen und Herren, was wollen Sie denn noch mehr? Es wird ab 2018 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die sogenannte Freifahrtberechtigung geben. Das ist eine wirklich wunderbare Sache, um die uns viele Bundesländer beneiden.

(Beifall bei der CDU)

Wo gibt es das sonst noch? – Das ist einmalig in ganz Deutschland. Sie sprachen auch die Tarif- und Besoldungserhöhung an. Diese war zum 1. Juli 2017 mit 2 % schon deutlich spürbar; und zum 1. Februar im nächsten Jahr wird eine Tarifsteigerung von weiteren 2,2 % erfolgen.

Wir investieren also auch in diesem Bereich direkt in den Geldbeutel der Beamtinnen und Beamten. Wenn ich mir

diese Bemerkung erlauben darf: Sich hier als Fürsprecher der Beamtinnen und Beamten aufzustellen, das ist sehr unglaubwürdig. Wenn man sich anschaut, was Sie fordern, dann sieht man, dass das den Beamten schadet; das ist die Bürgerversicherung. Aber auch ganz konkret: Was haben Sie denn getan, um die Situation zu verbessern?

(Nancy Faeser (SPD): Ei, ei, ei!)

Schauen wir uns doch einmal an, was Sie für die Beamten wollen. Frau Faeser, im Haushaltsplan 2015 – –

(Norbert Schmitt (SPD): Bauer sucht Argumente, findet aber keine! – Weitere Zurufe von der SPD – Glockenzeichen der Präsidentin)

– Herr Schmitt, ich habe eines. – Sie haben im Jahr 2015 einen Änderungsantrag zur Stärkung der Beamtenschaft gestellt, weil wir damals eine Nullrunde vorgesehen hatten. Sie haben damals eine globale Minderausgabe von 20 Millionen € gefordert. Das ist ein Abbau von 400 Stellen. Das ist Ihre Politik. Das war ein Antrag, den Sie eingereicht haben. Da wollen Sie sagen, Sie machten mehr für die Polizei.

(Nancy Faeser (SPD): Jetzt führen Sie unseren Antrag aus dem Jahr 2015 an!)

Frau Kollegin Faeser, das ist lächerlich. Sie wollen die Beamten mit Ihren politischen Überlegungen schröpfen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss sich nicht an den Worten, sondern an den Taten messen lassen. Es gibt kein Bundesland, in dem eine bessere Sicherheitspolitik gemacht wird.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Kommen wir zu einem weiteren Punkt der Sicherheitsarchitektur, das ist die Stärkung des Verfassungsschutzes. Im Jahr 2018 werden wir 20 neue Stellen aufbauen und im Jahr 2019 weitere 12 Stellen. Der Verfassungsschutz hat eine wichtige Aufgabe in der Observation, in der Bekämpfung des Islamismus, aber auch in der Internetaufklärung. Dafür benötigen wir mehr Personal. Der Verfassungsschutz wird auf bis zu 370 Planstellen ausgebaut, um seine wichtigen Aufgaben realisieren zu können.

Wir werden auch, und das ist wichtig, die Prävention intensivieren. Nie gab es mehr Geld für Präventionsarbeit. 5,7 Millionen € stehen in den nächsten Jahren bereit. Das ist ein Dreiklang von Prävention, Aufklärung und Repression. Wir sorgen in Hessen verlässlich für mehr Sicherheit.

Wir machen das auch durch die modernste Ausstattung. Ich will nicht mehr erwähnen, wie das war, als Sie noch regiert haben. Die Streifen mussten, wenn sie in die Wache zurückkamen, ihre Schutzwesten ausziehen, damit die nächste Streife die Schutzwesten anziehen konnte. Vorbei sind die Zeiten, in denen Streifenfahrten mangels Benzin eingestellt werden mussten. Das war alles Realität, als die SPD in diesem Haus das Sagen hatte.

(Beifall bei der CDU)

Wir sorgen dafür, dass die Polizei die modernste Ausrüstung bekommt. Wir stellen jeweils 9 Millionen € für modernste Dienst- und Schutzbekleidung zur Verfügung, rund 1,6 Millionen € für modernste Bewaffnung, rund 20 Millionen € für modernste Dienstfahrzeuge. Wir werden die Sondereinheiten neu ausstatten. Modellhaft werden wir

einen Polizei-Messengerdienst einführen. Das sind alles moderne Dinge.

Was uns auch wichtig ist: Wir intensivieren auch die Videoüberwachung, die bekanntermaßen kein Allheilmittel ist. Meine Damen und Herren, Videoüberwachung schreckt aber Kriminelle ab, sie hilft, Straftäter zu überführen, und sie bewirkt ein höheres Sicherheitsgefühl. Wir stellen 2018/2019 2 Millionen € bereit, damit Kommunen die Videosicherheitstechnik auf öffentlichen Wegen und Plätzen modernisieren und ausweiten können. Das sind konkrete Beiträge für mehr Sicherheit in Hessen. Das hat die CDU gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich kann man die Politik vertreten: „Darf es ein bisschen mehr sein?“, wie beim Metzger. Wir haben doch gerade mit der Förderung des Brand- und Katastrophenschutzes schon seit vielen Jahren gezeigt, dass wir auch die bedarfsgerechte Ausstattung der Feuerwehren verlässlich im Blick haben. Nie gab es mehr Geld für die Förderung von Feuerwehrgerätehäusern oder Feuerwehrfahrzeugen. Das kann künftig auch mit mehr Geld weiter ausgebaut werden.

Die Garantiesumme der Feuerschutzsteuer wird im Jahr 2018 auf nie da gewesene 35 Millionen € gesteigert und im Jahr 2019 auf 40 Millionen €. Wo gibt es das? Zeigen Sie mir ein Bundesland, das so in den Brandschutz investiert. Das ist in Hessen einmalig.

(Beifall bei der CDU)

Seit vielen Jahren einmalig ist auch die Sportförderung. Dazu kommt on top noch die Schwimmbadsanierung. Wir werden die Sportförderung im nächsten Jahr mit 12,9 Millionen € weiterführen. Die bewährten und bekannten Sportförderprogramme, wie z. B. das „Sportland Hessen“, stattdessen wir jährlich mit 5 Millionen € aus. Es ist ein gutes Zeichen, dass diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auch ein Sonderinvestitionsprogramm, das SWIM-Programm, zur Sanierung und Modernisierung und zum Ersatz für Hallen- und Freibäder mit jährlich 10 Millionen € ausstattet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf für uns festhalten: Nie gab es mehr Investitionen in die innere Sicherheit. Nie war Hessen sicherer als heute. Nie gab es mehr Polizei, nie gab es bessere Ausstattung. Das sind die Fakten, an denen Sie nicht vorbeikommen können.

Deswegen muss ich einfach sagen: Seit 18 Jahren ist dieses Land mit unserer Politik und unserer Weichenstellung verlässlich in guten Händen. Wir sorgen auch weiterhin dafür, dass die Menschen in Hessen gut und sicher leben können. – Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsansatz für die Innenpolitik lässt sich wie folgt zusammenfassen: vor dem Wahltermin 2018 noch

einmal ordentlich Steuergelder ausgeben, immerhin plus 10 % – leider oft an den falschen Stellen –, und ab 2019 wieder viel Geld einsparen, nur noch plus 2,5 % – selbstverständlich auch oft an den falschen Stellen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, Herr Innenminister. Man kann fast meinen, Sie nutzen Steuergeld für Wahlkampfw Zwecke, so deutlich ist das an den Zahlen abzulesen, also kurz vor der Wahl das vierfache Plus gegenüber nach der Wahl.

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, der öffentliche Dienst leidet unter der CDU-Regierung seit der Regierungsübernahme im Jahr 1999:

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Nullrunden, Leistungskürzungen, Personalabbau, die längste Arbeitszeit in Deutschland, Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder, Abbau der Mitbestimmung, um nur ein paar Stichpunkte zu nennen. Selbst bei der Polizei wurde in den zurückliegenden Jahren massiv Personal abgebaut, das jetzt wieder aufgebaut werden muss. Nur weil die Kritik und die Widerstände angesichts der riesigen Löcher im öffentlichen Dienst und der vollen Kassen des Finanzministers zu groß wurden, haben Sie Ihren Kurs ein wenig geändert. Aber auch dies machen Sie nur halbherzig und völlig ungerecht verteilt. Dazu drei Beispiele:

Erstens. In diesem Jahr wurde zwar die Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte immerhin wenigstens um eine Stunde reduziert, aber eben nicht bei vollem Personalausgleich. Das bedeutet, dass sich die faktische Arbeitszeit eben nicht reduziert, sondern wieder mehr Überstunden anfallen. Frau Faeser hat das für den Bereich der Polizei hinreichend beschrieben.

Zweitens. Endlich wurde ein materiell ansehnlicher Tarifvertrag abgeschlossen. Er holt die Kürzungen der vergangenen Jahre aber nicht ansatzweise nach. Die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten erfolgte wiederum nur zeitversetzt um vier Monate.

Drittens. Endlich wird ein Landesticket in Hessen eingeführt, wie es die Opposition schon lange gefordert hat.

(Lachen der Abg. Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo denn?)

– Herr Frömmrich, wir haben das immer gefordert. – Sie führen es eben nicht für alle Landesbeschäftigten ein und schaffen neue Ungerechtigkeiten und Zweiklassenbeschäftigte. Warum erhalten z. B. die Beschäftigten in den Studentenwerken kein Landesticket, nur weil sie bei einer Landesanstalt des öffentlichen Rechts arbeiten? Sie werden seit vielen Jahren nach dem gleichen Tarifvertrag bezahlt wie die Beschäftigten des Landesdienstes. Von daher ist es auch gerechtfertigt, diese Beschäftigten und die Beschäftigten anderer Landesanstalten des öffentlichen Rechts mit in diesen Bereich einzubeziehen und zu berücksichtigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Minister, erklären Sie bitte diesen Beschäftigten, warum sich ihre Situation nun tatsächlich verschlechtert. Wir haben deshalb den vorliegenden Dringlichen Antrag eingebracht und fordern die Landesregierung darin auf, zügig zu handeln. Wir werden morgen bei der Abstimmung sehen, ob Sie dem auch zustimmen und folgen wollen.

Schauen wir einmal genauer in den Einzelplan 03, wohin der Innenminister und Schwarz-Grün mit beiden Händen

das Geld zum Fenster rausschaufeln. Herr Bauer, es ist wie immer beim Geheimdienst. Da ändert sich nichts, auch nicht seit Regierungsantritt der GRÜNEN, im Gegenteil.

Seit 2016 – das ist noch nicht sehr lange her – sind das Budget und das Personal um fast 30 % gestiegen. Der Etat erhöhte sich von 20 Millionen € auf fast 30 Millionen €. Seit 2017 wurden 70 neue Stellen geschaffen und 31 gehoben, 2018 und 2019 sollen 32 neue Stellen geschaffen und 36 gehoben werden.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Das ist aber noch nicht alles; denn durch Nachfrage in der kursorischen Lesung konnte ich noch Weiteres herausarbeiten,

(Zurufe von der CDU: Oho!)

und zwar, dass 2018 und 2019 je zehn Stellen von der Polizeiakademie dem Verfassungsschutz zusätzlich zugeordnet werden.

Hier stelle ich seit Jahren dieselbe Fragen: Welche andere Behörde in Deutschland kann sich Jahr für Jahr über 10 % bis 15 % mehr Personal und Budget freuen? Ich will Ihnen das beantworten: Bundesweit nur eine, nur der hessische Geheimdienst – sonst kenne ich keine Behörde, die eine solch rasante Entwicklung macht.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Und welche Behörde soll jetzt auch noch umfassend neue Kompetenzen erhalten, losgelöst von parlamentarischer und juristischer Kontrolle, weiter gehend als in jedem anderen Bundesland? Antwort: der hessische Geheimdienst.

Die Lehre aus dem NSU-Komplex war doch eben nicht, dass man den Verfassungsschutz größer und mächtiger macht als je zuvor. Die Konsequenz war, dass man ihn kontrollieren und vom Kopf auf die Beine stellen muss, liebe GRÜNE. Aber das seht ihr in Hessen seit 2014 auch nicht mehr so wie vorher.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen diesen schwarz-grünen Überwachungsstaat nicht. Wir wollen keine Staatstrojaner, keinen Zugriff auf sämtliche Kommunikation, die Überwachung von Minderjährigen, eine Zusammenarbeit mit staatlich subventionierten Schwerverbrechern namens V-Leuten, und das alles ohne Möglichkeiten der juristischen und parlamentarisch wirksamen Kontrolle. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch des Abg. Alexander Bauer (CDU) – Zuruf von der CDU: Wie in Nordkorea!)

Wir wollen den Geheimdienst in diesem Haushalt zurückbauen auf das Niveau von 2006 und langfristig auflösen. Dazu stehen wir. Die frei werdenden Mittel sind in Präventionsprogrammen gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit viel besser aufgehoben;

(Beifall bei der LINKEN)

denn diese Programme brauchen wir dringend: Hass, Gewalt, Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen insbesondere durch Rechtspopulismus, Rassismus und Islamismus drastisch zu. Rechte Straf- und Gewalttaten sind massiv angestiegen, und die Präventionsarbeit gegen Islamismus und die aus den Kriegsgebieten Syrien und Irak Zurückkommenden stellen eine wirklich große Aufgabe dar.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Schaus, die angemeldete Redezeit ist zu Ende.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Danke schön. Ich mache noch ein bisschen weiter, Frau Präsidentin.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Sie sind selbst parlamentarischer Geschäftsführer, Sie können das ja kontrollieren.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Ich habe den Knautsch in der Zeit mit eingeplant. – Es ist richtig und wichtig, dass die Landesregierung endlich eigene Landesmittel für Programme gegen Radikalisierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für das Präventionsnetzwerk gegen Salafismus zur Verfügung stellt und sogar schnell aufgestockt hat.

(Alexander Bauer (CDU): Nie gab es mehr Mittel als jetzt!)

– Das war ein Lob, Herr Bauer. – Dennoch reichen die Mittel weiterhin nicht aus. Wir wollen die Mittel für die Prävention umleiten und von jetzt 4 Millionen € auf 6 Millionen € aufstocken.

Aber was macht diese Landesregierung? Sie ändert die Zuwendungsbescheide für diese vielen Projekte, sie ändert das Verfassungsschutzgesetz und verlangt, dass die Projekte, die Mitarbeiter und Hunderte Ehrenamtliche vom Geheimdienst durchleuchtet werden, sonst verlieren sie sämtliche Förderansprüche.

Wie kommen Sie denn darauf – die Frage geht vor allem an die GRÜNEN, Herr Frömmrich –, in Ihr Fraktionsgesetz zum Verfassungsschutz hineinzuschreiben, dass beispielsweise die Anne-Frank-Stiftung oder die Diözese Mainz oder Hunderte weitere Demokratieprojekte und alle ihre Mitarbeiter und Beratungsgremien sich vom Geheimdienst prüfen lassen sollen? So steht es in Ihrem Gesetz in § 21. Wie kommt das denn in Ihr Gesetz hinein? Ist das die grüne Handschrift, die das Gesetz laut Ihrer Aussage trägt, Herr Frömmrich?

(Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern Sie auf, diesen Irrsinn zu stoppen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben ja mittlerweile eingesehen, dass Sie die bestehenden Projekte nicht überprüfen müssen, weil das so viel Protest ausgelöst hat. Sonst hätten Sie da nämlich nichts gemacht, nichts. Sie haben es ja in das Gesetz hineingeschrieben, und Sie haben im vorausseilenden Gehorsam auch die entsprechenden Förderbescheide für das nächste Jahr schon so formuliert, obwohl das Gesetz noch nicht beschlossen ist.

Mit dem neuen geplanten Abschiebegefängnis in Darmstadt machen Sie auch nichts anderes als populistischen Wahlkampf nach rechts. Früher waren die GRÜNEN mal

gegen Abschiebegefängnisse, Herr Frömmrich. Na, Sie vielleicht nicht, aber Sie wissen schon noch, wie die GRÜNEN früher so getickt haben, oder?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagt denn Frau Wagenknecht zu diesem Thema?)

– Frau Wagenknecht fordert keine Abschiebegefängnisse in Darmstadt, Herr Frömmrich. Das ist mir nicht bekannt.

Hessen hat bisher auf Kapazitäten im rheinland-pfälzischen Ingelheim zurückgegriffen. Da wurden sieben Plätze benötigt, weitere Kapazitäten wären sogar vorhanden. Aber im Wahljahr muss die Landesregierung natürlich Härte und Entschlossenheit zeigen.

(Zuruf der Abg. Astrid Wallmann (CDU))

Sieben Plätze wurden gebraucht, aber Hessen baut jetzt 50, laut Auskunft des Innenministers in Phase 2 auch für abzuschiebende Familien und Minderjährige. Auch das muss man sich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Wir sagen: Ihre Abschiebepraxis ist zutiefst unmenschlich.

(Beifall bei der LINKEN – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagen Sie zu Frau Wagenknecht? – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Menschenrechte sind nicht teilbar. Menschen in Kriegsgebiete zurückzuschicken kann man nicht verantworten; es sei denn, man will AfD-Politik betreiben. Das werfe ich Ihnen vor: Sie wollen AfD-Politik betreiben, und Sie als GRÜNE machen sie an dieser Stelle mit, indem hier im vorausseilenden Gehorsam eine entsprechende Kriminalisierung vorgenommen wird.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen dieses Abschiebegefängnis nicht, und deshalb können diese 15 Millionen € auch locker eingespart werden. Das ist auch unser Vorschlag.

Ein letzter wichtiger Bereich sei kurz erwähnt, weil Sie ja allen Ernstes ausgerechnet Roland Koch die höchste Auszeichnung des Landes Hessen verliehen haben.

(Zuruf von der CDU: Verdient!)

Roland Koch hat eine asoziale Politik betrieben,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

der nicht nur Frauenhäuser und Sozialberatungen zum Opfer gefallen sind,

(Holger Bellino (CDU): Unerhört! – Fortgesetzte Zurufe von der CDU – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

sondern er hat auch auf Biegen und Brechen öffentliches Eigentum privatisiert.

(Zurufe von der CDU)

Das Ergebnis: krachend gescheiterte PPP-Projekte, Kostenexplosion, Demokratieabbau und miese Arbeitsbedingungen für Beschäftigte.

(Holger Bellino (CDU): Schreihals! – Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Das war jetzt ein treffendes Stichwort. – Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Roland Koch hat deswegen die Wilhelm-Leuschner-Medaille nicht verdient, aber Hessen hat ein Ende seiner Privatisierungspolitik sehr wohl verdient, meine Damen und Herren.

(Holger Bellino (CDU): Eine SED-Nachfolgeorganisation hat hier gar nichts zum Verfassungsschutz zu sagen! Sie sind 30 Jahre zu spät!)

– Wer ist hier der Schreihals, Herr Bellino?

(Beifall bei der LINKEN – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Wir beantragen schon seit Jahren, die Förderung dieser PPP-Projekte einzustellen und die sogenannte PPP-Kompetenzstelle in eine Kompetenzstelle für Rekommunalisierung umzuwandeln. Das ist unsere Position.

Meine Damen und Herren, die Anträge der LINKEN orientieren sich auch beim Einzelplan 03 an einem guten öffentlichen Dienst in Hessen.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie wird das bezahlt, Herr Schaus? Mit einer Vermögensteuer auf Bundesebene?)

– Natürlich sind wir für die Vermögensteuer. Sie waren auch mal dafür, oder? Ist schon lange her.

Wir wollen Bürgerrechte und den Kampf gegen menschenfeindliche Ideologien stärken, aber nicht den Geheimdienst. Beides ist auch nicht dasselbe. Wir wollen Menschenrechte für alle achten und nicht immer weitere Privatisierungen von öffentlichem Eigentum. – All das ist im Sinne der Demokratie und der Menschen in unserem Land. Das machen wir mit unseren zahlreichen Änderungsanträgen erneut deutlich.

(Beifall bei der LINKEN – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne Finanzierung!)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Frömmrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Holger Bellino (CDU), zur LINKEN gewandt: Wenn die SED-Nachfolgepartei vom Verfassungsschutz spricht! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Aber eine Parteizentrale nach einem NSDAP-Mitglied benennen, oder?)

– Kolleginnen und Kollegen, der Redner hat jetzt das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon einigermaßen erstaunlich, was heute Morgen hier zum Einzelplan 03 abgeliefert worden ist. In Richtung von Herrn Kollegen Schaus muss man sagen, dass wir von Ihnen in dieser Frage keine Belehrungen brauchen. Herr Kollege Schaus, wir brauchen die nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Wenn Sie die Frage von Integration, Flucht und Asyl ansprechen, würde ich Ihnen empfehlen, sich mit Frau Wagenknecht und Herrn Lafontaine zu unterhalten. Wer in einer unerträglichen Art und Weise über Geflüchtete redet, wie Frau Wagenknecht es getan hat oder wie Herr Lafontaine über Fremdarbeiter redet, der braucht sich im Hessischen Landtag nicht hinzustellen und zu versuchen, uns in dieser Frage Nachhilfeunterricht zu geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Es gibt kein anderes Bundesland, das in einer schwierigen Zeit so viel Geld für Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land ausgegeben hat. Dieses Land hat bewiesen, dass es humanitäre Verantwortung wahrnimmt. Herr Kollege Schaus, da brauchen wir von Ihnen überhaupt keinen Nachhilfeunterricht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Sie sollten lieber Gesetzentwürfe lesen!)

Bei der Rede von Frau Kollegin Faeser habe ich mich sehr gewundert. Ich habe mich gefragt: Über welches Land reden Sie eigentlich?

(Nancy Faeser (SPD): Hessen!)

Über welches Land reden Sie, wenn Sie ein Bild von der inneren Sicherheit malen, wie Sie das hier getan haben, Frau Kollegin Faeser?

Mit einer Aufklärungsquote von 62,7 %, mit wirklich sehr guten Werten, was die Kriminalitätsbelastung angeht, liegt Hessen hinter Baden-Württemberg auf Platz 2 der sichersten Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland. Frau Kollegin Faeser, ich weiß nicht, wo Sie das hernehmen, was Sie gerade zum Bereich innere Sicherheit vorgetragen haben. Vollkommen aus der Luft gegriffen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir sind eines der sichersten Bundesländer. Das ist eine gute Nachricht, Frau Kollegin Faeser. Schauen Sie sich die Polizeiliche Kriminalstatistik an. Schauen Sie sich die Bundesländer an, in denen Sie die Innenminister stellen. Es geht nicht an, sich hierhin zu stellen und eine solche Rede zu halten. Es muss uns doch alle im Hessischen Landtag freuen, dass die Menschen in unserem Land sicher leben. Hier ein Bild zu malen, als wären wir sonst wo, das ist doch geradezu daneben, Frau Kollegin Faeser.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Dank gilt natürlich den vielen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die auch im letzten Jahr hervorragende Arbeit geleistet haben. Diese Arbeit, diese Aufklärungsquote, diese Kriminalitätsbelastung sind das Verdienst der hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Diese guten Zahlen sind nur möglich, weil hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte gut ausgebildet sind, weil sie gut ausgestattet sind, weil sie im Ländervergleich zur Spitzengruppe gehören, was die Ausstattung angeht. Das ist immer ein Thema des

Haushaltsgesetzgebers gewesen, der die Mittel dafür bereitgestellt hat. Hessen zählt zu einem der am besten ausgestatteten Länder, was die Polizei angeht. Ihre Rede, die Sie hier vorne gehalten haben, Frau Kollegin Faeser, geht in dieser Sache voll daneben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir legen in diesem Jahr noch einmal drauf: 9,3 Millionen € für 2018 und 9,6 Millionen € für 2019, was die Schutzkleidung für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten angeht. Der Fuhrpark in Hessen wird ständig verbessert. Die technische Ausstattung wird verbessert. Die Dienststellen, die Reviere, die Präsidien werden renoviert, werden modernisiert. Auch dafür stellen wir erhebliche Finanzmittel zur Verfügung. Das sollten auch Sie im Hessischen Landtag würdigen, Frau Kollegin Faeser. Aber nein, Sie malen ein Bild, als würden wir sonst wo leben.

An den beiden Beispielen sieht man, dass die Gewährleistung der Sicherheit, der Schutz vor Straftaten und die Garantie der Grundrechte in unserem Land hohe Priorität besitzen.

Auch zum Bereich des Personals haben Sie hier eine Rede gehalten, die vollkommen an dem vorbeigeht, was in den letzten Jahren im Lande Hessen beschlossen worden ist. Wir haben im letzten Jahr mit 1.155 Anwärterinnen und Anwärtern den stärksten Jahrgang an der Polizeifachhochschule gehabt, den es in Hessen je gegeben hat. Bis 2020 werden wir in Hessen 1.000 zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Dienst stellen. Wir werden mit dem Haushalt 2018 und dem Haushalt 2019 noch einmal jeweils 240 Stellen obendrauf legen, also 480 Stellen obendrauf, was die Anwärter angeht. Wir werden beim Fachpersonal, denjenigen, die Backoffice-Arbeit machen, die Servicearbeit leisten, also im Bereich des Tarifs, in den Jahren 2018 und 2019 jeweils 60 zusätzliche Stellen schaffen – 120 zusätzliche Stellen.

Auch das ist ein Punkt, über den wir uns freuen können. Der Stellenzuwachs verbessert die Situation bei der hessischen Polizei noch einmal sehr deutlich. Frau Kollegin Faeser, das sagt selbst Andreas Grün, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, mit dem Sie sich doch sonst immer so gerne ablichten lassen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich will zitieren, was Herr Grün 2016 sagte: „GdP-Forderung“ – also Gewerkschaftsforderung – „nach 1.000 zusätzlichen Stellen wird erfüllt!“ Frau Kollegin Faeser, was Sie hier vorgetragen haben zum Personal bei der hessischen Polizei, ist voll daneben und entspricht nicht der Wirklichkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Nancy Faeser (SPD): Ich habe dazu noch etwas gesagt, Herr Frömmrich!)

Zum Bereich der Hebungen, die Sie angesprochen haben.

(Nancy Faeser (SPD): 2,8 %!)

Wir haben 424 neue Hebungen, d. h. Karrierechancen bei der Polizei, vorgesehen. In den vergangenen Jahren waren es, glaube ich, schon zweimal jeweils 500 Stellen für Hebungen. Wir sehen 1,1 Millionen € zusätzlich für polizeiliche Präventionsarbeit vor, also da, wo wir im Vorfeld von Kriminalität tätig sind, von Wohnungseinbruchsdiebstahl und anderen.

Zu 4,7 Millionen € Landesmittel für Extremismusprävention kommen noch 1 Million € Bundesmittel obendrauf. 250.000 € legen wir als Fraktionen mit einem Fraktionsantrag noch einmal drauf, weil wir glauben, dass wir niedrigschwellige Angebote in diesem Bereich auch im Internet brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, das ist rundum eine gute Mischung von Prävention, Intervention und Gewährleistung der inneren Sicherheit. Sie sehen also, wir haben ein Konzept.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir haben einen Plan für Hessen, Frau Kollegin Faeser. Die Opposition kündigt seit 2012 einen Plan an. Sie sehen an dieser Landesregierung: Wir haben ein Konzept, wir haben einen Plan. Das, was Sie machen, alles zu versprechen, ist kein Konzept, ist kein Plan, Frau Kollegin Faeser.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Zu Cybercrime, ein großes Thema, haben Sie keinen Satz verloren. Wir stellen für dieses Zukunftsthema 5,35 Millionen € im Jahr 2018 und 5,5 Millionen € im Jahr 2019 zur Verfügung. Der Katastrophenschutz, der Brandschutz sind eine wichtige Sache, gerade auch, weil wir damit das Ehrenamt ganz besonders fördern. Wir haben in den letzten Jahren zur Förderung dieses Bereichs immer eine Garantiesumme in Höhe von 30 Millionen € gehabt. Wir erhöhen jetzt die Garantiesumme auf 35 Millionen € und 2019 auf 40 Millionen €. Das muss vielleicht auch Sie einmal zum Nachdenken bringen. Das ist eine Unterstützung für diejenigen, die bei uns ehrenamtlich Brand- und Katastrophenschutz machen. Ich finde es eine gute Leistung. Wir jedenfalls als Regierungsfaktionen freuen uns über diese Entscheidung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, auch das Hessenticket haben Sie weggenschelt, gar nicht darüber geredet. Das gibt es nur in Hessen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Beamtinnen und Beamten und für die Auszubildenden.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

90.000 Beamtinnen und Beamte, 45.000 Angestellte und 10.000 Auszubildende in Hessen können ab dem 01.01.2018 den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen umsonst benutzen. Das sind 53 Millionen €, die wir dafür zur Verfügung stellen. Der Ministerpräsident hat das gestern auch in seiner Erwiderung auf Thorsten Schäfer-Gümbel gesagt: Das sind für eine Fahrkarte von Wiesbaden nach Frankfurt für jemanden, der pendelt, im Jahr 1.800 € Vorteil. Gerade für Menschen in den unteren Lohngruppen, die wir im öffentlichen Dienst auch haben, sind 1.800 € richtig viel Geld. Wir freuen uns auf jeden Fall, dass wir diese Leistung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stellen. Die Opposition nörgelt, wir freuen uns darüber, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Frömmrich, die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme sofort zum Schluss, Frau Präsidentin.

Auch im Bereich des Sports legen wir ein Programm auf, was die Frage des Schwimmbadbaus angeht. 50 Millionen € für die nächsten fünf Jahre haben die Kommunen gefordert. Dies setzen wir um.

Sie sehen also, die Koalition gestaltet. Wir haben etwas vor. Wir wollen dem Land eine neue Richtung im Bereich der Sicherheit, im Bereich der Prävention,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das merkt man!)

beim öffentlichen Personennahverkehr und im Bereich des Klimaschutzes geben. Wir fördern den Sport und die Feuerwehren. Wir tun etwas für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir haben das Ziel, für die Menschen in unserem Land etwas zum Besseren zu verändern. Wir tun das in Verantwortung vor zukünftigen Generationen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben alle Maßnahmen ohne neue Schulden solide finanziert. Seit 50 Jahren, seit einem halben Jahrhundert, legen wir im Lande Hessen zum ersten Mal einen Haushalt vor, der ohne neue Schulden auskommt und sogar Altschulden zurückzahlt.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Richtig! Bravo!)

Auch dazu haben Sie kein Wort in diesem Hause verloren, Frau Kollegin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Wir haben ein Konzept. Wir haben einen Plan. Allen und jedem alles zu versprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ist eben kein Plan und schon gar kein Konzept.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist einfach Unsinn!)

Wir haben einen Plan. Sie suchen seit 2012 immer noch den Hessenplan. Außer Ankündigungen haben Sie bisher leider noch nichts zustande gebracht.

(Glockenzeichen der Präsidentin)

Vollkommene Fehlanzeige in diesem Bereich. Ich glaube, wir sind in Hessen mit dieser Landesregierung auf einem guten Weg. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf von der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Ich begrüße auf der Besuchertribüne den Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Herrn Dr. Volker Jung, und seinen persönlichen Referenten, Pfarrer Joachim Schauß. Sie haben heute für uns die Andacht im Landtag gehalten. Dafür herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, als Nächster spricht Herr Kollege Greilich für die FDP-Fraktion.

Wolfgang Greilich (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bei dieser Haushaltsplanberatung wie so oft bei dieser Koalition. Die im Haushaltsplan verankerten Maßnahmen stellen schon einen Schritt in die richtige Richtung dar, aber sie sind nicht ausreichend, um den aktuellen Herausforderungen wirklich gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Eigentlich sind sich alle demokratischen Parteien darüber einig, dass wir angesichts der derzeitigen Situation in Deutschland rund 15.000 zusätzliche Polizisten brauchen. Man kann das relativ einfach herunterbrechen. Für das Land Hessen bedeutet das, wir brauchen einen Zuwachs an besetzten Polizeistellen von ca. 1.500. Der im Haushaltsplan vorgesehene Aufwuchs ist ein erster Schritt in diese Richtung. Der Aufwuchs an Anwärterstellen reicht aber nicht aus. Deswegen haben wir als Freie Demokraten beantragt, 200 zusätzliche Stellen für Polizeianwärter zu schaffen, um eine starke Präsenz der hessischen Polizei eben nicht nur bei Großveranstaltungen zu schaffen. Das ist wichtig. Das ist ein Dauerthema, das uns beschäftigt. Vor allem soll Präsenz im Alltag gezeigt werden. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wird nicht allein durch die abstrakte Bedrohung des Terrors, sondern insbesondere durch die Alltagskriminalität beeinträchtigt. Deswegen müssen wir da deutliche Zeichen setzen.

(Beifall bei der FDP)

Damit bin ich an einer Stelle, die wir hier auch in anderem Zusammenhang schon diskutiert haben. Das ist die Frage des Bewerbermangels, den wir absehbar haben. Es gab schon Diskussionen, ob die Qualitätsanforderungen immer eingehalten werden. Ich hoffe, dass wir die Irritationen, die es dort gegeben hat, im Wesentlichen ausräumen konnten. Aber es bleibt dabei, wir wollen keine Situation wie in Berlin. Ich brauche nur auf die Presseberichte zu verweisen. Wir müssen aufpassen und überlegen, wie wir auch strukturell vernünftig entgegenwirken können, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen.

(Beifall bei der FDP)

Das hat natürlich auch etwas damit zu tun, mit welchen Aufgaben ich Polizisten belaste.

(Nancy Faeser (SPD): Genau! Ja!)

Es war ein völlig falscher Ansatz, als diese Koalition die Idee hatte: Wir sparen etwas ein, indem wir bei der Polizei gerade im Bereich der Verwaltung Stellen abbauen. – Das ist dann gestoppt worden, nachdem es entsprechende Kritik in diesem Hause gab. Das ist richtig. Wir brauchen Polizei, die sich um die polizeilichen Aufgaben kümmert und die in der Verwaltung entlastet wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir mehr Polizei im Einsatz wollen, müssen wir überlegen, wie wir das angesichts des Fachkräftemangels vernünftig auf die Reihe bringen. Ich sage an dieser Stelle deshalb sehr deutlich, wir müssen nicht nur darüber nachdenken, wie wir ein neues Berufsfeld schaffen, und das dann auch umsetzen. Ich nenne es als Arbeitstitel „Polizeiverwaltungsassistent“. Er kann genau tätig werden, um Polizeivollzugsbeamte bei Dingen zu entlasten, die sie von ihrer eigentlichen Vollzugstätigkeit abhalten. Er muss entsprechend ausgebildet sein, um diese speziellen Verwal-

tungsmaßnahmen im polizeilichen Bereich durchführen zu können.

Das hat noch einen weiteren Aspekt. Eine solche Ausbildung zum Polizeiverwaltungsassistenten kann nämlich der Einstieg dafür sein, dass wir es wieder schaffen, gut qualifizierte Realschulabsolventen zu gewinnen und ihnen den Aufstieg in die Anwärterschaft zu ermöglichen. Das wäre ein Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist der eine Schwerpunkt unserer Anträge. Der zweite Schwerpunkt ist unsere Forderung nach einem gesonderten Programm zur Bekämpfung des Linksextremismus in unserem Land. Im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ stellt die Hessische Landesregierung 2017 rund 4 Millionen € zur Verfügung. Für den Doppelhaushalt 2018/2019 sind pro Jahr rund 4,7 Millionen € vorgesehen. Die Bereitstellung dieser Gelder zur Bekämpfung des Extremismus begrüßen wir ausdrücklich.

Nach wie vor fehlen in Hessen aber spezifisch auf die Gruppe der linksautonomen Gewalttäter gerichtete Präventions- und Deradikalisierungsprogramme. Dass wir dort ein Problem haben, ist offenkundig. Das wurde bei den Blockupy-Demonstrationen und bei allen möglichen anderen Vorfällen deutlich. Ich wundere mich schon, dass ausgerechnet die von dem heute nicht anwesenden „Bestimmer“ geführte Koalition in Hessen offensichtlich auf dem linken Auge blind ist, wenn es um die Bekämpfung des Extremismus geht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Kollege Boddenberg, Sie waren leider nicht anwesend, aber Sie hätten dazu einiges hören können, wenn Sie 2016 bei der umfangreichen Anhörung zum Linksextremismus in Hessen anwesend gewesen wären, die wir durchgeführt haben. Der weit überwiegende Teil der Experten hat ausgeführt, dass sowohl das Personenpotenzial als auch die Gewaltbereitschaft in der linksextremen Szene ganz besonders ausgeprägt und erheblich sind. Deshalb halten wir strukturelle Präventions- und Deradikalisierungsarbeit genau in dem Bereich für dringend geboten.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben ganz bewusst nicht die Mittel für die Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus/Salafismus gekürzt. Wir fordern zusätzliche Mittel, um die Bekämpfung des Linksextremismus zu betreiben, ohne etwa in anderen Bereichen Lücken entstehen zu lassen.

Ich will an dieser Stelle nicht viel zu dem Thema Verfassungsschutzgesetz ausführen. Das werden wir noch ausführlich zu diskutieren haben. Diese Koalition hat gezeigt, dass sie in diesem Bereich weitgehend handlungsunfähig ist. Weder kam das Verfassungsschutzgesetz rechtzeitig auf den Tisch, noch enthält es die richtigen Schwerpunktsetzungen. Sie haben im Bereich der Kompetenzen teilweise überzogen. Auch das werden wir im Einzelnen noch zu diskutieren haben. Dafür ist eine ausreichende Stärkung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes ausgeblieben. Sie setzen auch in dem Bereich schlicht die falschen Schwerpunkte.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zur Frage der Finanzierung sagen. Man kann nicht über das Ausgeben von Geld reden, ohne darüber zu reden, woher das Geld kommen soll. Bei aller Freude über die ersten richtigen Schritte, die diese Koalition zur Stärkung der Sicherheitsbehörden geht, bleibt die Sorge über die Finanzierung der Wohltaten oder der vermeintlichen Wohltaten, die Sie ansonsten über das Land ausschütten. Diese Koalition von Schwarz-Grün profitiert allein von sprudelnden Steuermehreinnahmen, nicht etwa von einer Haushaltsreform. Es sind ausschließlich die sprudelnden Steuermehreinnahmen, also die Leistungen, die die Bürger dieses Landes erbringen.

(Holger Bellino (CDU): Beides!)

Herr Kollege Bellino, Sie lassen jeden Vorschlag vermissen, wie die massiv steigenden Personalausgaben auch in schlechten Zeiten sichergestellt werden sollen. Der Finanzminister, der heute auch nicht da ist, hat das kürzlich in einem Interview sehr genau gesagt:

Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert.

Das tun Sie gerade mit Vollgas.

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen zur Kostenverantwortung. Deswegen haben wir beim Innenressort deutlich gezeigt, wo Einsparmöglichkeiten bestehen. Gerade Herr Kollege Frömmrich sollte da sehr genau zuhören. Denn er hat sich hierhin gestellt und das Jobticket in den höchsten Tönen gelobt. Das hessenweite Jobticket, für das Sie sich so loben, ist ungerecht, da es nicht sämtlichen Pendlerinnen und Pendlern, sondern ausschließlich Landesbediensteten zugutekommt. Es führt unter anderem zu der kaum –

(Zurufe und Gegenrufe)

– Wenn Sie mit dem Dialog fertig sind, können wir hier weitermachen. – Das führt zu der kaum vermittelbaren Situation, dass etwa im Bus Lehrer und Schüler zusammen zur Schule fahren. Der Lehrer fährt gratis. Er hat das Jobticket von Herrn Frömmrich. Der Schüler dagegen muss zahlen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Nancy Faeser und Corrado Di Benedetto (SPD) – Michael Boddenberg (CDU): Das ist grausam!)

– Herr Kollege Boddenberg, schauen Sie auf Ihren Tisch. Dort finden Sie den „wunderbaren“ Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE zu diesem Thema. Das sind die Folgen der Geister, die Sie mit Ihrem Ansatz gerufen haben. Das ist das Problem.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Statt das Geld für dieses Jobticket zu verbubeln, sollte man es in die technische Infrastruktur stecken. Davon hätten alle etwas. Davon würden sämtliche Pendlerinnen und Pendlern unabhängig von ihrem Arbeitgeber profitieren. Es würden dann auch nicht die Menschen in den Ballungsgebieten gegenüber denen im ländlichen Raum bevorzugt.

(Beifall bei der FDP)

Denn im ländlichen Raum gibt es die ÖPNV-Verbindungen einfach gar nicht, die Voraussetzungen dafür wären, dass das Jobticket etwas Sinnvolles ist. Vielleicht hat der eine oder andere grüne Befürworter Erziehungsideen. Er hat dann das Problem, dass er das Leben schon lange nicht

mehr in vollen Zügen genossen hat. Denn er benutzt den ÖPNV selten. Ich sage es einmal ganz deutlich. Ich habe Frau Kollegin Knell gefragt: Wie ist das denn eigentlich bei euch im Schwalm-Eder-Kreis? – Da sollen noch ein paar Leute zu Hause sein. Wie ist es denn, wenn man z. B. aus Nausis einmal nach Homberg will?

(Günter Rudolph (SPD): Das ist kein Problem!)

Das ist eine Entfernung, die man im Auto in 25 Minuten zurücklegt. Herr Kollege Boddenberg, fahren sie einmal hin. Probieren Sie es einmal aus. Fahren Sie einmal von Nausis nach Homberg.

(Günter Rudolph (SPD): Mit Übernachtung!)

Wenn Sie den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, werden Sie gut drei Stunden unterwegs sein. Dieses grüne Hobby ist für manche Menschen – –

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Greilich, die angemeldete Redezeit ist zu Ende.

Wolfgang Greilich (FDP):

Danke für den Hinweis. – Was manchen einen Vorteil von mehreren Tausend Euro im Jahr bringen wird, wird anderen überhaupt nichts bringen. Da ist schlichtweg ungerecht. Das ist grüne Erziehungsideologie.

(Michael Boddenberg (CDU): Grausam ist das!)

Sie sollten das Geld in Innovationen stecken, die allen zugutekommen.

Meine Damen und Herren, weil das so ist, kann ich Sie nur bitten: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Das wäre für die Menschen in Hessen besser.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Staatsminister Beuth.

Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Oppositionsführer hat in der gestrigen Generaldebatte das Thema innere Sicherheit nicht angesprochen. Er hat das damit nicht als erkennbares politisches Kampffeld betrachtet. Mit ein bisschen Freude sage ich, dass das für mich ein sicheres Zeichen dafür ist, dass sich die Mitglieder der Opposition an dieser Stelle jedenfalls keine politischen Geländegewinne versprechen. Das ist ein schöner Erfolg, den diese Koalition in diesem Hessischen Landtag erreicht hat.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass es der Oppositionsführer gestern nicht angesprochen hat, passt zu der ins Detail gehenden Nörgelei, die wir gerade eben bei dieser Debatte gehört haben. An keiner zentralen Stellen wurde ein Angriffspunkt vorgetragen. Es geht immer nur um ein bisschen mehr, ein bisschen hiervon oder ein bisschen davon. Dass die Linie stimmt, finde

ich, wurde schon alleine durch die Debatte zu dem Einzelplan deutlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das kann man nachvollziehen. Frau Kollegin Faeser hat eben aus den vergangenen 18 Jahren vorgetragen. Ich habe gerade noch einmal gedacht: Ja, das ist schon ganz schön lang. – Es stimmt. Vor 18 Jahren war das anders. In den Neunzigerjahren war das in der Tat anders.

(Nancy Faeser (SPD): Wer hat denn das Personal abgebaut?)

– Frau Kollegin Faeser, ich komme gleich auf das Thema innere Sicherheit zu sprechen. – Ich erinnere mich an eines. Am vergangenen Samstag war ich auf der Feier zum 60. Geburtstag unseres Feuerwehrpräsidenten. In der Vorbereitung darauf habe ich mich an etwas erinnert. Ja, es stimmt, es war 1996, als auf dem Schlossplatz draußen Tausende Feuerwehrleute standen, die gegen die Landesregierung demonstriert haben. Denn Sie gaben ihnen die Mittel im Haushalt der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes. Meine Damen und Herren, das ist die Situation, die Sie bei den Feuerwehren und anderen hinterlassen haben. Das gibt es nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

In der Tat ist es so. Der Brand- und Katastrophenschutz in diesem Land ist wunderbar geregelt. Allein in den letzten zehn Jahren gab es über 100 Millionen €. Das wird von niemandem der Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehren in diesem Land kritisiert. Wir haben ein wunderbares Einvernehmen.

Es ist selbstverständlich, dass wir für den Sport in diesem Land hinreichend Mittel zur Verfügung haben. Das gilt für den Landessportbund zum einen, damit er seine Aufgaben autonom erfüllen kann. Das gilt für die Vereine und Verbände in unserem Land.

(Nancy Faeser (SPD): Was ist mit den Kommunen?)

Sie werden mit hinreichenden Mitteln ausgestattet, damit sie die gesellschaftlichen Kräfte durch Sport nutzen können. Sie können damit für unser Land und für unsere Gesellschaft arbeiten.

Es wäre hier die Gelegenheit gewesen. Es hat keinen Ansatz gegeben, dass uns jemand für unsere Digitalisierungsstrategie kritisiert hat. Das gilt natürlich für die Frage, wie wir beim Thema Cybersicherheit arbeiten und wie wir beim Thema IT-Sicherheit arbeiten.

Frau Kollegin Faeser, Sie unterhalten sich gerade mit Herrn Rudolph. Frau Kollegin Faeser, dahin gehen die Stellen, von denen Sie beim Innenministerium gesprochen haben. Sollen wir etwa die IT-Sicherheit und die Cybersicherheit weglassen? Sollen wir die Bürgerinnen und Bürger mit dem Problem alleine lassen? – Ich finde, unsere Aufgabe ist es, diese 40 Stellen im hessischen Innenministerium einzusetzen, um die IT-Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu gewährleisten. Da haben wir Verantwortung. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema Abschiebehaftanstalt werden wir morgen noch einmal miteinander diskutieren. Ich habe damit ein weite-

res Thema genannt, bei dem wir unsere Aufgaben zu erfüllen haben. Wir haben das für die Bürgerinnen und Bürger und für die Sicherheit zu leisten.

Ich hätte mich gefreut, wenn wir zum Thema Kommunales ein bisschen miteinander diskutiert hätten. Meine Damen und Herren, da haben Sie aber auch keinen Angriffspunkt gesehen. Die interkommunale Zusammenarbeit ist ein Vorzeigeprojekt innerhalb Deutschlands. In der nächsten Woche werden sich vier Kommunen im Odenwald zusammenschließen. Das geschieht als Ausfluss eines besonderen Projektes. Die interkommunale Zusammenarbeit ist ein Exportschlager in andere Länder.

Die Hessenkasse ist etwas, was dafür sorgt, dass den Kommunen die finanzielle Leistungsfähigkeit gewährt wird. Wir drücken dort die All-Reset-Taste. Damit bieten wir der kommunalen Ebene die Möglichkeit zum Neuanfang. Hier wäre die Gelegenheit gewesen, das zu kritisieren. Das war kein Thema.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben für die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen ordentlichen und guten Tarifabschluss erzielt. Das haben wir auf der Basis unseres hessischen Tarifvertrags erreicht. Wir haben das dann auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Herr Kollege Greilich, die Tatsache, dass Sie an dem Hesticket im letzten Detail hinsichtlich der Fahrten im Schwalm-Eder-Kreis herumkritisiert haben, zeigt doch nur, wie sehr Sie durch eine Innovation getroffen wurden, die uns eingefallen ist. Wir haben das mit den Gewerkschaften ausgemacht. Wir haben gesagt: Wir wollen ein moderner Arbeitgeber sein. Wir wollen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ökonomie und Ökologie verbinden. – Das ist uns gelungen. Das ist ein wunderbarer Erfolg. Das lassen wir uns von Ihnen nicht streitig machen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Faeser, ich hätte das Thema nicht aufgemacht. Aber Sie haben von den 18 Jahren gesprochen. Deswegen komme ich beim Thema innere Sicherheit auf diese 18 Jahre zu sprechen. Wir haben unseren tüchtigen Polizeivollzugsbeamten zu danken. Sie haben auch in dem vergangenen Jahr wieder eine herausragende Arbeit gemacht.

Wir haben im Jahr 2016 eine Aufklärungsquote in diesem Lande von fast 63 % erreicht. Jetzt gehen wir einmal ganz kurz 18 Jahre zurück. Wir haben knapp 63 % – 62,7 %, um genau zu sein –; das ist eine um 15,3 Prozentpunkte höhere Aufklärungsquote als in der von Ihnen das letzte Mal verantworteten Polizeilichen Kriminalstatistik. Damals waren es 47,4 %. Meine Damen und Herren, das ist der Erfolg dieser Regierung, seit am Ende 18 Jahren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben es durch die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, im letzten Jahr erreicht – Es ist der Erfolg der hessischen Polizei. Wir dürfen darauf auch seitens der Koalition ein bisschen stolz sein. Wenn jemand vor 18 Jahren gesagt hätte: „Wir werden im Jahre 2016 in der Polizeilichen Kriminalstatistik auf Platz 2 bei der Kriminalitätsbelastung aufgerückt sein“, dann wäre derjenige für verrückt erklärt worden. Das ist aber die Lebenswirklichkeit. Wir haben es

auf Platz 2 bei der Kriminalitätsstatistik geschafft – hinter Baden-Württemberg und vor Bayern. Meine Damen und Herren, das ist ein wunderbarer Erfolg, den unsere Polizei mit unserer Unterstützung erreicht hat.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kollegin Faeser, was mich allerdings ein bisschen bedrückt, ist, dass Sie bei Ihrer Detailkritik, bei der Nörgelei, die Sie hier vorgetragen haben,

(Nancy Faeser (SPD): Was habe ich?)

einen Punkt gar nicht angesprochen haben. Sie haben nämlich das Thema der Sicherheitslage, das uns als Innenpolitiker eigentlich besonders beschäftigen müsste, gar nicht angesprochen.

(Armin Schwarz (CDU): Das haben sie gar nicht mitgekriegt! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Sie haben von Mehrarbeit und von Krankheitstagen gesprochen. Das sind alles wichtige Themen, die wir miteinander behandeln müssen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Meine Damen und Herren, wir hatten in den letzten drei Jahren im Bereich der Sicherheit eine Situation, in der wir wirklich darauf angewiesen waren, dass wir hier mit unseren Sicherheitskräften zusammenhalten. Wir haben eine Terrorlage in Europa, in der Welt, die die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei und uns sehr bewegt. Wir haben dort an vielen Stellen im Detail gesteuert, damit wir mit dem Staatsschutz, dem Landesamt für Verfassungsschutz und dem Nachrichtendienst aufklären und islamistische Netzwerke ausheben können. All diese Fragen beschäftigen uns in der Koalition im Wesentlichen. Ich sage Ihnen: Sie beschäftigen die Polizei im Lande Hessen noch mehr als diese Nörgeleien, die Sie hier gerade eben vorgetragen haben. Frau Kollegin Faeser, es ist bedrückend, dass Sie die Dramatik der Situation hier nicht ein einziges Mal angesprochen haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zum Thema Sicherheit. Ich sehe jetzt auf der Uhr: 70 Minuten; aber ich glaube, das ist die Gesamtredzeit der Fraktionen.

(Holger Bellino (CDU): Der Regierung!)

Meine Damen und Herren, ich könnte hier noch 70 Minuten über die Erfolge der hessischen Polizei reden; die haben wir nämlich zu bieten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört selbstverständlich, dass wir in diesem Jahr den stärksten Ausbildungsjahrgang hatten, den es jemals bei der hessischen Polizei gegeben hat. Wir werden am Ende der Haushalte, die wir zu verantworten haben, im Jahr 2019 eine Situation geschaffen haben, die dazu führt, dass die Polizeivollzugsstellen im Lande Hessen um 11 % gesteigert worden sind. Wir werden dann knapp 1.500 Polizeivollzugsbeamtinnen und -vollzugsbeamte mehr im Land haben als im Jahr 2014, in dem wir angefangen haben. Das ist ein Erfolg.

Frau Kollegin Faeser, wenn Sie von vor 18 Jahren sprechen,

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD) – Gegenruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

dann sage ich: Das ist eine Erfolgsgeschichte, die sich auch in diesem Jahr 2018/19 abbildet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Damit ist die Beratung zum Einzelplan 03 beendet.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –

Als Erster hat Kollege Degen für die SPD-Fraktion das Wort.

Christoph Degen (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die kursorische Lesung zum Einzelplan 04 hat am 23. Oktober stattgefunden. Ich finde es schon bezeichnend, dass heute – um 9:45 Uhr – die Antworten auf unsere Nachfragen dazu eingegangen sind. Da kann man zwar noch sagen: Immerhin sind es keine 250 Seiten wie beim Gutachten zu DI-TIB, das am Abend vorher kam. Es ist aber schon bezeichnend,

(Günter Rudolph (SPD): Es ist arrogant!)

welche Wertschätzung hier dem Parlament gegenüber zum Ausdruck gebracht wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zu Beginn meine Haushaltsrede unter zwei Überschriften stellen. Die eine betrifft das Thema Mehrarbeit. Sie muss eigentlich auf allen Ebenen durch Bordmittel geleistet werden, außer im Kultusministerium. Die zweite Überschrift wird sein: lauter leere Versprechungen, die am Ende nicht gehalten werden können und die vor allem der PR dienen.

Zum Ersten. Ich will auf die letzte Bildungsdebatte zurückkommen, die wir hier im November-Plenum hatten. Da ging es um die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu Belastungen und Befristungen und die Frage, wie die Landesregierung mit der vielen Mehrarbeit der Lehrkräfte, der Schulleitungen umgeht und was man dort als Entlastungen erwarten könne. Damals antwortete der Minister – ich will einfach einmal diese drei Sätze vorlesen, weil ich sie so bezeichnend, eigentlich sogar traurig finde –, es sei eine Begleiterscheinung der Postmoderne und betreffe alle Berufszweige, dass sich in einer immer weiter entwickelnden Gesellschaft Aufgabenfelder veränderten und an den Einzelnen teilweise höhere Anforderungen gestellt würden, als es noch vor zehn oder 20 Jahren der Fall war. Im schulischen Bereich schlage sich das sowohl im pädagogischen Bereich nieder – bei der Inklusion, der individuellen Förderung, den didaktisch-methodischen Innovationen – als auch im strukturellen Bereich – z. B. durch jahrgangsübergreifende Strukturen, ganztägigen Unterricht, Kooperationen mit außerschulischen Institutionen. – Letzter Satz des Ministers:

Gleichwohl bleibt festzustellen, dass der Großteil der dargestellten Tätigkeiten durchaus zu den Regelaufgaben von Lehrkräften gehört, die sich aus dem

Lehr-, Erziehungs-, Betreuungs- und Beratungsauftrag gemäß der „Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ ... ableiten.

Ich lese Ihnen das vor, weil dort, wo der Bereich in den letzten Jahren ohnehin schon gewachsen ist, ein besonderer Stellenaufwuchs zu verzeichnen ist – sechs Stellen im Kultusministerium. Das ist nicht stimmig im Vergleich zu dem, was wir hier den Schulen sagen. Herr Minister, das ist frech, das ist doppelzünftig und arrogant den Lehrkräften gegenüber,

(Beifall bei der SPD)

die Tag für Tag die Mehrarbeit, die Sie ihnen aufbürden, aus Bordmitteln leisten müssen. Herr Minister, wenn Sie sagen, die Mehrarbeit sei eine Begleiterscheinung der Postmoderne, und sie gehöre zu den Regelaufgaben, dann gilt das genauso für das Kultusministerium. Meine Damen und Herren, deshalb werden wir beantragen, diese zusätzlichen Stellen zu streichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur zweiten Überschrift: leere Versprechungen. Wo sind die vielen Mehreinnahmen der Landesregierung geblieben? Das war gestern hier in der Generaldebatte ein Thema. Es wurde viel erzählt, wofür das alles draufgehe und warum es eigentlich gar nicht mehr so viel Spielraum gebe. Kollege Schmitt hatte in der ersten Lesung den Begriff des Dagobert Duck geprägt, der ja im Grunde genommen in seinem Geldspeicher schwimmen könne. Einen dieser Geldspeicher haben wir im Einzelplan 04 gefunden.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. In der kursorischen Lesung ist doch herausgekommen, wie viel Geld, das eigentlich für das Haushaltsjahr 2017 veranschlagt wurde, in dem Jahr gar nicht ausgegeben wurde. Das macht das wunderbare Beispiel der Förderung von Migrantinnen und Migranten deutlich. Hier haben sich im letzten Jahr zwei Fraktionen sehr dafür gefeiert, dass über 1.000 Stellen für Flüchtlinge geschaffen wurden. Aber interessanterweise haben wir jetzt festgestellt, dass die Mittel für 460 Stellen, die im Einzelplan für 2017 standen, überhaupt nicht verausgabt wurden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das sind 30 Millionen €, die nach wie vor zur Verfügung stehen. Allein davon kann die SPD ihre Haushaltsanträge für 2018 finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

So viel zum Vorwurf der unsoliden Haushaltsforderungen.

Das setzt sich auch im neuen Jahr weiter fort. Es ist ausdrücklich im Protokoll der kursorischen Lesung vermerkt: Auch für die Jahre 2018/19 wird aufgrund rückläufiger Flüchtlingszahlen eine deutliche Budgetunterschreitung angenommen – so das Protokoll der kursorischen Lesung.

Es finden sich weitere Beispiele im Haushaltsentwurf. Nehmen wir die 400 Stellen für Sozialpädagogen, die zum 1. Februar eingestellt werden sollen, die zu dem Termin etatisiert sind. Wir haben gestern in der Fragestunde darüber gesprochen. Wenn ich mir den Plan des Landtags für das nächste Jahr anschau, dann stelle ich fest, dass wir wohl frühestens am 1. Februar überhaupt erst den Haushalt beschließen werden. Ich wette, vor dem 1. April werden

Sie niemanden einstellen können, zumal noch nicht einmal klar ist, welche Schulen überhaupt in den Genuss dieser gar nicht mal falschen Unterstützungsmaßnahmen kommen werden. Sie haben hier locker 4 Millionen € als Spielgeld eingeplant, die Sie eigentlich gar nicht ausgeben werden. Das ist keine solide Haushaltspolitik, und das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Weiter geht es mit Ihren Zuschlägen zur Grundunterrichtsversorgung. Wir haben mehr Schülerinnen und Schüler, vor allem an Grundschulen. Dementsprechend steigt die Grundunterrichtsversorgung. Konsequenterweise muss auch der Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung steigen. Die 500 Stellen, die Sie hier eingeplant haben, sind zu großen Teilen für die Grundschulen gedacht. Jetzt wissen wir aber, dass der Lehrermarkt für Grundschulen absolut leer gefegt ist. Es finden sich nicht einmal genug Lehrkräfte aus anderen Lehrämtern, die bereit sind, sich zur Grundschullehrkraft weiterzuqualifizieren. Das heißt, wir wissen heute schon, dass Sie diese Stellen gar nicht besetzen können. Auch diesbezüglich ist viel heiße Luft, sind viele leere Versprechungen im Einzelplan 04.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu dem angeblichen Vorzeigeprojekt der Landesregierung, dem Pakt für den Nachmittag. Die meisten Schulen, die sich daran beteiligen, sind schon längst in einem Landesprogramm zum Ganzttag. Auch dieser Pakt richtet sich vor allem an Grundschulen. Auch hier kann Ihr Aufwuchs für den Ganzttag nicht funktionieren, weil Sie zu wenige Lehrkräfte ausgebildet haben.

Jetzt könnte man sagen: Qualität spielt ohnehin keine Rolle für Schwarz-Grün, weil es Ihnen nur um Betreuung geht. Dann nehmen Sie eben externe Kräfte. Trotzdem ist das schade. Das bringt nicht mehr Qualität für unsere Grundschulen.

(Beifall bei der SPD)

Der Ganzttag ist im Übrigen noch so ein Posten, bei dem es offensichtlich deutlich Luft gibt. Ich habe in der kursorischen Lesung die Frage gestellt: Was ist denn, wenn endlich – das fordern wir schon lange – Stellen in Geld umgewandelt werden können? Welchen Antrag muss ich stellen, damit das endlich mal nach oben geht? Die Antwort war: Da ist so viel drin, das können wir im Vollzug machen; dafür muss man gar keinen Antrag stellen. – Das ist alles drin, meine Damen und Herren. Da sehen Sie, wie viel Spielraum im Kultusetat eingeplant ist.

Wir freuen uns darüber. Wir werden diese Möglichkeiten, den Spielraum, den Sie eingeplant haben – es ist ja ein Doppelhaushalt –, ab 2019 gerne für die sozialdemokratischen Projekte nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der schulischen Inklusion ist es ja genauso. Auch hier sind – das will ich gar nicht in Abrede stellen –

(Zuruf des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

einige Stellen mehr drin. Aber auch hier wissen wir schon heute, dass Sie diese gar nicht werden besetzen können, weil Sie in den letzten Jahren geschlafen haben. So ist es.

(Manfred Pentz (CDU): Ach?)

– Herr Pentz, sind Sie heute wach?

(Manfred Pentz (CDU): Herr Degen, Sie sind doch auch Lehrer! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Was heißt denn „auch“? – Günter Rudolph (SPD): Nicht alle, die da sind, sind auch wach!)

Nehmen wir einmal die inklusiven Schulbündnisse, die jetzt auch langsam vorankommen sollen. Ich erinnere mich an die Pressemeldung – wieder eine dieser Lobpressemeldungen von CDU und GRÜNEN –, dass mit den inklusiven Schulbündnissen endlich die Trennung zwischen Lehrkräften für Förderschulen und für Inklusion aufgehoben wird, dass das jetzt ein Pool wird. Meine Damen und Herren, wenn das so ist, warum sind es dann immer noch verschiedene Produkte im Haushaltsplan, obwohl Sie sonst an jeder Stelle, wo es nur geht, alles hin und her wurschteln? Hier handeln Sie nicht konsequent. Das zeigt, dass Ihre Ansprüche nicht in der Realität angekommen sind.

Zur Schulsozialarbeit. Es gibt 400 neue Stellen, wie gesagt, vermutlich nicht zum 1. Februar.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber keine Leute für die Stellen!)

– Herr Schmitt, da haben Sie vollkommen recht. – Da ist der Mangel doch, obwohl es keine Lehrkräfte sind, sondern Sozialpädagogen, genauso hoch. Das Einzige, was passieren wird, ist, dass Sie auf dem ohnehin verschärften Markt der freien Träger die einen gegen die anderen ausspielen werden. Denn auch hier weigert sich der Wissenschaftsminister, mit den Hochschulen zu reden und für mehr Kapazitäten in der Ausbildung zu sorgen. Auch hier ist das Land Abnehmer. Auch hier müsste das Land viel mehr in die Ausbildung von Sozialpädagogen investieren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Weil wir ein gutes Beispiel dafür haben, dass die Sozialdemokraten etwas anderes wollen, sage ich: Wir halten nichts davon, hier ein neues Programm nach dem anderen zu schaffen, verschiedene Parallelstrukturen aufzubauen. Ich nenne nur USF, UBUS, dann klassische Schulsozialarbeit in kommunaler Trägerschaft. Das macht für uns keinen Sinn. Das sind verschiedene Strukturen, die am Ende einfach durch den Koordinationsaufwand Mehrarbeit verursachen. Wir wünschen uns, dass die kommunale Schulsozialarbeit – so wie es in anderen Bundesländern der Fall ist – durch eine Förderpauschale, durch eine Drittelfinanzierung so unterstützt wird, dass wir ein Konzept aus einem Guss haben und am Ende Schulsozialarbeit an jeder Schule in Hessen verwirklichen können.

(Beifall bei der SPD)

Dann will ich noch zum Thema Lehrermangel kommen. Unser Fraktionsvorsitzender hat gestern schon gesagt, dass wir durchaus einsehen, weil Sie den Karren mit dem Lehrermangel in den Dreck gefahren haben –

(Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit!)

– Das war doch nun wirklich so, Herr Boddenberg. Würden Sie einmal ernst nehmen, was Sie sagen, hätten Sie schon längst in mehr Lehrkräfte investiert. Dann müssten Sie sich nicht immer von der Opposition drängen lassen, das zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Wir erkennen ja an, dass Sie den Karren in den Dreck gefahren haben, und werden unsere Forderungen nach mehr Lehrkräften im Vergleich zu den letzten Jahren etwas zurückschrauben.

(Lachen des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wissen durchaus, dass es keinen Sinn macht, Lehrkräfte zu fordern, die gar nicht da sind,

(Michael Boddenberg (CDU): Was wollen Sie denn so ausgeben?)

sondern der Schwerpunkt der künftigen Politik im Land muss doch vor allem darin liegen,

(Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

mehr in Lehrerausbildung, in Lehrerfortbildung, in Lehrerweiterbildung zu investieren. Da hinken Sie längst hinter Ihren eigenen Ansprüchen her.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Wahlversprechen werden schon vor der Wahl zurückgezogen!)

Wir brauchen weiterhin einen Aufwuchs der Studienplätze. Die Plätze, die Sie schaffen, Herr Wagner, reichen doch nicht einmal, um den Pensionierungen zu begegnen. Wenn Sie das ernst nehmen, was Sie wirklich wollen, müssen Sie doch noch viel mehr Ausbildungskapazitäten schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Genauso haben Sie verursacht, dass 6.000 Lehrkräfte ohne wirkliches Lehramt oder Lehrbefähigung an unseren Schulen unterrichten. Auch die müssen wir weiterqualifizieren, denen müssen wir eine pädagogische Grundqualifikation zukommen lassen; denn am Ende leiden sonst die Kinder und Jugendlichen darunter. Wir müssen auch diesen Menschen eine Perspektive geben, damit sie nicht, wie von Ihnen, nach fünf Jahren wieder aus dem Schuldienst entlassen werden. Hier müssen wir entsprechend in die pädagogische Qualifikation der Lehrkräfte investieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden morgen noch viel ausgiebiger über Ganztagschulen reden. Die sind genauso notwendig für die Schaffung von echter Bildungsgerechtigkeit in Hessen wie mehr Maßnahmen zur individuellen Förderung, zum Umgang mit Heterogenität, um Lehrkräfte wirklich zu entlasten.

Wir werden auch noch über das Thema Berufsorientierung reden. Das ist wieder ein Beispiel dafür, dass Sie etwas in Verordnungen und Erlasse schreiben, die Schulen aber gar nicht dafür ausstatten, das auch umzusetzen. Das sehen nicht nur wir so, sondern auch die Industrie- und Handelskammern. Für eine echte Verankerung von Berufsorientierung gerade an Gymnasien muss deutlich mehr geleistet werden. Dafür werden wir entsprechende Anträge vorlegen, meine Damen und Herren.

(Manfred Pentz (CDU): Ich denke, bei der SPD gibt es keine Gymnasien mehr! Das müssen Sie mal erklären! – Gegenruf des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Unter dem Strich also viel heiße Luft, viele Versprechungen – Herr Pentz nimmt hier besonders gerne den Mund sehr voll –, die Sie am Ende nicht werden einlösen können.

(Manfred Pentz (CDU): Schlicht die Wahrheit!)

Sie machen falsche Versprechungen und kommen den wirklichen Herausforderungen, nämlich Investitionen in die Qualität der Schulen, in die Qualität der Ausbildung der Lehrkräfte, nicht nach. Das wird am Ende ein böses Erwachen geben.

Diesen Haushalt kann man nur als Wahlkampfhaushalt bezeichnen, der noch einmal die PR-Maschinerie vor der Landtagswahl zum Laufen bringen soll. Das ist alles. Leider bleiben Sie weit hinter den eigenen Ansprüchen zurück. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Das war nichts, Herr Degen! Da hätte ich eigentlich ein bisschen mehr erwartet!)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Schwarz für die CDU-Fraktion.

(Manfred Pentz (CDU): Herr Schwarz erklärt jetzt mal, was Sache ist!)

Armin Schwarz (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Bildung hat im Doppelhaushalt 2018/2019 absolute Priorität. Seit 1999 steigen die Bildungsausgaben von Jahr zu Jahr trotz sinkender Schülerzahlen. In diesem Jahr haben wir zum ersten Mal – damit das hier noch einmal in Erinnerung gerufen wird – die 5-Milliarden-€-Marke geknackt. Im Haushaltsplan 2018 legen wir 170 Millionen € drauf, im Haushaltsplan 2019 noch einmal 250 Millionen €. Das bedeutet, wir haben einen Rekordhaushalt. Der Einzelplan 04 ist der größte Haushaltsposten im Gesamthaushalt des Landes Hessen. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kollege Degen, wenn ich Ihnen hier zuhöre, dann stelle ich fest, dass das, was Sie sagen, bestenfalls eine Ansammlung von Scherzen ist, die Sie offensichtlich platzieren. Wir haben noch nie zuvor so viel Geld für Bildung ausgegeben. Wir haben noch nie zuvor so viele Stellen gehabt. Wir haben noch nie zuvor so viele Lehrer an den Schulen gehabt. Wir haben nie zuvor mehr Ganztag gehabt. Wir haben nie zuvor mehr Sprachförderung gehabt. Wir haben nie zuvor mehr Integration gehabt.

(Manfred Pentz (CDU): So ist es!)

Sie reden davon, dass es Mehraufwendungen gibt. Genau dort platzieren wir. Genau dort liefern wir. Wir machen keine leeren Ankündigungen. Von Ihnen habe ich nach wie vor immer nur Ankündigungen gehört, aber noch keinen einzigen Antrag der SPD zum Einzelplan 04 gesehen. Nichts haben Sie geliefert, gar nichts, außer heiße Luft und tote Fliegen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Pentz (CDU): Typisch!)

Meine Damen und Herren, in keinem anderen Bundesland wurden die Bildungsausgaben prozentual stärker erhöht als im Lande Hessen.

(Norbert Schmitt (SPD): Glauben Sie den Unsinn wirklich?)

Wir haben hier kein Spielgeld, sondern Geld. Dieses Geld hinterlegen wir mit Stellen, und die Lehrer sind auch an den Schulen. Insofern verzichten Sie bitte darauf, hier stetig ein Bild zu zeichnen von Schulen, das es zumindest in Hessen nicht gibt. Dort, wo Sie leider Verantwortung tragen, gibt es genau diese Szenarien.

(Manfred Pentz (CDU): Genau!)

Offenbar reden Sie über die Bundesländer, in denen Sie Bildungspolitik machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nach wie vor einzigartig und nirgendwo anders existent, haben wir die 105-%-Garantie. Herr Kollege Degen, damit Sie es hören: Auch im kommenden Jahr und im darauffolgenden Jahr sind die 105 % mit Aufwuchs versehen. Das heißt konkret 507 zusätzliche Stellen im Haushaltsplan 2018 und 175 zusätzliche Stellen für das Jahr 2019, damit diese 105 % gehalten werden. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir machen es auch.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann auch sehen, dass unsere bildungspolitischen Vorhaben umgesetzt werden. Das kann man 1 : 1 abhaken. Was wir im Koalitionsvertrag angekündigt haben, setzen wir um. Ein Schwerpunkt ist unter anderem der Bereich des Ganztags. Noch niemals zuvor haben wir in diesem Bereich einen so rasanten Aufwuchs erfahren wie in den vergangenen Jahren. Da ist der Pakt für den Nachmittag, für Bildungs- und Betreuungsangebote an Grundschulen. Auch dort werden jeweils 230 zusätzliche Stellen in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 geschaffen. Das sind insgesamt fast 3.000 Stellen, davon 600 im Bereich des Pakts für den Nachmittag.

Damit der Aufwuchs auch an den weiterführenden Schulen erfolgt, haben wir noch einmal 12 Millionen € eingeplant für die Sekundarstufe I. Das kann sich sehen lassen. Daran erkennen Sie, dass wir handeln.

Ausbau der Schulsozialarbeit. Ja, das machen wir. Da schaffen wir keine Konkurrenzsituation, sondern wir liefern an die Schulen. Sie werden sich sicher sein können: 400 Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie pädagogische Fachkräfte werden zum 1. Februar an den Grundschulen ihre Arbeit aufnehmen. Darüber sind wir froh. 300 weitere werden zum Beginn des nächsten Schuljahres an den weiterführenden Schulen ihre Aufgabe antreten. Das bedeutet, über 1.000 Schulen werden von Schulsozialarbeit profitieren. Das ist nicht auf dem Blatt, sondern das ist in der Schule, Herr Kollege Degen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ausbau der Sprachförderung. Der Minister hat es gestern bei der Fragestunde sehr deutlich gesagt. Kein anderes Bundesland ist im Bereich der Sprachförderung mit einem Gesamtsprachförderkonzept so erfolgreich wie wir. 1999 haben 20 % der Schülerinnen und Schüler mit ausländischen Wurzeln die Schule ohne Abschluss verlassen. Heute sind es nur noch 8 %. Das ist eine rasante Entwicklung. Das ist der beste Wert im Vergleich aller Bundesländer. Das ist das Ergebnis unserer Arbeit, aber nicht die Beschreibung von Problemen in den Ländern, in denen Sie herumwirtschaften und nichts hinbekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Manfred Pentz (CDU): Holzapfel lässt grüßen!)

Ab dem kommenden Schuljahr wird an allen 84 InteA-Standorten das Sprachdiplom DSD I Pro angeboten. Das bedeutet, dass wir das dann flächendeckend haben. Auch das gibt es in keinem anderen Bundesland.

Meine Damen und Herren, in Haushaltsdebatten geht es immer um Geld. Geld an Schulen bedeutet Lehrer. Deswegen stecken wir auch Geld in die Lehrkräftegewinnung. Konkret schaffen wir 160 Stellen für die Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Grundschulen, der Förderschulen, aber auch im Bereich der Berufsschulen für die in der Tat herausfordernden Fächer Metall und Elektro. Da sind wir gut aufgestellt.

Damit das ein Gesamtkonzept ist – von dem Sie immer sprechen, das wir aber haben –, stecken wir richtig viel Geld in die Bereiche der Berufsbildungsmaßnahmen zur Berufsvorbereitung. Da werden zusätzliche Kapazitäten von 1.000 Plätzen geschaffen. Von vorne bis hinten begleiten wir, und das machen wir erfolgreich, meine Damen und Herren.

Auch der Ausbau der Lehrerzuweisung nach Sozialindex wird konsequent fortgesetzt. 60 Stellen kommen in diesem Schuljahr hinzu, sodass wir in Summe 540 Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit, im Bereich der sozial indizierten Lehrerzuweisung vorhalten. Genauso konsequent unterstützen wir die Schulen im Bereich der Inklusion mit zusätzlichen Kapazitäten von jeweils 60 Stellen in den beiden Haushaltsjahren. Darauf sind wir stolz, und die Schulen freuen sich darüber; denn diese Unterstützung haben sie verdient. Diese Unterstützung können sie gut gebrauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Norbert Schmitt (SPD): Historisch!)

– Richtig, Herr Kollege Schmitt. Das ist historisch. Das kriegen Sie nirgendwo hin. Wir machen es aber.

Unterstützung der Schulleitungen. Ja, wir stärken die Schulberatung und die Schulpsychologie. 24 zusätzliche Stellen für Kooperationsverbünde. 16 zusätzliche Stellen an den Staatlichen Schulämtern. Acht Stellen für die Lehrkräfteakademie. Auch dort wird dementsprechend die Fläche abgedeckt, nicht punktuell, sondern die Fläche.

Damit die Arbeit in hessischen Schulen von der Lehrkraft bis zur Schulleitung attraktiv bleibt – denn sie ist sehr attraktiv –, gibt es zusätzliche Stellenhebungen, nämlich 900 Stellenhebungen im Bereich der Grundschulen. Grundschulen mit 80 bis 180 Schülern werden mit Konrektorenstellen versehen. Das hat es noch nie zuvor gegeben. Das geht einher mit Tarifsteigerungen und einer Stundenreduzierung, einer Arbeitszeitreduzierung. Das ist vorbildlich.

An dieser Stelle möchte ich den Kolleginnen und Kollegen an den hessischen Schulen Dank für ihre tolle Arbeit aussprechen. Es ist nämlich fantastisch, was sie dort leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir investieren zusätzliche Mittel in die Medien- und Digitalisierungsstrategie, über 6 Millionen € in diesem Jahr, über 5 Millionen € on top im nächsten Jahr. Auch an diesem Bereich erkennen Sie, dass wir nicht nur über neue

Entwicklungen wie die Digitalisierung große Sprünge kloppen, sondern wir handeln, damit die Arbeit vor Ort vernünftig angegangen werden kann. Darüber freuen wir uns.

Pakt für Weiterbildung. Aufgrund der Zeit möchte ich das nur punktuell ansprechen.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Schwarz, die angemeldete Redezeit ist zu Ende.

Armin Schwarz (CDU):

Ich komme auch gleich zum Ende.

Ausbildungskapazitäten an den Universitäten werden erhöht. Die Studienplätze, die wir vorhalten, sind übrigens alle belegt. So viel zur Attraktivität des Lehramts in Hessen. Wir stellen als Land Hessen 500 Millionen € für die Schulträger zur Verfügung über das kommunale Investitionspaket.

Ich sage es noch einmal: Änderungsanträge von Ihnen liegen nach wie vor nicht auf dem Tisch. Die Opposition kann alles fordern. Das sind wir gewohnt. Überall dort aber, wo diese Opposition in anderen Bundesländern Verantwortung trägt, bleibt sie bei Weitem hinter dem zurück, was wir liefern, geschweige denn, dass sie in irgendeiner Form das erreicht, was sie hier zusätzlich fordert. Insofern ist das alles andere als plausibel. Das ist wirklich heiße Luft und nicht mehr.

In dieser Legislaturperiode haben wir 4.350 zusätzliche Stellen geschaffen, wenn wir im Jahr 2019 einen Strich darunter ziehen. So machen wir weiter. Wir haben die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Flächenländer. Die 105 % gibt es nirgendwo anders. Wir haben die niedrigste Schulabbrecherquote aller Bundesländer. Wir machen Bildung ohne Sackgasse. Hessen ist ein Spitzenland, insbesondere im Bereich der Bildung. – Ich bedanke mich herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Faulhaber, Fraktion DIE LINKE.

Gabriele Faulhaber (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gestern in der Generaldebatte und auch eben in der Debatte angesprochen worden, aber ich will nochmals darauf verweisen, dass die Landesregierung dank sprudelnder Kassen in einer recht bequemen Lage ist. Und sie investiert: Sie investiert in Lehrerstellen, in die Schulsozialarbeit und in die Schulgebäudesanierung. Ich will hier extra betonen: Das ist gut so. Das sind wichtige Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie hier Ihre Investitionen vorstellen, fehlt aber eine maßgebliche Größe. Sie haben die Bedarfe gar nicht erhoben. Sie sagen nicht, was für Ihre bildungspolitischen Vorhaben eigentlich gebraucht wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen, Sie wollen Inklusion, Integration, Ganztagschulausbau, Berufsorientierung sowie Lehreraus- und -weiterbildung. Eine Bedarfsanalyse ist aber dringend nötig, will man einschätzen, wo Hessen bei der Bewältigung dieser bildungspolitischen Aufgaben derzeit steht.

Nehmen wir ein Beispiel, das schon in der gestrigen Fragestunde eine Rolle gespielt hat. Sie sagen, es gebe 106 Schulpsychologen an hessischen Schulen, und Sie geben sich damit zufrieden, wenn nun weitere acht Schulpsychologen eingestellt werden. Dann sind es also 114 Schulpsychologen. Auch hier haben Sie den Bedarf aber nicht erhoben. Es ist unklar, ob das reicht oder nicht. Sie haben aber politisch entschieden, dass es Ihnen reicht, wenn Sie für 628.000 Schülerinnen und Schüler in den allgemeinbildenden Schulen 114 Schulpsychologen haben. Das wäre ein Schulpsychologe für 5.509 Schülerinnen und Schüler. Nimmt man die berufsbildenden Schulen dazu, kommen wir auf insgesamt fast 818.000 Schülerinnen und Schüler in Hessen. Dann ist es für Sie also ausreichend, wenn ein Schulpsychologie 7.174 Schülerinnen und Schüler betreut. Das darf ja wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe dieses Beispiel etwas weiter ausgeführt, aber es ist nur ein Beispiel von vielen.

Seit Monaten betreiben Sie hier Zahlendropping. Sie sagen, Sie werden 2.000 neue Stellen für die Sprachförderung und für Seiteneinsteiger sowie 1.100 Stellen für den Pakt für den Nachmittag und die Inklusion schaffen. Sie wollen insgesamt 700 Sozialpädagoginnen und -pädagogen neu einstellen. Ich betone: Das hört sich gut an und ist es auch – endlich einmal nach langer Stagnation eine Bewegung in die richtige Richtung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das haben wir jahrelang gefordert!)

Aber ich wiederhole: Wo stehen wir in Hessen bei der Lösung der Aufgaben, die sich uns bildungspolitisch stellen? Wir haben in Hessen 2.014 Schulen, allgemeinbildende und berufsbildende. Im Gegensatz zu Ihnen können wir dividieren, Herr Kultusminister – Sie haben es gestern nicht gekonnt. 700 Sozialpädagoginnen und -pädagogen führen nämlich zu folgenden Verhältnissen: ein Sozialpädagoge für 2,9 Schulen, ein Sozialpädagoge für 52 Klassen, ein Sozialpädagoge für 1.168 Schülerinnen und Schüler. Ich frage Sie: Ist das ausreichend? Können 700 Sozialpädagoginnen und -pädagogen die dringend nötigen multiprofessionellen Teams an den Schulen bilden, oder hetzen sie vielleicht von Schule zu Schule und spielen Feuerwehr? Wo Sie Ihre Zahlen hernehmen, ist mir sowieso schleierhaft.

(Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die stehen im Haushalt! – Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Selbstverständlich sind 700 Neueinstellungen bemerkenswert. Zur ganzen Wahrheit gehört aber auch, zu sagen, wie viel des eigentlichen Bedarfs man mit diesen Neueinstellungen decken kann. Man braucht ja eine realistische Einschätzung, wo man mit den getroffenen Maßnahmen bei der Umsetzung der Ziele eigentlich steht.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Bedarfsanalyse wäre auch für die Sanierung der Schulgebäude notwendig. Meine Damen und Herren, dau-

ernst leugnen Sie sogar, dass es marode Schulgebäude überhaupt gibt, dass in Sporthallen der Putz von den Wänden fällt, dass es Schultoiletten gibt, die gar nicht genutzt werden dürfen, weil sie enorme bauliche Mängel aufweisen. Es gibt Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler seit Jahren in Containern unterrichten müssen. Das ist nicht nur in Frankfurt so, sondern in ganz Hessen. Sie haben sicherlich die Schülerproteste in Kassel zur Kenntnis genommen.

(Claudia Ravensburg (CDU): Kassel ist nicht Hessen!)

– Kassel ist nicht Hessen, Frankfurt auch nicht, aber schauen Sie sich einmal die Verhältnisse auch an anderen Orten an.

Jetzt kommt das Kommunalinvestitionsprogramm und soll die schlimmsten Löcher flicken. Wenn man bedenkt, dass allein in Wiesbaden etwa 400 Millionen € fehlen, um allein hier, in der Landeshauptstadt, den Sanierungsstau aufzulösen, dann kann man sich vorstellen, wie weit man in ganz Hessen mit 500 Millionen € kommt. Das Problem ist: Sie wollen sich das gar nicht vorstellen. Sie stopfen die größten Löcher und verschließen nach wie vor die Augen vor all den weiteren Baustellen, die sich ergeben, sowohl baulich als auch bezüglich der Konzeption.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben nämlich kein Konzept für Ihre Bildungspolitik. Sie versuchen, nur das zu machen, was sich nicht vermeiden lässt. So wird Inklusion zu einem Sparprogramm, so wird der Ganztagsausbau zu einem Sparprogramm, so wird die Integration von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern zu einem Sparprogramm, und so wird die Lehrerbildung zum Sparprogramm. Deshalb fordere ich Sie hier noch einmal auf, unseren Antrag betreffend eine Bedarfsanalyse erneut zu beraten und eine solche Analyse endlich in Angriff zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann nämlich nicht sein, dass Sie sich mit dem Kommentar, die zu ermittelnde Summe sei zu hoch, da brauche man gar keine genaue Analyse, aus der Verantwortung ziehen.

Meine Damen und Herren, wenn die Kassen schon gut gefüllt sind, wenn es endlich wieder möglich ist, etwas in die Bildung zu investieren, statt sie weiterhin krankzukurzen, dann erwarte ich mehr als Ihre Löcherstopferei, und zwar nicht nur, was die Schulgebäude angeht. Schaffen Sie ein Konzept für Ihre eigenen bildungspolitischen Vorstellungen. Bilden Sie die Lehrkräfte entsprechend aus und weiter. Laden Sie die Verantwortung für die Umsetzung Ihrer Ziele nicht den Schulen auf, die das zusätzlich zu ihren anderen Aufgaben entwickeln sollen. Schaffen Sie eine Entlastung für die Schulen, die als pädagogische Einrichtungen nicht mit Verwaltungsaufgaben überfrachtet werden sollten.

Statt guter Konzepte haben Sie in den vergangenen Jahren die Trial-and-Error-Methode praktiziert. Sie sind damit überwiegend krachend gescheitert und bessern jetzt widerwillig aus. Ich nenne beispielsweise die Kürzungen bei den DaZ-Lehrkräften und den DaZ-Stunden, die Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden, das Stellenabbauprogramm und das Märchen von der demografischen Rendite, das pädagogisch nicht zu verantwortende Turboabitur sowie

die kaum vorhandene Ausstattung mit Schulsozialarbeit. All das sind Beispiele für Ihre verfehlte Bildungspolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollegin Faulhaber, die angemeldete Redezeit ist abgelaufen.

Gabriele Faulhaber (DIE LINKE):

Ich brauche noch ein bisschen Zeit.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Ich bin auch der Meinung, dass sich zurzeit in der Medienerziehung ein Leck ankündigt, weil wieder konzeptionslos gearbeitet wird. Auch hier müsste dringend ein Konzept entwickelt werden. Die Lehreraus- und -weiterbildung müsste entsprechend verändert werden. Es scheint mir so zu sein, dass wieder einmal eine Entwicklung verschlafen wird.

Auch für den herkunftssprachlichen Unterricht gibt es kein Konzept. Obwohl die Pflege der Herkunftssprache für Eltern mit Migrationsgeschichte eine wichtige emotionale Bedeutung hat, für die Persönlichkeitsbildung der Kinder prägend ist und klar ist, dass Kinder eine zweite Sprache gründlicher lernen, wenn sie ihre Herkunftssprache beherrschen, entzieht sich das Land seit den Jahren 1999/2000 schleichend seinem Bildungsauftrag in diesem Bereich. Die Bildungspolitik der Hessischen Landesregierung ist der monolingualen und monokulturellen Bildungstradition verhaftet. Nicht deutsche Erstsprachen werden eher als Hindernis zur Integration, nicht als Bereicherung und Chance begriffen. Sonst könnte man sich nicht erklären, warum auslaufende Lehrerstellen des herkunftssprachlichen Unterrichts nicht mehr durch Landesbedienstete ersetzt werden. Konsulatslehrkräfte springen in die Lücken. Aus diesem Grund stehen bei den Herkunftssprachen den verbliebenen 108 Lehrkräften im Dienste des Landes Hessen bereits 82 Lehrkräfte in Diensten der Herkunftsländer gegenüber, darunter 56 Konsulatslehrkräfte aus der Türkei.

In diesem Bereich brauchen wir dringend eine Kehrtwende. Der herkunftssprachliche Unterricht ist Teil des staatlichen Bildungsauftrags und muss wieder in die Verantwortung des Landes zurück. Außerdem muss er deutlich ausgebaut werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt also reichlich Umwege und Sackgassen in der hessischen Bildungspolitik. Aber statt daraus etwas zu lernen, den Weg zu überdenken und ihn konzeptionell fundiert weiterzugehen, bleiben Sie bei Flickwerk.

Jetzt kürze ich es ein bisschen ab. Es gibt zwei gute Beispiele: den Ganztagsausbau und die Inklusion. Sie werden nicht müde, zu erzählen, dass schon etwa 160 Schulen am Pakt für den Nachmittag teilnehmen. Aber wenn man genauer hinschaut, stellt man fest, es sind keine 20 % der Grundschulen. Wenn man die allgemeinbildenden Schulen als Grundlage dazunimmt, stellt man fest, es sind gerade einmal 8 %.

Davon abgesehen ist der Pakt für den Nachmittag kein Ganztagserschulprogramm. Sie tun immer noch so, als ob die Betreuung von Kindern die sinnvollste Lösung wäre.

Aber zahlreiche Länder haben Sie längst überholt; wir sind da überhaupt nicht spitze.

(Manfred Pentz (CDU): Reden Sie von Bolivien?)

– Nicht von Saudi-Arabien, Herr Pentz.

(Manfred Pentz (CDU): Saudi-Arabien, Bolivien oder Venezuela! Sie müssen erst einmal etwas vorlegen! Dann lege ich auch eine andere Platte auf! Wenn ihr euch ändert, kann ich auch anders!)

Es ist belegt, dass echte Ganztagschulen Bildungsnotfälle ausgleichen können, die aus sozialer Deklassierung entstehen. Doch was geschieht hier? Diese Erkenntnisse werden von Ihnen ignoriert, und Sie haben mit dem Pakt für den Nachmittag einen Flickenteppich etabliert.

Ähnlich verhält es sich mit der Inklusion. Seit über 30 Jahren wird in Hessen darüber gesprochen, inklusiv arbeiten zu wollen. Seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention und deren Ratifizierung – das war immerhin 2009 – sind wir verpflichtet, ein inklusives Schulsystem zu schaffen. Wo stehen wir gerade? An dem Punkt, an dem inklusive Schulbündnisse zu Schwerpunktschulen führen. Damit können Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen nicht wie alle anderen Kinder gemeinsam mit ihren Freunden vor Ort unterrichtet werden. Vielmehr werden diese Kinder kilometerweit durch die Gegend gefahren, um sich an Schwerpunktschulen unter ihresgleichen zu tummeln. Das, meine Damen und Herren, ist das Resultat hessischer Inklusion. Das ist keine Inklusion. Wenn in Hessen Inklusion draufsteht, ist jedenfalls keine Inklusion drin.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Ich möchte noch eines erwähnen: Die ganze Eigenlobhudelei der schwarz-grünen Koalition ist ein Schlag ins Gesicht der Lehrkräfte, die versuchen, ihre Arbeit so gut wie möglich zu machen, und immer wieder an den überlastenden Anforderungen des Kultusministeriums scheitern. Insbesondere den Grundschullehrkräften werden Sie nicht gerecht. Ihre Weigerung, sie nach A 13 zu besolden, ist beschämend. Das ist eines Bundeslands wie Hessen nicht würdig.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei können wir uns das leisten. Das ist überhaupt nicht nachzuvollziehen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege May, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 2018/2019 wird der letzte Haushalt dieser Wahlperiode sein.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das wollen wir hoffen!)

Daher ist das eine Gelegenheit, um Rückschau zu halten: Was haben wir uns vorgenommen, und was haben wir erreicht? – Wenn Sie sich den Koalitionsvertrag von CDU

und GRÜNEN anschauen, werden Sie feststellen, wir haben Ende 2013 vereinbart, die Wochenarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer um eine Stunde zu reduzieren. Wenn Sie jetzt in den Haushaltsplanentwurf schauen, werden Sie sehen, dafür stehen 600 Stellen zur Verfügung. Damit entlasten wir alle Lehrerinnen und Lehrer ganz unmittelbar. Das heißt, wir haben das im Koalitionsvertrag angekündigt, und wir haben Wort gehalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben im Koalitionsvertrag des Weiteren angekündigt, die Zahl der Zuweisungen nach Sozialindex zu verdoppeln. Wir haben das gesagt, weil wir der Überzeugung sind, dass die Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, besonders gefördert werden müssen. Wir haben gesagt, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer an Schulen, die sich in sozial schwierigen Milieus befinden, deutlich entlasten und uns besonders um die Schülerinnen und Schüler kümmern wollen; denn wir sind der Überzeugung, dass kein Kind zurückgelassen werden darf. Wenn Sie in den Haushaltsplanentwurf schauen, sehen Sie, dafür stehen 60 Stellen zusätzlich zur Verfügung. Das haben wir im Koalitionsvertrag angekündigt, und wir haben Wort gehalten.

Wir haben im Koalitionsvertrag auch angekündigt, dass wir den Klassenteiler für integrierte Gesamtschulen, die auf eine äußere Differenzierung verzichten, also keine Kurse mehr anbieten, sondern alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichten, auf 25 reduzieren werden. Wir haben dafür jetzt Stellen zur Verfügung gestellt, weil wir der Überzeugung sind, dass innovative pädagogische Konzepte, die auf mehr Binnendifferenzierung setzen und nach dem Motto „Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen“ verfahren, zu fördern sind. Wenn Sie in den Haushaltsplanentwurf schauen, sehen Sie, das haben wir im Koalitionsvertrag angekündigt, und wir haben Wort gehalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben im Koalitionsvertrag auch schon angekündigt, dass wir den Ganztag ausbauen. Wie sah denn die Situation vor 2014 aus? Wir hatten die Situation, dass Eltern, die ihre Kinder in den Kindergarten geschickt haben, dort zwar gute Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten vorgefunden haben, aber beim Übergang ihrer Kinder in die Grundschule viel zu oft feststellen mussten, dass dort eine gewisse Lücke entsteht. Deswegen haben wir als Koalition erklärt, hier wollen wir einen massiven Ausbau auf den Weg bringen. Wir haben gesagt, wir wollen zusammen mit den Kommunen einen Pakt für den Nachmittag schließen. Wenn Sie in den Haushaltsplanentwurf schauen, werden Sie feststellen, das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, und wir haben Wort gehalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben für die Ganztagsangebote nicht nur, aber vor allem an den Grundschulen jetzt fast 2.900 Stellen zur Verfügung – 600 Stellen allein für den Pakt für den Nachmittag. Damit haben wir das größte Ganztagschulausbauprogramm an den Grundschulen auf den Weg gebracht und die realen Betreuungsprobleme der Eltern angepackt. Ich glaube, das ist eine große Errungenschaft, und das ist ein gutes Signal für die Eltern in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben auch bei der Inklusion einiges angepackt. Sicherlich gibt es dort noch einiges zu bearbeiten, dort gibt es bestimmte Herausforderungen. Aber wenn wir das mit der Situation vor 2013/2014 vergleichen, merken wir, was sich geändert hat. Wir hatten damals die Situation, dass viele Wünsche nach inklusiver Beschulung nicht erfüllt werden konnten. Wir haben die Zahl dieser Fälle massiv reduzieren können. Wir haben die Zuweisung von Stellen für den inklusiven Unterricht massiv ausgeweitet. Wir haben dafür gesorgt, dass wir die Inklusion zusammen mit den Schulen vor Ort entwickeln. Dafür machen wir die inklusiven Schulbündnisse. Das alles haben wir im Koalitionsvertrag angekündigt, und wir haben Wort gehalten.

Wir haben jenseits dessen, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, mit offenen Augen agiert. Wir haben gezeigt, dass wir auf neue Lagen sehr schnell und voller Entschlusskraft reagieren können, z. B. bei der Flüchtlingsbeschulung. Das war eine Reaktion auf die großen Migrationsbewegungen in den Jahren 2015 und 2016 – etwas, was, als wir den Koalitionsvertrag erstellt haben, sicherlich nicht vorausgesehen werden konnte. Aber wir haben schnell und entschlossen reagiert und allein für die Deutschförderung – hinzu kommt die Zuweisung nach Integrationsindex – mehr als 1.600 Stellen geschaffen. Das zeigt, dass wir voller Entschlusskraft und mit offenen Augen an die Herausforderungen im Bildungsreich herangehen. Ich finde, dass das eine Erwähnung wert ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben uns in diesem Haus schon öfter darüber unterhalten, dass wir in diesen Jahren nicht alle Stellen besetzen konnten. Es gibt 70 Stellen, die nicht besetzt werden konnten; in der letzten Debatte wurde diese Zahl genannt. Aber ich finde, wenn man weit über 4.000 Stellen neu schafft, muss man das auch in Relation sehen.

Ein weiterer Punkt ist mir besonders wichtig: Wir haben auch an dieser Stelle die Herausforderung angenommen. Wir haben ein dreistufiges Gewinnungsprogramm auf den Weg gebracht. Wir haben kurzfristige Maßnahmen im Zusammenhang mit den kurz vor der Pensionierung stehenden Lehrerinnen und Lehrern angepackt, wir haben ein Weiterbildungsprogramm auf den Weg gebracht, und wir haben die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen erweitert. Das zeigt, dass wir diese Herausforderung nachhaltig angehen, dass wir uns an unseren eigenen Benchmark für eine gute Ausstattung halten wollen und dass wir weiter dafür eintreten, unser ambitioniertes Stellenaufwuchsprogramm umzusetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben noch etwas anderes gemacht. Der Kollege Degen hat darüber geredet, dass sich das Berufsbild von Lehrerinnen und Lehrern ändert. Ja, das ist richtig. Wir setzen auf multiprofessionelle Teams, und deswegen fördern wir im neuen Haushalt die Schulsozialarbeit an 1.000 Schulen. Dafür stehen 700 Stellen zusätzlich zur Verfügung. Zusammen mit der Reduzierung der Wochenarbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer und allen zuvor genannten Maßnahmen bedeutet das eine wirksame Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer. Auch das ist ein Teil dieses Haushalts,

und auch das ist ein Teil unserer großen Schwerpunktsetzung bei der Bildung an den Schulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wenn wir jetzt über den Haushalt reden, dann ist das auch eine Möglichkeit für die Opposition, zu zeigen, was sie denn anders machen würde. Das, was uns die Linkspartei an Änderungsanträgen im Bereich der Fantastillionen, wie man schon sagen muss, aufgetischt hat, ist nicht weiter der Erwähnung wert. Das ist unglaublich; das richtet sich selbst.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Früher hatten die GRÜNEN einmal Visionen!)

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn wir über Anträge der SPD hätten reden können. Im Laufe dieses Jahres, aber auch in den letzten Jahren haben Sie so einiges versprochen und angekündigt. Dass Sie jetzt so langsam den Rückzug antreten, wird Ihnen aber nicht ersparen, dass wir ein gutes Archiv haben. Wir werden Sie immer wieder mit dem konfrontieren, was Sie hier schon alles gefordert haben und jetzt noch nicht einmal mehr in Haushaltsanträgen liefern wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Christoph Degen (SPD): Sie haben erst um 9:45 Uhr geliefert!)

Ich will das einmal kurz auflisten: Sie wollten mehr Mittel für den Ganzttag, mehr Mittel für Inklusion, A 13 für alle Grundschullehrerinnen und -lehrer, mehr Lehrer insgesamt, eine Erhöhung der Studiendauer und mehr Entlastungen für Lehrerinnen und Lehrer. Sie wollten alles und ganz im Ungefähren. Anträge der SPD-Fraktion kamen jetzt null. Angekündigt wurden von Ihnen Anträge in der Nähe von null. Von daher ist doch sehr deutlich: Ihr Konzept, allen alles zu versprechen, wird nicht aufgehen. Die Leute erkennen, dass das alles ungedeckte Schecks sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Herr Kollege Degen, entweder stimmt das, was Sie hier bisher erklärt haben;

(Christoph Degen (SPD): So ist es!)

aber dann erwarten wir von Ihnen auch Änderungsanträge. Dann erwarten wir von Ihnen, dass Sie einmal sagen, was Sie denn anders machen würden. Ansonsten ist es mit Ihren Änderungswünschen, Klagen und Haushaltsänderungsanträgen doch so wie mit Ihrem Hessenplan: Es ist eine politische Fata Morgana. Wenn man sich dieser nähert, dann löst sie sich in Luft auf. Die Ursache dafür ist auch heiße Luft gewesen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Noch ein Wort zu den Änderungsanträgen der FDP. Sicherlich ist die Digitalisierung ein wichtiges Thema. Das erkennen wir deutlich an.

(Zuruf von der FDP: Danke!)

Umso bedauerlicher ist es, dass Sie mit Ihren Haushaltsänderungsanträgen jetzt die Verantwortungslosigkeit, die Scherben, die Herr Lindner hervorgerufen hat, zusammenkehren wollen.

(Lachen bei der FDP – Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Denn ein Punkt, bei dem man sich in den Sondierungsgesprächen sehr einig war, war, dass wir den DigitalPakt#D auf den Weg bringen wollten. Das war ein Punkt, den Jamaika schon irgendwie auf Papier hatte; dort hätten wir etwas voranbringen können. Jetzt haben Sie sich leichtfertig aus der Verantwortung gedrückt. Sie wollen, dass wir den DigitalPakt#D von Landesseite finanzieren. Das ist nicht solide. Es ist nicht sehr ernsthaft, was Sie hier auf den Weg bringen. Ich bin noch immer der Überzeugung, dass wir eine stabile Bundesregierung brauchen und wir dann eingelöst bekommen, was uns von Bundesseite angekündigt wurde, nämlich einen Digitalpakt. Dann bekommen wir die Mittel zur Verfügung gestellt. Ich bin absolut dagegen, jetzt Herrn Lindner hinterherzukehren und mehr Geld für etwas einzustellen, was uns schon von Bundesebene versprochen wurde.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ganz schwaches Argument! Mannomann!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Ich erinnere einmal ganz kurz an die Redezeit, aber mach nur weiter.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Der Haushalt für 2018/2019 schließt die Wahlperiode von CDU und GRÜNEN ab. Wir haben weit über 4.000 Lehrerstellen mehr, 700 Stellen für die Schulsozialarbeit und einen massiven Ausbau der Ganztagsbetreuung auf den Weg gebracht. Das alles zeigt: Wir haben die Herausforderungen angenommen. Wir sind aber auch der Überzeugung, dass noch vieles zu tun ist. Wir erarbeiten weitere Konzepte, um die Herausforderungen von morgen anzugehen. Damit wollen wir in einen Wettstreit der Ideen eintreten. Aber mit dem, was wir jetzt auf den Weg gebracht haben, haben wir das Feld der Bildungspolitik gut bestellt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege May. – Das Wort hat Abg. Wolfgang Greilich für die FDP-Fraktion.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Hauptaufgabe des Kultusministeriums – und damit ist die Haushaltsplanung verbunden – ist die Bewältigung des aktuellen Lehrermangels, wenngleich es diesen nach den Diktionen und Aussagen der Koalition gar nicht gibt. Aber die Realität spricht eine andere Sprache. Das werden Sie feststellen, wenn Sie einmal die Zeitungen lesen oder in die Schulen gehen. Wenn wir in den letzten Jahren die 105-prozentige Lehrerversorgung sichergestellt hatten, dann stellt sich natürlich die Frage: Wie ist das denn heute mit der 105-prozentigen Lehrerversorgung? Daher lautet meine erste Frage: Wie definieren Sie heute eigentlich 105 %?

Sie haben in den letzten Jahren immer wieder Aufgaben draufgesetzt – bürokratische Aufgaben, Aufgaben im Bereich der Inklusion oder der Ganztagsbeschulung. Dazu haben wir noch das Problem der Flüchtlingsbeschulung bekommen. Das sind alles zusätzliche Aufgaben. Interessant ist aber, dass man, wenn man die Zeitung aufmerksam liest, feststellt: Sie versuchen sich langsam von der Diktion der 105-prozentigen Lehrerversorgung zu verabschieden. Ich durfte gerade lesen, dass Herr Staatssekretär Dr. Lösel gesagt hat: Die 100-prozentige Lehrerversorgung ist in Hessen gewährleistet. – Das ist ein deutliches Zeichen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was?)

Es ist besser, wenn wir schon einmal die 100 % haben, als weniger. Aber die 105 %

(Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

– Herr Kollege Schwarz, das hören Sie überall, wenn Sie in die Schulen gehen – hat schon lange keiner mehr, von Ausnahmefällen, von besonderen Problemschulen abgesehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich darf die Grafik einmal zeigen; ich habe sie hier schon einmal gezeigt:

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Es ist relativ eindeutig; das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat einmal Zahlen ermittelt. Was Sie dort sehen, ist eine sehr erfreuliche Geschichte: Der Anteil der öffentlichen Ausgaben in Deutschland für Bildung steigt.

(Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

– Toll, Herr Kollege Schwarz. – Sie müssen einmal genau hinschauen; es gibt auch einen rot eingekästelten Bereich. Sie kennen die Grafik, Sie haben sie schon gesehen. Dort sieht man nämlich, was in Hessen passiert ist. Im Jahr 2014, als Sie die Regierung übernommen haben, betrug der Anteil der öffentlichen Ausgaben für den Bildungshaushalt über 27 %. Was haben wir heute, Herr Kollege Schwarz? – Heute haben wir gut 25 %. Sie sind von 27 auf 25 % zurückgefallen. Das ist die Realität, und die schlägt sich dann auch nieder.

(Beifall bei der FDP)

Sie können jeden Tag die Zeitungen aufschlagen und werden Schlagzeilen wie diese finden: „Alarm an den Grundschulen“. – Das ist die tatsächliche Situation. Ich habe mir noch eine andere Schlagzeile notiert, Zitat einer Schulleiterin: „Das System fährt gerade an die Wand“.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wirft doch Fragen auf, auch hinsichtlich der Stellenschwankungen, die sich in den Jahren 2018/2019 in den Haushaltsberechnungen niederschlagen. Das wurde in der kursorischen Lesung angesprochen; und wir durften – Herr Kollege Degen hat schon darauf hingewiesen – dann bis heute Morgen warten. Es war nicht 9:43 Uhr, sondern 9:13 Uhr, als das Kultusministerium geliefert hat; die anderen 30 Minuten sind letztlich hier im Hause gebraucht worden, um das weiterzuleiten. Aber das ist nicht der entscheidende Faktor: Heute früh um 9:13 Uhr bequemt sich das Hessische Kultusministerium, zur Vorbereitung der Einzelplanberatung die Fragen der kursorischen Lesung zu beantworten.

(Beifall bei der FDP)

Daher drängt sich die Frage auf: Was haben Sie eigentlich zu verbergen? Was haben Sie zu verschleiern? – Es kann doch nicht sein, dass wir bis zur Beratung des Einzelplans notwendige Informationen bezüglich der besetzten Stellen mit Sozialpädagogen, der Digitalisierung, der Gütesiegelschulen, der Streichung von kw-Vermerken oder bezüglich der Betreuung von Kindern, die Vorklassen besuchen, oder der Teilnahmequoten am Pakt für den Nachmittag vom Kultusministerium nicht bekommen; denn diese müssten doch eigentlich vorhanden und Grundlage der strategischen und kurzfristigen Planungen im Kultusministerium sein. Oder sollen wir daraus schließen – aber das kann ich mir nicht vorstellen –, dass im Kultusministerium planlos gearbeitet wird?

Meine Damen und Herren, ähnlich ausweichende Antworten gab es gestern in der Fragestunde in Bezug auf die Krankheitstage von Lehrkräften oder auf die Frage, wie man denn die 700 angekündigten sozialpädagogischen Fachkraftstellen besetzen wolle. Ich frage mich in der Tat, ob das die geeignete Art und Weise ist, mit dem Parlament umzugehen, gerade in dem Jahr, das diese Koalition so groß als „Jahr des Respekts“ ausgerufen hat.

(Beifall bei der FDP)

Auch hierbei zeigt sich die Schwachstelle dieser Landesregierung. Wenn es um Problembewusstsein und Tatendrang geht: Fehlanzeige. Lieber wird ausgesessen und abgewartet. Mit Blick auf den Einzelplan 04 sind altbekannte Themenschwerpunkte vorzufinden, die richtig und notwendig sind. Was aber fehlt, ist der Blick in die Zukunft, ein engagierter und motivierter Blick in die Zukunft. Das ist der Unterschied.

Unser Schwerpunkt – das machen unsere Haushaltsanträge auch deutlich – ist die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler und der Bürger unseres Landes Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Exemplarisch dafür – da bin ich Herrn May für die Vorlage sehr dankbar – ist das Thema „Digitale Bildung“. Das verschwindet in Hessen geradezu in der insgesamt nicht stattfindenden Digitalisierungsoffensive des Landes. Sie wird viel beschworen, findet aber nicht statt. Gerade im Bildungsbereich bewegt sich die Landesregierung im Schnecken tempo, wenngleich der eine oder andere Schulträger vor Ort durchaus gemerkt hat, wie die Zeichen der Zeit sind, und an der einen oder anderen Schule die Ausstattung vorhanden ist.

Dort, wo die Ausstattung vorhanden ist, fehlen die Lehrer, die in der Lage sind, damit auch sinnvoll im Unterricht zu arbeiten. Das sind Fehlinvestitionen, solange das Land nicht seiner Verantwortung gerecht wird und dafür sorgt, dass Lehrerinnen und Lehrer diese Medien auch sinnvoll nutzen können.

(Beifall bei der FDP)

Die „Kraftanstrengungen“ zur Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ entpuppen sich in Hessen als gemächliches Vorgehen. Der Verweis auf den geplanten Digitalpakt – da näherte ich mich Herrn May –, der bis heute nicht auf den Weg gebracht wurde, befreit die Landesregierung doch nicht von ihrer Pflicht, selbst zu investieren, und zwar in deutlich höherem Rahmen, als es im Einzelplan 04 vorgesehen ist.

Herr Kollege May, der wohlfeile Blick nach Berlin kann Sie nicht retten. Eine Schlussfolgerung sollten Sie als Lehre aus dem, was in Berlin geschehen ist, ziehen: Wer so verhandelt, wie Schwarz-Grün in Berlin verhandelt hat, wird das Problem haben, dass er keine Mehrheiten zustande bringt. Das sollte die Lehre für Hessen sein, das sollten Sie sich merken.

(Beifall bei der FDP)

Den Digitalpakt hatte Frau Wanka schon in der letzten Wahlperiode angekündigt. Auch da blieb es bei Ankündigungspolitik. Wenn es ums Zahlen geht, dann können Sie nicht, und dann bleibt nur der wohlfeile Blick: Ach, es ist wie immer, die FDP ist daran schuld, Herr Lindner ist daran schuld. – Meine Damen und Herren, das will keiner mehr von Ihnen hören. Da hört Ihnen auch keiner mehr zu.

(Beifall bei der FDP)

Es ist genau die Situation: Sie verstecken sich lieber hinter anderen, anstatt voranzugehen. Vielleicht steckt dahinter auch die Uneinigkeit innerhalb der Koalition über den Umgang mit dem Thema „Schule und Digitalisierung“. Wahrscheinlich existiert diese Uneinigkeit innerhalb der Regierungsfractionen. Diese Uneinigkeit baut zusätzliche Hürden auf. Ich darf nur an die Diskussionen, von denen man immer hört, zwischen dem fortschrittlichen Teil der Union, der sich im Bereich der Digitalisierung im C-Netz organisiert hat, und den konservativen Teilen der Union, erinnern. Diese Auseinandersetzungen finden statt und blockieren. Wer sich den Herausforderungen nicht stellen möchte und das Thema als Teufelszeug abtut, kann sich auch nicht mit den notwendigen und unaufhaltsamen Entwicklungen auseinandersetzen. Ich stelle fest: Sie wollen einfach nicht.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist doch Unsinn!)

Herr Kollege Dr. Arnold, wenn es eines Beweises dafür bedurft hätte: Wir hatten eine Enquetekommission „Bildung“, die sich einen ganzen Tag lang Sachverständige zum Thema Digitalisierung angehört hat. Wenn diese Koalition nichts Besseres hat, als als Kronzeugen den altbekannten Prof. Spitzer aufzurufen, wenn es um Digitalisierung in Schulen geht, dann wird doch deutlich, wohin Sie wollen, nämlich zurück und nicht nach vorn.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind der Ansicht, dass die Digitalisierung des Bildungssystems eine Zukunftsaufgabe darstellt. Deswegen haben wir in Hessen eine Digitalisierungsoffensive in Höhe von 25 Millionen € im Jahr 2018 und den doppelten Betrag im Jahr 2019 beantragt. Denn – das ist die Botschaft, die hinter diesen Anträgen steckt – wir müssen endlich stur durchstarten. Wir dürfen nicht weiter zuschauen und erstaunt wahrnehmen, dass draußen die Zukunft stattfindet und wir mit unseren Schulen, unserer Kultusbürokratie und mit unserem Kultusministerium in der Kreidezeit verharren. Das ist nicht die Botschaft für die Zukunft.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wir haben 50 Millionen € für Digitalisierung vorgesehen!)

Meine Damen und Herren, das nur, um den leicht seltsamen Argumenten, die immer wieder auftauchen, vorzubeugen und zu sagen: Es geht in keiner Weise darum, Lehrer durch Computer zu ersetzen oder das gesamte Schulsystem auf den Kopf zu stellen. Es geht einfach darum, sich den

Zukunftsaufgaben nicht zu verweigern und den Bildungs- und Erziehungsauftrag umzusetzen.

Ich habe die Redezeit im Blick und komme langsam zum Ende. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die hessischen Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler bestmöglich qualifiziert werden, um die Herausforderungen zu meistern. Die bisherigen Bemühungen im Bereich der Digitalisierung, insbesondere wenn es um die Weiterentwicklung des Bildungs- und Schulservers geht, sind alles andere als ausreichend, um den Anforderungen gerecht zu werden.

Wir haben ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgeschlagen, von der Ausstattung der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte mit Tablets über die Bereitstellung sonstiger digitaler Unterrichtsmedien, die Qualifizierung der Lehrkräfte als grundlegende Aufgabe, über die Notwendigkeit der technischen Betreuung der Infrastruktur usw. usf. Vieles davon kommt in Ansätzen auch im Einzelplan 04 in dem Produkt Nr. 18 vor. Aber die Landesregierung fährt hier – das ist das eigentliche Problem – mit angezogener Handbremse und nicht mit der notwendigen Geschwindigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Hier dürfen weder die hessischen Schülerinnen und Schüler noch die hessischen Lehrkräfte abgehängt werden. Herr Kultusminister, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Koalition, geben Sie Gas, gehen Sie runter von der Bremse, gehen Sie einmal aufs Gaspedal, schieben Sie nicht alles weg in irgendwelche Beiräte, evaluieren Sie nicht jahrelang, sondern gehen Sie einmal voran. Herr Kultusminister, setzen Sie sich den Hut auf, nehmen Sie die Fahne, tragen Sie die Fahne, tragen Sie die Fahne nach vorne und nicht zurück.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Das Wort hat der Kultusminister. Er kommt jetzt mit der Fahne. Bitte sehr.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Mit der roten Fahne!
– Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Machen Sie sich keine Hoffnungen. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ministerpräsident hat es gestern schon in der Generaldebatte gesagt: Dieser Haushalt ist historisch. Historisch vor allem deshalb, weil er ohne Schulden auskommt und trotzdem jede Menge Investitionen in die Zukunft unseres Landes enthält.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Historisch aber auch deshalb, weil er eine nie gekannte Prioritätensetzung in der Bildungspolitik vornimmt. Diese politischen und finanziellen Schwerpunktsetzungen finden sich im Entwurf des Haushaltsplans 2018/2019 in Form einer höheren personellen Ausstattung, in Form einer besseren Vergütung von Leitungsämtern und in Form von Beiträgen zur Steigerung der Qualität wieder.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir uns zunächst einmal die nackten Zahlen an. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2017, also diesem Haushaltsjahr, wird der Bildungsetat für das Haushaltsjahr 2019 um über 250 Millionen € steigen. Damit wächst der Bildungsetat 2019 erstmals auf über 4 Milliarden € an. Nur bezogen auf das Haushaltsjahr 2016 wird der Bildungsetat im Jahr 2019 um mehr als 10 % gestiegen sein.

Meine Damen und Herren, ja, das ist historisch. Zeigen Sie mir eine vergleichbare Periode von drei Jahren in der Geschichte dieses Landes, in der es einen vergleichbaren Aufwuchs der Investitionen im Bildungsbereich gegeben hat. Sie werden keine finden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Uiuui!)

Wir werden den Weg der Qualitätssicherung und der Qualitätsentwicklung an unseren Schulen konsequent fortsetzen. Dafür bedarf es natürlich weiterhin einer verlässlichen Ressourcenausstattung, um die Rahmenbedingungen für diesen Qualitätsentwicklungsprozess sicherzustellen. Deswegen erhalten alle Schulen weiterhin eine Unterrichtsversorgung von durchschnittlich 105 %. Dafür schaffen wir weitere neue Stellen, dafür planen wir zusätzliche Personalmitte ein. Darüber hinaus werden den Schulen die Zuschläge für den Sozialindex und für unterrichtsbegleitende Maßnahmen wie individuelle Förderung oder Ganztagsangebote zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, wenn man das alles zusammennimmt, werden für die Haushaltsjahre 2018/2019 über 1.800 neue Lehrerstellen geschaffen. Deswegen ist es doch einfach nicht wahr, dass den Schulen neue Aufgaben – noch dazu vom Kultusministerium, als würden wir uns solche Aufgaben wie die Integration von Seiteneinsteigern aussuchen – ohne zusätzliche Ressourcen zugewiesen würden.

Ganztag, Inklusion, Integration, all die großen Herausforderungen werden aus Sondertöpfen finanziert, die permanent aufwachsen. Darin steckt der Großteil dieser 1.800 neuen Lehrerstellen. Damit stellen wir uns den Zukunftsaufgaben.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Jetzt muss ich außerdem an die Adresse der SPD-Fraktion sagen: Natürlich wachsen zusätzlich zu den 1.800 Lehrerstellen auch die Stellen in der Bildungsverwaltung auf. Wenn man mehr Lehrerinnen und Lehrer hat, muss man auch mehr Kräfte haben, die das alles administrieren und dafür sorgen, dass die Lehrer vor den Klassen stehen können. Deswegen sind auch sechs neue Stellen im Kultusministerium dabei. 1.800 neue Lehrerstellen und sechs neue Stellen im Kultusministerium – meine Damen und Herren, wir reden da von einem Dreihundertstel. Das kritisiert die Opposition. Sagen Sie ganz ehrlich: Finden Sie das nicht selbst lächerlich?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP-Fraktion hat gestern auf die 2.500 zusätzlichen Lehrerstellen aus der letzten Legislaturperiode hingewiesen. Ja, das war schon eine investive Großtat, darauf waren wir auch gemeinsam und mit Recht stolz. Aber wofür wir damals fünf Jahre gebraucht haben, das machen wir jetzt in der halben Zeit – das muss man auch einmal anerkennen. Allein für die Jahre 2016 und 2017 sind wir schon auf über 2.500 Lehrerstellen gekommen. In der Summe werden es

in der Legislaturperiode – auch diese Zahl ist schon mehrfach genannt worden – rund 4.350 neue Lehrerstellen sein.

Da das bei der Opposition immer nur zu dem Reflex führt, es müsse einfach noch mehr geben – das ist gerade bei der LINKEN besonders ausgeprägt, wenn man sich deren Haushaltsanträge ansieht –, lohnt sich ein Blick in die Geschichte. Dann erkennt man die wahrhaft historische Dimension dieses Haushalts. Wir haben es anhand der Statistiken bis 1975 zurückverfolgt, davor wird es mit den Unterlagen schwierig. Ich will es überhaupt nicht als persönliches Verdienst angerechnet bekommen, aber es hat in diesen 42 Jahren noch nie einen Kultusminister, noch nie eine Landesregierung gegeben, die in einer Legislaturperiode mehr zusätzliche Lehrkräfte und mehr Unterstützungspersonal an die Schulen gebracht hätten. Diese Steigerung ist ohne Beispiel in der Geschichte unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das bei im Wesentlichen gleich gebliebenen Schülerzahlen, auch das muss man ehrlicherweise dazu sagen.

Was das bedeutet, können wir wunderbar im Vergleich der Bundesländer sehen. Nehmen wir das aktuellste Beispiel, Niedersachsen. Das ist ausdrücklich keine Kritik an Niedersachsen. Aber wenn die Presse es richtig wiedergegeben hat, dann haben sie dort in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, 1.000 neue Lehrerstellen schaffen zu wollen. – Das finde ich super. 1.000 neue Lehrerstellen, das ist in der Tat eine große, eine notwendige Investition. Aber Niedersachsen ist größer als wir. Was dort für eine Legislaturperiode angekündigt wird, machen wir praktisch jedes Jahr.

Aus vergangenen Debatten kennen Sie meine Grundeinstellung: Das ist gar nicht das Entscheidende. Wenn wir eine Haushaltsdebatte haben, müssen wir natürlich über Ressourcen reden. Ich will aber keine Tonnenideologie betreiben. Für mich misst sich der bildungspolitische Erfolg nicht daran, wie viele Stellen wir hineingeben. Das ist ein Maßstab für die Anstrengungen, die wir unternehmen, und ein Maßstab für die Prioritäten, die wir setzen. Entscheidend ist aber am Ende die Frage, wohin wir das geben und was wir damit machen.

In diesem Zusammenhang reden wir z. B. über solche Dinge wie den Ganzttag, bei dem wir einen Schwerpunkt unserer Arbeit setzen, bei dem wir in dem bedarfsgerechten Ausbau einen Schlüssel für die qualitätsorientierte Entwicklung unseres Schulsystems sehen. Da liegt der Fokus auf den Bildungs- und Betreuungsangeboten, beispielsweise im Pakt für den Nachmittag, aber keineswegs ausschließlich. Wir haben die zusätzlichen 6-Millionen-€-Programme, die wir diesem Hohen Hause für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 verdanken, die wir fortsetzen und ab dem Haushaltsjahr 2018 um weitere 12 Millionen € aufstocken wollen.

Wenn der Haushalt so verabschiedet wird, werden wir im Schuljahr 2019/20 insgesamt über 2.800 Stellen im Ganzttag im Einsatz haben, davon 600 Stellen im Pakt für den Nachmittag, aber eben auch noch über 2.200 Stellen in anderen Profilen. Das heißt, wir bringen wirklich die Ganztagsentwicklung bedarfsgerecht auf breiter Front und in allen möglichen Profilen voran. Aber das werden wir ja morgen Vormittag im Detail noch näher diskutieren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte noch einmal auf unser „Maßnahmenpaket Grundschulen“ zu sprechen kommen. Das hatten wir gestern schon in der Fragestunde, aber es macht nun einmal einen wesentlichen Schwerpunkt in diesem Haushalt aus.

Ich will nur die drei wichtigsten Maßnahmen noch einmal nennen. Das sind natürlich an allererster Stelle die 700 neuen Stellen für die sozialpädagogischen Fachkräfte, von denen 400 für die Grundschulen vorgesehen sind. Jetzt muss ich noch einmal sagen: Ja, natürlich haben wir die 400 Stellen für die Grundschulen zum 1. Februar etatisiert – einfach deswegen, weil es der Halbjahreswechsel ist und damit schultechnisch das Praktischste ist. Ja, ich habe mittlerweile auch zur Kenntnis genommen, dass wir diesen Haushalt möglicherweise erst am 1. Februar in der dritten Lesung verabschieden werden. Es kann sein, dass sich aufgrund dieser Planung der Haushaltsberatungen im Landtag die Vertragsunterzeichnungen dieser sozialpädagogischen Fachkräfte um ein paar Tage verzögern. Aber das hier zu einem zentralen Kritikpunkt in der Haushaltsdebatte zu machen – da kann ich nur dem Innenminister mit seiner Äußerung aus der letzten Debatte zustimmen: Das ist Detailnörgelei. Das zeigt, dass wir insgesamt auf dem absolut richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal auf die Stellenhebungen für die Konrektoren an den Grundschulen im Umfang von immerhin 940 Stellen verweisen, mit denen eine höhere Besoldung verbunden ist, sowie auf die Tatsache, dass Grundschulen jetzt schon ab 80 Schülerinnen und Schülern eine stellvertretende Schulleiterin oder einen stellvertretenden Schulleiter haben werden; und auf die 24 zusätzlichen Stellen für Schulberatung und Schulpsychologie.

Ja, wir haben es in diesem Hause schon vielfach debattiert: Natürlich sehen wir auch die Herausforderungen, die bei der Personalgewinnung im Grundschulbereich existieren. Deswegen weiten wir die Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen für das Lehramt an Grund- und Förderschulen aus – um 50 % allein in diesem Jahr. Deswegen legen wir Programme für Weiterbildung für das Lehramt an Grund- und Förderschulen auf und stecken dort allein 160 neue Lehrerstellen hinein, um diese Weiterbildung voranzubringen. Also ist auch das eindeutig ein investiver Schwerpunkt. Wir erkennen die Herausforderungen an dieser Stelle, und wir sorgen auch dafür, dass wir auf dieses Problem der Lehrkräftegewinnung, das im Moment alle Bundesländer trifft und in den nächsten Jahren weiter treffen wird, mit adäquaten Maßnahmen reagieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche ist der Fall bei der Beschulung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern. Natürlich schwanken unsere Haushaltsansätze dort, wenn Sie es über die Jahre hinweg sehen, weil niemand wusste – und im Kern eigentlich weiterhin niemand weiß –, wie viele Menschen genau zu uns kommen werden. Natürlich sind wir erst einmal hoch hineingegangen und haben viele Ressourcen vorgesehen, auch mit der Zustimmung dieses Hauses, damit wir auf jeden Fall für das gewappnet sind, was da kommen mag. Und natürlich hat es die Lage ein wenig entspannt,

dass sich die Zahlen am Ende als nicht ganz so hoch erwiesen haben, wie es zwischenzeitlich befürchtet worden war.

Aber wir machen doch etwas Sinnvolles mit diesen Stellen. Vielleicht mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, aber wir machen etwas Sinnvolles mit ihnen, wir bringen sie zum Einsatz. Wenn die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger jetzt langsam aus den Sprachfördermaßnahmen heraus- und ins Regelschulsystem hineinkommen, dann bleiben die Lehrerstellen für ihre Beschulung im Schulsystem: Wir verschieben sie dann von den Intensivklassen in die Regelklassen, damit wir auch dort Sprachförderung bereitstellen können, damit wir den Zusammenhalt der Klassen mit unserem Integrationsindex zusätzlich unterstützen können und damit wir auch für einen Anschluss für diese jungen Menschen sorgen können, beispielsweise mit den 81 neuen Stellen für die 1.000 Plätze im Bereich der Maßnahmen zur Berufsvorbereitung, also im Bereich der BzB.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe, ich bin im Begriff, mein Zeitbudget zu überschreiten. Ich könnte jetzt noch viele Punkte erwähnen, über die sozial indizierte Lehrerzuweisung reden, die Hochbegabtenförderung, den Klassenteiler bei den IGSen – wir machen einfach so viel in diesem Bereich, dass man es in zehn Minuten überhaupt nicht alles darstellen kann.

Einen Punkt möchte ich aber doch noch erwähnen, ganz speziell für die FDP-Fraktion. Da der Fraktionsvorsitzende und Herr Greilich eben noch einmal das Thema Digitalisierung so hoch gehängt haben und weil der Abg. Greilich, wie gerade eben wieder, am Pult so gerne Grafiken hochhält, würde ich mit Ihrer Erlaubnis auch gerne eine zeigen, Herr Präsident. Ich will gar nicht auf das eingehen, was im Haushalt zu den Mitteln für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie steht bzw. zur Umsetzung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“. Ich verweise einfach nur auf eine praktisch druckfrische Publikation der Deutschen Telekom Stiftung. Diese steht wohl nicht in Verdacht, in irgendeiner Form mit uns verbandelt zu sein, und sie hat auch ein wohlverstandenes Eigeninteresse daran, die Digitalisierung voranzubringen.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Das ist der Länderindikator 2017 „Schule digital“. Dieser untersucht anhand von 26 Indikatoren folgende vier Bereiche: IT-Ausstattung der Schulen, Nutzung digitaler Medien im Unterricht, Förderung der computer- und informationsbezogenen Kompetenzen der Schüler sowie Kompetenzen von Lehrpersonen im Umgang mit digitalen Medien im Unterricht. Daraus haben sie einen Atlas erstellt, der zeigt, wo die einzelnen Bundesländer stehen. Und Sie können wunderbar anhand der grünen Farbe erkennen: Da liegt Hessen gemeinsam mit Bayern und Rheinland-Pfalz in der Spitzengruppe. Wir sind ganz vorne mit dabei.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Abg. Greilich, wenn Sie uns vorwerfen, wir seien mit angezogener Handbremse unterwegs, dann muss ich sagen, dass die FDP irgendwie die neuesten Entwicklungen nicht zur Kenntnis genommen hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Aber es freut mich, dass wir in der Sache an einem Strang ziehen und ein Ziel verfolgen. Das machen wir auch gerne weiter. Deswegen lade ich Sie alle herzlich ein: Haben Sie an diesem historischen Moment teil, stimmen Sie diesem Einzelplan 04 für den Doppelhaushalt 2018/2019 zu.

(Lachen des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Damit tun Sie auf jeden Fall ein gutes Werk für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Herr Minister. Zum Einzelplan 04 gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist er gelesen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz –

Zuerst hat sich Frau Kollegin Hofmann von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Heike Hofmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man bei diesem Doppelhaushalt in den Justizhaushalt schaut, denkt man erst einmal: so weit, so gut. Wenn man sich aber die Historie dieser Landesregierung und die Gesamtentwicklung bei der Justiz anschaut, muss man konstatieren: Die hessische Justiz ist seit 18 Jahren unter dieser Landesregierung einem permanenten Pingpongspiel ausgesetzt. – Was meine ich damit?

Anfang der Zweitausenderjahre wurde immens Personal abgebaut, auch an anderen Stellen des Landeshaushalts. Wir nennen es „Operation düstere Zukunft“. Im Justizbereich waren es über 800 Stellen. Dann sind 2014 f. noch einmal 350 bis 450 Stellen on top gekommen, weil der vorherige Stellenabbau nicht gereicht hat.

Dann haben Sie immer mal wieder, auch jetzt mit dem Doppelhaushalt, an der einen oder anderen Stelle nachjustieren müssen, weil Sie selbst erkennen mussten, dass es an der einen oder anderen Stelle so nicht weitergehen kann. Ich sage Ihnen aber deutlich: Das ist ein unsägliches Auf und Ab, das ist keine verlässliche Politik, und das muss dringend geändert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber nicht nur das. Sie, Frau Kühne-Hörmann, haben sich erdreistet, so zu tun, als hätten Sie mit dem letzten Stellenabbauprogramm überhaupt nichts zu tun, und wollten sich dafür feiern lassen, dass es jetzt wieder etwas mehr Stellen gibt. Ich sage in aller Deutlichkeit, dass das eine Unverschämtheit ist und ein Spiel, das man leicht durchschauen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen deutlich: Wir brauchen einen gut funktionierenden, effektiven Rechtsstaat. Er ist ein zentraler Baustein unseres demokratischen Gemeinwesens, der auf verlässliche Politik vertrauen kann und kein Hin und Her und kein Pingpongspiel braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich die Stellenmehrung anschaut – so weit, so gut –, stellt man ein Weiteres fest. Gerade in den Folge-diensten, etwa bei den Justizfachangestellten, Wachmeis-tern usw., gibt es keinen personellen Aufwuchs.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Genau!)

Meine Damen und Herren, da sind Sie zu kurz gesprungen. Denn was nützt es, wenn ich zwar mehr Richterinnen und Richter habe, aber die Urteile dann nicht richtig ausgefer-tigt werden können, der Aktenabtrag nicht rechtzeitig er-folgen kann und die Folgeleistungen, die in der Justiz zu erbringen sind, nicht zeitnah bewältigt werden können? In-sonfern ist klar, dass Sie hier nur halbe Sachen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Ein Weiteres. Der Hessische Ministerpräsident hat es gestern angeführt und sich dafür fast loben und feiern las-sen wollen. Ja, wir wissen, dass es im Bereich der Asylver-fahren immer noch zu Anstiegen bei der Verfahrensanzahl kommt. Im Haushalt sind 12 R-1-Stellen und 16 A-7-Stel-len für die Verwaltungsgerichtsbarkeit eingeplant – so weit, so gut. Wenn man aber genauer hinschaut, was wir tun, merkt man, dass diese Stellen mit dem sogenannten kw-Vermerk versehen werden, es also von der Zustim-mung des hessischen Finanzministeriums abhängt, ob sie überhaupt kommen. Wir haben schon Rückfragen aus der Verwaltungsgerichtsbarkeit erhalten. Auch da erzeugen Sie Unsicherheiten und Ungewissheit. Meine Damen und Her-ren, das ist gerade bei einem so sensiblen Thema unverant-wortlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir fordern in vielen Bereichen Nachjustierungen und be-setzen Themen. Bei einem Punkt fragt man sich – ich will das Stichwort „Pingpong“ bewusst aufnehmen –, ob die ei-ne Hand nicht weiß, was die andere tut, ob Sie – ich spre-che die CDU- und die GRÜNEN-Fraktion an – gar die Jus-tizministerin brüskieren wollen.

Ich nenne als Beispiel den Arbeitsgerichtstag in Bad Hers-feld. Wir haben seit Langem kritisiert, dass die Justiz aus der Fläche zurückgezogen worden ist, und haben gefordert, dass etwa bei der Arbeitsgerichtsbarkeit an einigen sensi-blen Punkten durch die Einführung von Arbeitsgerichtsta-gen wie in Rheinland-Pfalz nachgebessert wird. Auf die Kleine Anfrage der Kollegen Warnecke und Franz haben Sie erst Ende August geantwortet, dass das in Bad Hersfeld gar nicht geht, weil die Räumlichkeiten nicht da sind. – Jetzt kommt ein Antrag von GRÜNEN und CDU und for-dert genau das. Da scheint die eine Hand nicht zu wissen, was die andere tut.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Scheinheilig!)

Drei letzte Themen. Eine der größten Herausforderungen für die Justiz ist die Einführung der digitalen elektroni-schen Akte.

(Fortgesetzte Zurufe des Abg. Günter Rudolph (SPD) – Glockenzeichen des Präsidenten)

Sie haben sich vor Jahren – dieser Prozess läuft schon seit Anfang der Zweitausenderjahre – dafür gerühmt und gefei-ert, dass Sie die Spitze der Bewegung seien. Wo steht Hes-sen jetzt bei der Einführung der elektronischen Akte? Bay-ern macht uns gerade vor – es hat schon die elektronische

Akte an einzelnen pilotierten Gerichten –, wie man den elektronischen Rechtsverkehr abwickelt.

Meine Damen und Herren, wir alle, zumindest die Fachpo-litiker, wissen, dass das der größte Umbruch, mit die größ-te Herausforderung der Justiz in Zeiten der Digitalisierung ist. Bayern macht es uns vor. Und was macht Hessen? – Es guckt in die Röhre und läuft den ganzen Entwicklungen hinterher. Das ist sehr schlecht.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Zwei letzte Themen. Der Opferschutz ist für uns als Sozi-aldemokratinnen und Sozialdemokraten eine der größten Herausforderungen. Wir fordern Sie mit einem eigenen Antrag erneut auf, den Opferfonds, wie er schon erfolg-reich in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg prakti-ziert wird, einzuführen.

(Zuruf von der CDU: Wo ist denn Ihr Antrag? – Ge-genruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Es gibt Haushaltsberatungen, Herr Oberschlauer!)

Sie wissen ganz genau, dass es eine Schutzlücke gibt und es wichtig für Opfer ist, schnell und unbürokratisch Hilfe zu bekommen. Ich verstehe nicht, warum Sie eine so wich-tige Einrichtung im Sinne der Opfer bis zum heutigen Tag ablehnen. Das ist im Sinne der Opfer absolut unverständ-lich. Geben Sie sich deshalb einen Ruck.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt. Auch der Justizvollzug wird von Ihnen vernachlässigt. Im allgemeinen Vollzugsdienst fehlen über 100 Stellen, und da haben wir es doch mit der Sicherheit zu tun. Es ist eine Frage der Sicherheit der Bevölkerung. Ich kann Ihnen sagen: Auch der Sanierungsstau in den hes-sischen Justizvollzugsanstalten ist unerträglich. Etwa in der JVA Wiesbaden regnet es in die Sporthalle. Man musste schon Eimer aufstellen. Das ist unerträglich und auch ein Sicherheitsfaktor. Auch da muss man nachbessern.

Nein, wir brauchen eine andere Justizpolitik für Hessen, die einen effektiven Rechtsstaat gewährleistet, besseren Opferschutz und vor allem einen Strafvollzug, der Sicher-heit und Resozialisierung sicherstellt. Meine Damen und Herren, in diesem Fall brauchen wir eine Wende in der Justizpolitik.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hofmann. – Das Wort hat Herr Abg. Hartmut Honka, CDU-Fraktion.

Hartmut Honka (CDU):

Hochverehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Das bezieht sich nicht auf seine Fanzugehörigkeit zu ei-nem bayerischen Verein.

Vizepräsident Frank Lortz:

Das ist schon in Ordnung so, Herr Kollege Honka. Spre-chen Sie weiter.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Ihr Offenbacher!)

Hartmut Honka (CDU):

Bitte keine Diskriminierung, Herr Kollege. – Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der Sicherheitsherausforderungen in Deutschland und Europa brauchen wir eine starke Justiz; denn innere Sicherheit hört nicht an der Polizeistelle auf. Deswegen hat sich diese Landesregierung mit dem kommenden Doppelhaushalt vorgenommen, die Justiz im Bereich der Staatsanwaltschaften und damit der Gerichte und im Bereich der Justizvollzugsanstalten entsprechend stark aufzustellen.

Im vergangenen Jahr hatten wir einen Zehn-Punkte-Maßnahmenplan, der gut funktioniert hat, und wir haben für das kommende Jahr – da kann ich einen kleinen Brückenschlag zu dem machen, was wir vorhin gehört haben – einen deutlichen Aufwuchs in fast allen Stellenbereichen dieses Einzelplans. Es sind 224 einzelne Stellen – 168 für das kommende Jahr und 56 für 2019.

Ein kleiner Schlenker in Richtung der größten Oppositionsfraktion sei mir gestattet. Zu jedem Einzelplan wird von den Anträgen geredet, die kein anderer kennt außer Ihnen selbst. Es wäre insofern für die Debatte, die wir hier führen, ganz klug, wenn auch Ihre Anträge bereits zur zweiten Lesung vorlägen, damit wir überhaupt miteinander diskutieren können, was Sie wollen und was wir wollen.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Das müssen Sie schon uns überlassen! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Herr Kollege Rudolph, wir überlassen Ihnen gerne alles, was Sie möchten. Aber für eine ehrliche Debatte wäre es redlich, wenn Ihre Anträge auf dem Tisch und nicht nur bei Ihnen in der Schublade lägen. Dann könnten wir darüber miteinander diskutieren.

(Holger Bellino (CDU): Das sind virtuelle Anträge wie der Hessenplan!)

– „Virtueller Antrag“ ist ein schöner Begriff. Aber ich glaube, reales Geld ist wichtiger.

Ich möchte auf ein paar Details zu sprechen kommen. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben reale Fakten vorzustellen und in der Hand.

Ich will zu den Stellenverbesserungen kommen, die ich eben angesprochen habe. Im Bereich der Staatsanwaltschaften reden wir davon, dass wir für das Jahr 2018 zehn neue R-1-Stellen schaffen wollen. Weitere acht Stellen kommen natürlich im Folgebereich dazu. Dann kommt die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Die ZIT in Gießen bekommt fünf R-1-Stellen, also fünf Richter- bzw. Staatsanwaltsstellen, weil das ein besonderer Schwerpunkt ist. Drei weitere Stellen im Folgebereich kommen hinzu.

Wir werden für die Staatsanwaltschaften fünf Stellen für Häuser des Jugendrechts schaffen, eine weitere Stelle für Staatsschutzdelikte und vier Stellenhebungen im mittleren Dienst. Häuser des Jugendrechts sind ein Thema, das uns immer beschäftigt. 2019 wird es dort mit fünf zusätzlichen Stellen weitergehen. Das ist ein wichtiges Thema. Es schlägt die Brücke zu den ordentlichen Gerichten. Auch dort werden wir entsprechend Richterstellen aufbauen; denn Häuser des Jugendrechts funktionieren durch die gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Jugendgerichtshilfe vor Ort. Aber es muss auch beim Amtsgericht funktionieren. Deshalb kommt im

Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit 2018 und 2019 jeweils eine Stelle dezidiert hinzu.

Dass uns die innere Sicherheit besonders beschäftigt und sich ein roter Faden aus dem Innenhaushalt bis in den Justizhaushalt zieht, sieht man z. B. daran, dass sich das BKA-Gesetz und das Fluggastdatengesetz – zwei Bundesgesetze – fröhlich auf unseren Haushalt auswirken. Wir werden insgesamt sechs Richterstellen zur Verfügung stellen, um diese Gesetze ordentlich abzuwickeln. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Deutsche Bundestag nicht nur solche Gesetze beschlösse, sondern auch den Ländern die dafür benötigten Mittel zur Verfügung stellen würde. Die Umsetzung dieser Gesetze wird das Land Hessen ganz allein für die gesamte Bundesrepublik Deutschland stemmen. Es wäre schön, wenn man das in Berlin anerkennen würde.

(Beifall des Abg. Holger Bellino (CDU))

Um zu widerlegen, was wir vorhin alles gehört haben, sage ich: Wir werden weitere acht Stellen bei den Gerichtsvollziehern schaffen. Wir gehen im nordhessischen Raum in einen digitalen Servicepoint. Das ist etwas Neues in der Justiz. Er ist eine zentrale Anlaufstelle für alle Rechtssuchenden, um dort Auskunft zu erlangen, damit es später, wenn es vor Gericht geht oder wohin auch immer, zügiger laufen kann. Wir reden in diesem Bereich von sechs neuen Stellen.

2019 wollen wir 45 weitere Stellen im Bereich der Gerichte schaffen. Darunter sind zwei R-2-Stellen und 13 R-1-Stellen. Hinzu kommt das Folgepersonal.

Wir werden uns natürlich auch mit den Folgen des Brexit beschäftigen. Es sind bereits drei R-1-Stellen für die Einrichtung einer Kammer für internationale Finanz- und Handelsverfahren vorgesehen. Der Standort Hessen ist ein guter Rechtsstandort. Ihn wollen wir stärken.

Das Thema Vollzugsanstalten gehört bei uns mit dazu. Damit es die Kolleginnen und Kollegen einmal gehört haben: 2018 werden 25 neue Stellen geschaffen. Hinzu kommen sechs Stellen für neue Hundeführer und vier Stellen für Strukturbeobachter. Zu wissen, was gerade in den extremen Bereichen der Gewalt passiert, wenn Menschen inhaftiert sind, müssen wir im Auge behalten. Dafür haben wir Strukturbeobachter geschaffen. Der Bereich wird ausgebaut. Das ist eine gute Zusammenarbeit mit dem Innenbereich, um zu kontrollieren, was in den Vollzugsanstalten passiert.

Wir haben 2018 zwei zusätzliche Stellen im Haushaltsplan für die Behandlung psychisch kranker Gefangener. Neun Stellenumwandlungen werden erfolgen. Auch mindestens sechs Stellenhebungen sind enthalten.

2019 geht es so weiter. Wir haben dann 29 Stellenumwandlungen, vier Stellenhebungen und zwei zusätzliche Stellen für die Behandlung psychisch kranker Gefangener. In dem Bereich brauchen wir uns also nicht zu verstecken.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit wurde schon angesprochen. Sie steht im Moment vor einer besonderen Herausforderung. Auch dort haben wir bereits reagiert. Wir fangen nicht – wie andere Bundesländer – erst jetzt an, auf das Thema Asyl zu reagieren. Wir haben dafür bereits neue Stellen geschaffen. Wir werden für das Jahr 2018 zwei weitere R-2-Stellen und zwölf R-1-Stellen schaffen. Insgesamt wird es 30 neue Stellen geben. Die Differenz bildet wieder den Folgebereich ab.

Im Jahr 2019 soll der Deutsche Verwaltungsgerichtstag in Hessen stattfinden. Ihn wollen wir mit 100.000 € unterstützen.

In der Sozialgerichtsbarkeit wird es auch mindestens vier neue Stellen sowie Stellenhebungen und -umwandlungen geben. Die IT-Stelle wurde bereits angesprochen, weil die Einführung der elektronischen Akte und die entsprechende Umsetzung nicht nur viel Geld für die technische Infrastruktur kosten. Es wird vier neue Stellen geben, damit es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die das machen können.

Wir vergessen den Bereich der schwerbehinderten Bediensteten nicht. Auch dort wird es im kommenden Jahr sechs neue Stellen geben, und zwar drei bei den Staatsanwaltschaften, zwei in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und eine in der Sozialgerichtsbarkeit. Das Justizministerium, die Gerichte und die Vollzugsanstalten sind ein fairer, guter und verlässlicher Arbeitgeber in diesem Bereich.

Das Thema „Opferschutz und Präventionsarbeit“ fällt bei uns auch nicht hinten herunter. Dort wird aufgesattelt. Es wurde vorhin bereits als mögliches Thema eines Oppositionsantrags genannt. Dort werden wir 200.000 € aufsatteln.

Da die SPD ihre Anträge noch nicht vorgelegt hat, erlaube ich mir nur einen kurzen Blick auf zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE, die große Einsparungen im Justizbereich vornehmen möchte. Herr Dr. Wilken, ich weiß nicht, ob wirklich mit Ihnen abgestimmt war, was in den Anträgen gestanden hat. Danach wollen Sie im Bereich des Jugendvollzugs 1,2 Millionen € dadurch generieren, dass Sie konsequent auf offenen Vollzug und eine vorzeitige Entlassung hinwirken. Im Erwachsenenvollzug wollen Sie sogar 5,5 Millionen € erlösen, indem Sie pauschale Vollzugslockerungen fordern. Das ist weder ehrlich noch redlich, noch ist das, was Sie hier vortragen, verantwortbar.

Unsere Botschaft lautet ganz klar: Eine starke Justiz schafft Sicherheit. – Wir schaffen eine starke Justiz. Ich danke im Namen meiner Fraktion und im Namen unseres Koalitionspartners ausdrücklich all den Richtern, den Staatsanwälten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Vollzugsdienst, den Gerichtsvollziehern und allen anderen Frauen und Männern, die der dritten Gewalt in unserem Land ein gutes Gesicht geben. Ich danke ihnen vielmals für ihren Einsatz für unseren Rechtsstaat. – Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Ursula Hammann und Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Honka. – Das Wort hat Herr Abg. Dr. Wilken von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diejenigen unter Ihnen, die sich eben Sorgen gemacht haben, dass DIE LINKE unsolidarisch mit der Redezeit umgeht, bitte ich jetzt, die Stoppuhr zu stellen.

Herr Honka, selbstverständlich sind solche Dinge mit mir abgestimmt. Sie haben bloß etwas missverstanden. Wir

fordern den offenen Vollzug nicht, um Geld einzusparen, sondern um die Resozialisierungschancen zu verbessern.

(Beifall bei der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, allerdings!)

Dabei sparen wir auch noch Geld.

Meine Damen und Herren, ich habe in den vorhergehenden Debatten immer wieder den an die Oppositionsfractionen gerichteten Vorwurf gehört, wir würden hier Detailnörgelei betreiben. Deswegen will ich ganz strukturell herangehen und an einem Detail Ihren konsequenten Fehler in diesem Haushalt vor Augen führen:

Es ist richtig, Sie bauen Richterstellen in der Justiz auf. Aber Sie bauen nicht in gleichem Umfang die Stellen auf, die den Richtern zuarbeiten oder die nacharbeiten. Das ist ein strukturelles Problem, das sich durch alle Haushalte zieht. Sie bedienen Ihre Klientel, achten dabei aber nicht darauf, dass die Justiz eben nicht schneller und besser wird, wenn wir ausschließlich Richterinnen und Richter einstellen. Wir müssen den gesamten Apparat stärken.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Das ist das strukturelle Problem, das sich durch alle Haushalte zieht. Sie bauen die Chefetagen auf und vergessen den restlichen Teil der Bevölkerung. Damit fördern Sie schlechte Dienstleistungen in diesem Land. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Förster-Heldmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will mir ein Vorwort zum Landtag erlauben. Wie Sie wissen, nehme ich erst zum zweiten Mal an der Plenarsitzung teil. Zwischenzeitlich habe ich immer wieder den Eindruck, ich befinde mich im Plenum eines anderen Landes.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das geht mir auch oft so!)

Die Realitäten, die hier abgebildet werden, finde ich teilweise ausgesprochen befremdlich. Es wird von unserem Land ein Bild gezeichnet, das man in der Realität wirklich nicht nachvollziehen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich glaube, das betrifft die Mitglieder aller Fraktionen. Sie berufen sich in ihren Reden teilweise auf Schlagzeilen, deren zweifelhafte Herkunft wirklich einmal zu benennen wäre. Bei der Schulpolitik geht es um die Frage, wo es überall hineinregnet. Das soll es auch in Justizvollzugsanstalten geben. Das ist alles unbenommen.

Aber es gibt auch die andere Welt. Vor allen Dingen reden Sie nie über die Logistik, die dahintersteckt. Wie organisiere ich das alles? – Das wollte ich nur einmal vorab sagen.

Ich habe mich mit der Frage beschäftigt, was eigentlich in den letzten beiden Jahren passiert ist. Dazu wurde schon einiges erwähnt. Ich will das einfach einmal zusammenfassen. Es ist eine ganze Menge an Stellenausbau, Ausbildung und Schulung sowie Opferschutz und Resozialisierung geschehen.

Ich habe diese fünf Themen aufgezählt und will mich nicht in die Details verlieren, die Herr Honka sehr viel besser als ich kennt. In diesem Einzelplan 05 sehe ich das Bild der Zusammenarbeit und durchaus auch Zusammenhänge. Es gibt überhaupt keine Vereinzelnung in einzelne Maßnahmen. Es gibt also keine Pointierungen, sondern ein Gesamtbild, das sich für die Justiz ergibt. Das kann man mit der Förderung der Ausbildung und der Förderung der Schulungen in einem neuen Bereich begründen. Ich nenne da nur „Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen!“ Das ist ein Erfolgsmodell.

Es gibt auch eine Verbesserung der Ausstattung mit IT. Es wird mobile Arbeitsplätze geben.

Frau Hofmann, ich habe leider die Rede zum Opferschutz vom letzten Mal nicht dabei. Hessen ist beim Opferschutz ganz weit vorne. Das hatten wir eigentlich in der letzten Plenarsitzungsrunde mehr als deutlich herausgearbeitet. Jetzt stellen Sie das Bild, wir hätten da ohne Ende nachzuarbeiten. Das ist wirklich nicht in Ordnung. Das entspricht auch nicht der Realität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Auch hinsichtlich der Resozialisierung und der Deradikalisierung wurde eine ganze Menge gemacht. Aber wir bleiben bei dem nicht stehen. Vielmehr machen wir weiter. Auch dazu hat Herr Honka die Details bereits benannt. Ich möchte in dem Zusammenhang die Details noch einmal nennen. Es wird ein weiterer Stellenausbau erfolgen. Es wird eine weitere Verstärkung der Personen bezüglich Bekämpfung der Internetkriminalität und des Terrorismus und auch der entsprechenden technischen Ausstattung erfolgen. Lassen Sie uns einmal gemeinsam feststellen, dass wir in diesen Jahren mit Dingen zu tun haben, von denen wir vor 10 oder 15 Jahren noch nicht einmal geträumt hätten.

Auch dem werden wir gerecht. Denn wir schaffen dafür die entsprechenden Voraussetzungen. Nicht zuletzt werden die Bürgerfreundlichkeit und der Service der hessischen Justiz an verschiedenen Stellen verbessert werden. Da geht es um digitale Servicepoints und um Servicepoints überhaupt, wenn es möglich ist. All das wird umgesetzt.

Ich habe es schon gesagt: Es wird in der Justiz 224 neue Stellen geben. Die Aufschlüsselung haben wir eben bereits gehört. In Frankfurt wird es einen neuen Standort für eine spezialisierte Kammer geben. Es wird ein weiteres Haus des Jugendrechts geben, in dem es zur Verzahnung aller kommt, die damit zu tun haben.

Damit soll verhindert werden, dass Jugendliche, die Kleinkriminelles getan haben, gleich einen Eintrag in ihre Akte bekommen. Sinn der Häuser des Jugendrechts ist es, den Jugendlichen, die vielleicht einmal irgendwie in die falsche Ecke gegriffen haben, die Zukunft nicht zu verbauen. Vielmehr wird das die Grundlage dafür sein, dass ihre Zukunft gesichert ist, wenn sie einmal, wie auch immer, vom Weg abgekommen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich möchte noch einmal auf ein grünes Thema abheben. Wir werden die energieeffiziente Justizvollzugsanstalt haben. Das mag dem einen oder anderen vielleicht ein bisschen blümchenmäßig vorkommen. Aber da wird deutlich, dass wir in den Justizvollzugsanstalten natürlich die Verpflichtung haben, die gleichen Standards anzusetzen, wie wir sie in anderen öffentlichen Gebäuden haben.

Dabei geht es auch um die Wertschätzung, wie mit den Justizvollzugsanstalten umgegangen wird. Es geht da um die Angestellten und um die Insassen. Erhalten sie dieselben Standards? Gibt es dort Schulungsprogramme? Wie ist da die Vernetzung? Wie können wir das alles gestalten? Was bedeutet Sanierung in den Jahren 2018 und 2019? Was bedeutet es, öffentliche Einrichtungen CO₂-frei zu stellen?

Weitere Investitionen in die IT hatte ich bereits genannt. Ich will jetzt meine Rede beenden. Denn das Wesentliche wurde schon gesagt. Es gibt ein großes Netzwerk vieler Maßnahmen, die ineinandergreifen. Die einzelnen Dinge wurden Ihnen genannt. Darauf aufbauend wird es in den nächsten Jahren eine gute Fortentwicklung der Justiz geben. Der Opferschutz ist gewährleistet. Die Resozialisierung ist gewährleistet. Die Ausbildung ist gewährleistet.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Alles ist gut!)

– „Alles ist gut“, vielen Dank für die Worte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin, vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Blechschmidt für die FDP-Fraktion. Bitte sehr.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! „Alles ist gut.“ – Vorab möchte ich allen Mitarbeitern der Justiz danken. Es sind in Hessen immerhin 15.000 Beschäftigte. Davon arbeiten 10.200 in den ordentlichen Gerichtsbarkeiten und den Staatsanwaltschaften. Ich möchte auch den vielen anderen, die in Hessen die Justiz hochhalten, danken. Ich glaube, dass das ganz wichtig ist. Dazu gehören nicht nur die Organe der Rechtspflege, sondern auch viele andere Bereiche, die insgesamt die Justiz ausmachen.

Alle Vorredner haben recht. Die innere Sicherheit und all das, was wichtig ist, ist gut. Die Umsetzung durch die Justiz und die Rechtspflege ist wichtig. Der Justizvollzug ist wichtig. Deswegen ist für mich der Einzelplan 05 herausragend. Er gehört heute, an diesem Mittwoch, debattiert. Er ist mit einem großen Ausrufezeichen zu versehen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Förster-Heldmann, wir leben schon im gleichen Land. Ich will damit auf Ihre Eingangsfrage eingehen. Wir leben in Hessen.

Während der letzten Legislaturperiode habe ich es genossen, Vertreter der FDP auf der Regierungsbank zu sehen. Die GRÜNEN habe ich in der Opposition erlebt. Deswegen habe ich ein bisschen ein Déjà-vu zu dem gehabt, was

Sie heute erleben. Manchmal habe ich mich gewundert und gefragt, ob wir in einem anderen Land leben.

Ich will gerade hinsichtlich des Einzelplans 05 nicht in die Reflexe einer Haushaltsdebatte verfallen, jetzt Fundamentalopposition zu machen. Das haben die GRÜNEN während der letzten Legislaturperiode gemacht. Ich will durchaus in Erinnerung bringen, dass die FDP Regierungsverantwortung hatte. Mit den Vorgaben des Einzelplans 05 leben wir im richtigen Land. Ich will das trotz der Reflexe der Haushaltsdiskussion ein bisschen sachlich einschätzen.

Ich will auch nicht in die Reflexe zurückfallen und, wie es Herr Kollege Wilken gesagt hat, hier herumnörgeln oder über die Details nörgeln. Vielmehr will ich dem Einzelplan 05 gerecht werden. Es gibt Vor- und Nachteile. Es existiert nicht nur Schwarz und Weiß. Vielmehr gibt es auch Grautöne. Dem will ich Rechnung tragen, indem ich die Sichtweise der FDP-Fraktion deutlich machen werde.

Wir sehen, in welche Richtung es geht. Wir sind als FDP der Meinung, sehr vieles ist richtig, aber nicht alles. Ob die Richtung stimmt, wird man in den nächsten Jahren sehen. Der Asylbereich ist in der Tat eine der großen Herausforderungen, die aktuell gegeben sind. Opferschutz steht im ganzen Landtag oben. Trotzdem muss man sehen, dass der Einzelplan 05 mit den vielen Akzenten, die er hat, eine Richtung vorgibt, die wir, die Mitglieder der FDP-Fraktion, zum Anlass genommen haben, keine Änderungsanträge zu stellen. Vielmehr nehmen wir das zur Kenntnis, was die Landesregierung eingebracht hat.

Das müssen wir kritisch bewerten. Frau Ministerin, wir müssen aber auch durchaus konstruktiv sagen, dass das eine oder andere richtig ist, was es mit der Stärkung der Justiz auf sich hat.

Gleichwohl – das ist die Kritik der FDP – vermissen wir eine gewisse Akzentuierung. Wir entdecken auch beim Einzelplan 05 – wie bei den anderen Einzelplänen – eine Art Gießkannenprinzip, in der Hoffnung, dass dem Anliegen gleichwohl mit der Gießkanne Rechnung getragen wird. Herr Frömmrich, insofern haben wir keinen historischen Haushalt, sondern eine historische Haushaltslage, nämlich sprudelnde Einnahmequellen. Deshalb sollte jetzt keine Chance vergeben werden, mehr Akzente auch in diesem Bereich zu setzen. Wenn sie sich in den nächsten Jahren als falsch erweisen, müssten sie wieder zurückgefahren oder verändert werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte in dem Zusammenhang aber auch anführen, dass all das, was wir heute diskutieren, ja nicht unbekannt ist. Seit Anfang September hat jedes Ministerium das verkündet, was in den Einzelplänen niedergelegt ist – auch in der Presse – und was wir heute diskutieren müssen.

Ich möchte den Gesichtspunkt des Respekts aufgreifen, der mit etlichen Aspekten einhergeht. Ich möchte deutlich machen, dass mit dem Haushaltsentwurf zum Einzelplan 05 durchaus Respekt für die Bewerber der Justiz zum Ausdruck gebracht wird, indem eine Nachwuchskampagne aufgelegt wird. Es wird Respekt gegenüber den Bediensteten bezeugt, da durch neue Stellen die Arbeitsbelastung besser verteilt wird. Es wird auch Respekt – da möchte ich wirklich die Diskussion der letzten Plenarsitzung aufnehmen – dem Opferschutz und der Präventionsarbeit durch die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln entgegengebracht. Es wird ebenfalls Respekt für Hanau und Main-

Kinzig im Hinblick darauf gezeigt, dass die Häuser des Rechts ausgebaut werden sollen.

Verehrte Kollegin, es geht um die Häuser des Rechts, die in der letzten Legislaturperiode von CDU und FDP eingeführt worden sind und die auch mit dem Namen des Justizministers Dr. Hahn einhergehen. Sie sollen weiter ausgebaut werden, wofür eine große Akzeptanz vorhanden ist. Diese Auflistung könnte ich problemlos um diverse Aspekte ergänzen. Die Häuser des Rechts werden nicht nach der historischen Haushaltseinbringung finanziert, sondern durch die sprudelnden Steuereinnahmen, die wir in diesem Doppelhaushalt nun einmal zu verzeichnen haben. Auch in anderen Einzelplänen werden diese sprudelnden Steuereinnahmen einfach nach dem Gießkannenprinzip verteilt.

(Beifall bei der FDP)

Frau Ministerin, damit komme ich dazu, dass Sie sich selbst keinen Gefallen damit getan haben, das Haus des Jugendrechts in Hanau schon zu verkaufen und abzu feiern – das steht in der Presseerklärung vom 11. Dezember –, bevor der Landesgesetzgeber, der Haushaltsgesetzgeber, das, was mit dem Haus des Jugendrechts in Hanau verbunden ist, verabschiedet hat.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Marius Weiß (SPD))

Ich möchte das nicht nur als Formalkritik verstehen: Ich habe allergrößtes Verständnis, dass Ministerien bereits ab September das abarbeiten, was wir heute in der zweiten Lesung diskutieren. Ich habe allergrößtes Verständnis, dass das so gemacht wird – auch vor dem Hintergrund, dass die FDP in der letzten Legislaturperiode in der Regierung war. Werte Regierungsvertreter, ich glaube, dass es dem Haus des Jugendrechts und der heutigen Diskussion gutgetan hätte, acht Tage zuzuwarten, bevor auf einer Pressekonferenz das diskutiert wird, was im Grunde genommen erst heute von Ihnen in einem Änderungsantrag beschlossen wird.

(Marius Weiß (SPD): Das ist kein Respekt vor dem Parlament!)

Wir haben hier zwei Änderungsanträge von den Fraktionen von CDU und den GRÜNEN vorliegen, dass die Mittel für das Haus des Jugendrechts in Hanau noch einmal angehoben werden müssen. Das hätte abgewartet werden können.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es, das ist kein Respekt vor dem Parlament!)

Die Diskussion heute ist wichtig. Da hätte es durchaus gutgetan, noch acht Tage zuzuwarten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Wir Freie Demokraten – ich habe versucht, das deutlich zu machen – unterstützen vollumfänglich das vierte Haus des Jugendrechts. Wir halten das für eine sinnvolle Maßnahme. Die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe wird dadurch schneller, individueller und kann auf die jeweilige Lebenssituation von jugendlichen Tätern eingehen. Diese Erfolgsstory der letzten Legislaturperiode schreiben Sie hier fort. Das findet vollumfänglich unsere Unterstützung. Aber es kann nicht sein, dass das Ministerium das Fell des Bären verteilt, bevor der Bär erlegt ist bzw. bevor heute im Parlament über den Änderungsantrag im Rahmen des Haushalts in zweiter Lesung entschieden wird. Das möchte ich formal einfach zu bedenken geben.

Der zweite Gesichtspunkt – das hat weniger mit der Haushaltslage zu tun – ist ein Punkt, den wir im Justizbereich kritisch beobachten müssen. Ich habe große Skepsis gegenüber der Digitalisierung der Justiz, gegenüber der elektronischen Akte. Ich möchte zum Abschluss meiner Rede, die in Absprache mit meiner Fraktion etwas weniger taxiert ist – Kollege Wilken hat das schon getoppt und eine kurze und prägnante Rede gehalten –, auf diesen Gesichtspunkt eingehen. Die elektronische Akte wird uns noch bis zum Ende der Legislaturperiode beschäftigen. Da gibt es Verbesserungsbedarf. Wir müssen aufpassen, dass die Justiz und all die handelnden Akteure, die ich eingangs beschrieben habe, nicht gegen die Wand laufen. Unabhängig vom Haushalt ist das einer der großen, herausragenden Punkte, den wir auch in den nächsten Jahren noch zu beachten haben. Darauf wollte ich abschließend Ihr Augenmerk richten. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Dr. Blechschmidt. – Das Wort hat die Justizministerin. Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, bitte sehr.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin der Justiz:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine starke Justiz schafft Sicherheit. Das ist das Motto, unter dem wir in der ganzen Legislaturperiode arbeiten. Der Doppelhaushalt 2018/2019 belegt das ausdrücklich. Es gibt einen erheblichen Anstieg im Haushalt – so viel wie noch nie. Deswegen kann man stolz auf diesen Haushalt sein. Selbst Frau Hofmann und Herr Dr. Wilken haben das nicht bestritten. Frau Hofmann, so weit, so gut: Sie haben nur in die Vergangenheit geblickt. Mit der Zukunft sind Sie zufrieden.

(Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Ich glaube, darauf kann man stolz sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zahlen vorweg: Wenn man den Haushalt liest, kann keiner bestreiten, dass 44 Millionen € mehr im Haushalt für die Jahre 2018/2019 zur Verfügung stehen, der Stellenabbau gestoppt ist und in der Legislaturperiode – trotz Stellenabbaus am Anfang – insgesamt 550 neue Stellen geschaffen worden sind, und zwar in allen Bereichen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Dr. Wilken, ich will darauf eingehen. Sie haben gesagt, wir schaffen ausschließlich Stellen bei Richtern und Staatsanwälten. Da will ich Ihnen sagen: Das ist schlicht die Unwahrheit.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Ich habe gesagt, nicht in gleichem Maße!)

– Sie haben gesagt, wir sorgen ausschließlich in dem Bereich Richter und Staatsanwälte für einen Aufwuchs und vernachlässigen den nachgeordneten Bereich. Das waren Ihre Worte.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Vernachlässigen!)

– Ja, vernachlässigen. Er hat gesagt: Es gibt gar keine. – Wir können ja das Protokoll nachlesen, Frau Kollegin Wissler.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Ja, das machen wir!)

Dann will ich Ihnen einmal vorlesen, was jeder erkennen kann, der den Haushalt liest und nicht nur darüber redet und allen den Eindruck vermittelt, da würde nichts getan. Wir haben so viele Rechtspflegeanwärterstellen wie noch nie, 37 Stellen; 47 Stellen für Serviceeinheiten, 8 Stellen für Gerichtsvollzieher, 10 Stellen im Justizwachtmeisterdienst, 39 Stellen im Justizvollzug, 2 Stellen im gehobenen Dienst für die ZIT, wo sonst Internetstaatsanwälte sind, 2 Stellen im Tarifbereich und 6 Stellen für schwerbehinderte Beschäftigte. Wir haben in Frankfurt so viele Auszubildende wie noch nie. Dann davon zu reden, dass der nachgeordnete Bereich keine Rolle spiele, ist schlicht eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe der Abg. Heike Hofmann (SPD) und Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Jetzt will ich noch etwas sagen: Zu Beginn der Legislaturperiode ist es uns gelungen, die befristeten Beschäftigungsverhältnisse im nachgeordneten Bereich, die 25 Jahre bestanden, aufzuheben, Poolstellen zu finden und dafür zu sorgen, dass junge Bedienstete im Tarif- und im Beamtenbereich des mittleren Dienstes Aufstiegschancen und Perspektiven haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das spricht dafür, dass es nicht nur um die Richter und Staatsanwälte geht, sondern es geht um die Teams, die in der Justiz in jedem einzelnen Bereich arbeiten. Ich will deutlich herausstellen, dass eine von CDU und GRÜNEN geführte Landesregierung das im Blick hat – und nicht nur die Richter und Staatsanwälte, aber die auch.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch auf wenige Punkte zu sprechen kommen. Die Stellensituation habe ich eben genannt. Aber es geht natürlich auch um die großen Blöcke Digitalisierung, die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus, den Brexit, die Asylverfahren, die Bekämpfung der Jugendkriminalität und auch den Opferschutz.

Frau Kollegin Hofmann, wenn ich über den Opferschutz spreche, dann weise ich darauf hin, wir haben in der letzten Plenardebatte über eine Große Anfrage geredet, bei der immer der Opferschutz im Vordergrund stand.

Beim Opferschutz haben wir in diesem Haushalt die Mittel für ganz konkrete Projekte erhöht. Das war schon immer ein Schwerpunkt in Hessen. Wir geben 100.000 € für eine wertvolle Arbeit vor Ort. Wir unterstützen die Täterarbeit bei häuslicher Gewalt. Wir unterstützen Prävention für extremistische Gefangene, und wir haben auch Strukturbeobachter eingesetzt. Der Opferschutz insgesamt – das sage ich für das Ministerium, das für die Prävention zuständig ist – hat bei uns in Hessen höchste Priorität.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt möchte ich noch auf den Justizvollzug eingehen. Die Stellen im Justizvollzug habe ich genannt. Davon zu reden, dass wir nicht in die Sanierung der Justizvollzugsanstalten investieren, ist glatt die Unwahrheit. Wir investieren in diesen Haushalten über 50 Millionen € konkret in die Sa-

nierung der Anstalten. Über 100 Millionen € gehen in einzelne Justizvollzugsanstalten, wie die in Kassel und Butzbach, für viele weitere kleine Maßnahmen.

(Heike Hofmann (SPD): Investitionsstau!)

Was die bauliche Situation angeht, haben wir in den letzten Jahren eine Aufholjagd begonnen, die ihresgleichen sucht. Die großen Projekte laufen inzwischen.

Zum Schluss will ich noch das Thema IT erwähnen. In der IT haben wir für die Jahre 2018 und 2019 zusätzlich zu der Ausstattung, die wir bereits hatten,

(Heike Hofmann (SPD): Funktioniert der elektronische Rechtsverkehr?)

insgesamt rund 11 Millionen € eingeplant. In den Länderverbünden liegen wir an der Spitze. Auf dem Weg, die elektronische Akte im Justizbereich einzuführen, sind wir unter den ersten drei der federführenden Länder in Deutschland mit einer eigenen IT-Stelle, die der Kollege Hahn unter seiner Verantwortung in Bad Vilbel eingerichtet hat – mit einer IT-Präsidentin und mit einem Support, den sich andere Länder wünschen würden. Deshalb kann man nicht davon reden, wir seien da schlecht, sondern wir sind im IT-Bereich besonders gut aufgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Justizhaushalt beschreibt, dass es in einem Land, in dem man sicher leben will, immer darum geht, die Justiz gut aufzustellen. Es reicht nicht, nur die Polizei aufzubauen, sondern das muss auch für die Justiz gelten. Deswegen sind in allen vorgeschlagenen Sicherheitspaketen immer Justiz und Polizei aufgeführt worden. Ich kann Ihnen nur sagen: Der Justizhaushalt für die Jahre 2018/2019 ist ein Erfolg.

(Zuruf der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Hessen ist gut aufgestellt. Ich werbe um Ihre Unterstützung und bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen auch für die Änderungsanträge, die es uns ermöglichen, das erfolgreiche Modell der Häuser des Jugendrechts weiter voranzubringen. Ganz besonders freue ich mich über das neue Haus in Hanau, das schnell das größte sein wird. Der SPD-Oberbürgermeister, Herr Kaminsky, und der SPD-Landrat des Main-Kinzig-Kreises haben gute Arbeit geleistet, indem sie mit dem Land zusammen ein solches Haus des Jugendrechts im Interesse der Beschäftigten und der Kommunen auf den Weg bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Staatsministerin, herzlichen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 05.

Bevor wir in der Beratung weiterfahren, begrüße ich auf der Besuchertribüne unseren langjährigen Kollegen Gottfried Milde. Herzlich willkommen, lieber Gottfried.

(Allgemeiner Beifall)

Er ist zusammen mit Thorsten Derlitzki hier. Sie beide sind große Fans der Frankfurter Eintracht, ist mir gesagt worden. Es hat ja gestern Abend gerade gelangt.

(Hartmut Honka (CDU): Na, na, na!)

– 2 : 1 langt.

(Zuruf: Bayern!)

– Jetzt wollen wir doch nicht vom besten deutschen Verein sprechen. Wir sind doch hier in der Haushaltsdebatte.

(Horst Klee (CDU): Glücksspiel im Freien!)

– Herr Kollege Klee, ich will Sie doch nicht rügen wegen Ihrer Verwerfungen hier.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, das ist der Alterspräsident!)

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –
in Verbindung mit

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung –
und

Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –

Es beginnt der Kollege Marius Weiß, SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Marius Weiß (SPD):

Herr Präsident! Ich bin fast geneigt, zu sagen: Wenn der Offenbacher Wirtschaftsminister gestern nicht so lange geredet hätte, dann hätten wir von dem Eintracht-Spiel auch noch etwas mitbekommen. Aber das ist ein anderes Thema.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe im Vorfeld meiner Rede heute Morgen einmal bei Wikipedia nachgeschaut, ob es zu dem Begriff „Wahlkampfhaushalt“ einen Eintrag gibt. Den gibt es nicht. Ich bin, ehrlich gesagt, geneigt, einen ersten Beitrag zu diesem Wort zu schreiben. Denn der Entwurf und auch die Anträge von Schwarz-Grün zu diesem Doppelhaushalt sind ein Beispiel für das, was zum Muster für den Begriff „Wahlkampfhaushalt“ taugt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben vor allen Dingen durch die Anträge der Sie tragenden Fraktionen ein wahres Füllhorn ausgeschüttet, teilweise ohne Plan und vor allem ohne Nachhaltigkeit. Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele aus den Beratungen in der letzten Haushaltsausschusssitzung. Daran kann man ganz gut sehen, auch angesichts des Doppelhaushalts, wie es um die Nachhaltigkeit bestellt ist.

Im Landschaftswegebau gibt es ein Programm, das von 2018 auf 2019 um 300.000 € sinkt. Ein Tourismusprojekt sinkt von 2018 auf 2019 um 200.000 €. Die Position „Gutachten ländlicher Tourismus“ sinkt von 2018 auf 2019 um 20.000 €.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wo sind denn Ihre Anträge, Herr Kollege?)

Der Betrag für WLAN-Hotspots sinkt von 2018 auf 2019 um 700.000 €. Das groß gefeierte Projekt der Bürgerbusse sinkt von 2018 auf 2019 um sage und schreibe 2,5 Millionen € auf dann nur noch 400.000 €. Sie zünden im Wahlkampf ein Strohfeuer und drehen es direkt nach der Wahl wieder auf Sparflamme herunter.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Herr Finanzminister, vielleicht sollten Sie sich in Ihrem nächsten Werbefilmchen als Frau Holle darstellen lassen: Thomas Schäfer lässt es Flocken über das Land rieseln. – Das ist wie am letzten Sonntag, als alles schön weiß war, aber nur einen Tag gehalten hat. Am nächsten Tag war alles wieder weggetaut, alles versickert. Nichts davon ist nachhaltig.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen zum Einzelplan 06 eigentlich noch auf ganz viele andere Punkte eingehen. Im Bereich IT z. B. stehen auf einmal 25 Millionen € Mehrausgaben für 2018 komplett ohne Konzept da. – Herr Finanzminister, Sie können nicht ernsthaft vom Haushaltsgesetzgeber erwarten, dass wir Ihnen so viel Geld bewilligen, ohne dass Sie ganz klar darlegen, was Sie damit machen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Thema ist das Personal in den Finanzämtern. Auf unseren Berichtsantrag hin wurde offenbar, dass es eine Abweichung von 630 Stellen vom Ist zum Soll gibt. Jede elfte Stelle in hessischen Finanzämtern war 2016 nicht besetzt.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Dabei war das Soll schon zu niedrig angesetzt.

Herr Dr. Schäfer, im Frühjahr dieses Jahres hat der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Michael Volz, in einem Brandbrief kritisiert, dass das Projekt „Silbe-Best“ nicht einmal mit 4,5 Vollzeitäquivalenten ausgestattet wurde – ein Projekt, das ganz klar zum Kampf gegen Steuervermeidungsmodelle initiiert wurde. Inzwischen ist nachgebessert worden. Auch diese Personalsituation zeigt: Sie reagieren nur auf Druck. Ihr eigentlicher Ansatz ist viel zu niedrig, wie man auch an diesem Doppelhaushalt sehen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wie man sich dann für den Kampf gegen Steuervermeidung feiern kann, wie Sie es tun wollen, ist mir angesichts dieser Zahlen ein Rätsel.

Zuletzt komme ich zu den Kommunen. Der Ministerpräsident hat gestern und der Innenminister eben die Mär von der kommunalfreundlichen Landesregierung erzählt. Fangen wir mit der Hessenkasse an. Es gibt noch immer kein komplettes Konzept. Es gibt noch immer keinen Entwurf, der mehr Antworten als Fragen enthält. Es gibt noch immer kein Gesetz zur Hessenkasse, das in den Landtag eingebracht wurde. Aber Stellen gibt es schon einmal. Da ist die Landesregierung immer schnell dabei. Vielleicht müssen auch hier wieder irgendwelche abgewählten Funktions- und Mandatsträger versorgt werden. Vielleicht ist ja auch für den Marburger Ex-MdB noch etwas dabei, Herr Minister. Das kann ja sein.

(Günter Rudolph (SPD): Bestimmt!)

Ich war im November auf einer der Regionalkonferenzen zum Thema Hessenkasse in Taunusstein.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich kann nur sagen: Es war komisch. Von großer Dankbarkeit oder gar Jubelschreien der Kommunalen habe ich da so gar nichts gespürt. Im Gegenteil, ich habe massive Kri-

tik der anwesenden Landräte und Bürgermeister gehört, dass bei der Hessenkasse 80 % nicht vom Land getragen werden, dass es Ungerechtigkeiten bei der Handhabung des Landesausgleichsstocks und der Anträge dazu gebe, dass die 60 Millionen € Umsatzsteueranteil und Gewerbesteuerumlage eigentlich für eine andere Verwendung vorgesehen waren.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Es gab Kritik an den Abundanzkriterien und am 2-prozentigen Liquiditätspuffer. Der Bürgermeister von Kronberg hat gesagt, allein die 2 % würden ihn 100 Prozentpunkte bei der Grundsteuer B kosten. Es gab Kritik an der Bestrafung der Kommunen, die ihre Kassenkredite bereits abgebaut haben.

Diese Kritik wurde nicht nur von roten oder parteilosen Bürgermeistern geäußert, sondern Kritik geäußert haben auch die Bürgermeister von Hattersheim, Waldems und Königstein, die allesamt ein CDU-Parteibuch haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben leider kein kommunales Mandat mehr. Deswegen kann ich Ihnen nur raten: Gehen Sie einmal in eine der kommunalen Haushaltsberatungen, die gerade überall stattfinden. Hören Sie sich das einmal an. Dann sehen Sie einmal, wie das Bild in den Kommunen vor Ort tatsächlich ist. Dort sehen Sie Ehrenamtler, die so langsam den Spaß an der ehrenamtlichen Kommunalpolitik verlieren. Da sehen Sie fehlende Motivation. Das liegt daran, dass es überhaupt nicht mehr um Möglichkeiten zur Gestaltung kommunaler Politik geht, sondern es geht einzig und allein darum: Schaffen wir die schwarze Null in den kommunalen Haushalten, wie es uns vorgegeben wird? – Das ist die Realität in den kommunalen Parlamenten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Weiß, die angemeldete Redezeit ist beendet.

Marius Weiß (SPD):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Die Belastungen für die Bürger und die Gewerbetreibenden sind in den letzten Jahren massiv erhöht worden. Jetzt gibt es in den kommunalen Parlamenten die Angst vor weiteren Belastungen für die Kommunen. Ich nenne nur einige: § 3 Gemeindehaushaltsverordnung schreibt vor, dass die Tilgung aus dem Cashflow bezahlt werden muss. Die angebliche Kitafreistellung, die viele Bürgermeister und viele Kommunen viel Geld kostet. Ich nenne Hattersheim und Idstein. Die Bürgermeister haben beide ein CDU-Parteibuch und haben beide gesagt: Das kostet uns 250.000 € extra. – Es gibt Kritik an der Hessenkasse, an den 25 €, die erwirtschaftet werden sollen. Es gibt Kritik am Liquiditätspuffer. Nicht zuletzt hat Kommunalminister Beuth auch noch angekündigt, dass es ab dem Jahresende überhaupt keine Kassenkreditmöglichkeit mehr für die Kommunen geben werde. Auch das macht den kommunalen Mandatsträgern Angst und Sorge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist die Situation in den Kommunen. Das nagt an der Motivation.

Ich frage mich: Wie kommt es wohl bei den ehrenamtlichen Mandatsträgern an, dass derjenige, der für diese Situation verantwortlich ist, sich selbst als „Eier legende Wollmilchsau“ bezeichnet? Man muss die Leute vor Ort einmal fragen, wie das ankommt.

Ich finde, mit Ihren vergifteten Angeboten erinnern Sie eher an Heinrich Haffenloher. Das ist der Kleberfabrikant aus „Kir Royal“, der von Mario Adorf gespielt wurde. Zur Vermeidung eines Ordnungsrufs verzichte ich hier allerdings auf das entsprechende Zitat. Die Älteren werden sich erinnern. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Weiß. – Das Wort hat der Abg. Dr. Walter Arnold, CDU-Fraktion.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über einen Rekordhaushalt in den Jahren 2018 und 2019 mit einem Gesamtansatz von rund 28,5 Milliarden € im Jahr 2018 und von 29,4 Milliarden € im Jahr 2019. Als finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion möchte ich insbesondere darauf hinweisen, dass dies ein historischer Doppelhaushalt ist, weil wir einen ausgeglichenen Haushalt haben. Wir haben erstmals seit rund 50 Jahren keine Nettoneuverschuldung. Das ist ein Erfolg dieser Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Haushaltsjahr 2019 ist sogar eine Tilgung der Altschulden in einer Größenordnung von 100 Millionen € vorgesehen. Mit beiden Haushalten werden wichtige Investitionen und wichtige Maßnahmen angegangen.

Die Haushaltsplanung der vergangenen Jahre ist im Übrigen ein Paradebeispiel für eine grundsätzliche und seriöse Haushaltspolitik der Koalition von Schwarz und Grün. Seit 2016 machen wir keine neuen Schulden mehr. Seit dem Jahr 2017 nehmen wir auch im Haushaltsvollzug keine neuen Schulden mehr auf – bei einer geplanten Nettokreditaufnahme von 350 Millionen €. Damit – das möchte ich hier sehr deutlich betonen, und wer hätte das zu Beginn dieser Legislaturperiode im Jahr 2013 für möglich gehalten – halten wir die in der Verfassung vorgegebene Schuldenbremse deutlich früher ein, als dies die Verfassung mit dem Jahr 2020 vorschreibt. Das ist ebenfalls ein großer Erfolg dieser Landesregierung und dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU)

Der Doppelhaushalt – das zeigt sich in allen Einzelplänen sehr deutlich – hat viele Schwerpunkte. Ich nenne einige: 600 neue Stellen bei der Polizei. Neue Lehrerstellen zur Sicherung der 105-prozentigen Unterrichtsversorgung. 700 neue Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte. Insgesamt über 2.200 neue Stellen. In beiden Jahren werden insgesamt für Wissenschaft, Forschung und Lehre 5,5 Milliarden € vorgesehen. Das ist ein großer Erfolg dieser Koalition, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch in der Steuerverwaltung haben wir mit jeweils 700 neuen Anwärtern im Jahr 2018 und im Jahr 2019 einen Neubeginn für viele junge Leute in unserem Land Hessen, die gerne in den Dienst der Steuerverwaltung eintreten. Die Zahlen zeigen, dass es immer sehr viel mehr Bewerber gibt, als tatsächlich Stellen zur Verfügung stehen. Weitere 100 neue Stellen für den Bereich der Betriebsprüfung sind ebenfalls sehr erwähnenswert.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf das zu sprechen kommen, was der Kollege Rock gestern angesprochen hat. Dies hat heute auch der Kollege Degen erwähnt. Er ist offenbar derzeit nicht da, aber er wird es nachlesen.

Herr Rock, Sie haben zu Recht die Steuermehreinnahmen im Jahr 2018 gegenüber dem Jahr 2013 angesprochen. 6,4 Milliarden € sind tatsächlich ein bedeutender Betrag. Was Sie aber nicht in Ihrer Rechnung erwähnt haben, was den beiden Koalitionsfraktionen aber wichtig ist, das ist, dass sich in der gleichen Zeit auch die Ausgaben entsprechend gesteigert haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist ja das Schlimme!)

Michael Boddenberg hat es gestern schon einmal erwähnt. Ich trage es Ihnen heute ebenfalls vor, damit Sie es noch einmal hören. Personalausgaben: plus 1,5 Milliarden €. KFA: mehr als 1,2 Milliarden € mehr. LFA: 1 Milliarde € mehr. Für die Flüchtlinge kommt eine weitere Milliarde hinzu.

Durch die Reduzierung des Finanzierungssaldos wegen einer geringeren Rücklagenentnahme und des Verzichts auf Nettoneuverschuldung sind es weitere rund 1,5 Milliarden €. Damit sind diese 6,4 Milliarden € Steuermehreinnahmen sozusagen egalisiert durch höhere Ausgaben, und trotzdem haben wir einen ausgeglichenen Haushalt und keine Nettoneuverschuldung. Das ist der Erfolg dieser Landesregierung und dieser Koalition, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Weiß, was Sie zur Stimmung in den kommunalen Parlamenten vorgetragen haben, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Wir haben allein wegen KIP I und KIP II im Haushalt des Landkreises Fulda explosionsartig ansteigende Investitionsmittel. Dies waren bisher rund 22 Millionen €. Wir sind nun bei 45 Millionen € Investitionen angekommen aufgrund dieser Programme.

Es gibt sehr viele kommunale Parlamente, die froh sind, dass ihnen von der Landesregierung Wege aufgezeigt worden sind, wie sie zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Dass das die Ehrenamtler beschwert, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Im Gegenteil, wir haben durch den Kommunalen Schutzschirm fast alle der 100 beteiligten Kommunen so weit, dass sie einen ausgeglichenen Haushalt fahren. Alle sind sehr froh, dass dieser Erfolg verbucht werden kann. Das ist ein Erfolg dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Innenminister Beuth und Finanzminister Schäfer die vier Bausteine für die kommunalen Finanzen vorstellen – ich war bei solchen Veranstaltungen dabei, und ich kann mir vorstellen, dass viele Kolleginnen und Kollegen ebenfalls dabei waren –, dann ist die Aussage „Vier gewinnt“ tatsächlich eine Aussage, die belegt werden kann durch die

vier Programme. Durch den Kommunalen Schutzschirm werden 3,2 Milliarden € bereitgestellt. Das Kommunalinvestitionsprogramm I weist ein Fördervolumen von mehr als 1 Milliarde € auf und zählt mehr als 3.000 Maßnahmen. Über das KIP II werden für Investitionen im kommunalen Bereich mehr als 533 Millionen € bereitgestellt. Hinzu kommen die Hessenkasse mit einer Umschuldung von 6 Milliarden € Kassenkredit und ein Investitionsprogramm, das jetzt schon fast 600.000 € erreicht hat. Hinzu kommt der Kommunale Finanzausgleich. 2017: 4,59 Milliarden €. 2018: fast 5 Milliarden €.

Ich kann mir vorstellen, dass Sie, die Sie immer die mangelhafte kommunale Finanzausstattung beklagt haben, jetzt mit einem fürchterlichen Neid auf diese vier Bausteine schauen, weil viele Kommunen sagen: Jetzt geht es aufwärts. – Das ist ein Erfolg, den wir uns nicht kleinreden lassen durch die kleinliche Kritik, die Sie hier vorgebracht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der Sitzung des Haushaltsausschusses in der letzten Woche haben wir die Änderungsanträge der Regierungsfractionen eingebracht und auch über die Anträge der Opposition diskutiert. Leider – ich sage das ganz deutlich, Herr Kollege Schmitt – hat die SPD-Fraktion ihre Anträge noch nicht einbringen können. Ich finde das bedauerlich.

(Norbert Schmitt (SPD): Einbringen wollen!)

– Sie haben sie noch nicht einbringen wollen. Soweit ich es in meiner fast 18-jährigen Praxis hier im Haus übersehe, ist es immer gute Tradition gewesen, dass wir über die Änderungsanträge in der Vorbereitung zur zweiten Lesung diskutiert haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben Ihre Änderungsanträge im letzten Jahr auch erst zur dritten Lesung eingebracht! Sie haben keine Ahnung!)

– Lieber Herr Kollege, Sie können mir vieles vorwerfen, aber zu behaupten, dass ich keine Ahnung hätte, finde ich ziemlich unverschämte. Das ist nicht in Ordnung.

Ich sage eines ganz deutlich. Sie gehen unsere Anträge an und kritisieren sie, sagen aber überhaupt nichts dazu, was Sie vorhaben. Sie haben in vielen Äußerungen – der Ministerpräsident hat es gestern hier vorgetragen, Michael Boddenberg hat es eben vorgetragen – Forderungen in Höhe von über 3 Milliarden € angekündigt. Ich kann es Ihnen gerne vorrechnen.

(Marius Weiß (SPD): Falsch! – Norbert Schmitt (SPD): Das ist die Unwahrheit!)

Ich vermute auch, dass Ihre Anträge deshalb noch fehlen, weil Sie erhebliche Probleme mit der Gegenfinanzierung haben.

(Lachen bei der SPD)

Ich bin sehr gespannt, was dabei herauskommen wird.

Zurück zu unseren Anträgen, denn die sind viel wichtiger. Wir haben 69 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen eingebracht und Schwerpunkte gesetzt. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Förderung des ländlichen Raumes, gerade auch mit dem Programm „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“. Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung im ländlichen Raum stärken, wir wollen die Mobilität durch Bürgerbusse stärken, wir wollen den Tourismus ankurbeln,

wir wollen die Handwerksbetriebe bei ihrem Umgang mit digitalen Technologien stärken, wir wollen das Ehrenamt fördern, und wir wollen den Breitbandausbau vorantreiben: freie WLAN-Hotspots im ländlichen Raum. Das sind Stichworte dieses Programms. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auch auf der Stärkung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Wir werden darüber nachher noch sprechen.

(Norbert Schmitt (SPD): Warum legen Sie die dritte Lesung ins nächste Jahr?)

Ich möchte an dieser Stelle mit einer Ihrer falschen Behauptungen aufräumen. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden mit der Schaffung einer Stabsstelle in der Staatskanzlei eine Aktion „Abendsonne“ oder Mitarbeiterversorgung durchführen. Ich weise das ganz entschieden zurück. Leider ist der Kollege von der SPD-Fraktion, der das gerade vorgetragen hat, nicht da, aber der Kollege Weiß wird es ihm vielleicht sagen: Diese Stabsstelle ist aufgrund von intensiven Diskussionen in den Facharbeitskreisen der beiden Koalitionsfraktionen von CDU und GRÜNEN entstanden. Die Stabsstelle soll dafür sorgen, dass die vielfältigen Projekte im kommunalen Bereich entsprechend unterstützt werden, dass vor allen Dingen auch die Möglichkeiten der Verlagerung von Arbeitsplätzen verschiedener Ministerien und nachgeordneter Behörden in den ländlichen Raum vorangetrieben wird. Die Programme Smart I – das läuft schon – und Smart II – das wird jetzt kommen –, die beispielgebend vom Finanzministerium durchgeführt werden, sind gute Beispiele dafür.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Dr. Arnold, Sie denken an die Redezeit?

Dr. Walter Arnold (CDU):

Zur Stärkung des ländlichen Raumes möchte ich aus dem Einzelplan 06 das Projekt „Wohnortnahe Heim- und Büroarbeitsplätze“ nennen, ausgestattet mit je 1 Million € für beide Jahre. Das ist sicherlich eine gute Sache für unsere Mitarbeiter.

Dieser Haushalt ist eine Erfolgsgeschichte solider Haushaltspolitik. Wir schaffen dadurch für unsere Kinder und Enkel neue Handlungsmöglichkeiten. Meine Damen und Herren, Hessen ist damit gut aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Walter Arnold. – Das Wort hat der Abg. Schalauske, Fraktion DIE LINKE.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, darf ich mich das erste Mal als Abgeordneter im Hessischen Landtag an einer Haushaltsberatung beteiligen. Um mir ein Bild über die Debattenverläufe in einer zweiten Lesung des Haushaltsplanentwurfs zu machen, habe ich mir die Protokolle der Haushaltsberatungen aus dem letzten Jahr angeschaut. Dabei bin ich auf einen interessanten Satz gestoßen. Ich kann Ihnen nicht ersparen, dass ich diesen

Satz in dieser Debatte aufgreife. Damals sagte der Kollege Schmitt von der SPD-Fraktion, angesichts der gestiegenen Steuereinnahmen des Landes Hessen hätte selbst die Linkspartei diesen Haushalt hingelegt. – Das Protokoll vermerkte damals dazu „Heiterkeit“.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Heute nicht mehr!)

Was ist seitdem passiert? Seitdem sind die Steuereinnahmen des Landes noch einmal gestiegen, aber es hat sich eigentlich wenig geändert. Die Landesregierung hat erneut deutlich mehr Mittel zur Verfügung, aber sie versäumt es weiterhin, sich den drängenden gesellschaftlichen Problemen in unserem Land zu widmen. Wir haben einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum, wir haben eine wachsende Armut, wir haben einen ÖPNV, der aus allen Nähten platzt, wir haben marode Schulgebäude und sanierungsbedürftige Krankenhäuser. Nicht zuletzt ist festzustellen, dass die Kommunen nicht bedarfsgerecht finanziert werden.

Obwohl die Landesregierung im Vergleich zu 2013 – also zum Ende der letzten Legislaturperiode – über 5 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen verzeichnet, ist sie nicht in der Lage oder nicht willens, sich diesen gesellschaftlichen Problemen zu stellen, die gesellschaftlichen Probleme zu bearbeiten. Deswegen komme ich zu dem Fazit, dass das, was Sie hier vorlegen, nicht „historisch“ ist – anders, als Sie behaupten –, sondern angesichts der Möglichkeiten, die das Land Hessen hat, eine historische Fehlleistung.

(Beifall bei der LINKEN)

Lieber Herr Kollege Schmitt, ich greife Ihre Formulierung aus der letzten Debatte auf und will Ihnen Ihr Kompliment glatt zurückgeben: Ich finde, das dieser Haushalt angesichts der finanziellen Möglichkeiten selbst von der hessischen SPD hätte vorgelegt werden können – und zwar auch ohne eine gerechte Steuerpolitik, die wir so dringend fordern und brauchen und zu der ich im Anschluss noch etwas sagen werde.

Die Konjunktur läuft also ausgesprochen günstig, und die Wirtschaft brummt. Darüber freut sich die Landesregierung. Allerdings hat sie selbst dazu wenig beigetragen. Auf die drängenden Probleme im Land hat sie keine oder nur unzureichende Antworten.

Wir haben deshalb zur zweiten Lesung insgesamt 98 Änderungsanträge eingebracht, mit denen wir zeigen wollen, wie wir Hessen sozialer, ökologischer und gerechter machen können.

Damit Sie sich schon einmal auf etwas freuen können: Auf ausdrücklichen Wunsch der SPD-Fraktion werden wir bei der nächsten Haushaltsberatung noch ein paar Änderungsanträge mehr stellen, damit wir die formalen Anforderungen, die der Kollege Schmitt an unsere Anträge angelegt hat, erfüllen. Es kommen also noch ein paar Änderungsanträge mehr.

In der Debatte im Haushaltsausschuss habe ich erfahren, dass sich der Kollege Kaufmann von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit Jahren durch unsere Haushaltsanträge zur Vermögensteuer und zur Erbschaftsteuer genervt fühlt. Herr Kaufmann, ich will Ihnen dafür ein herzliches Dankeschön aussprechen. Ich empfinde es als ein großes Lob für meine Fraktion, dass wir ein Thema, bei dem Sie am allerliebsten auf Durchzug schalten würden, beharrlich und hartnäckig immer wieder auf die Tagesordnung bringen. Wir werden also unserer Aufgabe gerecht,

eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen in diesem Lande zu fordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beratung der Einzelpläne des Finanzministeriums ist eine gute Gelegenheit, darüber hinaus zu verdeutlichen, warum wir das eigentlich machen. Um mit etwaigen Missverständnissen aufzuräumen: Wir wissen sehr wohl, dass mit unseren Haushaltsanträgen betreffend Einnahmen aus der Vermögensteuer diese Steuer noch nicht eingeführt ist. Wir haben auch nie etwas anderes behauptet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! Das ist das, was nervt!)

Wir wollen aber auch zeigen, was politisch möglich wäre, wenn wir die Superreichen und Vermögenden in dieser Gesellschaft endlich kräftiger zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen würden.

(Clemens Reif (CDU): Damit Sie deren Geld dann ausgeben können!)

Neben dem Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung und anderen Maßnahmen zur Herstellung von Steuergerechtigkeit – denken wir einmal an eine Unternehmenssteuerreform – gehören zu einer solchen Politik als zentrale Bausteine eine Reform der Erbschaftsteuer, die von der Großen Koalition in einem offensichtlich verfassungswidrigen Zustand belassen worden ist, und vor allem die Wiedereinführung der Vermögensteuer – eine Steuer, von der wir alle wissen, dass sie den Länderhaushalten zugutekäme.

Im Haushaltsausschuss haben einige an den Zahlen in unserem Antrag zur Vermögensteuer gezweifelt und haben angemahnt, man brauche dafür doch wissenschaftliche Gutachten. Das nehme ich gerne auf, da wir mit älteren Zahlen arbeiten. Wir werden uns bemühen, Ihnen zur nächsten Haushaltsberatung aktuellere Zahlen zu liefern, was bei einer gerechteren Besteuerung für den hessischen Landeshaushalt möglich wäre.

Unserer Fraktion ist es auch relativ egal – das müssen Sie ertragen –, ob Sie der Meinung sind, dass die Steuerpolitik nicht in die Haushaltsberatungen gehört. Aus unserer Sicht wird umgekehrt ein Schuh daraus. Wann, wenn nicht in der Haushaltsdebatte, wenn es um die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand geht, müssen die Fragen über die Einkommens- und Vermögensverteilung in diesem Land auf den Tisch? Wann, wenn nicht jetzt?

(Beifall bei der LINKEN)

Es hilft uns auch nicht weiter, wenn die SPD uns im Land immer wieder verkündet, dass Vermögen- und Erbschaftsteuer nicht vom Land erhoben, sondern von einer Bundesregierung erhoben werden müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, und das wirklich in aller Freundschaft: Verwenden Sie Ihre Kraft, mit der Sie sich in dieser Frage mit uns beschäftigen, doch endlich darauf, in Berlin dafür zu sorgen, dass wir zu einer gerechteren Besteuerung der großen Vermögen kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Von Schwarz und Grün ist das nicht zu erwarten, aber von der SPD würden wir uns entsprechende Initiativen wünschen und würden sie auch nach Kräften unterstützen.

Was macht Schwarz-Grün? – Statt sich die Frage zu stellen, wie man die Einnahmen des Landes Hessen verbessern

kann, bauen Sie lieber Schulden ab, als in die Zukunft zu investieren. Sie rechnen mit globalen Mindereinnahmen, weil Sie schon weitere Steuersenkungen für Unternehmen oder Besserverdienende vorausahnen.

Wie man es auch dreht und wendet: Für verfallende Schulen, unterfinanzierte Krankenhäuser, marode Schwimmbäder und Sportstätten sind wir als Land Hessen zuständig. Und wenn die Mittel dafür fehlen, dann müssen wir doch der Einnahmeverantwortung – eine Formulierung aus der Hessischen Verfassung, über die man sehr viel streiten kann – nachkommen und gemeinsam für gerechtere und höhere Steuereinnahmen kämpfen, damit wir die Ausgaben des Landes Hessen ordentlich finanzieren können.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die Landesregierung feiert sich Plenarwoche für Plenarwoche dafür, dass die Kommunen in Hessen nicht mehr ganz so schlecht dastehen würden wie in der Vergangenheit. Dann loben Sie sich dafür – das ist auch hier wieder passiert, Herr Dr. Arnold –, dass Sie viel zu kleine Sonderprogramme auflegen, bei denen Sie ohnehin größtenteils Bundesmittel weitergeben, für die Sie sich hier auf die Schulter klopfen – denken wir einmal an das KIP II –, oder dass Sie Geld verwenden, das eigentlich den Kommunen zustünde, wie bei der von Ihnen hochgelobten Hessenkasse. Aber auch bei der Hessenkasse ist der Finanzierungsanteil des Landes erschreckend gering. Wie Ihnen die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände vorgerechnet haben, beträgt er nur knapp 20 %.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Schalauske, Sie haben Ihre angemeldete Redezeit schon erreicht. Ich will Sie nur darauf hinweisen. Sie können machen, was Sie wollen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben sich zu lang mit der SPD befasst!)

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich komme dann auch so langsam zum Ende.

Auch über die unzureichende Befreiung von den Elternbeiträgen haben wir hier schon gesprochen. Die finanzieren Sie auch zur Hälfte aus den kommunalen Mitteln. Im Übrigen setzen Sie die Kommunen, die aufgrund Ihrer Kürzungspolitik höhere Beiträge verlangen müssen, weil sie finanziell nicht ausreichend ausgestattet sind, jetzt mit Ihrer Regelung noch zusätzlich unter Druck.

Ihre Sonderinvestitionsprogramme vergegenwärtigen letztlich nur eines: dass in der Vergangenheit auch durch die vom Land oktroyierte Kürzungspolitik große Schäden in unserer öffentlichen Infrastruktur in den Städten, Gemeinden und Landkreisen angerichtet worden sind und dass Sie unsere Infrastruktur im Lande Hessen seit langen Jahren auf Verschleiß fahren.

Wir müssen die Kommunen im Kommunalen Finanzausgleich deutlich angemessener ausstatten, und wir müssen ihnen Mittel zur Verfügung stellen, damit sie dauerhaft, also auch wenn sich die Wirtschaftslage einmal ändert, ihre Aufgaben erfüllen können. Denn wir wollen, dass sie die selbst erfüllen können und nicht dazu gezwungen werden,

öffentliche Aufgaben durch die Hintertür zu privatisieren, so wie Sie das präferieren, etwa indem sie PPP-Projekte eingehen müssen. Ganz im Gegenteil: Wir fordern, dass die Frage der Rekommunalisierung wieder auf die Tagesordnung kommt und das Land den Kommunen dabei beratend zur Seite steht, auch wenn Ihnen das ideologisch nicht passt, statt mit PPP-Projekten öffentliche Mittel zu verschleudern.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil ich darüber gesprochen habe – das wird auch hier in den Debatten immer deutlich –, dass wir Sie mit unseren Anträgen nerven und auch nerven wollen, können Sie sich noch einmal freuen: Einen Antrag haben wir in diesem Jahr nicht gestellt, nämlich zusätzliche Steuerfahnder und Betriebsprüfer einzustellen. Hier ist die Landesregierung unserer Forderung endlich nachgekommen. Hier haben Sie eine Forderung der LINKEN erfüllt.

(Beifall bei der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Da haben wir das Ziel schon erreicht!)

Ich sage es Ihnen jede Plenarsitzung: Erzählen Sie es nicht zu laut zu Hause in Ihren Städten und Gemeinden, nicht dass Sie da noch Ärger mit Ihren Parteifreunden bekommen.

Ich bin mir völlig im Klaren darüber, dass Sie jetzt und in den nächsten Jahren frei werdende Stellen besetzen, weil im Moment mehr Geld in der Kasse ist. Ich befürchte aber, dass diese Landesregierung auch bereit wäre, schnell wieder Personal abzubauen, wenn sich die wirtschaftliche Situation wieder ändert, wenn wieder neue Kürzungsrunden drohen. Wenn Sie es mit zusätzlichem Personal in der hessischen Finanzverwaltung dauerhaft ernst meinen würden, dann würden Sie die Ausbildungskapazitäten in Rotenburg nicht nur provisorisch ausbauen, sondern hätten auch ein Konzept für eine auf Langfristigkeit angelegte Erweiterung.

Sie können sich also darauf einstellen, womit wir Sie in den nächsten Jahren weiter nerven werden: mit immer neuen Anträgen, die erst ignoriert, dann schlechtgeredet und am Ende wenigstens zum Teil übernommen werden.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Schmitt (SPD): Ich denke, ihr wollt regieren!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schalauske. – Das Wort hat Frau Abg. Goldbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte beginnen mit einem Satz eines großen deutschen Steuerrechtlers, Klaus Tipke:

Die gerechte Verteilung der Gesamtsteuerlast auf die einzelnen Bürger ist ein Imperativ der Ethik. ... Die vornehmste Aufgabe eines Rechtsstaates ist es, für gerechte Regeln zu sorgen und sie durchzusetzen, seine Bürger vor Unrecht zu schützen.

Diese Durchsetzung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Landesfinanzverwaltung. Konkret heißt das für das Land Hessen, Gemeinschaftssteuern und Landessteuern festzusetzen und zu erheben. Dass dies gelingt, ist von maßgebli-

cher Bedeutung für den ganzen Landeshaushalt; denn je mehr Steuern das Land einnimmt, desto größer sind unsere Handlungsspielräume. Oder, einfach gesagt: Ohne Moos nix los.

Diese Landesregierung und diese Finanzverwaltung tun eine ganze Menge, um möglichst viele Steuern, die dem Staat zustehen, zu erheben. Das ist einmal die Stärkung der hessischen Steuer- und Finanzverwaltung. Denn es hängt ganz maßgeblich daran, dass diese Steuerverwaltung, die Finanzämter mit hoch qualifiziertem Personal gut ausgestattet sind. Die Zahl der Stellen für Betriebsprüferinnen und -prüfer wird noch einmal deutlich gesteigert. Ich sage „noch einmal“, weil sie in den letzten Jahren seit 2014 auch schon gestiegen ist. Denn sie werden noch einmal um 100 Stellen verstärkt.

Was das am Ende bewirkt, kann man an der Zahl für 2016 festmachen. Im Jahr 2016 wurden durch die Arbeit der Betriebsprüferinnen und -prüfer 2,4 Milliarden € an zusätzlichen Steuereinnahmen erzielt. Das sind, wenn man das einmal je Prüfung umrechnet, pro Betriebsprüfung ungefähr 136.000 €. Das ist also gut investiertes Geld in qualifiziertes Personal und bringt uns deutlich mehr Steuereinnahmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Eine weitere personelle Verstärkung in den Finanzämtern: Wir werden jeweils 700 neue Anwärtinnen und Bewerber in der Finanzverwaltung einstellen. Damit bewirken wir nicht nur sofort mehr Personal, sondern es ist vor allem auch eine Frage, wie wir mit dem demografischen Wandel umgehen. Denn die älteren Angestellten und Beamten in den Finanzverwaltungen gehen irgendwann in den Ruhestand. Aber wir sorgen dafür, dass dann schon junge, gut ausgebildete Leute da sind, die deren Aufgaben übernehmen können. Das ist eben eine vorausschauende und sehr nachhaltige Personalpolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Daneben werden auch zur Verbesserung der technischen Voraussetzungen – wir brauchen Großrechner, wir brauchen eine gut funktionierende elektronische Datenverarbeitung – jeweils 8 Millionen € im Doppelhaushalt für 2018 und 2019 zur Verfügung gestellt.

Hessen ist auch Vorreiter im Kampf für mehr Steuererechtigkeit. Das sehen wir z. B. an der Vorreiterrolle im Kontext der Panama Papers und Paradise Papers. Das klingt furchtbar exotisch, ist aber etwas ganz Einfaches, nämlich der Versuch internationaler Konzerne, in Deutschland möglichst wenig oder gar keine Steuern zu zahlen. Dagegen gehen wir an. Hessen nimmt, wie schon bei der Auswertung der Panama Papers, eine Vorreiterrolle ein. Besonders hervorzuheben ist die Arbeit der Sondereinheit aus Bediensteten der Oberfinanzdirektion Frankfurt und Steuerfahnderinnen und -fahndern, die erst einmal recherchieren, was da passiert ist, und dafür sorgen, dass so etwas in Zukunft möglichst unterbunden wird.

Weitere Initiativen sind Bundesratsinitiativen, z. B. zur Unterbindung von anderen aggressiven Steuervermeidungsstrategien von multinationalen Konzernen. Wir kennen alle die Beispiele von einem Konzern wie z. B. Amazon, der versucht, in Europa möglichst wenig oder gar keine Steuern zu zahlen. Ein anderes Beispiel dafür ist die

Einführung der Lizenzschranke. Das zielt darauf, dass die Gewinne in dem Land versteuert werden, in dem sie erzielt wurden.

Wir begrüßen auch ausdrücklich die Bundesratsinitiative zur Reform der Grunderwerbsteuer, mit der den Share Deals ein Riegel vorgeschoben werden soll. Das ist auch eine Steuervermeidungsstrategie, und die sieht so aus: Großinvestoren erwerben z. B. in Frankfurt, in Wiesbaden oder in Darmstadt, da, wo die Preise sehr hoch sind, nicht Immobilien, sondern Anteile an Eigentümergesellschaften. Sofern sie weniger als 95 % Anteile erwerben, fällt keine Grunderwerbsteuer an. Das heißt, wir haben hier ungeheure Vermögensübergänge, wir haben Käufe in Millionenhöhe. Jeder Bürger zahlt für den Kauf eines Häuschens oder einer Wohnung Grunderwerbsteuer. Diese Großinvestoren tun das nicht. Das wollen wir unterbinden, und daran arbeitet auch die hessische Steuerverwaltung intensiv.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Durch diese Share Deals entgingen nach seriösen Berechnungen im Übrigen allen Bundesländern zusammen schon etwa 1 Milliarde € an Grunderwerbsteuer. Man sieht also, welches Volumen diese Steuervermeidung hat.

Ich komme zu den Kommunen, ein immer wieder beliebtes und interessantes Thema. Wir haben den Kommunalen Finanzausgleich. Die kontinuierliche Steigerung der Zahlungen an die Kommunen setzt sich fort und macht damit jede Kritik, wir würden nicht genug oder zu wenig zahlen, einfach nur lächerlich. Wir erreichen 2019 die Grenze von 5 Milliarden € Zahlungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich an die hessischen Kommunen. Das ist so viel Geld wie noch nie zuvor.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Mit der Hessenkasse, hier auch schon angesprochen, nimmt das Land den hessischen Kommunen 6 Milliarden € an Kassenkrediten ab. Das ist ein unglaublich großes Volumen.

(Marius Weiß (SPD): Die Zahl ist doch längst überholt! – Norbert Schmitt (SPD): Wer zahlt es?)

Wenn hier Kritik von der Opposition kommt, das sei aus kommunalen Mitteln finanziert, kann man dazu nur sagen: Es sind Mittel für kommunale Zwecke, und die werden genau dafür eingesetzt, nämlich zur Entschuldung der hessischen Kommunen. Da sind sie richtig und zielgerichtet eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt ist der Zeitpunkt, um die Verschuldung anzugehen, weil die Zinsen noch niedrig sind und weil wir gute Steuereinnahmen haben. Deswegen gehen wir das jetzt an. Zum Juli 2018 werden die hessischen Kommunen keine Dispo-kredite, also keine Kassenkredite, mehr haben. Das ist eine sehr erfolgreiche Politik der Hessischen Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich komme noch einmal zum ländlichen Raum. Herr Schäfer-Gümbel fragte gestern in der Generaldebatte, was die Regierung eigentlich für den ländlichen Raum tue, außer der Schaffung einer neuen Stabsstelle. Ich möchte dazu einmal aus einer Zeitung zitieren; das tut die SPD auch

gern. Sie haben vorhin zitiert, was so in den Regionen passiert. Im Vogelsberg gab es eine Veranstaltung der SPD; dort waren auch die Kollegen Warnecke und Lorz zu Besuch. Das finde ich sehr nett, dass sie in den Vogelsberg kommen. Im Hintergrund ein großes Foto von Thorsten Schäfer-Gümbel, und der Titel dieser Veranstaltung war: „Neue Kraft fürs Land – Ideen für den ländlichen Raum“.

(Zuruf von der SPD: Genau das brauchen wir!)

Interessant war der Kommentar eines Lesers in „Oberhessen-Live“ zu dieser Veranstaltung. Ich finde, der Kommentar ist an Klarsicht nicht zu überbieten. Deswegen werde ich ihn hier zitieren. Ich betone, es ist ein wörtliches Zitat aus „Oberhessen-Live“:

Der Landtagswahlkampf wirft seine Schatten voraus. Höchste Zeit, die SPD als Partei für den ländlichen Raum anzupreisen. Gemeint ist damit nur, dass die SPD von den hiesigen Landbewohnern in den Landtag gewählt werden will. Es ist nicht möglich, ein Horrorszenario zu entwerfen. Es kann auch kein Sündenbock benannt werden, es ist kein Schwarzer Peter zuzuschieben, wo man selbst mit in der Verantwortung stand. Bewährter Trick: Erst einmal wird die rosarote Brille ausgepackt, mit Rosamunde Schäfer-Gümbel in die pinkfarbene Barbie-Welt.

Zur Erklärung: Mit „Rosamunde“ ist die Schriftstellerin Rosamunde Pilcher gemeint,

(Marius Weiß (SPD): Ein Leserbrief aus „Oberhessen-Live“!)

die in ihren Romanen der Trivilliteratur eine heile Welt beschreibt, wie es sie nie gab und nie geben wird. Die Titel sprechen für sich. Sie lauten: „Blumen im Regen“ oder „Ende eines Sommers“. Dieser romantisierten Welt ordnet der kritische Zeitungsleser und Bürger die SPD zu.

(Lachen und Zurufe von der SPD – Glockenzeichen des Präsidenten)

Was heißt das jetzt? – Das heißt, dass die Wählerinnen und Wähler sehr genau sehen, dass das immer gleiche Klage lied der SPD nicht zu einer Verbesserung im ländlichen Raum führt. Hier sehen alle die Herausforderungen: Breitbandausbau, ÖPNV, Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung.

(Norbert Schmitt (SPD): Ich schreibe jetzt einen Leserbrief über die Debatte im „Vorwärts“, den zitiere ich dann in der dritten Lesung! – Glockenzeichen des Präsidenten)

Die Frage ist aber nicht, ob wir alles auf einmal schaffen, sondern ob wir uns auf den Weg machen und in die richtige Richtung gehen, ob wir Maßnahmen umsetzen, die eine strukturelle Änderung bewirken, Verbesserungen Schritt für Schritt und in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen.

Ich möchte hier einmal eine Bemerkung zur politischen Verantwortung machen. In den Landkreisen, Städten und Gemeinden regiert nicht überall Schwarz-Grün – vielleicht leider –,

(Zuruf von der SPD: Zum Glück!)

sondern es regieren auch SPD-Landräte, -Bürgermeister und -Beigeordnete.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war bisher die erste richtige Aussage!)

Die sind für kommunale Gesundheitsversorgung, Breitbandausbau und den Erhalt von Arbeitsplätzen mit in der politischen Verantwortung. Das sehen die Bürgerinnen und Bürger ganz genauso. Ein SPD-Landrat beschließt beispielsweise, die Defizite eines kommunalen Krankenhauses für die Geburtshilfe nicht mehr zu tragen, und damit wird die letzte Geburtshilfestation im Kreis geschlossen.

(Zuruf von der SPD: Warum?)

Im selben Landkreis hat der Finanzminister 100 neue Stellen geschaffen, indem er die Grunderwerbsteuerstelle dorthin geschafft hat. Jetzt frage ich: Wer schwächt den ländlichen Raum, und wer stärkt ihn?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich will hier keine Schuldzuweisungen vornehmen,

(Tobias Eckert (SPD): Nein, um Gottes willen!)

sondern ich möchte einmal betonen:

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, bitte kontrollieren Sie alle ein bisschen Ihre Erregung, dann geht es weiter.

Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es ist die Aufgabe von uns allen, auf allen Ebenen für die Stärkung des ländlichen Raums zu sorgen. Aber das funktioniert einfach nur, wenn wir nicht gegenseitig Verantwortung zuschieben, sondern auf allen Ebenen gemeinsam die Verantwortung tragen. Wir tun das in enger Zusammenarbeit mit den hessischen Kommunen, als Partner der Kommunen. Wir packen es an und verbessern die Lebensbedingungen in Hessen, in der Stadt und im Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Goldbach, Sie sind mit der Redezeit auch gut dabei.

Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die SPD mag derweil weiter in der rosaroten Traumwelt einer Rosamunde Pilcher verharren. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Goldbach.

Bevor wir in der Beratung weitermachen, möchte ich Sie trotz der attraktiven Debatte darauf hinweisen, dass die Ausstellung „Wahrheitskämpfer“ um 13 Uhr in der Ausstellungshalle eröffnet wird.

Jetzt geht es weiter in der Debatte.

(Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie doch um etwas Ruhe und Frieden. – Herr Kollege Dr. Jörg-Uwe Hahn hat jetzt das Wort. Bitte sehr.

Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz offensichtlich wollte der Präsident noch ein Alternativprogramm zu meiner Rede verkünden. Ich nehme es ohne Kommentierung zur Kenntnis.

(Tobias Eckert (SPD): Demotivierend!)

– In Demut. Ich nehme es in Demut zur Kenntnis, Herr Präsident.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat gestern ein Zitat gebracht:

„Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert. Wir müssen sicherstellen, dass wir weiterhin ohne Schulden auskommen“, ... „In aller Regel sind die Begehrlichkeiten signifikant größer als der zur Verfügung stehende Spielraum.“

Diese Worte sind aus dem Munde des Präsidenten des deutschen Stabilitätsrates, der im Hauptberuf Finanzminister des Landes Hessen ist, nämlich von Dr. Thomas Schäfer.

Warum, so fragen wir Liberale uns schon seit Wochen, hält sich Dr. Schäfer nicht an diese eigene Aussage?

(Beifall bei der FDP)

Wieso stellt er einen Haushaltsplan auf, der unheimlich viele Begehrlichkeiten bedient? Wieso stellt er einen Haushalt auf, der unter dem Titel „Eier legende Wollmilchsau“ noch ein Viertel mehr anbietet, als das eigentlich von den Leuten in den Ressorts gewünscht wird? Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fragen uns, wo denn die finanzpolitische Nachhaltigkeit dieses Haushalts ist. Wir finden sie nicht, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der FDP)

Einen anderen Bericht haben wir alle, da wir Empfänger der „Wirtschaftswoche“ sind, in der Ausgabe für diese Woche lesen können, und zwar im Vorwort des Chefredakteurs, überschrieben „Das Orakel von Basel nervt wieder – zum Glück“. Dann weist Herr Balzli darauf hin, dass schon einmal, im Jahr 2007, die Bank für internationalen Zahlungsausgleich – Sie müssen sich das vorstellen als Dachorganisation aller Zentralbanken – darauf hingewiesen hat, dass wir finanzpolitisch harten Zeiten entgegentreten. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mich nicht daran erinnern, dass im Jahr 2007 auch nur irgendeiner den damaligen Präsidenten William White ernst genommen hat. Ein Jahr später sah die Welt ganz anders aus.

Warum trage ich das hier vor? – Sie, Herr Minister, legen hier einen Haushalt vor, und Sie, Kolleginnen und Kollegen von CDU und GRÜNEN, werden ihn irgendwann im Januar in dritter Lesung jubelnd beschließen,

(Armin Schwarz (CDU): Richtig!)

der genau gegen die Vorgaben und gegen die Bedenken verstößt, die Ihr eigener Finanzminister geäußert hat: „Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert.“ Sie bilden

keine Rücklage für die schlechten Zeiten, und das, obwohl Sie wissen, dass die guten Zeiten irgendwann einmal vorbei sind.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben nicht mehr den Siebenjahresrhythmus, den wir noch aus dem Alten Testament kennen. Man nennt das in der Ausbildung für die Volkswirte auch „Schweinekurve“. Anscheinend sind die Zyklen länger. Aber es ist vollkommen klar, das weiß sogar ein Jurist:

(Norbert Schmitt (SPD): Na ja! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schweinezyklus!)

Irgendwann sind die guten Zeiten zu Ende. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann haben diejenigen, die nach Ihnen im nächsten Jahr die Regierungsverantwortung in Hessen übernehmen, ganz schön Stress, weil sie einen ganz schönen Schuldenhaufen übernehmen müssen. Das halten wir für nicht nachhaltig.

(Beifall bei der FDP)

Es war ja klar, dass Michael Boddenberg das gestern in der Debatte sagte. Das war eine Reaktion auf die erste Lesung, in der ich Ihnen vorgelegt hatte – –

(Zuruf von der CDU)

– Du denkst daran: Gute Zwischenrufe, haben wir ausgemacht, sind wichtig.

(Armin Schwarz (CDU): Dann brauchen wir auch gute Kommentare dazu!)

– Klar, die kommen immer. Doch, die kommen immer.

(Günter Rudolph (SPD), zur CDU gewandt: Dann fangt doch schon mal an damit! – Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war der Beirat, den ich in der ersten Lesung für die FDP-Fraktion von diesem Pult aus vortragen durfte, in dem ich festgestellt habe, wie hoch die Unterschiede zwischen der mittelfristigen Finanzplanung von 2013, von Dr. Thomas Schäfer noch in der Regierungsverantwortung von CDU und FDP aufgeschrieben, und den tatsächlichen Einnahmen sind. Es waren über 6,5 Milliarden € mehr. So weit lag Thomas Schäfer daneben.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, jetzt tun Sie so, als ob das alles notwendige Ausgaben gewesen wären. Das hat der Fraktionsvorsitzende der Union schon einmal in der ersten Lesung versucht vorzutragen. Gestern hat er ein bisschen munitioniert, und heute hat es der finanzpolitische Sprecher Dr. Arnold noch einmal wiederholt. Merkt ihr nicht, dass ihr da Dinge vortragt, die nicht notwendige Ausgaben sind, sondern die ihr zusätzlich noch als „Eier legende Wollmilchsau“ in Hessen verteilt habt?

(Beifall bei der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): KFA! Was ist denn das für ein Blödsinn?)

– Auch der KFA, aber sicher, Herr Kollege Dr. Arnold.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Den bestimmen wir doch nicht!)

– Das enttäuscht mich jetzt. Lieber Dr. Arnold, jetzt verkaufen Sie sich aber weit unter Wert. Sie wissen ganz ge-

nau, dass Sie den KFA, so wie ihn der Staatsgerichtshof vorgegeben hat, nur zum Teil machen. Die ganzen Töpfchen, die daneben noch existieren, sind alter KFA, und das macht der Landtag, das macht der Haushaltsgesetzgeber.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das weiß aber auch Dr. Arnold. Das war z. B. jetzt ein Zwischenruf, Herr Kollege Schwarz, den ich als ausbaufähig beschreiben würde.

(Günter Rudolph (SPD): Das weiß er nicht, das hat er ja eben belegt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich aber darauf hinweisen, dass z. B. der Steuerzahlerbund einmal nach den Personalkosten geschaut hat. So das Zitat aus der Zeitung 4/17:

Sah die mittelfristige Finanzplanung für 2015 bis 2019

– verfasst von Dr. Thomas Schäfer; das steht hier nicht, aber ich will darauf hinweisen –

noch einen Anstieg der Personalausgaben von weniger 200 Millionen € jährlich vor, sollen diese nach dem Haushaltsentwurf in den nächsten zwei Jahren um zusammen über 800 Millionen € steigen. Damit brechen sie 2019 erstmals die 10-Milliarden-€-Schwelle.

Auch hier wird wieder deutlich: Es ist eine politische Entscheidung von CDU und GRÜNEN, mehr Geld auszugeben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu hat Sie keiner gezwungen, noch nicht einmal der Tarifabschluss hat Sie dazu gezwungen. Trotzdem machen Sie es, weil Sie meinen – und da werden Sie sich irren –, man könnte Hessesinnen und Hessen kaufen; wenn man Hessesinnen und Hessen ein bisschen mehr gibt – so wie beim Metzger: „Darf es ein Viertel mehr sein?“ –, würden die am Ende sagen: Boah, das ist ja eine richtig klasse Regierung. – Nein, nicht das Verweisen auf die anderen. Ihr macht es, und ihr GRÜNE macht mit.

(Beifall bei der FDP)

Und ihr habt uns noch vor vier Jahren erklärt, was wir denn für schlimme Leute seien, weil wir beim Schuldenabbau noch nicht so weit seien. Das konnten wir auch nicht. Ich habe es gesagt: Diese Regierung hat jetzt 6,5 Milliarden € mehr in der Kasse, als der Finanzminister – ein und dieselbe Persönlichkeit – im Jahr 2013 prognostiziert hat.

(Michael Boddenberg (CDU): Richtig!)

Da wird man doch einmal fragen können: Was soll denn dieser dumme Satz: „Alles ist besser, alles ist größer, es gab noch nie so viel Geld für die Kommunen, es gab noch nie so viel Geld für die Schulen, es gab noch nie so viel Geld für die Justiz“?

(Armin Schwarz (CDU): Stimmt aber alles!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man nach dem Prinzip geht: „Alles das, was ich habe, streue ich als Eier legende Wollmilchsau in Hessen herum“, dann gibt es natürlich überall mehr, mehr, mehr.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Armin Schwarz (CDU): Wo wollen Sie denn weniger?)

– Wir können uns nachher noch ein bisschen über Schule unterhalten, da bin ich auch ganz fit.

(Armin Schwarz (CDU): Ja, wo wollen Sie weniger?)

Sie sollten einmal unsere Anträge lesen, das bildet ein bisschen. Da können Sie sehen, dass wir über 1,5 Milliarden € weniger an Ausgaben haben. Lesen Sie es einfach nach. Was soll denn dieses Stören? Wie in der Klasse: so ein bisschen den Clown machen und stören, und hoffen, dass es dann gut ist. Jetzt muss der Fraktionsvorsitzende sagen: „Mensch, Schwarz, du bist aber ein Hecht“. Mann, Mann, Mann, und das in einer Haushaltsdebatte. Wie erbärmlich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Eine allerletzte Bemerkung, und ich werde nicht müde, es überall zu sagen: Dieser Haushalt ist nicht nach den neuen doppelten Gesichtspunkten aufgestellt, die ein Land wie Hessen eigentlich haben möchte. Ich wette einen hohen Einsatz, wäre Roland Koch noch Ministerpräsident dieses Landes, hätten wir einen doppelten Haushalt und keinen kamerale, so wie jetzt. Es ist wieder dasselbe Prinzip. Es ist immer nur das Fortschreiben und Drauflegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist aber nicht die doppelte Denkweise, die wir eigentlich haben wollen. So kann kein Mittelständler und kein Großunternehmen existieren. Wir in Hessen machen es aber, weil die Regierungsfaktionen meinen, damit könnten sie die Wahlen gewinnen. Sie werden es so nicht.

Lieber Kollege Arnold, Sie haben sich darüber beschwert, dass es in diesem Haus einige Fraktionen gibt, die noch keine Haushaltsanträge vorgelegt haben. Ich bekenne mich schuldig: Ich war dafür verantwortlich, dass die FDP-Fraktion zu dem Haushalt 2017 erst zwischen zweiter und dritter Lesung die Anträge vorgelegt hat. Ich kann mich daran erinnern – aber ihr könnt mich sofort widerlegen –,

(Norbert Schmitt (SPD): Nein!)

dass wir zeitgleich auch die Anträge von CDU und GRÜNEN beraten haben. Die habt ihr nämlich auch erst nach der zweiten Lesung vorgelegt. Was ist denn das dann für ein Vorwurf?

(Beifall bei der FDP und der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Genau so war es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bleiben Sie bitte ehrlich. Werden Sie endlich solide, und bauen Sie endlich Schulden ab.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist Nachhaltigkeit, und nicht „Darf es ein bisschen mehr sein?“ – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank. Kollege Hahn. – Als Nächster spricht nun Staatsminister Schäfer für die Landesregierung. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Teile unserer Debatte zum Einzelplan des Finanzministeri-

ums, aber auch des staatlichen Hochbaus und der Allgemeinen Finanzverwaltung haben ein bisschen darunter gelitten, dass wir sozusagen gegen die Mittagspause andiskutieren mussten. Für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht unten waren: Es gäbe eine Winzerpfanne, ein Risotto oder ein Paprikaschnitzel zu essen. Ich will Sie nicht dazu anregen, jetzt sofort zu gehen, aber möglicherweise könnte das mithelfen, die weitere Gestaltung ein wenig zu erleichtern.

(Gerhard Merz (SPD): Jedenfalls nahrhafter als das, was Sie gerade erzählen!)

– Ach, Herr Kollege, Sie haben einen Freude stiftenden Humor, über den ich mich jedes Mal unglaublich freue.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zwei, drei inhaltliche Bemerkungen zum Einzelplan 06 machen. Ich habe dankbar zur Kenntnis genommen, dass jedenfalls kritische Bemerkungen zum Einzelplan 06 nur in sehr zurückhaltender Form vorgetragen worden sind. Das macht mich relativ sicher, dass jedenfalls unser Weg, den wir bei der Gestaltung der Finanzverwaltung eingeschlagen haben, ein richtiger ist,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was müssen wir eigentlich machen, damit Kritik ankommt?)

dass unsere Strategie, seit einigen Jahren sehr viel mehr Personal in qualifizierte Bereiche, insbesondere in die Bereiche der Betriebsprüfung, der gesamten Außendienste, zu investieren, richtig war. Der Umstand, dass das Bundeskriminalamt entschieden hat, sich als Auswertungspartner für die extrem komplexen Strukturen der Panama Papers die hessische Steuerverwaltung auszusuchen, ist wohl das größtmögliche Kompliment, das man einer Verwaltung am Ende machen kann.

Möglicherweise hat die gestaltende Politik in diesem Land an der Stelle nicht immer nur alles falsch gemacht, sondern die Verwaltung so aufgestellt, dass genau das möglich war und dass das Bundeskriminalamt eben nicht in ein anderes Bundesland gegangen ist, das in den vergangenen Jahren, was das Verhältnis zu der dahinterstehenden Substanz betrifft, vielleicht ein bisschen zu lautstark von der eigenen Qualität geredet hat. Insofern bin ich stolz auf die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung in Hessen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einige Anmerkungen aufgreifen, die in der Debatte gemacht worden sind. Kollege Hahn hat darauf hingewiesen, dass aus seiner Sicht in dem Haushaltsplanentwurf nicht die notwendige Nachhaltigkeit dokumentiert sei.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jawohl!)

Über die Dimensionen kann man streiten. Aber in dem Finanzplanungszeitraum, über den wir jetzt diskutieren, stehen 500 Millionen € für die Nettotilgung und zusätzlich – ein Umstand, der gern verschwiegen wird – 1,1 Milliarden € als Risikopuffer zur Verfügung, um darauf vorbereitet zu sein, dass unsere Wirtschaft wieder einmal schlechter läuft. Wir sind jetzt schon sehr lange in einem Zyklus immer wieder erfolgreicher Aufwärtskorrekturen in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; wir sind nachhaltig vorbereitet. Das ist auch ein Ausdruck vorausschauender Haushaltspolitik: 500 Millionen € für die Nettotil-

gung, 1,1 Milliarden € als Risikopuffer. Wir sind nachhaltig aufgestellt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schade, dass die Debatte für die Sozialdemokraten nicht übermäßig erfolgreich verlaufen ist. Herr Schalauske hat wesentliche Teile seiner Rede dazu benutzt, sich nicht an der hessischen Finanzpolitik abzuarbeiten, sondern an der Positionierung der SPD. Das ist ein Punkt, über den Sie miteinander diskutieren müssen.

(Günter Rudolph (SPD): Das machen wir einfach nicht!)

Ich habe die Rede von Herrn Weiß als in Teilen kritikwürdig empfunden; aber dazu, dass er sich von seinem parlamentarischen Geschäftsführer öffentlich für seine Redezeitüberschreitung herunterputzen lassen musste, muss ich sagen: Herr Weiß, so schlecht war Ihre Rede nicht, dass das notwendig war. An dieser Stelle muss ich Sie ausdrücklich in Schutz nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Das ist dümmlich, was Sie sagen!)

– Ja, Herr Rudolph, so führen Sie sich hier gelegentlich auf: Dann kommen auch noch solche Zwischenrufe.

(Günter Rudolph (SPD): Hauptsache arrogant! Das ist immer gut so!)

– Ja, ist klar: So reagiert er immer, wenn er einmal angegriffen wird. Austeilen kann er wie ein Weltmeister, aber einstecken kann er null. Das ist nämlich das Problem an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Das ist die Arroganz der Macht! Die kochsche Arroganz!)

– Wir wollen ihm noch ein bisschen Gelegenheit geben, seinen Adrenalinpiegel zu senken, und dann sehen wir weiter.

(Günter Rudolph (SPD): Ich weiß, was ich sage: Arrogantix!)

– Ist ja gut, ist ja alles gut.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Wenn er noch eine Beschimpfung zu bieten hat, können wir die auch ins Protokoll aufnehmen, dann haben wir das an der Stelle geregelt.

Stichwort: Kommunalfinanzen. Trotz nicht mehr vorhandenen kommunalen Mandats bin ich relativ viel unterwegs in der kommunalen Familie. Gemeinsam mit Peter Beuth habe ich sieben Regionalkonferenzen besucht.

(Marius Weiß (SPD): Ich war auch da!)

Wir haben über die Fragen rund um die Hessenkasse intensiv diskutiert. Die Stimmungen, die Sie da wahrgenommen haben und schildern, spiegeln sich in meiner Wahrnehmung so nicht wider. Es ist intensiv diskutiert worden. Was die Punkte betrifft, die Sie vorgetragen haben: Kollege Beuth rief mir eben zu, das sei im Wesentlichen der O-Ton der stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden und Bürgermeisterin von Hofheim, die mit einer Entlastung in Höhe von 30 Millionen € zu den Hauptprofiteuren der Hes-

senkasse in unserem Land gehört. Das möchte ich an dieser Stelle sagen.

Ein anderer Punkt: Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen noch in Erinnerung hat, dass sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Anfang November einmal sehr intensiv mit den Kommunalfinzen in Hessen auseinandergesetzt hat. Ich erlaube mir, den letzten Absatz der Berichterstattung vorzulesen; denn ich glaube, er spiegelt den Stimmungsumschwung auch innerhalb der kommunalen Familie in Hessen recht gut wider. Ich zitiere:

Allerdings sind die Klageschreie heute deutlich weniger laut als noch vor zwei oder drei Jahren. Das mag vor allem durch die flächendeckend steigenden Einnahmen der Kommunen bedingt sein, allerdings geben auch viele sozialdemokratische Bürgermeister hinter vorgehaltener Hand zu, dass die von CDU und GRÜNEN geführte Landesregierung mit ihrem Programm des Förderns und Forderns einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinzen leistet. „Uns ging es schon lange so wenig schlecht wie heute“, sagt ein bis auf Weiteres von Schulden Sorgen befreites nordhessisches SPD-Stadtoberhaupt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Und wenn sich seine Bürger über die zum Etatausgleich nötigen Schließungen kommunaler Einrichtungen oder über Gebühren- und Steuererhöhungen beschwert hätten, habe er die Schuld immer auf ... den bösen Finanzminister schieben können. „Wir sind zu unserem Glück gezwungen worden, aber wir wissen das durchaus zu schätzen.“

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es, um am Ende eine Konsolidierung auf der kommunalen Ebene hinzubekommen, notwendig ist, dass ich sozusagen zum Sinnbild des Beschimpfungsofens werde, stelle ich mich dafür sehr gern zur Verfügung. Es gehört auch ein Stück weit zu meinem Amt, dass ich dabei helfe, sicherzustellen, dass die kommunale Familie die Konsolidierung ihrer Finanzen so hinbekommt, dass wir zum 1. Juli des kommenden Jahres sagen können: Kassenkredite auf der kommunalen Ebene gehören in Hessen der Vergangenheit an. – Das ist unser Ziel, das werden wir umsetzen, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das leistet dieser Entwurf für den Landeshaushalt – bei aller Diskussionswürdigkeit im Detail. Das gilt auch für das multifunktionale Fabeltier, das wir in unserem Erklärfilm genutzt haben, um die Diskussion ein bisschen in diese Richtung zu steuern. Dass dieses Tier in der Debatte immer wieder hervorgehoben wird, spricht jedenfalls dafür, dass die Idee, es zu nutzen, vielleicht nicht die aller-schlechteste ist. Mir hat kürzlich ein Marketingprofessor gesagt, eine Marketingmaßnahme sei dann besonders erfolgreich, wenn der Wettbewerber das Sujet aufgreife. Da das intensiv passiert, kann ich nur sagen, ich bin mit der Öffentlichkeitsarbeit an der Stelle sehr zufrieden.

Letzte Bemerkung. Ich glaube – ich will an das anknüpfen, was der Kollege Hahn zu Beginn seiner Ausführungen aus dem Stabilitätsrat berichtet hat –, wir Finanzpolitiker haben eine gemeinsame Aufgabe. In der Vergangenheit, als

allen Beteiligten klar war, es werden noch neue Schulden gemacht, war es sicherlich leichter, neue Ideen mit der Bemerkung zu quittieren: Die Idee ist prima. Aber hast du auch eine Ahnung, wie du das finanzieren willst? – Heute sind wir in der Situation, dass Spielräume entstanden sind. Aber mit der Zahl der Spielräume ist auch die Zahl der Ideen, wie man sie nutzen könnte, exponentiell gewachsen.

Die Politik befindet sich daher in einer neuen Rechtfertigungsnotwendigkeit, ihre Prioritäten zu definieren. „Allen wohl und niemandem wehe“, das wird nicht funktionieren, sondern wir werden Priorisierungen vornehmen müssen. Wir haben diese Priorisierungen in diesem Haushalt vorgenommen. Wir haben nicht alles so gelöst, dass allen alles gewährt wird, sondern wir haben versucht, in den politischen Bereichen, die auch in der jetzigen Diskussion über den Haushalt hervorgehoben worden sind, Schwerpunkte zu setzen. Ich glaube, das ist eine extrem gute Grundlage, um Hessen in den nächsten zwei Jahren weiter in eine gute Zukunft zu führen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Schäfer. – Damit sind wir am Ende der Lesung des Einzelplans 06.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass der Untersuchungsausschuss 19/2 nun im Sitzungsraum 100 A zusammenkommt.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung –

auf. In Verbindung damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 91** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Ungerechtigkeiten beim Schüler-ticket beenden – kostenlose Schülerbeförderung für alle – Drucks. 19/5767 –

Als erster Redner hat sich Kollege Eckert von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Tobias Eckert (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach 18 Jahren CDU-geführter Landesregierungen zeigt auch der Einzelplan 07, dass diese Landesregierung keine Ideen und Ziele für Wirtschaft, Arbeit und Mobilität von morgen hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung lässt es zu, dass Landesstraßen vor sich hingammeln. Laut einer Studie des DIW ist Hessen bei den erneuerbaren Energien im Bundesländervergleich von Platz 12 auf Platz 14 zurückgefallen. Die wichtigste Infrastruktureinrichtung unseres Landes, der Frankfurter Flughafen, fristet in der Wahrnehmung der Landesregierung ein Schattendasein. Der Wirtschaftsminister interessiert sich für angedrohte Betriebsschließungen in Hessen nur dann, wenn es seine eigene Heimatstadt betrifft. All das passiert in Hessen, und dabei wären, aufbauend auf der

Situation im Jahr 2017, für die Folgejahre Ideen und ein tatkräftiges Handeln der Landesregierung notwendig und wichtig. Aber das bleibt bei Schwarz-Grün eine Wunschvorstellung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will das Ihnen an ein paar Beispielen noch einmal verdeutlichen. Die Energiepolitik habe ich genannt. Man hätte denken können, die Energiepolitik nimmt unter einem grün geführten Ministerium an Fahrt auf. Aber die Studie des DIW zeigt eben, dass das mitnichten der Fall ist. Herr Minister, in der Studie wird als besondere Schwäche, als Nachteil für Hessen, politisches Engagement angeführt. Das, Herr Minister, ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Flughafen ist der vormalig große Kämpfer gegen den Flughafen, Minister Al-Wazir, dafür verantwortlich, dass Ryanair in Frankfurt den roten Teppich ausgerollt bekommt – mit allen negativen Folgen für Arbeit und Beschäftigung einerseits und Lärmschutz andererseits.

(Turgut Yüksel (SPD): Ja!)

Aus der vollmundig angekündigten Lärmobergrenze wird ein wachsender Kompromiss, ein Placebo, das weder rechtssicher ist noch am Frankfurter Flughafen im Bereich des Lärmschutzes wirklich etwas verändern wird. All das lassen Sie sich dann auch noch von der Luftverkehrswirtschaft in Ihren Entwurf des LEP hineindiktieren.

Aber mit den Arbeitsbedingungen bin ich nicht nur beim Thema Ryanair, sondern bei grundsätzlichen Fragen von Wirtschaft und Arbeit von morgen angekommen. Wenn wir wirklich fairen Wettbewerb wollen, dann darf das nicht zulasten von Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen. Dafür braucht es in Hessen ein echtes Tariftrue- und Vergabegesetz mit wirksamen Kontrollen, anders als das, wie Sie es bisher in Hessen haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über Arbeitsbedingungen reden, dann müssten wir den Worten auch Taten folgen lassen. In Bezug auf die Qualität von Arbeit braucht es das Handeln und Gestalten des Landes. Wir hätten mit sozialen Kriterien in der Wirtschaftsförderung die Möglichkeit, unsere Vorstellungen von guter Arbeit in Hessen mit zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, Sie weigern sich beharrlich, mit einer Zuschlagsregelung zu arbeiten, mit der wir Betriebe in Hessen mit betrieblicher Mitbestimmung, mit Tarifbindung, mit Frauenförderung, mit unternehmerischer Verantwortung für Aus- und Weiterbildung und vielem anderen mehr stärken und unterstützen könnten. Das wäre ein Instrument, aber Sie wollen das in Hessen im Moment verweigern.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Sie haben die Ausbildungsplatzabgabe vergessen!)

– Herr Boddenberg, ich weiß, das ist nicht für alle eine Selbstverständlichkeit. Für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es das; denn wir sind uns sicher, Tarifbindung und tarifliche Mitbestimmung stärken am Ende nicht nur das Unternehmen, sondern helfen dem gesamten Bundesland Hessen bei einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns die Wirtschaftsstruktur unseres Landes anschauen, dann stellen wir fest, Sie haben für die großen Herausforderungen noch nicht einmal die Idee von der Notwendigkeit des Handelns seitens des Landes. Der starke Automobilstandort Hessen befindet sich wegen uns allen bekannter Umstände und Herausforderungen in einem tief greifenden Wandel. Wenn wir Beschäftigung und Wertschöpfung in Hessen in Zukunft haben und gestalten wollen, dann muss die Landesregierung aktiv im Dialog mit den Unternehmensleitungen und den organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Herausforderungen begleiten und unterstützen; denn nur so erhalten wir unsere Wirtschaftsstärke, die in Hessen nicht vom Himmel gefallen ist, sondern hart erarbeitet wurde. Diese Chance für die Zukunft sollten wir nicht verspielen.

(Beifall bei der SPD)

Genauso wie bei dem Thema Automobilstandort könnten wir das, was die Industriepolitik insgesamt angeht, beschreiben. Auch in den politischen Initiativen im Bereich der Industriepolitik gibt es eine weitestgehende Leere. Wenn wir das industrielle Rückgrat unseres Landes so vernachlässigen, dann werden wir die Herausforderungen für Wirtschaft und Arbeit von morgen in Hessen nicht gestalten können. Dann geht dieser Zug an Hessen vorbei. Das kann in diesem Hause keiner von uns wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, vor einer großen Herausforderung steht nicht nur die Industrie, sondern der gesamte Wirtschaftsstandort Hessen. Das ist die große Überschrift „Digitalisierung“. Ich bin ganz schnell beim Minister und stimme ihm zu, wenn er wie im „FAZ“-Interview vom 12. Dezember 2017 in der Überschrift formuliert: „Schnelles Internet [ist] ein Stück Daseinsvorsorge“. Ja, völlig zu Recht, Herr Minister, aber da ergibt sich dasselbe Problem wie so oft bei Ihnen; denn dann schauen wir nicht nur auf die Überschrift, sondern prüfen die Substanz. Dann zitiere ich Ihnen einmal die Antwort des Ministers auf die Frage: Wenn wir weiter in die Zukunft schauen, was muss ich denn eigentlich tun als Region? – Zitat des Ministers: „Da kann ich auch nur sagen: Macht Druck, beim Bürgermeister, beim Kreis und natürlich bei Internetanbietern, ...“

(Torsten Warnecke (SPD): Immer die anderen!)

– Genau, alle anderen sollen irgendetwas machen, aber dass Sie irgendeine Verantwortung haben, kommt in diesem Satz in keinsten Weise zum Ausdruck.

(Beifall bei der SPD – Torsten Warnecke (SPD): Hört, hört!)

Das nennt man landläufig, sich einen schlanken Fuß zu machen.

(Torsten Warnecke (SPD): Einen ganz schlanken Fuß!)

Sie reden natürlich von der Gigabit-Gesellschaft. Sie haben aber keinen Plan und keine Strategie. Sie bleiben seit zwei Jahren, solange wir hierüber reden, beim Hoffen, beim Wünschen und beim Bitten. Herr Minister, das hat mit einer Strategie aber in keinsten Weise irgendetwas zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich bei Ihnen in der kursorischen Lesung nachfrage: „Was haben Sie denn in der sogenannten digitalen Strategie“

gie des Landes Hessen, die im Endeffekt nichts anderes ist als ein Sammelsurium von Überschriften und verschiedenen Einzelmaßnahmen?“; dann kommen Sie wirklich zu der Beschreibung: Das werden wir sehen, und das werden wir entwickeln.

Konkret werden Sie bei der Antwort auf die Frage – das müssen wir in Ihren Interviews nachschauen; ich zitiere aus demselben Interview von Ihnen –: „Sind 400 MBit in so kurzer Zeit denn realistisch?“ Dazu lautet die Antwort des Ministers: „Ja. Das ist realistisch. ... Das hat mit neuen Lösungen zu tun, mit denen die Anbieter aus alten Kupferkabeln mehr Leistung herausholen können.“ – Nein, Herr Minister, das ist nicht neu. Kupferkabel sind eine Technik der Vergangenheit. Wenn Sie das als Krücke nutzen für die Entwicklung der Gigabit-Gesellschaft, dann verkennen Sie die Zeichen der Zeit. Wir als Land Hessen brauchen eine eindeutige Glasfaserstrategie, denn nur so können wir die Gigabit-Gesellschaft in Hessen auch wirklich realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Aber bei der Strategie, die Sie bisher vorgelegt haben, ist nicht nur wichtig, was drinsteht, sondern was Sie alles nicht drinstehen haben. Komplette Bereiche sind ausgenommen: Digitalisierungsberatung für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Betriebsräte – Fehlanzeige; Herausforderungen für die Weiterbildung im digitalen Umfeld für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Fehlanzeige; wissenschaftliche Untersuchungen zur Frage: „Wie sehen denn tatsächlich die Veränderungen in der Arbeitswelt in Hessen bei unserer spezifischen Wirtschaftsstruktur unter den Bedingungen der Digitalisierung aus?“ – Fehlanzeige; usw. usf. Was das angeht, was die Herausforderungen der Digitalisierung für Wirtschaft und Arbeit bedeuten, ist Hessen ein weißer Fleck auf der Landkarte. Aber Digitalisierung darf doch keine Elitendiskussion sein. Wir müssen alle mitnehmen. Wir brauchen in Zukunft eine starke Wirtschaft mit starken und fitten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diesen Herausforderungen müssen wir uns auch als Bundesland stellen. Dazu geben Sie in Ihren bisher vorgelegten Szenarien keine Antworten.

(Beifall bei der SPD)

Aber wie soll es auch anders sein? Denn an der Spitze dieser Landesregierung steht ein Landesgroßvater mit Namen Volker B., der sich rühmt, bisher noch keine einzige E-Mail abgeschickt zu haben, der bisher selbst noch nie am Rechner gesessen und gearbeitet hat, und vieles andere mehr. Dies geht bis hin zu: Twitter ist die Suche.

(Zuruf von der CDU)

Wie soll derjenige, der über alles redet, selbst aber keine Erfahrungen und keinen Einblick in diese Thematiken hat, ein Gefühl dafür bekommen, welchen Anteil die Digitalisierung an der Veränderung von Geschäftsprozessen, von Geschäftsmodellen, von Produktionsprozessen und von Wertschöpfungsketten hat? Wer das nicht versteht, weil er dazu selbst keinen Bezug hat, braucht sich nicht zu wundern, dass Hessen eben nicht vorn ist, sondern dass wir große Probleme haben. Deswegen: Das muss von oben herab gestaltet werden. Daher sind Sie mit dem Ministerpräsidenten sicherlich falsch aufgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Infrastruktur ist nicht nur im Zusammenhang mit der Digitalisierung ein Thema, sondern natürlich auch, was die Mobilität angeht. Wir finden in Hessen viele große

Baustellen – nur leider keine realen auf den Landesstraßen. Wir finden keine realen Baustellen bei Neubauprojekten, was die Landesstraßen angeht. Von daher sind es eher virtuelle Baustellen. Wenn wir Sie mit den drastisch gestiegenen Stauzeiten in Hessen und Ähnlichem mehr konfrontieren, behaupten Sie an diesem Pult irgendetwas, nach dem Motto: Das hat mit Bundesautobahnen und Baustellen zu tun. – Wenn wir Sie dann aber bitten: „Geben Sie uns doch einmal die Daten; sagen Sie uns, woher Sie dies ziehen“, dann antworten Sie: Das haben wir nicht. Wir haben keine Zahlen, und es wäre jetzt viel zu viel Aufwand, das herauszuziehen. – Herr Minister, woher nehmen Sie eigentlich diese Erkenntnis, da Sie das hier so dargestellt haben?

(Beifall bei der SPD)

Am Ende des Tages ist es so, dass nach 18 Jahren CDU-geführter Landesregierungen die Infrastruktur in Hessen auf den Hund gekommen ist: marode Straßen, fehlende Infrastrukturprojekte, volle Züge und S-Bahnen, exponentielles Wachstum an Stauzeiten in Hessen und vieles andere mehr. Auf diese Herausforderungen bieten Sie keine Antwort. Sie haben eine kaputtorganisierte Landesverwaltung Hessen Mobil mit immer weniger Menschen, mit einem Stellenabbaupfad, den Schwarz-Gelb begonnen hat und den Sie mit Schwarz-Grün weiter exekutieren.

Herr Minister, Sie wissen das, Sie haben von diesem Pult aus schon einmal gesagt, Sie seien der Minister, der das gestoppt habe. Nein, Sie stoppen es nicht. Auch der Entwurf des Doppelhaushalts legt etwas anderes dar. Sie exekutieren den Stellenabbaupfad von Hessen Mobil weiter. Sie sorgen nicht dafür, dass wir die Planungskapazitäten hinkommen, damit überhaupt all die Baumaßnahmen geleistet werden können, die wir brauchen. Herr Minister, wenn Sie behaupten, Sie hätten diesen Pfad gestoppt, dann ist das haarscharf an der Wahrheit vorbei, aber es hat mit der Realität nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Was nutzen uns das Schülerticket und die Freifahrtberechtigung für Landesbedienstete, wenn sie nicht mit dem ÖPNV zur Arbeit kommen können, meine Damen und Herren? Die Antwort kann doch dann nicht sein: Na ja, ihr kommt zwar nicht zur Arbeit, aber dafür nachts länger zur Party. – Das ist zwar für die Nachtverbindung im Rhein-Main-Gebiet ein richtiges Einzelprojekt, aber es gibt doch nicht die Antworten auf die Herausforderungen und Veränderungen im Mobilitätsverhalten in der Fläche, insbesondere im ländlichen Raum. Auch dazu geben Sie mit einer Mobilitätsstrategie für das Hessen von morgen bislang keinerlei Antworten, wie wir das für den Berufsverkehr, für die Pendlerinnen und Pendler und viele andere mehr in Hessen organisieren können.

(Zuruf des Abg. Alexander Bauer (CDU))

Ich bleibe dabei, Hessen steht nach 18 Jahren CDU-geführter Landesregierungen im Stau und in überfüllten S-Bahnen. Dieser Befund der letzten Plenarrunde ist nach wie vor so traurig wie wahr. Sie leisten auch mit diesem Haushalt keinen wirklichen Beitrag.

Meine Damen und Herren, am Ende des Tages wundert es einen schon, wenn Ihre eigenen Parteifreundinnen und -freunde vor Ort manchmal weiter sind, als Sie in es der Regierungskoalition zustande bringen. Ein freundlicher Blick in den Odenwald – das hilft immer, in diesem Fall besonders –: Dort hat die CDU-Kreistagsfraktion einen

richtigen Antrag geschrieben, in dem es heißt, es brauche Nachhilfe für den Verkehrsminister, es brauche Nachhilfe für die Landesregierung, weil sie die Mobilität und die Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum vernachlässigten. – Richtig, CDU im Odenwald, erklärt es aber bitte nicht nur im Kreistag, sondern macht Druck bei euren eigenen Leuten, damit sie es auch im Landtag verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, abschließend geht es um die Zukunft von Wirtschaft und Arbeit, um Mobilität von morgen in Hessen. Dazu bieten Sie im vorgelegten Haushaltsentwurf für die beiden nächsten Jahre nur unzureichende Antworten und viel Stückwerk. Bei Strategie und Planung sind Sie meilenweit im Hintertreffen. Auch da steht Hessen meilenweit im Stau, sowohl real wie digital. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Herr Kollege Eckert. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Müller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin.

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch der Einzelplan 07 reiht sich in die subjektive Wahrnehmung der SPD ein, die völlig ab von der Wirklichkeit ist, wie sie sich in diesem Haushalt findet. Sie haben wieder Ihre Großen Anfragen recycelt und Grundsatzreden gehalten; aber mit dem Haushalt, der hier vorliegt, hat das alles überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Wie schon im Titel des Ministeriums deutlich wird, ist der Einzelplan 07 von zentraler Bedeutung für die Entwicklung dieses Landes. Es sind die Bereiche Mobilität, Verkehr, Energie, Wirtschaft und eben Landesentwicklung.

(Gerald Kummer (SPD): Genau dazu hat Kollege Eckert eben gesprochen!)

In keinem anderen Bereich zeigt sich so deutlich, dass Ökologie und Ökonomie nicht in einem Widerspruch stehen, sondern im Einklang sind. Das ist gut für Hessen. Dafür stellen wir auch in diesem Doppelhaushalt wieder die Weichen. – Den Energieteil lasse ich zugunsten meines Kollegen Daniel May aus, der kommt aber morgen noch einmal ausführlich in dem Setzpunkt der FDP dran. Deswegen gehe ich jetzt darauf nicht ein.

In Hessen und auch in diesem Haushalt sehen wir, dass gute Bedingungen für Gründerinnen und Gründer geschaffen werden. Ein gutes Beispiel ist das Tech Quartier in Frankfurt, in dem die Syntech-Szene zu Hause ist und das schon jetzt aus allen Nähten platzt. In diesem Doppelhaushalt werden Mittel bereitgestellt, um weitere innovative Start-ups zu unterstützen. Um einmal ganz konkret zu werden – was wir lange nicht waren –: Es soll ein Risikokapitalfonds aufgelegt werden, der zu 50 % mit privatem Kapital ausgestattet wird; die andere Hälfte kommt vom Land. Der Charme dabei ist, dass so auch die Netzwerke der privaten Kapitalgeber genutzt werden können. Also, Hessen ist in-

novativ und ganz vorne bei der Unterstützung von Start-ups.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Zum Thema Digitalisierung. Wir hatten die Anhörung, wir haben es gerade eben von Herrn Eckert gehört. Das Thema hat uns schon lange beschäftigt, von Ihnen immer wieder kritisiert.

(Tobias Eckert (SPD): Zu Recht!)

– Sie hören nicht zu; Sie haben auch nicht bei der Rede des Ministerpräsidenten in der Generaldebatte zugehört.

(Tobias Eckert (SPD): Doch, ich war der Einzige, der dazu etwas gesagt hat! – Weitere Zurufe von der SPD)

Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Wenn Sie sich das angesehen hätten, hätten Sie im Einzelplan 07 Mittel für die Digitalisierung gefunden. Bis 2021 werden für die Digitalstrategie knapp 34 Millionen € zur Verfügung gestellt. Zusätzlich werden ab 2019 noch einmal 7,4 Millionen € mehr für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Damit ist dann auch eine weitere Kofinanzierung des Bundes möglich.

Hessen ist auf einem guten Weg, die 50 MBit/s flächendeckend zu erreichen. Die Nordhessen können Ihnen bestätigen, dass wir ständig Einladungen zu Breitbandgipfeln bekommen, fast wöchentlich.

(Lachen des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Bei diesem Thema geht es nicht im Schnecken tempo, und es geht ohne Geschwindigkeitsbegrenzung voran.

(Gerhard Merz (SPD): Cool!)

Herr Eckert hat auch schon das „FAZ“-Interview mit Herrn Al-Wazir zitiert. Das schnelle Internet ist gerade für Unternehmen im ländlichen Raum wichtig. Das ist Standortpolitik. Das ist für sie wichtiger als ein gut ausgebautes Straßennetz. Da gibt es auch keine Geschwindigkeitsbegrenzung beim Ausbau.

(Torsten Warnecke (SPD): Doch, doch!)

Ohne schnelles Internet wird sich kein Unternehmen im ländlichen Raum, aber auch nicht in der Stadt ansiedeln.

In diesem Zusammenhang gibt es ein schönes Projekt, das hat Herr Schäfer-Gümbel gestern angesprochen, zur Unterstützung der kommunalen Aufsichtsbehörden bei der Einführung eines Programms zur elektronischen Abwicklung der Bauantragstellung und -bearbeitung. Dafür stehen 500.000 € zur Verfügung.

Insgesamt ist es ein gutes Paket, das Hessen auf dem Weg zur Digitalisierung voranbringt. Das könnten Sie einmal zur Kenntnis nehmen und nicht auf der linken Seite schlafen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Angelika Löber (SPD): Ei, ei, ei! – Weitere Zurufe von der SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt sind sie wach! – Gegenruf des Abg. Gerhard Merz (SPD): Sie müssen nichts dafür tun, dass wir wach bleiben!)

Damit komme ich von der virtuellen Datenautobahn politik zur Verkehrspolitik. Wir betrachten alle Verkehrsmittel

gleichwertig. Deswegen ist für alle etwas dabei. Es ist nicht so, wie Herr Schäfer-Gümbel gestern erklärt hat, dass die Stau Probleme mit neuen Straßen gelöst werden können. Innovation, Digitalisierung und Vernetzung sind die Herausforderungen der Zukunft, um Mobilität für alle nachhaltig und bequem zu gestalten. Dazu leisten diese Landesregierung und dieser Haushalt einen wichtigen Beitrag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Uns immer die Stautunden vorzuhalten, bringt uns auch nicht weiter. Es wurde auch schon mehrfach erklärt, wenn mehr investiert wird, gibt es Baustellen und dann kommt es zu mehr Staus. Man könnte sich auch einmal die Zahl der Zulassungen anschauen und, und, und. Das Argument mit den Stautunden ist dünn. Man könnte sich auch einmal die Stautatistik des ADAC ansehen. Unter den Top Ten befindet sich NRW ganz vorne mit mehreren Autobahnen, während von Hessen nur eine Autobahn genannt ist.

(Jürgen Lenders (FDP): Wer hat denn bis vor Kurzem in NRW regiert?)

– Zum Beispiel auch die SPD.

(Lachen und Zurufe von der SPD und der FDP)

– Das ist ein Beweis dafür, dass wir in diesem Bereich mit der CDU zusammen etwas hinbekommen und mit der SPD nicht. So könnte man es auch sehen.

(Weitere Zurufe von der SPD und der FDP)

– Wenn Sie fertig sind, mache ich weiter. – Wir investieren nicht nur in die Straßen, sondern auch in die Schiene und in den Radverkehr, in die Nahmobilität und die Elektromobilität. All das finden Sie im Haushalt in Zahlen ausgedrückt wieder. Wir verpassen es auch nicht, durch die Freifahrtberechtigung Anreize zum Umstieg zu schaffen, und wir erhöhen die Mobilität von Schülerinnen und Schülern durch das Schülerticket.

Noch ein Wort zur Gerechtigkeitsfrage. Was ist denn daran ungerecht, wenn jetzt mehr Menschen als vorher die Möglichkeit haben, sich für weniger Geld ein Schülerticket zu kaufen, in ganz Hessen mobil zu sein, und die anderen, die vorher nichts bezahlt haben, auch weiterhin nichts bezahlen und noch mobiler sind als vorher? Ich finde, das ist eine Win-win-Situation für alle und keine Gerechtigkeitslücke.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Jürgen Lenders (FDP): Nachher stimmen Sie noch dem Antrag der LINKEN zu! – Gegenruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Wieso? Ich habe nicht gesagt: kostenloser ÖPNV für alle. Ich habe gesagt: Er muss bezahlbar sein, und das ist er auch für alle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Die FDP hat einen Haushaltsantrag gestellt, das zu streichen, während sie in der letzten Koalition noch vollmundig das Jobticket angekündigt hatte, es aber nur bis zum 10-%-Großkundenrabatt geschafft hat. Vielleicht ist das also nur ein bisschen Neid auf die Umsetzungsfähigkeit dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Um noch ein paar Zahlen aus dem Haushalt zu nennen: Den Landesstraßenbauetat erhöhen wir 2018 um 20 Millionen € und 2019 um 30 Millionen €. Davon gingen 2018 1 Million € in den Radverkehr und 2019 2 Millionen € mehr in den Radwegebau an Landesstraßen. Damit kommen wir auch einer Forderung der FDP nach, die ja kritisiert hat, noch nicht einmal da würden wir mehr tun.

(Jürgen Lenders (FDP): Macht ihr auch nicht!)

Aber wir machen mehr. Zusätzlich schaffen wir drei zusätzliche Stellen für die Radwegeplanung bei Hessen Mobil, damit es da vorangeht.

Wenn ich gerade beim Radverkehr bin: Auch innovative Projekte in Stadt und Land fördern wir mit zusätzlich 1 Million €. Mit Innovation und Digitalisierung unterstützen wir Projekte und leisten einen Beitrag, um insbesondere in den Innenstädten den Radverkehr attraktiver zu machen. Damit sorgen wir auch für bessere Luft, weniger Stau und mehr fitte Menschen.

(Jürgen Lenders (FDP): Die Eier legende Wollmilchsau!)

– Genau, das schaffen wir. – Zurück zum Straßenbau. Für den Landesstraßenbau stehen dann insgesamt, inklusive der erhöhten Planungsmittel, 2018 177,1 Millionen € und 2019 188,1 Millionen € zur Verfügung. Da kann man nicht von Vernachlässigung des Straßenbaus reden. Zusätzlich gibt es ein Sonderprogramm bei Hessen Mobil zur Erneuerung des Betriebsfahrzeugbestands mit einer Rate von 1 Million € 2018 und in einem Gesamtumfang von 9 Millionen € 2021. Also, es tut sich etwas. Tun Sie nicht so, als ob Stillstand herrschte, vielmehr herrschen Innovation und Fortschritt. Nehmen Sie es nur einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es stehen auch erhebliche Mittel zur Umsetzung des Klimaschutzplans im Haushalt, um Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Dafür haben wir auch Fraktionsanträge für Verpflichtungsermächtigungen gestellt, dass auch nachhaltig qualifiziertes Personal eingestellt werden kann, z. B. für die Fachzentren für Mobilität im ländlichen Raum und das schulische Mobilitätsmanagement. Dazu gibt es weitere Programme für Bürgerbusse.

Um das Bild rund zu machen: Außer dem Ausbau der Schieneninfrastruktur sichern wir auch die sogenannten Entflechtungsmittel ab 2019 mit 100 Millionen €, das sind 3,5 Millionen € mehr als vorher, da waren es 96,5 Millionen €. Ab 2020 brauchen wir dafür originäres Landesgeld, das Sie schon anderweitig verfrühstückt haben. Wir sorgen uns um den kommunalen Straßenbau und um die kommunale Schieneninfrastruktur.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir sind gut aufgestellt, und der Haushalt ist es auch. In diesem Sinne blicken wir auf zwei weitere gute Jahre für Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Wissler von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Situation sei gut, so haben wir es in den eineinhalb Tagen Haushaltsdebatte oft gehört. Leider trifft das nicht für jeden in diesem Land zu. Bezogen auf die bloßen Konjunkturdaten stimmt das, aber dieser Wohlstand kommt nicht bei allen an. Die Ungleichheit im Land ist immens, aus dem Sozialbericht habe ich bereits gestern zitiert. Das heißt also: Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es noch lange nicht allen gut.

Das beste Beispiel in Hessen dafür ist aktuell Siemens, ein Konzern, der trotz gesteigerter Gewinne, trotz erhöhter Dividendenausschüttung an die Aktionäre 7.000 Stellen abbauen will. Das ist vollkommen inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber auch an anderen Orten in Hessen sind Industriearbeitsplätze gefährdet. Gerade, wenn wir über die Automobilindustrie sprechen, wäre es vonseiten der Landespolitik dringend nötig, Zukunftskonzepte zu entwickeln – beispielsweise, wie man die Automobilindustrie so zukunfts- fest umbauen kann, dass die Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Ich finde, da kommt einfach zu wenig an industriepolitischen Konzepten von dieser Landesregierung.

Das Thema „Gute Arbeit, gute Löhne“ ist angesprochen worden. Auch hier könnte die Landesregierung mehr tun, z. B. indem man erstens ein Vergabegesetz hätte, das sehr viel konkreter wäre und vor allem besser kontrolliert würde. Man könnte aber auch, wie wir es schon vor vielen Jahren gefordert haben, im Vergabegesetz einen Landesmindestlohn festlegen, weil wir natürlich wissen, dass vom gesetzlichen Mindestlohn im Rhein-Main-Gebiet in Hessen überhaupt niemand leben kann – er ist viel zu niedrig, er ist eben nicht armutssicher. Deswegen wäre es ein richtiger Schritt, zu sagen, wir vergeben öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen, die sehr viel höher bezahlen, um Lohndumping zu begrenzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir diskutieren in diesem Haushalt nicht nur die wirtschaftliche Lage, sondern auch die Verkehrspolitik. Die Mittel für die Verkehrsverbünde und den ÖPNV sind angesichts der jahrelangen Vernachlässigung weiter nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Busse und Bahnen fahren weiterhin auf Verschleiß.

Die Leidtragenden sind die Fahrgäste, weil vielerorts, gerade jenseits der Ballungsräume, die Anbindung immer schlechter wird. Weite Teile des ländlichen Raums werden einfach von der Verkehrsinfrastruktur abgehängt, während wir in den Ballungsgebieten die Situation haben, dass Busse und Bahnen faktisch aus allen Nähten platzen. Daher sind die Leidtragenden dieser Entwicklung natürlich in allererster Linie die Fahrgäste, aber auch die Beschäftigten, die bei dieser Unterfinanzierung den Unterbietungswettbewerb insbesondere im Bereich der Busse ausbaden müssen.

Es gibt immer schlechtere Arbeitsbedingungen, Pausenzeiten werden nicht eingehalten, Wartezeiten als Pausenzeiten

deklariert. – Sie sagen jetzt, das stimmt nicht, Herr Minister. Wir hatten Anfang dieses Jahres den Busfahrerstreik. Ich weiß nicht, ob Sie vor Ort waren. Ich jedenfalls war vor Ort und habe mich mit vielen Busfahrerinnen und Busfahrern genau über ihre Arbeitsbedingungen unterhalten und hatte den Eindruck, dass hier eine ganze Menge zu tun ist. Da wäre es doch wichtig, dass die Landesregierung über die Ausschreibungspraxis den Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten nicht auch noch anheizt, sondern dass man hier klare Grenzen einzieht und deutlich macht, dass nicht der Preis das allererste Kriterium ist, sondern gute Qualität, die im ÖPNV gesichert werden muss, ebenso wie gute Arbeitsbedingungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade das Rhein-Main-Gebiet bräuchte dringend eine erhebliche Kapazitätserweiterung des ÖPNV, dessen Zustand seit dem Ende der Achtzigerjahre weitgehend stagniert.

Natürlich ist der ÖPNV in Hessen immer noch viel zu teuer. Wir müssen über neue Wege der ÖPNV-Finanzierung nachdenken, um notwendige Preissenkungen herbeiführen und gleichzeitig den dringend benötigten Ausbau des Angebotes – gerade auf dem Land – stemmen zu können. Immer teurere Fahrscheine können nicht der Weg sein.

Mittelfristig wäre der Nulltarif für Bus und Bahn für alle das richtige Zeichen, um deutlich zu machen: Wir meinen es ernst mit der Verkehrswende und mit dem Klimaschutz. Das ist keine Spinnerei, sondern es wäre machbar. Bereits heute wird die Hälfte der ÖPNV-Kosten bezuschusst, nur die andere Hälfte kommt aus Fahrkarten. Diese Hälfte könnte auch aus anderen Quellen kommen. Man könnte z. B. darüber nachdenken, ob man Unternehmensabgaben zur Finanzierung des ÖPNV einführt. Man kann auch über eine sozial gestaffelte Beitragsfinanzierung nachdenken. All dies ist möglich – lassen Sie es uns doch ausprobieren. Deswegen haben wir Geld für entsprechende Pilotprojekte in den Kommunen in unseren Haushaltsanträgen beantragt. Es gibt gute Beispiele, wie man beim Thema Nulltarif vorkommen kann, und hier solle man zumindest einmal die Möglichkeit eröffnen, dass die Kommunen solche Projekte für sich prüfen und testen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist ja ein richtiger Schritt, dass es nun die Freifahrkarten für Landesbeamte und Landesbeschäftigte gibt, und für Schülerinnen und Schüler zumindest das Schülerticket. Das ist gut und richtig, aber das ist natürlich nur ein bestimmter Teil der Bevölkerung. Eine Sozialpassinhaberin in Frankfurt beispielsweise zahlt noch immer über 50 € für ihre Monatskarte, und damit kann sie dann auch nicht hessenweit, sondern nur in Frankfurt fahren. Es gibt also ganz gute Ansätze, aber diese müssten ausgeweitet werden.

Speziell zum Schülerticket – ich habe es schon gestern gesagt –: Für viele ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Aber es schafft auch neue Ungerechtigkeiten. Zum einen für die Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern in den Sonderstatusstädten – also Hanau, Rüsselsheim, Wetzlar, Bad Homburg, Fulda, Gießen und Marburg –, dort werden die Schülerfahrkarten auf einen Schlag etwa 20 % teurer. Sie werden sagen, dafür kann man auch in ganz Hessen fahren.

(Zuruf von der CDU)

Trotzdem ist es kein überzeugendes Argument. Wenn ich mit dem Zug von Frankfurt nach Berlin fahre, einen bestimmten Preis bezahle und mir dann jemand sagt, ab jetzt zahle ich 20 % mehr, dafür kann ich meinetwegen bis Prag weiterfahren, dann habe ich doch überhaupt nichts davon, wenn ich dort nicht hin will. Daher ist es doch erst einmal eine Kostensteigerung, weil natürlich viele Schülerinnen und Schüler nicht permanent quer durchs Hessenland fahren.

(Manfred Pentz (CDU): Immer nur meckern!)

– Das hat nichts mit Meckern zu tun, sondern damit, dass man natürlich auch sagen muss, wo die Probleme liegen.

(Manfred Pentz (CDU): Doch, hat es! Das Meckern sind wir sonst nur von den Sozis gewohnt, jetzt fangt ihr auch schon damit an!)

Zum anderen haben wir die Situation, dass einige Schülerinnen und Schüler dieses Ticket quasi geschenkt bekommen, während andere es bezahlen müssen. Das hängt davon ab, wie weit entfernt man von der Schule wohnt. Das ist günstiger als andere Monatskarten, aber für viele Familien vor allem mit mehreren Kindern ist das immer noch viel Geld. Für Eltern, die jeden Euro umdrehen müssen – insbesondere, wenn sie mehrere Kinder haben, und gerade, wenn es um Familien mit Hartz-IV-Bezug geht –, ist das ein echtes Problem. Deswegen haben wir beantragt, und dieser Antrag liegt jetzt in der Debatte vor, dass das Schülerticket für alle Schülerinnen und Schüler kostenlos ist.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ups – vielen Dank, Frau Präsidentin. Aber da ich ja die Letzte bin, rede ich nur meine eigene Redezeit weg. – Ein kostenloses Ticket für alle Schülerinnen und Schüler wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Herstellung von Chancengleichheit. Wir appellieren noch einmal an Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen Mobilität für alle, und zwar bezahlbar wie auch barrierefrei. Wir haben die Situation, dass viele Bahnhöfe gar nicht für alle Menschen benutzbar sind, beispielsweise für Rollstuhlfahrer, weil sie überhaupt keine Fahrstühle haben oder diese andauernd defekt sind. Wir haben die Situation – dafür trägt die Landesregierung nicht die Verantwortung –, dass beispielsweise Blinden am Wiesbadener Hauptbahnhof auf Blindenleitsystemen Hinweistafeln in den Weg gestellt werden. Gerade in diesem ganzen Bereich Barrierefreiheit im ÖPNV ist so viel zu tun, insbesondere auch an den Bahnhöfen. Hier braucht es verstärkte Anstrengungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht so, als wollten wir nur Geld ausgeben. Wir haben auch Einsparvorschläge. Einer davon ist die überfällige Rückstufung des Flughafens Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz. Hier wurden mittlerweile mehr als 300 Millionen € verbrannt. Wir wollen keinen Cent mehr hinterherwerfen. Stattdessen beantragen wir ein Wirtschaftsförderungsprogramm für Nordhessen, das den Menschen vor Ort viel mehr nutzt als ein Flughafen ohne Angebot.

Damit könnte Geld sinnvoller und nachhaltiger angelegt werden als mit der Subventionierung einer Handvoll Ferienflieger pro Monat. Lassen Sie uns also endlich Schluss machen mit Kassel-Calden und nicht noch mehr Geld dort versenken.

(Beifall bei der LINKEN)

Fluglärm ist in Calden nicht das dringlichste Problem, dafür am Frankfurter Flughafen umso mehr. Trotzdem geht der Ausbauwahn immer weiter: Terminal 3 kommt. Sie haben einen Lärmdeckel beschlossen, mit dem es noch viel lauter werden kann. Es wurden jahrelang Fantasiazahlen präsentiert und von Kapazitätsengpässen fabuliert, um hinterher festzustellen, dass man Überkapazitäten hat und Dumping-Airlines wie Ryanair angelockt wurden. Das ist sicher keine sinnvolle Entwicklung des Frankfurter Flughafens. Deswegen haben wir auch kritisiert, dass Ryanair faktisch der rote Teppich ausgerollt wird und sie auch noch mit Rabatten hierher gelockt werden. Das kann überhaupt nicht sein – wir brauchen gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne am Frankfurter Flughafen, nicht aber Dumping-Unternehmen wie Ryanair.

Der Kostendruck am Flughafen wird vor allem an die Beschäftigten weitergereicht. Sonst wird gerne argumentiert, es brauche mehr Arbeitsplätze – der ganze Ausbau des Flughafens wurde mit Arbeitsplätzen begründet, die danach nicht entstanden sind –, aber in letzter Zeit sind die am Flughafen entstehenden Arbeitsplätze oftmals eben keine guten Arbeitsplätze. Sie werden zunehmend prekärer. Fraport-Tochtergesellschaften und -Subunternehmen leisten sich bei den Bodenverkehrsdiensten einen Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten. Wenn überhaupt neue Jobs entstehen, sind es oftmals keine guten Jobs. Die Gewerkschaft ver.di spricht von einem zunehmend erbarmungslosen Absenkungswettbewerb um die niedrigsten Lohnkosten, die geringsten Qualifikationskosten und den knappsten Personaleinsatz.

Wir haben es auch dieses Jahr im Landtag diskutiert, dass die Beschäftigten des Bodenverkehrsdiensteanbieters Acciona in Existenzängste gestürzt wurden, weil in dem Fall das Verkehrsministerium selbst neu über die Auftragsvergabe beschlossen hat, und zwar an ein Unternehmen, das nicht tarifgebunden war. Auch das ist natürlich ein Problem. Wir wollen einen Flughafen, der gute Arbeit und gute Verkehrsanbindungen für Menschen und Unternehmen in der Region zur Verfügung stellt. Das tut er heute schon mehr als ausreichend, er darf nicht weiter wachsen, weil die Grenzen des Wachstums lange überschritten sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch ein paar Bemerkungen zur Energiepolitik machen. Es wurde viel darüber geredet, aber praktisch weitergekommen sind wir mit der Energiewende leider nicht. Mehr Zeit wird für Abwehrgedächte gegen diejenigen aufgewendet, die lieber auf die Bremse treten würden, statt die notwendige Beschleunigung bei den erneuerbaren Energien einzuleiten. Wir haben die Situation, dass Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern auf Platz 14 liegt, dahinter liegen nur noch Berlin und das Saarland. Da ist Hessen während Ihrer Amtszeit zwei Plätze abgerutscht, Herr Minister.

Dabei sind die Gründe, warum wir die Energiewende brauchen, offensichtlich. Ich will sie gar nicht weiter ausführen. Da in diesem Haus viel über Generationengerechtigkeit gesprochen wird: Ich denke, dass uns unsere Enkel und Uren-

kel später nicht fragen werden, ob Minister Schäfer seine schwarze Null geschafft hat oder nicht. Ich glaube vielmehr, dass sie uns fragen werden, warum wir den Klimawandel nicht bekämpft haben, als es noch möglich war.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen dringend mehr Investitionen in den ländlichen Raum, in die Breitbandversorgung sowie in die Energie- und Verkehrswende. Das ist dringend notwendig.

Ich will noch einen letzten Bereich ansprechen, das ist die Entwicklungszusammenarbeit. Hier erhöhen Sie die Mittel etwas, aber auch hier gilt: Die Projektmittel für die NGOs müssen erhöht und auch für die nächsten Jahre sichergestellt werden. Die Entwicklungszusammenarbeit ist chronisch unterfinanziert. Ich will nur daran erinnern, dass 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts einmal das Ziel waren – das verfehlt Deutschland immer. Auch in Hessen könnte in diesem Bereich auf jeden Fall mehr getan werden.

Diese Landesregierung gibt sich einen grünen Anstrich. Leider aber folgen den Worten selten Taten. Das grüne Bemühen ist hier und da erkennbar, aber wenn es denn einmal erkennbar ist, bremst die CDU es aus. Symbolpolitik, wie gerade beim Flughafen, soll an vielen Stellen echte wirksame Maßnahmen ersetzen. Das ist ein Problem; denn gerade die Energie- und Verkehrswende wäre dringend nötig – und da sind die schwarz-grünen Jahre bisher eher verlorene Jahre. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Als nächster Redner spricht nun Kollege Kasseckert von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Heiko Kasseckert (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Politik entsteht in der unterschiedlichen Betrachtung der Wahrheiten.“ – Wenn ich mir die Rede des Kollegen Eckert vor Augen führe, dann trifft dieses Zitat den Nagel auf den Kopf.

Wovon Sie gesprochen haben, ist nicht das Land Hessen; wovon Sie gesprochen haben, ist nicht die Vorlage des Doppelhaushalts 2017/2018 – es ist Resultat dessen, wie Sie sich vielleicht aus Oppositionsgründen die Welt malen wollen.

(Widerspruch des Abg. Tobias Eckert (SPD))

Aber wenn wir einen Blick auf ein paar Wirtschaftsdaten richten – Grundlage dieser Diskussion –, dann sehen wir sehr schnell, wo Hessen steht. „Hessen vorn“: Auch wenn Sie vom „Stauland Hessen“ gesprochen haben, führt kein Weg an Hessen vorbei.

(Tobias Eckert (SPD): So ist das, wenn man im Stau steht!)

Ich will das an ein paar Daten deutlich machen. Wir haben in Hessen im Jahr 2015 mit 78.600 € Bruttoinlandsprodukt pro Kopf einen Wert, der höher liegt als in Baden-Württemberg oder in Bayern, also den Bundesländern, die wir als unmittelbare Konkurrenten betrachten. Deshalb können wir auf diesen Wert auch stolz sein.

Wir haben bei den Gründern je 1.000 Erwerbsfähige einen Rekordwert erreicht, mit dem wir nach den Stadtstaaten Hamburg und Bremen bundesweit das erste Flächenland sind. Auch das ist ein Rekordergebnis, das wir für die hessische Wirtschaftspolitik in Anspruch nehmen dürfen, unterstützt von den 2,57 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, mit denen wir deutlich über dem Bundestrend liegen. Die Zahl der Erwerbstätigen von fast 3,4 Millionen ist eine historische Höchstmarke, und bei der Arbeitslosenquote haben wir mit 4,7 % den niedrigsten Wert seit 20 Jahren und sind auch an der Spitze der deutschen Bundesländer.

(Beifall bei der CDU)

Ich will deutlich sagen, dass uns das auf der einen Seite zufrieden macht, auf der anderen Seite aber natürlich auch in die Verantwortung nimmt und für die nächsten zwei Jahre dieses Doppelhaushalts, den wir heute zu diskutieren haben, auch Grundlage dieser Politik sein wird.

Infrastruktur ist einer der wesentlichen Faktoren für den Standort Hessen, über den wir reden. Es ist die Säule für Wohlstand und Wirtschaft. Deshalb steht der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in dem Falle ganz oben auf der Tagesordnung.

Ich will mit dem Straßenbau beginnen. Wir haben in den vergangenen Jahren 90 Millionen € per annum in den Straßenbau investiert. Herr Eckert hat die Sicht der Opposition auf die Investitionen im Straßenbau dargelegt. Ich will Sie nur ganz kurz daran erinnern, es damit aber auch bewenden lassen, Herr Eckert, dass Sie die Verkehrsinfrastruktur in Ihrem Entwurf für einen Koalitionsvertrag im Jahr 2008 auf 80 Millionen € pro Jahr einfrieren wollten.

(Manfred Pentz (CDU): Ja!)

Wir haben 90 Millionen € pro Jahr investiert. Wir werden im Jahr 2018 110 Millionen € und im Jahr 2019 120 Millionen € in den Landesstraßenbau investieren.

(Manfred Pentz (CDU): So ist das!)

Das sind Rekordsummen für das Land Hessen. Noch nie hat eine Landesregierung mehr in den Landesstraßenbau investiert als diese Landesregierung. Darauf sind wir stolz.

(Beifall des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Wir haben in dem Zuge die Notwendigkeit, Planungsmittel bereitzustellen. Wir haben im Jahr 2013, also im letzten schwarz-gelben Haushalt, 33,5 Millionen € Planungsmittel bereitgestellt. Im Jahr 2017 haben wir den Ansatz auf 54 Millionen € erhöht. Wir werden die Planungsmittel im Jahr 2018 auf 67 Millionen € und im Jahr 2019 auf 68 Millionen € hochschrauben. Das ist notwendig. Wir haben schon verschiedentlich angesprochen, dass es eine Menge von Maßnahmen gibt, die zur Umsetzung kommen müssen.

Ich will an der Stelle auch deutlich machen, dass uns das Planungsrecht hier im Moment Grenzen setzt. Das ist sowohl rechtlich in Bezug auf die Infrastrukturmaßnahmen der Fall, die wir umsetzen wollen, als auch in Bezug auf Planungskapazitäten, nicht nur im eigenen Haus bei Hessen Mobil, sondern auch auf dem freien Markt. Dennoch wollen wir diese Mittel nicht nur bereitstellen, sondern sie auch im Land Hessen investieren. Wir sind guter Dinge, dass uns das gelingt.

Begleitet werden diese Investitionen in die Infrastrukturmaßnahmen auch durch eine massive Steigerung der An-

sätze des Bundesverkehrswegeplans. Hier haben wir in der alten Periode immerhin 3,6 Milliarden € zur Verfügung gehabt. In der neuen Periode ist der Wert auf 8,2 Milliarden € gestiegen. Das ist eine Rekordsumme, die es in den nächsten Jahren umzusetzen gilt. Letzten Endes ist alles davon abhängig, dass wir Baurecht schaffen, so schwierig das an manchen Stellen auch ist. Sie kennen die Beispiele, ob es der Riederwaldtunnel ist, ob es im Schienenverkehr die Nordmainische S-Bahn ist oder ob es andere Straßenbaumaßnahmen sind, die auf Eis gelegt wurden oder die Umwege erforderlich machen, weil uns das Planungsrecht immer wieder einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Ich bin der Meinung, man muss auch an dieser Stelle deutlich machen, dass der Bund in der Verantwortung steht, das Planungsrecht zu vereinfachen.

Ich will aber nicht nur auf andere schielen, sondern auch auf das eigene Haus. Wir haben bereits im Jahr 2015 jede ausfallende Stelle bei Hessen Mobil 1 : 1 ersetzt. Ein Kritikpunkt der Vorjahre war, dass wir Personal rückgebaut haben. Das ist richtig. Hessen Mobil hat Personal abgebaut. Aber wir haben seit 2016 die Weichen gestellt. Wir hatten 2016 schon 25 neue Stellen, und wir haben 2017 noch einmal zehn neue Stellen.

Wir haben in der Schwerpunktsetzung ein neues Dezernat mit der Brückenerhaltung beauftragt. Das ist eine der großen Aufgaben bei den Bundesverkehrswegen in Hessen. Hessen ist ein brückenreiches Land. Zum Beispiel müssen von den 22 Brücken an der A 45 in nächster Zeit 20 saniert werden. 40 % des Bundeshaushalts in dem Bereich wird in Hessen investiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hessen Mobil stehen vor der großen Aufgabe, in den nächsten Jahren 750 Millionen € zu investieren. Dafür kann man in unser aller Interesse nur gutes Gelingen, eine glückliche Hand und viel Erfolg wünschen.

(Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Das hat natürlich auch zur Folge, dass wir mit erheblichen Belästigungen im Straßenverkehr rechnen müssen. Das wurde schon angesprochen. Wir haben hohe Stauzahlen. Sie sind allerdings weniger hoch als im Bundesdurchschnitt. Die Stauwerte liegen zum einem an dem gestiegenen Verkehrsaufkommen und zum anderem an der hohen Baustellendichte. Die Baustellendichte ist in Hessen höher als in anderen Bundesländern. Anders als die Opposition will ich nicht sagen, dass wir uns darüber freuen. Wir sehen darin aber ein gutes Zeichen, dass viel und richtig in die Infrastruktur der Bundesverkehrswege investiert wird, auch wenn es hier und da temporär zu Verzögerungen oder baustellenbedingten Ausfällen kommt.

Ich will aber nicht nur auf den Straßenverkehr eingehen. Wir haben die Vernetzung verschiedener Maßnahmen in der Strategie „Mobiles Hessen 2020“ aufgeführt. Dazu zählt natürlich auch die Infrastruktur Schiene, die bei einer wachsenden Region wie dem Ballungsraum ebenfalls unter großem Druck steht. Der Verkehrsminister hat vor wenigen Wochen zwölf Schienengroßprojekte benannt, für die wir in den nächsten Jahren rund 12 Milliarden € aufwenden müssen. Dazu zählen Gateway Gardens, der Ausbau der S 6 sowie die Planung und Umsetzung der Nordmainischen S-Bahn. 12 Milliarden € sind eine Rekordsumme, die für den Schienenverkehr zur Verfügung gestellt wird. An deren Ende wird für mehr Kapazität und mehr Pünktlichkeit auf allen Ebenen und natürlich für mehr Mobilität gesorgt.

Wir waren und sind an dieser Stelle auch gegenüber den Kommunen in der Verantwortung. Wir setzen das alte GVFG mit einem neuen Mobilitätsförderungsgesetz fort und legen auch hier noch etwas obendrauf. Wir hatten in der Vergangenheit rund 96 Millionen € und werden den Kommunen für den Straßenbau, den Radwegebau und den Schienenverkehr 100 Millionen € jährlich zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der ÖPNV hat eine Hochzeit erlebt. Ich will nur an die Finanzierungsvereinbarung erinnern, die wir für die Jahre 2017 bis 2021 abgeschlossen haben. Rund 4 Milliarden € stehen den Verkehrsverbünden hier zur Verfügung. Auch das ist eine Rekordzahl. Die Maßnahmen sind heute schon mehrfach diskutiert worden, ob es das Jobticket für Landesbedienstete oder das hessenweite Schülerticket ist. Der Erfolg des Schülertickets mit 350.000 verkauften Fahrkarten steht übrigens völlig außer Frage. Herr Al-Wazir hatte die Idee dazu. Das muss man zugestehen. Ihm will ich herzlich gratulieren. Es ist ein Erfolgsmodell geworden, wie es auch angekündigt wurde. Hessenweit profitieren Familien und Kinder in erheblichem Maße davon. Herzlichen Glückwunsch dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Lieber Kollege Kasseckert, denkst du an die Redezeit?

Heiko Kasseckert (CDU):

Ich komme gleich zum Ende. – Ich will noch ganz kurz die Infrastruktur in Bezug auf den Flughafen streifen. Hier haben wir dargestellt, dass Ökologie und Ökonomie kein Widerspruch sein müssen. Ganz im Gegenteil, wir haben auf der einen Seite die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens erhalten und werden sie auch in Zukunft erhalten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wo ist die ökologische Komponente?)

Wir haben die Grundlagen für den Terminal 3 gelegt und viel Aufmerksamkeit auf das Thema Lärmschutz und die berechtigten Interessen der Anlieger im Umfeld des Flughafens gelegt. Von daher ist auch hier der richtige Schwerpunkt aus Ökologie und Ökonomie zusammengefasst worden.

Es gibt noch viele Punkte, die sich im Haushalt wiederfinden. Dazu gehört „Digitales Hessen“. Die Gigabit-Strategie ist heute schon diskutiert worden. Auch hier brauchen wir uns nicht zu verstecken. Darmstadt hat eine Auszeichnung als „Digitale Stadt“ bekommen. Das ist der richtige Weg in die Zukunft. Wir haben auch für das Handwerk 500.000 € bereitgestellt, um Digitalisierung zur Anwendung zu bringen. Das sind alles Maßnahmen, die in der Anwenderszene unterstützend existieren sollen.

Ich komme zum Schluss. Das ist mein letzter Satz: Das Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie ist der von uns gemeinsam getragene Geist dieses Haushalts. Auch im Einzelplan 07 kommt er so zum Ausdruck, dass er auch in

Zukunft eine hervorragende Infrastruktur ermöglicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Kasseckert. – Das Wort hat der Abg. Jürgen Lenders von der FDP-Fraktion.

Jürgen Lenders (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann die Unterschiede in dieser Landesregierung kaum jemals so wahrnehmen wie in den beiden Reden von Frau Müller und Herrn Kasseckert. Ich muss einfach sagen, unterschiedlicher kann ein Blick auf Wirtschaftspolitik kaum sein.

Frau Müller hat gesagt, der Haushalt sei in Zahlen gegessene Politik. Das stimmt. Deswegen sollten wir uns intensiv mit dem Einzelplan 07 auseinandersetzen und ihn genauer betrachten. Er entspricht sozusagen dem zweiten Teil der Landesregierung. Er ist nicht nur der Einzelplan des Wirtschafts- und Verkehrsministers, sondern auch des stellvertretenden Ministerpräsidenten. An dieser Stelle entscheidet sich die Wettbewerbsfähigkeit Hessens. Es entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall bei der FDP)

Herr Staatsminister Al-Wazir, die Kollegen haben Ihnen das auch schon in ihren Reden mitgegeben. Ein Leitbild der hessischen Wirtschaftspolitik ist nicht zu erkennen. Man kann erkennen, dass Sie Schwerpunkte setzen. Das betrifft vor allem die Energiepolitik. Sie setzen einen Schwerpunkt bei – ich würde es so sagen – Verkehrsumerziehung. Sie würden wahrscheinlich Verkehrswende sagen. Vor allen Dingen setzen Sie einen Schwerpunkt auf die Vermarktung Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP)

Sie werden nicht müde, die Verantwortung nach Berlin oder auf Ihre Vorgänger wegzudrücken. Eines kann man Ihnen aber wirklich nicht nachsagen, nämlich dass Ihre Eigenvermarktung nicht hervorragend laufen würde. Das Einzige, was bei Ihnen so richtig gut läuft, sind Ihre PR-Kampagnen. Man muss sagen, dass Ihnen das kaum einer so gut nachmachen kann.

(Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Thomas Schäfer!)

Ich schaue mir das einmal genauer an. Für die Landesenergieagentur werden Sie im nächsten Jahr, im Wahljahr, ein Budget von 7,6 Millionen € schaffen. Dabei geht es vor allem darum, die Energiepolitik der Landesregierung zu vermarkten. Sie haben einen Zuwachs von 13 Stellen geplant.

An der Spitze der Energieagentur wird nicht etwa ein Physiker oder ein Naturwissenschaftler stehen. Nein, es wird ein abgewählter grüner Kreisbeigeordneter aus Marburg sein. Auf seiner Webseite bewirbt sich der Herr als Experte für politische Kommunikation und als Fachmann für die Umsetzung politischer Programme.

Meine Damen und Herren, bei Ihnen im Wirtschaftsministerium stand in den letzten Jahren vor allem die Personalpolitik im Vordergrund. Man muss kein Held sein. Man muss als Chef des Hauses nicht derjenige sein, der allseits

beliebt ist. Vielleicht reicht es auch, dass man nur respektiert wird. Aber Ihr Staatssekretär hat im Wirtschaftsministerium beim Personal wie die Axt im Walde agiert. Damit wird die Personalpolitik wirklich sehr problematisch. Sie betreiben eine Personalpolitik, die heißt: Wir reißen uns dieses Land unter den Nagel. Sonst gilt nichts.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Meine Damen und Herren, Sie brauchen sich nur einmal mit den Mitarbeitern im Ministerium zu unterhalten. Das ist nicht nur im Wirtschaftsministerium so. Das ist in anderen Bereichen auch so. Schauen Sie es sich ruhig an.

Herr Al-Wazir hat das neue Konzept „Sanierung vor Neubau“ hervorgebracht. Zwischenzeitlich haben wir 120.000 km Stau auf den hessischen Autobahnen. Das ist sozusagen Stoßstange an Stoßstange. Wir finden Geschwindigkeitsbegrenzungen vor, die anscheinend politisch motiviert sind, die man kaum noch nachvollziehen kann. Die Koalition aus Schwarz und Grün redet über Diesel-fahrverbote und führt Feinstaubplaketten für Gebiete ein.

Von intelligentem Baustellenmanagement, intelligenter Straßenführung und digitaler Straßenführung sind wir meilenweit entfernt. Ihr Projekt „Sanierung vor Neubau“ endet im Stau. Das haben wir Ihnen immer wieder sehr deutlich gemacht. Ganz neu schreibt Ihnen das jetzt auch der ADAC. Er liest Ihnen die Leviten.

(Beifall bei der FDP)

Es wurde gesagt: Hessen geht es gut. – Vielleicht geht es aber Hessen nicht immer so gut. Allerdings überlagern Sie damit vor allen Dingen die Situation beim Handwerk. Dort gibt es eine Vergabeordnung, die Sie zu verantworten haben. Das mag jetzt alles überschattet sein. Aber das Vergabegesetz führt vor allen Dingen dazu, dass sich mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe nicht mehr in der Lage sehen, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen.

Was kann man da jetzt machen? Das kann man so gewollt haben. Hinsichtlich des Handwerks müssten Sie aber zumindest einmal in Erwägung ziehen, wie Sie mit der Fachkräftesicherung umgehen. Eine der größten Herausforderungen dieser Landesregierung und dieses Wirtschaftsministers ist die Frage des Umgangs mit der Energie. Aber das betrifft auch die Fachkräfte. Da tun Sie nichts. Wie wäre es, z. B. wieder in eine Verbundausbildung einzusteigen oder den Vergabeerlass so zu machen, dass die Spielräume tatsächlich genutzt werden können, die wir den Kommunen gemeinsam einmal gegeben haben, damit aus diesem Vergabegesetz wieder ein mittelstandsfreundliches Gesetz wird?

(Beifall bei der FDP)

Beim ÖPNV gilt auch etwas. Ich will das alles gar nicht kritisieren. Man kann so einen Politikansatz fahren. Wenn Sie immer mehr Menschen dazu bringen, den ÖPNV zu nutzen, müssen Sie als Erstes die Infrastruktur ausbauen. Ich bin da eigentlich überrascht. Ich kann da Frau Wissler recht geben. Hier gilt es vor allen Dingen, erst einmal mit Qualität und nicht mit kostenlosen Beförderungen zu arbeiten. Es geht vor allen Dingen darum, mit Qualität zu arbeiten, damit die Bahn pünktlich kommt und man mehr Kapazitäten hat. Man sollte die Bahn vernünftig ausbauen. Das wäre zuerst zu machen. Man sollte nicht als Erstes die Nachfrage vergrößern.

Frau Müller, hinsichtlich der Radwege habe ich Ihnen genau zugehört. Ich weiß aber nicht, wo Sie Steigerungen haben. Sie stellen genau dieselben Mittel für den Radwegbau ein. Das hat meine Kleine Anfrage bei der Landesregierung ergeben. Es sind genau die gleichen Mittel wie in den Jahren zuvor. Ich weiß nicht, was Sie meinen. Vielleicht haben Sie die Kampagne „Zu Fuß gehen“ damit gemeint. Dass die GRÜNEN jetzt die große Radwegepartei werden, kann man nun wirklich nicht sagen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Al-Wazir, beim Bundesstraßenbau haben Sie 30 Millionen € zurückgegeben. Sie wollen uns immer wieder die Legende erzählen, dass Sie der bessere Straßenbauminister seien. Ich könnte mit der Botschaft leben, dass Sie der bessere Straßenbauminister sind. Ich weiß nicht, ob Ihre Wähler gewollt haben, dass Sie der bessere Straßenbauminister sind. Daran habe ich meine Zweifel.

Meine Damen und Herren, de facto tun Sie etwas ganz anderes. Der Bund will bis zum Jahr 2030 über 8,2 Milliarden € in die Autobahnen und in die Bundesstraßen investieren. Herr Al-Wazir legt 50 % der Projekte für Hessen einfach auf Eis. Er verhindert damit auch Anschlussinvestitionen in Höhe von 2 Milliarden €. Ein Konjunkturprogramm sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP)

Herr Al-Wazir, wenn Sie in Hessen vordringlich Straßen bauen wollen, dann müssten Sie auch vordringlich Straßen planen. Weil wir das wollen, würden wir in den nächsten zwei Jahren mit unserem Haushaltsänderungsantrag, den wir eingebracht haben, den Ansatz um 67 Millionen € erhöhen. Damit könnten wir unter anderem auf private Planungskapazität zurückgreifen.

Ich erlebe die Diskussion um Hessen Mobil. Der Staatssekretär hat dazu informiert. Herr Kasseckert, ich muss Ihnen sagen, Ihre Analyse hinsichtlich Hessen Mobil ist leider falsch. Wenn Sie sich den Stellenplan genauer anschauen, müssen Sie leider feststellen, dass die Landesregierung in den nächsten Jahren bei Hessen Mobil 40 weitere Stellen abbauen will. Ein Paradigmenwechsel ist das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten etwas dazu gesagt, wie die Zukunft von Hessen Mobil aussehen soll. Wie wollen Sie Hessen Mobil in Zukunft sicher aufstellen? Wie wollen Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive geben? Gibt es z. B. in den nachgelagerten Landesbehörden Bereiche, die auf Hessen Mobil übertragen werden können? Da wären wirklich einmal Ansätze zu suchen. Dazu hätte der Wirtschafts- und Verkehrsminister wirklich einmal etwas sagen können. Es sind viele Menschen, die da auf eine Antwort warten.

Wir müssen leider lesen, dass 45 % der hessischen Landesstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand sind.

(Torsten Warnecke (SPD): Und dass das weiter so bleiben wird!)

Trotzdem will diese Landesregierung nicht einmal mehr so viele Mittel für den Landesstraßenbau einstellen, dass zumindest dieser Werteverzehr ausgeglichen wird. Es wird noch nicht einmal ein Ausgleich für die Abschreibungen eingestellt.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Lenders, bitte denken Sie an die Redezeit.

Jürgen Lenders (FDP):

Ich denke an die Redezeit, vor allem an meine Kollegen.

Meine Damen und Herren, in der kursorischen Lesung hatte Herr Kaufmann das angesprochen. Er ist im Moment nicht da; ich war an dieser Stelle überraschenderweise mit Herrn Kollegen Kaufmann einig. Wenn es so wäre, dass Herr Kaufmann dem auch Taten folgen lassen würde, würde er sich dafür einsetzen, dass dem Antrag, 140 Millionen € für den Landesstraßenbau einzustellen, auch die Koalitionsfraktionen zustimmen. Allein, mir fehlt der Glaube.

(Beifall bei der FDP)

Zur Industriepolitik ist schon vieles gesagt worden. Ich würde mir wünschen, dass der Wirtschaftsminister einmal ein klares Bekenntnis zur Industriepolitik abgeben würde. Übrigens hatten das die Oppositionsfraktionen nicht miteinander abgestimmt – also unisono scheint der Wirtschaftsminister, gerade was die Industriepolitik angeht, ein großes Defizit zu haben. Es fehlt ein klares Bekenntnis, dass Chemie und Pharma die Schlüsselindustrien sind. Frau Dorn, es fehlt ein klares Bekenntnis dazu, dass Opel einer der wichtigsten Arbeitgeber und eines der wichtigsten Unternehmen ist.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Dorn, ich erwarte von einem Wirtschaftsminister, dass er nach Brüssel reist, wenn Vorgaben von der EU kommen. Sonst gefährdet er den Standort. Meine Damen und Herren, das würde ich von einem Wirtschaftsminister erwarten.

(Beifall bei der FDP)

Aber das, was die EU macht, deckt sich leider Gottes viel zu sehr mit den politischen Ideen, die Ihr Wirtschaftsminister verfolgt. Darum gefährden Sie Arbeitsplätze in Hessen und in der Industrie.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, ich muss an die Redezeit denken. Es wäre noch vieles zu sagen. Aber vor allen Dingen möchte ich dem Wirtschaftsminister, weil er auch der stellvertretende Ministerpräsident ist, noch mitgeben: Es geht um Wirtschaftspolitik. Wenn ich alleine darüber nachdenke, welches Bild von Unternehmern bei uns in den Schulbüchern gezeichnet wird, wenn ich darüber nachdenke, dass Sie als CDU und GRÜNE ein Zweckentfremdungsgesetz auf den Weg bringen, um Airbnb die rote Karte zu zeigen, wenn ich mir anschau, wie dieser Wirtschaftsminister mit den Spielhallen in Hessen umgeht: Es ist eben auch eine Querschnittsaufgabe. Vom stellvertretenden Ministerpräsidenten erwarte ich, dass er auch den anderen Ressorts die Leviten liest, wenn es der Wirtschaftspolitik an den Kragen geht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Jürgen Lenders. – Das Wort hat der Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was wir von den Kollegen Eckert, Wissler und Lenders gehört haben, war die oppositionelle Pflichtübung. Ich stelle fest, sie haben weder über die reale Lage in Hessen noch über den Haushalt gesprochen, den wir hier gerade debattieren. Deswegen will ich über die reale Lage in Hessen und über den Haushalt des Jahres 2018/19 sprechen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist viel über die wirtschaftliche Lage gesagt worden. Ich will eine Zahl hervorheben, die mir ganz besonders wichtig ist. Wir haben bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Hessen ein Allzeithoch erreicht. Erstmals gibt es mehr als 2,5 Millionen Menschen in Hessen, die einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die zweite Zahl, die mir ganz besonders wichtig ist: Beim Zuwachs der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze sind wir auf Platz 2. Nur das Land Berlin ist besser. Was ganz wichtig ist: Das geht auch einher mit einem Plus an geleisteten Arbeitsstunden. Das bedeutet, dass nicht etwa nur Vollzeitarbeitsplätze aufgeteilt werden.

Dritter wichtiger Punkt: Das geht auch einher mit Reallohnzuwachsen. Meine Damen und Herren, das ist eine gute Nachricht für die Menschen in Hessen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Für die Landessozialpolitik!)

Wir müssen uns natürlich trotzdem Gedanken machen über die Frage, wie die gute wirtschaftliche Lage auch bei immer mehr Menschen im Lande ankommt.

Vierter Punkt. Wir liegen bei der Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 4,7 % inzwischen wieder deutlich unter dem Schnitt der westdeutschen Länder. Auch das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Jahr 2017 – das ist angesprochen worden – auch große Fortschritte bei der Energiepolitik gemacht. Da ist es ja ein bisschen auseinandergefallen: Der Linkspartei geht es zu langsam, der FDP geht es zu schnell. Ich kann nur sagen: Ich finde es gut, dass wir das tausendste Windrad in Hessen „eröffnet“ haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es auch gut, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien weitergeht. – Herr Lenders, ich will noch einmal sagen: Man muss ja gewisse oppositionelle Pflichtübungen machen – geschenkt. Aber wenn Sie sich einmal anschauen, was die Landesenergieagentur real macht: Letzte Woche – die neue Stadthalle in Langen war proppenvoll – haben sich über 500 Vertreterinnen und Vertreter von Kom-

munen und Handwerksbetrieben von der Geschäftsstelle Elektromobilität zeigen lassen, wie man Elektromobilität in den Alltag bringt. Kommen Sie doch einfach einmal bei den realen Veranstaltungen vorbei. Dann würden Sie hier so etwas nicht erzählen, Herr Kollege Lenders.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen bei der Verkehrspolitik voran: S-Bahn-Station Gateway Gardens, Homburger Damm – im Bau –, U-Bahn Europaviertel Frankfurt – im Bau –, Spatenstich für die S 6 Frankfurt West in Richtung Bad Vilbel – nächste Woche Dienstag. Sie sind auch da herzlich eingeladen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Regionaltangente West: Die Planung wird konkret. Die Nordmainische S-Bahn ist in der Planfeststellung, die Schnellbahnstrecke Frankfurt – Mannheim ist jetzt Stück für Stück vorangekommen. Bei der Strecke Hanau – Fulda werden wir im nächsten Jahr in die Debatte über den Trassenvorschlag kommen.

Ich will noch einmal etwas zu der Verkehrspolitik sagen. Herr Lenders, Sie haben es angesprochen. Was Sie so schwer ertragen – das verstehe ich ja aus Sicht der FDP –, ist,

(Jürgen Lenders (FDP): Nein!)

dass in jedem Jahr, in dem ich Verkehrsminister bin, mehr Geld in Autobahnen und Bundesstraßen geflossen ist

(Jürgen Lenders (FDP): Ich habe damit kein Problem!)

als in jedem Jahr, in dem Dieter Posch und Florian Rentsch im Amt waren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe ja, dass Sie das schwer ertragen. Ich will aber an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Wir haben das mit einer anderen Schwerpunktsetzung gemacht, nämlich Sanierung und Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Wir haben doch jahrelang in diesem Land über die sogenannte „Bröckelrepublik“ geredet – ganze „Spiegel“-Titel sind damit gefüllt worden. Das, was in der Vergangenheit nicht gemacht worden ist, machen wir jetzt. Ich glaube, dafür haben auch die grünen Wählerinnen und Wähler sehr viel Verständnis.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Lenders (FDP): Vier Jahre waren das jetzt! – Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Herr Kollege Lenders, natürlich heißt das auch, dass es mehr Baustellen gibt. Wir haben inzwischen in Hessen die höchste Baustellendichte aller Flächenländer. Das heißt natürlich auch, dass es Verkehrsbehinderungen gibt. Aber wir machen das, damit die Infrastruktur erhalten bleibt. Das, was wir immer alle gefordert haben, wird jetzt konkret. Das ist eine gute Nachricht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Schülerticket ist erfolgreich eingeführt worden. Ich komme darauf gleich noch zurück.

Im Bereich der Digitalisierung haben wir im laufenden Jahr viel dazugewonnen. Wir haben in den nächsten beiden Jahren noch sehr viel vor. Ich will nur so viel sagen: Wir haben letzten Freitag den ersten Geburtstag des Tech Quartiers gefeiert. Herr Lenders, bei der Eröffnung vor einem Jahr waren Sie dabei, wenn ich mich recht erinnere. Wir sind jetzt zwei Jahre in Folge die Region mit dem höchsten Zuwachs an Fintechs in Deutschland. Das heißt, die Start-up-Förderung funktioniert an dieser Stelle. Auch das ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will noch einen Punkt nennen, Stichwort: Flughafen. Noch nie hat eine Landesregierung so viel an konkreten Lärmschutzmaßnahmen, auch rund um den Frankfurter Flughafen, umgesetzt wie in den letzten vier Jahren. Genau so will ich weitermachen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegin Wissler, getreu dem, was der Kollege Wagner gestern gesagt hat: Die elfte Feuerbach-These von Marx gilt auch weiterhin.

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.

Es nützt nichts, wenn die Linkspartei immer nur den perfekten Zustand beschreibt,

(Zurufe der Abg. Gerhard Merz (SPD) und Janine Wissler (DIE LINKE))

aber niemals irgendeinen konkreten Schritt schildert, wie man dahin kommen soll. Da halte ich es mit der elften Feuerbach-These, und Sie müssten das noch einmal nachlesen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Das sind nur leere Kalendersprüche!)

Zur Energie will ich an dieser Stelle noch einmal etwas sagen. Sie haben ja aus guten Gründen nicht über den Haushalt geredet, weil er einfach gut ist und weil er deswegen nicht in Ihre Weltsicht passt.

Wir haben für Projekte des integrierten Klimaschutzplans bei uns im Ressort jeweils 12,5 Millionen €. Wir haben die Förderung der Elektromobilität im Laufe dieser Legislaturperiode versiebenfacht, Herr Kollege Lenders. Wir haben zusätzlich als erstes Bundesland die Gelder für ein Förderprogramm für Elektrobusse bereitgestellt. Es ist doch kein Zufall, dass die Stadt Wiesbaden als einzige Stadt in Europa einen konkreten Plan hat, wie man die komplette Busflotte elektrifiziert. Dass auch Darmstadt in eine solche Richtung denkt, hat doch etwas damit zu tun, dass wir die Kommunen in diesem Bereich in den letzten Jahren unterstützt haben. Jetzt können wir das ernten, was wir in den letzten Jahren gesät haben. Und das ist auch eine gute Nachricht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Landesenergieagentur habe ich schon gesprochen.

Zur Nahmobilität, Stichwort: abgehangene Regionen. Frau Wissler, wir haben ein Fachzentrum ÖPNV im ländlichen Raum gegründet. Ich will an dieser Stelle sagen: Wenn man sich die konkreten Projekte anschaut, beispielsweise „Garantiert mobil“ im Odenwald, dann bin ich sicher, dass wir feststellen: Diese bundesweit vorbildlichen Projekte –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wir reden hier über Bürgerbusse!)

– Nein, wir reden dann nicht über Bürgerbusse. Das ist genau das Problem. Sie leben in Ihrer oppositionellen Welt und nehmen überhaupt nicht wahr, was real passiert.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das haben Sie doch gerade wieder reingeschrieben!)

– Bürgerbusse sind eine Ergänzung,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja!)

keine Ersetzung des öffentlichen Personennahverkehrs.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Bürgerbusse und nicht richtige Busse! Das ist doch kein Konzept!)

Das will ich ausdrücklich sagen.

Zur Planung noch einmal, Stichwort: Straßenbau. Wir sind auf einem Allzeithoch – Herr Kollege Lenders, Sie wollten externe Büros beauftragen – bei der Beauftragung Externer. 2018 werden es in dem Bereich 67 Millionen € sein, 2019 werden es 68 Millionen € sein. Das ist fast eine Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2014. Zusammen mit den Landesstraßenbaumitteln, die auch steigen werden – das sind ja die Gelder, die das Land Hessen selbst ausgibt –, werden wir 188 Millionen € im Jahr 2019 haben. Das ist eine Summe, die es in der Geschichte des Landes Hessen noch nie gegeben hat. Deswegen würde ich an der Stelle etwas vorsichtig sein, vor allem wenn man in die Vergangenheit schaut.

Wir bauen mit diesem Geld aber – dazu stehe ich, das finde ich ausdrücklich richtig – nicht nur „Neues“, wir legen auch da einen Schwerpunkt auf den Erhalt der bestehenden Infrastruktur. Der Erhaltungs- und Sanierungsanteil im Landesstraßenbau steigt auf 85 %. Und das ist auch gut so, gerade wenn man sich zu Recht über schlechte Landstraßen ärgert. Dann muss man aber auch den Mut haben, einen Schwerpunkt auf Sanierung und Erhalt zu setzen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen ab 2019 die Entflechtungsmittel mit 3,5 Millionen € Landesgeld auf 100 Millionen € erhöhen. Ab 2020 kommen die 100 Millionen € dann aus dem Landestopf. Ich bin gespannt, ob Sie dann unserem Mobilitätsfördergesetz zustimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben die Mittel für den Betrieb des ÖPNV um mehr als 20 % gesteigert.

Weil hier immer über die Frage geredet wird, dass man auch Angebote schaffen muss, damit die Leute den öffentlichen Personennahverkehr nutzen können, sage ich: Das stimmt. Am letzten Wochenende gab es einen Fahrplanwechsel. Wenn Sie genau hinschauen, werden Sie eine Taktverdichtung, höhere Kapazitäten zwischen den Metropolen Rhein-Main und Rhein-Neckar feststellen. Sehen Sie sich die Riedbahn, die Main-Neckar-Bahn an. Es gibt

Taktverdichtungen am Wochenende auf vielen Verbindungen in Nordhessen, Nachtverkehr der S-Bahn.

Gleichzeitig muss man aber sagen: Tagsüber sind wir teilweise wirklich am Rand. Da kann man auch mit noch so viel Geld nichts Zusätzliches machen, weil die Schieneninfrastruktur gar nicht erlaubt, dass mehr Züge fahren. Deswegen habe ich einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Schieneninfrastruktur im Rhein-Main-Gebiet gelegt, weil wir am Ende nur dann, wenn die Schieneninfrastruktur besser wird, auch etwas gegen den Stau tun können.

Das genau ist der Unterschied. Unser Konzept lautet „Mobiles Hessen 2020“, weil wir die unterschiedlichen Verkehrsträger gemeinsam denken. Nur so kann man den Verkehrskollaps vermeiden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, die Bürgerbusprojekte sind eine Ergänzung. Die sind auch im Doppelhaushalt enthalten. Ich bin sicher, dass sie in bestimmten Bereichen, wo man eben keine großen Busse zwischen Ortsteilen fahren lassen kann, wo schon lange nichts mehr fährt, dafür sorgen, dass wieder etwas passiert – aber ausdrücklich als Ergänzung, nicht als Ersatz.

Deswegen will ich auch noch einmal sagen: Wir sind in diesem Bereich gut. Wir steigern auch den Etat, Herr Lenders – schauen Sie noch einmal in die Anlage 2 –, für den Bau von Radwegen. Es sind 4 Millionen € 2017, 5 Millionen € 2018 und 6 Millionen € 2019. Zusätzlich haben wir je 1 Million € 2018 und 2019 für innovative Radverkehrsprojekte.

Ein letzter Punkt im Bereich Verkehr: das Schülerticket. Frau Wissler, wir haben die Regeln für die Erstattung nicht geändert. Das galt vorher, und das gilt nachher.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Habe ich doch auch gar nicht gesagt!)

Wer 2 km von der Grundschule und 3 km von der weiterführenden Schule entfernt wohnt, bekommt es erstattet. Daran haben wir nichts geändert.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, das ist ja das Problem!)

– Ja, Moment. Sie bringen das in Beziehung mit dem Schülerticket. Das Schülerticket hat im Gegenteil dafür gesorgt, dass es für 85 % der Schülerinnen und Schüler in Hessen – mit Ausnahme der Sonderstatusstädte, das stimmt – billiger wird. Zeigen Sie mir den Hanauer Schüler, der niemals im Jahr nach Frankfurt fährt. Wenn Sie real sehen, was auch die Schüler der Sonderstatusstädte davon haben, nämlich dass sie inzwischen über die Stadtgrenzen unterwegs sein können, dann kann man auch das als Gewinn bezeichnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Aber das ist doch trotzdem eine Mehrbelastung!)

Wir haben dafür gesorgt, dass es für alle Schülerinnen und Schüler, für alle Auszubildenden mehr Leistung gibt und dass es zusätzlich auch noch für 85 % von ihnen günstiger wird. Wenn es eine Gerechtigkeitslücke bei der Erstattung gab, dann ist sie jetzt geringer geworden und nicht größer.

Wenn Sie dann sagen, es solle jetzt für alle umsonst werden, müssen Sie wissen,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Geht doch bei den Landesbeschäftigten auch!)

dass die Verbünde in Hessen über den Schülerverkehr Einnahmen von 180 Millionen € haben. Dann müssten Sie auch sagen, wo dieses Geld sonst herkommen soll, liebe Kollegin Wissler.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Für die Landesbeschäftigten ging es doch auch!)

– Die Landesbeschäftigten, Frau Kollegin Wissler – das tut Ihnen vielleicht weh –, bekommen das nicht umsonst. Das ist Ergebnis einer Tarifvereinbarung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Mit der Sie sich schmückt haben!)

Im Februar werden sie auch 0,15 % weniger Tarifierhöhung bekommen als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den anderen 15 Bundesländern. Bei 150.000 Beschäftigten macht das eine Menge aus. Das heißt, sie finanzieren das zum Teil selbst. – Jetzt hören Sie mir doch mal zu, Frau Wissler, wenn Sie die ganze Zeit kritisieren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Frau Dorn hat mich angesprochen!)

– Also, sie finanzieren das selbst. Das ist Ergebnis einer Tarifvereinbarung.

Soll ich Ihnen noch etwas sagen, Frau Wissler? Ich war ja auch dafür,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

dass wir in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren. Das stimmt. Das hat im Koalitionsvertrag am Ende keine Mehrheit gefunden. Wissen Sie, was wir daraus gemacht haben, Stichwort: elfte Feuerbach-These? Wir haben die Situation einfach benutzt und sind jetzt so weit, dass die Tarifbeschäftigten in Hessen mehr haben als die in den anderen 15 Bundesländern.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

So geht gute Politik. So macht man etwas daraus.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie jetzt die Tarifbeschäftigten fragen würden: „Wollt ihr zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder?“,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dann sagen die Ja! Das fordern nämlich die Gewerkschaften!)

mit dem Ergebnis, dass es kein Hessenticket mehr gibt, dann ahne ich, wie die Antwort ausfallen wird. Ich rate Ihnen: Fragen Sie die Leute.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Letzter Punkt – ich habe die Zeit schon überzogen –, Stichwort: Digitalisierung. Zur Umsetzung der Strategie „Digitales Hessen“ erhöhen wir die Mittel 2018 um 5,4 Millionen €, 2019 um 7 Millionen €. Es gibt Digitalisierungszuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen. Wir fördern Projekte in der Stadt Darmstadt, die mit ihrem Konzept – mit unserer Unterstützung – den bundesweiten Wettbewerb „Digitale Stadt“ gewonnen hat. Wir haben Digital-Guides zur Unterstützung der Digitalberatung von Handwerksbetrieben. Ja, wir fördern auch die öffentlichen WLAN-Zu-

gänge in den Kommunen, 1.000 Hotspots pro Jahr, Stichwort: „digitale Dorflinde“.

(Tobias Eckert (SPD): Vor zwei Jahren habt ihr das noch abgelehnt!)

Und wir stellen auch weitere Mittel für den Ausbau schneller Breitbandnetze in Hessen bereit. – Herr Eckert, Sie malen ein Bild nach dem Motto: In Hessen lebt man hinter den Bergen bei den sieben Zwergen. – Wir sind das zweitbeste Flächenland, was die Breitbandversorgung angeht. Wir arbeiten daran, dass wir genauso gut bleiben, vielleicht noch ein Stück besser werden. Dann ziehen wir Ende des Jahres 2018 Bilanz. Ich sage Ihnen: Wir sind in Hessen sehr viel besser als andere Bundesländer und deswegen gut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tobias Eckert (SPD): Das ist doch der Gedankengang!)

Letzter Punkt, der mir wichtig ist, Stichwort: Ausbildungsplätze. Sie wissen, dass ich mir viel Mühe gegeben habe mit „Wirtschaft integriert“ und dem Aktionsprogramm Asyl. Für „Wirtschaft integriert“ haben wir zusätzliche Mittel für die Jahre 2018 und 2019 vorgesehen. Ich bin stolz darauf, dass wir zu Beginn des Ausbildungsjahres im September erstmals seit 2011 wieder mehr Azubis hatten als im Jahr zuvor. Zuvor gab es immer nur Rückgänge. Alle reden immer davon, für die duale Berufsausbildung streiten zu müssen. Das Ausbildungsbündnis in Hessen wirkt also. Auch die Förderprogramme im Flüchtlingsbereich wirken. Erstmals seit 2011 haben wir wieder mehr Auszubildende in der beruflichen Ausbildung als im Jahr zuvor. Das ist eine gute Nachricht für die jungen Menschen und für die Wirtschaft in Hessen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Realität. Das ist das, was im Haushalt steht. Ich verstehe ja, dass Sie das nicht loben können, sondern getreu der guten alten Fußballerweisheit agiert haben: Wenn wir das Spiel schon nicht gewinnen können, dann treten wir wenigstens den Rasen kaputt. – Aber selbst das hat nicht geklappt. Das ist ein super Haushalt, und genau so machen wir weiter. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD) – Günter Rudolph (SPD): Die Majestät hat gesprochen!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Frau Kollegin Wissler möchte noch einmal das Wort erhalten.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, Ihr Auftritt hat gezeigt, dass meine Kritik offensichtlich gegessen hat. Zumindest haben Sie sich sehr darüber echauffiert. Ich finde Ihr Auftreten – das müssen Sie aber mit sich selbst ausmachen – immer arroganter und unerträglicher. Das müssen Sie am Ende aber mit sich selbst klären.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Das müssen gerade Sie sagen! – Weitere Zurufe von der CDU – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ich finde, dass man durchaus einer Regierung angehören und trotzdem deutlich machen oder zumindest einräumen kann, dass in diesem Land nicht alles gut, schön und super ist. Vielmehr kann man doch auch einmal deutlich machen, dass es natürlich Probleme bei der Gerechtigkeit gibt.

Es ist interessant, welche Wirtschaftsdaten Sie genannt haben und welche Wirtschaftsdaten Sie nicht genannt haben. Sie haben beispielsweise kein Wort darüber verloren, dass es über 500.000 Niedriglöhner in Hessen gibt. Das habe ich mir nicht ausgedacht. Das steht im Sozialbericht des Sozialministers. Sie stellen sich jedoch hierhin und sagen: Hessen ist wirtschaftlich stark. Wir haben so viel sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wie noch nie zuvor. – Das haben Sie vorhin gesagt.

Ja, das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite der Medaille ist, dass wir über 500.000 Niedriglöhner haben und es sogar einige Leute gibt, die drei Jobs haben, weil einer nicht reicht.

(Michael Boddenberg (CDU): Das geht mir auch so! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich finde, das kann man als Wirtschaftsminister, der auch für das Thema Arbeitsplätze zuständig ist, auch einmal deutlich machen und sagen, dass es hier ein Problem gibt. Man kann sich doch nicht einfach nur darüber freuen, dass es mehr Arbeitsplätze gibt, sondern es geht doch auch um die Frage, welche Qualität diese Arbeitsplätze haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann doch nicht wahr sein, dass Menschen den ganzen Tag lang arbeiten und am Ende des Monats nicht genug Geld haben, sodass sie zum Amt gehen und aufstockende Leistungen beantragen müssen. Kein Wort haben Sie darüber verloren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das meine ich mit dem Ausblenden der Realität.

Der Sozialbericht zeigt, dass jedes fünfte Kind in Hessen in Armut lebt. 40 % der Alleinerziehenden leben in Armut.

Natürlich wäre beim kostenfreien Schülerticket mehr möglich gewesen. Es ist doch nicht gerecht, dass diejenigen, die 2 oder 3 km von der Schule entfernt wohnen, ein kostenfreies, hessenweit gültiges Ticket bekommen, während die Schülerinnen und Schüler, die näher an der Schule wohnen, dieses Ticket nicht bekommen. Wenn an dieser Stelle keine soziale Komponente greift, ist das doch eine Ungerechtigkeit, insbesondere für Familien, die wenig Geld haben. Das wird man doch einmal ansprechen dürfen. Natürlich hätten Sie die Möglichkeit gehabt, das zu ändern, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch ein Allerletztes, weil man das so nicht stehen lassen kann. Herr Wagner hat es gestern auch gesagt. Herr Minister Al-Wazir, Sie haben es vorhin auch gesagt. Ihre Kenntnisse des Marxismus beschränken sich leider auf das Vortragen von Kalendersprüchen und reichen nicht darüber hinaus.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Manfred Pentz (CDU): Gott sei Dank!)

– Für Sie gilt das Gleiche, Herr Pentz. Ihre Kenntnisse des Marxismus reichen wahrscheinlich noch nicht einmal dazu aus, um Kalendersprüche vortragen zu können.

Sie sprechen doch immer vom sinnerfassenden Lesen. Vielleicht sollten Sie sich einmal anschauen, was sonst noch in den Feuerbach-Thesen steht. Aber auch die Lektüre anderer Marxismus-Werke empfehle ich Ihnen. Jetzt ist ja Weihnachtspause. Da könnten Sie in sich gehen und ein bisschen Marx studieren.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD – Manfred Pentz (CDU): Oh Gott!)

Das würde einem Wirtschaftsminister auch einmal guttun. Da Sie die elfte Feuerbach-These zitiert haben, möchte ich Sie mit der dritten These konfrontieren:

Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefasst und rationell verstanden werden.

Wenn Sie sich also auf Marx beziehen und diesen auch noch gegen uns LINKE ins Feld führen, dann sollten Sie sich darüber im Klaren sein, dass Marx die Veränderung der Welt als eine revolutionäre kapitalismusüberwindende Sicht der Dinge angesehen hat. So sollte man laut Marx Gesellschaft verändern.

Herr Minister, daher sollten Sie sich über Weihnachten ein bisschen Zeit nehmen und Marx lesen, damit Sie hier nicht mit Kalendersprüchen kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Das war die letzte Wortmeldung zum Einzelplan 07.

Bevor wir die Debatte fortsetzen, ziehe ich einmal kurz Zwischenbilanz der Redezeiten. Die CDU hat noch 30 Minuten und 34 Sekunden, die SPD 26 Minuten und 23 Sekunden, die GRÜNEN haben noch 28 Minuten und 35 Sekunden, DIE LINKE hat noch 21 Minuten und 52 Sekunden, die FDP hat noch 25 Minuten und 20 Sekunden, Frau Kollegin Öztürk hat noch 10 Minuten, und die Landesregierung hat noch 21 Minuten und 51 Sekunden. Es weiß also jeder Bescheid. Seht zu, dass ihr euch einig werdet.

Ich rufe

Einzelplan 08 – Hessisches Ministerium für Soziales und Integration –

auf. Erster Redner ist Kollege Gerhard Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Frau Kollegin Wissler die dritte Feuerbach-These zitiert hat, was ich auch tun wollte, bleibt mir noch, den Anfang des 18. Brumaire zu zitieren, der sinngemäß lautet: Alle großen weltgeschichtlichen Ereignisse und Personen ereignen sich zweimal. – So sagt es Hegel. Er hat vergessen hinzuzufügen: einmal als Tragödie und einmal als Farce. – So viel zur Frage der Marx-Lektüre.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Jetzt zwei Vorbemerkungen eher ernsthafter Art. Meine Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt ist der erste seit einigen Jahren, der nicht mehr unter dem Vorzeichen der Folgen der humanitären Krise steht, auch wenn die humanitäre Krise in vielen Ländern der Welt nach wie vor anhält. Wir kehren sozusagen haushaltsmäßig allmählich zur Normalität zurück. Das bedeutet natürlich auch eine erhebliche Entlastung des öffentlichen Haushalts und insbesondere des Einzelplans 08. Zwischen 2016 und 2019 summieren sich diese Einsparungen bzw. Minderausgaben auf insgesamt 1 Milliarde €. Ich will daran erinnern, dass diese Normalität auch erkauft worden ist durch die Abriegelung Europas und der Bundesrepublik gegen das weltweite Flüchtlingseland.

Darüber hinaus möchte ich darauf aufmerksam machen – ohne dass ich daraus einen Vorhalt mache –, dass auf den Seiten 146 und 148 des Landessozialberichts einerseits ein Rückgang der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten und andererseits ein Rückgang des Anteils der Personen, die sich mindestens einmal monatlich in Parteien, in der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen beteiligen, konstatiert wird. Hierbei liegt Hessen jeweils deutlich unter dem Bundes- und auch dem westdeutschen Durchschnitt. Zudem verläuft der Rückgang gegen den Bundes- und den westdeutschen Trend.

Angesichts der Tatsache, dass wir mit dem Einzelplan 08 über ein Feld menschlicher Tätigkeit reden, das weitgehend von ehrenamtlicher Tätigkeit geprägt ist, für die ich an dieser Stelle ausdrücklich Dank sagen will,

(Beifall bei der SPD)

ist das eine ziemlich besorgniserregende Entwicklung, der bei der Auswertung und weiteren Diskussion des Landessozialberichts besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Dies vorausgeschickt, komme ich jetzt zum Haushaltsplanentwurf. Es ist schon viel davon geredet worden, dass die Koalition einen Plan habe. Ich kann nur sagen: Sie haben vielleicht einen Haushaltsplan, aber einen Plan in dem Sinne haben Sie nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das wird auch am Entwurf des Einzelplans 08 deutlich. Ich will das an einer Reihe von Feldern, die in diesem Einzelplan eine Rolle spielen, deutlich machen, und ich will auch deutlich machen, welches unsere Alternativen sind und was wir an Haushaltsanträgen dazu vorschlagen werden. Die kennen Sie aber im Grunde.

(Widerspruch des Ministers Stefan Grüttner)

– Natürlich kennen Sie unsere Haushaltsvorschläge. Sie sind öffentlich vorgestellt worden.

(Widerspruch des Ministers Stefan Grüttner)

– Selbstverständlich sind sie öffentlich vorgestellt worden. Sie hätten sie zur Kenntnis nehmen können, Herr Minister, wenn Sie denn überhaupt irgendeine Realität außer Ihrer eigenen zur Kenntnis nehmen würden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Diesen Vorwurf gebe ich gerne zurück. Bei Ihnen ist er besser aufgehoben als bei uns. – Unsere konkreten Haushaltsanträge werden folgen.

Zur frühkindlichen Bildung. Meine Damen und Herren, wir haben heute schon viel von „historisch“, von „Rekorden“ und von „Weltniveau“ gehört. Man könnte sagen, weltweit und darüber hinaus

(Michael Boddenberg (CDU): So weit würde ich nicht gehen!)

– das hat hier schon einmal einer gesagt – sind wir, wie auf allen Feldern, die Größten und die Schönsten. 500 Millionen €, so hat uns der Kollege Bellino, der offensichtlich auch das Amt des familienpolitischen Sprechers übernommen hat – herzlichen Glückwunsch dazu –, in einer Presseerklärung mitgeteilt, gibt das Land für die frühkindliche Bildung aus. Das sei so viel wie nie zuvor.

(Michael Boddenberg (CDU): Die Ausgaben waren ja auch noch nie so hoch!)

Selbstverständlich ist das so viel Geld wie nie zuvor; auch die Kosten sind ja so hoch wie nie zuvor. Deswegen ist der ewige Vergleich – auch das habe ich hier schon oft genug gesagt – mit den Zuständen im Jahre 1999 nicht nur irreführend, sondern er wird schlicht und ergreifend in nicht wahrheitsliebender Absicht getroffen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Boddenberg, schauen Sie mich nicht so treuherzig an. Die Gesamtkosten für die Veranstaltung frühkindliche Bildung waren 1999 ganz deutlich geringer als heute.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war nicht treuherzig, sondern misstrauisch!)

Herr Boddenberg, Wahrheit ist und bleibt, dass der Finanzierungsanteil des Landes an der frühkindlichen Bildung hessenweit bei unter 20 % liegt und dass das so nicht bleiben kann.

(Beifall der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Das ist der Punkt, denn die Kosten für die frühkindliche Bildung werden weiter steigen. Bedauerlicherweise wird mit dem dahingeschlunderten Gesetzentwurf, über den morgen zu reden sein wird, den Sie unter dem Druck der Vorschläge, insbesondere der SPD-Fraktion, aber auch anderer Fraktionen hier im Haus,

(Michael Boddenberg (CDU): Wie bitte? Wie kommen Sie darauf?)

in einer Panikreaktion im August nachgeschoben und präsentiert haben, die Situation haushaltsmäßig nicht besser. Sie nehmen zwar zu Recht Abschied von dem bisher vertretenen Dogma, dass Gebührenermäßigungen des Teufels seien, aber Sie können sich nicht dazu verstehen, die Mindereinnahmen, die bei den Kommunen und den freien Trägern entstehen, vollständig zu tragen, wie es das Konnexitätsprinzip eigentlich erfordern würde, sondern Sie bringen für die Hälfte des Geldes, das Sie hierfür zusätzlich veranschlagen, Zweckbindungen im Kommunalen Finanzausgleich aus.

Ich werde morgen mehr zu diesem Gesetzentwurf sagen. Ich will hier nur noch anfügen: Sowohl die Kollegin Wiesmann als auch der Minister und auch die Kollegen von den GRÜNEN haben uns die ganze Zeit rauf und runter gepredigt, Qualität gehe vor Gebührenentlastung. Jetzt haben wir die Situation, dass Sie für das Jahr 2018 130 Millionen € und für das Jahr 2019 310 Millionen € zusätzlich für Gebührenentlastungen zur Verfügung stellen, aber nur 50

Millionen € für beide Jahre für die Qualitätsverbesserung. Das kann ich keine Schwerpunktsetzung nennen.

(Beifall bei der SPD)

Was wollen wir? Über unseren Gesetzentwurf und unser Gesamtpaket rede ich nachher. Wir werden für den Haushalt 2018 zusätzlich 85 Millionen € und für den Haushalt 2019 zusätzliche 225 Millionen € für die Kindertagesstätten beantragen. Damit wird die vollständige Gebührenbefreiung finanziert, unabhängig vom Alter des Kindes und der Betreuungszeit, und damit wird die Einführung der ersten Stufe der von uns gewünschten Qualitätsverbesserungen finanziert, nämlich für die mittelbaren pädagogischen Zeiten – alles ohne Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das ist bekannt. Alle unsere Haushaltsvorschläge – wie auch alle anderen Vorschläge, die ich jetzt noch vortragen werde – sind gegenfinanziert. Weil Sie immer fragen, wo das Geld herkommt: Ihr Geld kommt aus dem Haushalt, und unser Geld auch. So viel dazu.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zum Thema Pflege. Ich möchte eingangs etwas sagen, was auch für viele andere Bereiche gilt. Es gibt eine ganze Menge Maßnahmen im Haushalt des Sozialministers, die im Grunde richtig sind, die nicht zu beanstanden sind, die in die richtige Richtung gehen. Der Minister und alle anderen, die mir und den Kolleginnen und Kollegen zuhören, wissen, dass wir das anerkennen und auch sagen, wenn es angezeigt ist. Das, was Sie im Bereich der Pflege tun wollen, reicht aber nicht aus, um sich den großen Herausforderungen der Fachkräftesicherung und der Fachkräftequalifizierung zu stellen. Aus meiner Sicht ist die in der kursorischen Lesung getroffene Aussage, es werde möglicherweise eine größere Nachfrage nach Altenpflegefachkräften geben, in diesem Haushaltsplanentwurf nicht abgebildet. Sie sprechen von „einer möglicherweise größeren Nachfrage“. Jeder weiß, dass die Nachfrage nach Fachkräften in der Pflege steigen wird, dass wir gut qualifiziertes, gut bezahltes Personal brauchen, dem wir gute Arbeitsbedingungen schaffen müssen. In einer solchen Situation einen solchen Satz zu sagen, dafür fehlt mir, ehrlich gesagt, jegliches Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte jetzt noch viele Hinweise zu den Notwendigkeiten geben, die aus der Umstellung auf die Generalistik resultieren, die aus den notwendigen Pflegestandards resultieren würden – wenn wir sie denn bekämen –, und auf vieles andere mehr. Unter dem Strich bedeutet das, dass die Anstrengungen in diesem Bereich, insbesondere bei der Ausbildung von Altenpflegekräften, dramatisch verstärkt werden müssen. Deswegen schlagen wir vor, die Mittel hierfür um insgesamt 3,4 Millionen € zu erhöhen und auf die Jahre 2018 und 2019 sowie auf zwei VE für die folgenden Jahre zu verteilen: 3,4 Millionen €, verteilt auf vier Jahre.

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

– Ein erhöhtes Angebot an Ausbildungsplätzen und eine Verbesserung beim Schulgeld, beides ist dringend erforderlich, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt im Grunde auch für die gesundheitliche Versorgung. Sie unternehmen Anstrengungen zur Beseitigung des Landarztmangels, indem Sie Stipendien für Landärzte ausschreiben. Das ist in Ordnung, das kann man machen. Das alleine wird aber – das ist der Punkt – nicht hinreichend sein, weil wir wissen, dass das alte Modell des Landarztes, das im Hintergrund dieser Stipendienvergabe steht, nicht funktionieren wird, insbesondere dann nicht, wenn wir über junge Ärztinnen reden, die mit ihrer Familie aufs Land ziehen, um diesem an sich sehr schönen Beruf nachzugehen, aber neben ihrer Arbeit nicht mehr rund um die Uhr zur Verfügung stehen können, wollen und sollen, wie das die alten Landärzte getan haben. Deswegen ist eine allein auf eine private Praxisversorgung gestützte Sicherstellung der Gesundheitsfürsorge im ländlichen Raum nicht zu erreichen, sondern wir brauchen andere Lösungsansätze, z. B. medizinische Versorgungszentren.

Ich will das Augenmerk noch auf den Hebammenmangel legen. Auch darüber haben wir schon diskutiert. Wir wissen, dass die Schwierigkeiten im Wesentlichen in den Bestimmungen des Bundesrechts begründet liegen. Die Situation ist unbefriedigend. Deshalb werden wir beantragen, Geld in den Haushalt einzustellen, damit das Land die Haftpflichtversicherungen für Hebammen übernehmen kann. Hier müsste ein vernünftiger Weg gefunden werden. Wir wollen das an dieser Stelle als Merkposten ausbringen. Wir werfen einen Stein ins Wasser, damit endlich ein Schritt nach vorne getan werden kann, auch in praktischer Hinsicht.

(Beifall bei der SPD)

Stichwort: Sozialbudget. Meine Damen und Herren, seit Jahr und Tag brüstet sich die Koalition damit, dass sie mit dem Sozialbudget Haushaltsmittel vor sich selbst in Sicherheit bringt. Das ist der Punkt. Das Sozialbudget besteht ausschließlich aus Mitteln, von denen Sie sagen, dass sie vor Kürzungen besonders geschützt sind. Das ist bei einer CDU-geführten Landesregierung in der Regel auch nötig.

Aber ich habe schon einmal darauf hingewiesen, dass damit überhaupt keine gesetzliche Verbindlichkeit einhergeht. Es ist nur ein etwas vergrößertes politisches Versprechen. Das nehme ich zur Kenntnis. Aber ich nehme auch zur Kenntnis und weise darauf hin, dass, wenn Sie sagen, es seien 10, 15 oder 20 Millionen € mehr im Sozialbudget, das in aller Regel nicht heißt – so auch dieses Mal nicht –, dass real mehr Geld zur Verfügung steht, sondern Sie haben nur mehr Geld in Ihr Sozialbudget geschrieben, das sich ansonsten irgendwo außerhalb dieses Budgets befindet. Das ist z. B. bei den ausbildungs- und arbeitsmarktpolitischen Programmen der Fall.

Einen Punkt will ich vorziehen, den ich mir eigentlich für später vorgenommen habe: das Beispiel des Programms „Sozialwirtschaft integriert“. Das ist ohne Frage ein schönes Programm.

(Claudia Ravensburg (CDU): Genau!)

– Ja, Frau Kollegin. – Aber die Nachricht, dass das 10 Millionen € sind, ist nicht ganz richtig; denn diese 10 Millionen € sind über sechs Jahre gestreckt und werden auf 26 Gebietskörperschaften verteilt. Dann rechnen Sie sich einmal aus, was über das Jahr bei einer Gebietskörperschaft ankommt, um ein – ich wiederhole es – im Grunde sehr gutes Programm auszufinanzieren.

Das Zweite ist, dass es diese 10 Millionen € ohne eine für mich erkennbare Erhöhung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktbudgets gibt. Das heißt, Sie nehmen es aus den schon vorhandenen Mitteln. Herr Minister, wenn es falsch ist, korrigieren Sie es.

(Minister Stefan Grüttner: Mache ich schon! – Vizepräsidentin Heike Habermann übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben in der kursorischen Lesung danach gefragt und haben keine andere Auskunft bekommen als diese.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich muss zum Schluss kommen.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Ja, die Redezeit ist schon überzogen.

Gerhard Merz (SPD):

Schon? Das hätte mir einer sagen müssen. – Wir werden für das neue Förderprogramm „Soziale Sicherheit und Zusammenhalt“ für die Jahre 2018 und 2019 weitere 45 Millionen € – 15 Millionen € für 2018 und 30 Millionen € für 2019 – beantragen. Wir werden diese in eine neue Struktur bringen. Ein paar Hinweise habe ich schon gegeben, z. B. zum Hebammenprogramm und zur Aufstockung der Mittel für das Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramm, insbesondere die Aufstockung der Mittel für die Frauenhäuser, für die Beratungs- und die Interventionsstellen, für die Schuldnerberatungsstellen und für die Migrationsberatung.

Ich konnte jetzt leider nichts mehr zum Thema Integration und Sozialberichterstattung sagen. Vielleicht noch zwei Sätze von mir dazu: Bei der Integrationspolitik ist es so, dass wir im Grunde fünf Jahre verloren haben. Wir hätten nach der letzten Legislaturperiode auf der Grundlage des vorliegenden Berichts der Enquetekommission zu einer geplanten und koordinierten Integrationspolitik kommen können. Stattdessen haben Sie darauf bestanden, noch einmal die Schleife durch eine Integrationskonferenz zu ziehen, mit der Absicht, einen Integrationsplan vorzulegen, von dem wir hören, er werde Anfang nächsten Jahres vorgelegt, und es werde noch viel Zeit dafür bleiben, alles, was drinsteht, abzuarbeiten.

Ähnliches gilt leider Gottes für den Sozialbericht, der auch viel zu spät vorgelegt worden ist und jedenfalls diesem Landtag keine Chance mehr lässt, geordnet mit dem drängenden Phänomen der Kinderarmut umzugehen. Das ist bedauerlich. So viel zu diesem Haushalt. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Bartelt für die CDU-Fraktion.

(Manfred Pentz (CDU): Jetzt wird geklärt, was Sache ist!)

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eine bedarfsorientierte Sozialpolitik hält unsere Gesellschaft zu-

sammen: die junge und die ältere Generation, alteingesessene und neu hinzugezogene Hessinnen und Hessen mit Migrationshintergrund sowie wohlhabende und unterstützungsbedürftige Menschen. Sie ist Grundlage für ein Gefühl der Sicherheit und das Vertrauen in die Werte und die Institutionen unseres Staates.

Mit der Behandlung dieses Doppelhaushalts stellen die Regierungsfractionen fest, dass alle Vorhaben des Koalitionsvertrags, was die Sozialpolitik betrifft, in den Haushalten abgebildet worden sind. Gleichzeitig wurde das Ziel, keine neuen Schulden aufzunehmen, vorzeitig erreicht. Darüber hinaus wurde die Herausforderung, in den Jahren 2015 und 2016 sehr viele Flüchtlinge aufzunehmen, auch haushaltsmäßig bewältigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Aufgabe war bei Abschluss des Koalitionsvertrags gar nicht vorhersehbar. Die Erstaufnahme wurde im Ländervergleich vorbildlich organisiert. Aufgrund des vorausschauenden Managements der Nutzung der Erstaufnahmeeinrichtungen wurden nach dem Rückgang der Flüchtlingszahlen die meisten Einrichtungen wieder aufgelöst oder in den Stand-by-Modus versetzt. So konnten diese Ausgaben wieder sehr schnell reduziert werden.

Die Unterstützung der kommunalen Familie war bedarfsgerecht und mit ihr abgesprochen. Der nachhaltige Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wurde auf den Weg gebracht. Das ist eine Erfolgsbilanz dieser schwarz-grünen Regierung.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte beispielhaft auf drei Schwerpunkte dieses Haushalts eingehen. Auch in diesem Haushalt wurde das von dieser Koalition eingeführte Sozialbudget wieder deutlich erhöht. Es wird um 43 % auf 100 Millionen € im Jahr 2018 und 118 Millionen € im Jahr 2019 angehoben. Kommunen, Träger sozialer Dienste erhalten Planungssicherheit.

Ein paar Beispiele: Die Kommission „Hessen hat Familiensinn“ wird im Doppelhaushalt mit 1,5 Millionen € ausgestattet. Vertreter von Verbänden und zivilgesellschaftlichen Gruppen erarbeiten Handlungsempfehlungen zur praktischen Familienpolitik. Die Mittel für die Frühförderstellen werden um 1 Million € erhöht. Damit besteht das Angebot für betroffene Eltern und Erzieherinnen jetzt flächendeckend in allen Landkreisen. Es werden Beratungen angeboten, wenn eine Behinderung festgestellt oder auch nur vermutet wird. Der Begriff „Behinderung“ wird dabei weit gefasst, einbezogen sind z. B. auch Autismus und Verhaltensstörungen. Das Sprachförderungsprogramm für Kindergärten wird um eine halbe Million Euro erhöht. Dem zusätzlichen Bedarf wird damit Rechnung getragen.

Beim Engagement für den ländlichen Raum bildet die ambulante medizinische Versorgung einen Schwerpunkt. Die Förderung von Projekten der Telemedizin kommt besonders dem ländlichen Raum zugute. Die Kommunikation zwischen Patient, Hausarzt, Fachärzten und medizinischem Fachpersonal wird effektiver. Die Förderung der Ansiedlung und Übernahme von Landarztpraxen wird fortgesetzt und erweitert. Das vorübergehend unterbrochene Engagement der Kassenärztlichen Vereinigung – bei dem Punkt besteht noch Gesprächsbedarf – hindert nicht daran, dieses

Projekt fortzusetzen. Dafür sorgt das Land. Die Tätigkeit der Gemeindeschwestern wird verstärkt gefördert. Auch medizinische Versorgungszentren werden gefördert, wenn Inhaber von Landarztpraxen keinen Nachfolger finden.

Der Höhepunkt des Einzelplans 08 – Sozialpolitik – ist zweifelsohne die Finanzierung der Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuchs ab dem vollendeten dritten Lebensjahr für sechs Stunden am Tag.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden heute und morgen inhaltlich über unseren Gesetzentwurf und über den Gesetzentwurf der SPD sprechen. Deshalb an dieser Stelle nur die haushaltspolitischen Gesichtspunkte: Wir stellen für die Finanzierung der Beitragsfreiheit für sechs Stunden am Tag im Doppelhaushalt 440 Millionen € ein – 130 Millionen € für das Jahr 2018 und 310 Millionen € für das Jahr 2019.

(Ismail Tipi (CDU): Sehr gut!)

Zur Qualitätsverbesserung sind zusätzlich 50 Millionen € vorgesehen. Die Eltern sparen in den drei Jahren des Kindergartenbesuchs ihrer Kinder 5.000 €. Mehr als 90 % der Eltern schicken ihre Kinder in diesem Alter in den Kindergarten, d. h., diese sozialpolitische Maßnahme kommt sehr vielen Menschen zugute. 5.000 € sind für die meisten Menschen unseres Landes sehr viel Geld.

(Beifall bei der CDU)

Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Bereitstellung von Kindergartenplätzen eine kommunale Aufgabe ist. Wir unterstützen die Kommunen. Sie wird durch Verträge teilweise an frei-gemeinnützige Träger delegiert. Die vorgeschlagenen Maßnahmen der SPD kosten nach deren eigenen Berechnungen 720 Millionen € im Jahr. Ab 2022 kämen mindestens 1,3 Milliarden € hinzu, wenn nach deren Vorschlägen rund zwei Drittel der Betriebskosten und über 80 % der Personalkosten übernommen werden. Bislang hat die SPD-Fraktion hierzu keinen Etat Antrag eingebracht. Herr Merz, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie jetzt Zahlen genannten haben, nämlich die 85 und 220 Millionen €.

(Gerhard Merz (SPD): Ja, aber die waren schon bekannt! Man muss sie nur lesen!)

– Das war gerüchteweise schon verbreitet worden. – Wie Sie aber mit diesem Betrag mehr leisten können als mit den 440 Millionen €, die wir für unser Programm eingesetzt haben, ist zunächst einmal ein bisschen schwierig nachzuvollziehen.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Dr. Bartelt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Merz?

(Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU): Ja, natürlich!)

Gerhard Merz (SPD):

Herr Kollege, wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich die Haushaltsanträge der SPD natürlich auf den Haushaltsstand des Regierungsentwurfs beziehen?

(Claudia Ravensburg (CDU): Ach!)

– Ja, auf was denn sonst?

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Möglicherweise beziehen Sie das auf die 720 Millionen € und versuchen damit, eine Differenz herzustellen. Was Sie aber völlig negieren, ist die Finanzierung Ihrer Systemumstellung, die im Minimum 1,3 Milliarden € kosten wird. Das haben Sie in Ihrem Stufenplan hinsichtlich der Finanzierung nicht ausreichend berücksichtigt – um das einmal freundlich auszudrücken.

(Beifall bei der CDU – Gerhard Merz (SPD): Nein, ich erkläre es Ihnen nachher!)

Es wird erklärt, die Einsparungen aus dem Länderfinanzausgleich von 550 Millionen € könnten dazu verwendet werden. Wenn man nun die finanziellen Auswirkungen der Vorschläge der SPD in letzter Zeit auf verschiedenen Politikfeldern zusammenrechnet, kommen wir auf 3 Milliarden €. Sie bestreiten das.

(Gerhard Merz (SPD): Wenn Sie das sagen!)

Vielleicht sind es ja auch nur 2 Milliarden €; da lassen wir uns gern korrigieren. Es bleibt aber schließlich dabei, dass Sie die Einsparungen in Höhe von 550 Millionen € mehrfach ausgeben wollen. Das ist halt nicht möglich.

(Gerhard Merz (SPD): Nein, das habe ich hier auch schon erklärt, Herr Kollege!)

Sie können vielleicht gegen die CDU und die GRÜNEN opponieren, aber nicht gegen grundlegende mathematische Regeln. Also gegen Adam Ries können Sie hier nicht opponieren. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Dr. Bartelt, die angemeldete Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Ich bin gleich fertig, danke für den Hinweis. – Wir werden eine solide finanzierte Sozialpolitik machen. Wir halten unsere Versprechungen. Der Ministerpräsident versprach 2013: Wenn es eine Lösung im Länderfinanzausgleich gibt, werden die Eltern von Kindergartengebühren für die durchschnittliche Besuchsdauer freigestellt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das hat er nicht gesagt! Ich kann Ihnen das Zitat gern vorlesen! Das war anders!)

Wir schaffen dafür jetzt die haushaltspolitischen Voraussetzungen. Wir halten unsere Versprechungen und bauen keine Luftschlösser. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Schott, Fraktion DIE LINKE.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister Grüttner, es ist schade, dass Sie so lange gebraucht haben, um einen Sozialbericht vorzulegen. Sie hatten die ganze

Legislaturperiode lang Zeit; und jetzt, kurz vor Toreschluss, kommt er. Wenn wir Zeit gehabt hätten, ihn intensiver zu diskutieren, dann wäre am Sozialhaushalt vielleicht doch noch die eine oder andere Änderung vorgenommen worden.

(Beifall bei der LINKEN)

Allerdings glaube ich dies nicht wirklich, wenn ich mir anschau, welche Konsequenzen Sie hieraus gezogen haben. Wir müssen über Armut von Familien sprechen. Wer Kinder hat, hat ein höheres Risiko, arm zu sein. Ganz besonders gilt dies natürlich für Alleinerziehende. Bei drei und mehr Kindern haben sie kaum mehr die Hälfte des Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens. Besonders Haushalte mit Kindern zwischen 14 und 18 Jahren sind arm. Das ist kein statistischer Trick; das weiß jeder, der mit solchen Kindern lebt oder gelebt hat. Man sieht das deutlich bei den Grundsicherungsleistungen, die für Jugendliche nie ausreichen. Wie wollen Sie mit 35 € im Jahr ein paar Schuhe für einen jungen Mann kaufen? Kaufen Sie dann Stiefel oder Sandalen? Wie wollen Sie einen Heranwachsenden mit 140 € im Monat mit Essen und Getränken versorgen? – Das funktioniert doch nicht. Kinder und Jugendliche kosten Geld, und das wirkt sich auf das nicht üppige Familieneinkommen aus. Finden wir dazu Maßnahmen im Haushalt? – Fehlanzeige.

Familien mit Migrationshintergrund sind eher arm. Warum wohl? – Weil die Eltern oft genug schlecht bezahlte Jobs übernehmen oder arbeitslos sind. Arbeit schützt vor Armut nicht. Auch wenn der Jobboom beschworen wird, verbleiben viele Menschen trotzdem im SGB-II-Bezug, da das Familieneinkommen nicht zum Überleben reicht. Hier sind allerdings mehr Maßnahmen erforderlich, als wir in einen Haushaltsantrag schreiben könnten. Wir fordern, es den Bundesländern Thüringen, Baden-Württemberg und NRW nachzumachen und die passiven Leistungen der Grundsicherung zu nutzen, um Arbeitsplätze im Gemeinwohlsektor zu schaffen. Kommen Sie mir jetzt nicht damit, dass dies nicht gehe; denn die machen es ja.

(Beifall bei der LINKEN)

So könnte ein öffentlicher Beschäftigungssektor geschaffen werden, der die notwendigen Tätigkeiten – diese gibt es vor Ort en masse – mit existenzsicherndem Einkommen verbindet. Sinnvoll wäre es gewesen, wenn Sie unseren Antrag für einen Landesaktionsplan gegen Kinderarmut aufgegriffen hätten. Zentraler Bestandteil ist die Einführung einer Kindergrundsicherung. Wir müssen garantieren, dass kein Kind und kein Jugendlicher in Hessen unter dem Existenzminimum leben muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies müssen wir über familienergänzende Leistungen garantieren; und dazu gehört natürlich noch eine ganze Menge mehr. Das können Sie in unseren Haushaltsanträgen nachlesen. Wir beginnen bei der Geburt oder eigentlich schon vorher. Die Landesregierung muss für den Ausbau Früher Hilfen sorgen. In jeder Stadt, in jeder Gemeinde sollen Eltern frühzeitig Unterstützung und Beratung angeboten bekommen, wenn sie Kinder bekommen oder neu zuziehen. Das geht bei den Kindertagesstätten weiter. Sie müssen beitragsfrei sein, und die Zuwendungen an die Kommunen müssen erhöht werden, ohne dass das Geld wieder beim KFA abgezogen wird. Natürlich geht das bei den Ganztagschulen und der kostenlosen Schülerbeförderung weiter. Auf der kommunalen Ebene, sowohl im Land

als auch in den Schulen, ist es notwendig, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auszubauen. Die Landesregierung weigert sich aber noch immer, die Ombudsstellen für Kinderrechte mitzufinanzieren. Dabei brauchen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, sich bei Problemen und in Krisensituationen an eine dritte Person zu wenden. Sie brauchen dafür eine starke Unterstützung. Bringen Sie das endlich auf einen guten Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Umsteuern im Sozialhaushalt ist auch beim Umgang mit den Flüchtlingen notwendig. Mit den Asylverschärfungen in den vergangenen Monaten wurden drakonische Sanktionsmechanismen eingeführt und Rechtsmittelfristen drastisch verkürzt. Das deutsche Asylrecht mit seinen aufenthaltsrechtlichen Bezügen ist inzwischen selbst für Fachleute schwer durchschaubar. Mit dieser Rechtsmaterie müssen Geflüchtete also zurechtkommen, selbst dann, wenn sie erst seit wenigen Tagen in Deutschland sind. Dabei hat das Asylverfahren für diese Menschen existenzielle Bedeutung. Erhalten sie keinen Schutzstatus, riskieren sie die Abschiebung in Kriegsgebiete und Folterstaaten. Leider sind die Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nicht selten fehlerhaft und müssen deshalb angefochten werden.

Daher denken wir, dass alle Geflüchteten, die nach Hessen kommen, Zugang zu einer gebührenfreien juristischen Beratung haben sollten. Bislang wird diese enorm wichtige Arbeit etwa von Mitarbeitern des Diakonischen Werks, des Deutschen Roten Kreuzes oder von studentischen Initiativen geleistet, ohne dass sich das Land in irgendeiner Form an den Kosten beteiligt. Herr Minister, das können wir uns nicht länger leisten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sehen hier das Land in der Pflicht. Es sind Mittel erforderlich für eine unabhängige Asylverfahrensberatung in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen und den ihnen zugeordneten Außenstellen, insbesondere für die Vermittlung von Informationen zum Asylverfahren, für Hilfestellungen bei der Asylantragstellung und Informationen zu Verfahren gemäß der Dublin-III-Verordnung. Das wäre wichtiger, als den Leuten ganz schnell zu sagen, was sie bekommen, wenn sie sofort wieder ausreisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir denken, dass diese Beratungstätigkeit durch einen Rechtshilfefonds unterstützt werden sollte, damit Asylsuchende bei Bedarf auch gerichtliche Hilfen in Anspruch nehmen können. In vielen hessischen Kommunen sind Flüchtlinge gezwungen, jahrelang in überfüllten Gemeinschaftsunterkünften zu leben, die oftmals abseits der Wohngebiete liegen.

Bedürfnisse von Einzelpersonen oder Familien nach Wohnraum, Privatsphäre und Gemeinschaftsräumen werden kaum berücksichtigt. In diesen engen Verhältnissen sind Konflikte wegen Lärms sowie Streit um Koch- und Waschelegenheiten vorprogrammiert. Besonders Kinder leiden darunter. Wenn es für eine Familie nicht möglich ist, aus einer Unterkunft zu gehen, in der sie mit ihren beiden Kindern über Monate in einem Raum leben muss, dann ist das symptomatisch für das, was in Hessen an vielen Stellen passiert.

Für die Landesregierung ist das Thema Unterbringung ein reiner Kostenfaktor, der als Pro-Kopf-Pauschale mit den

Gebietskörperschaften ausgehandelt wird. Obwohl die Flüchtlingsunterbringung in die Zuständigkeit des Landes fällt, ist die Verantwortung hierfür an die Kreise und Städte ausgelagert.

Eine Bedarfsanalyse, welche Mittel für eine an menschenrechtlichen Standards orientierte Unterbringung erforderlich ist, fehlt komplett. Die Landesregierung muss endlich umdenken, wenn mit der Massenunterbringung von Flüchtlingen integrationspolitische Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholt werden sollen. Deswegen fordern wir verbindliche Mindeststandards für menschenwürdige Aufnahme und eine an diesen Standards orientierte Vollfinanzierung. Herr Minister, ich verstehe nicht, warum das so schwierig ist und warum Sie sich so beharrlich weigern, den Kommunen zu sagen: Das und das sind die Standards, die zu erfüllen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann hat nicht der eine Flüchtling, der in die eine Kommune kommt, eine gute Unterbringung, und der nächste, der in einer finanziell schwächeren Kommune landet, eine viel schlechtere Unterbringung. Es muss doch möglich sein, in diesem Land eine Einheitlichkeit herzustellen.

(Zuruf des Abg. Ismail Tipi (CDU))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Kollegin, die angemeldete Redezeit ist abgelaufen.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Ich komme sofort zum Ende. – Es gäbe sicherlich mehr zum Sozialhaushalt zu sagen, aber auch zu den viel zu geringen Investitionsmitteln für die Krankenhäuser oder der mangelhaften Ausstattung der Altenpflegeschulen – dazu hat der Kollege schon eine Menge gesagt –, die sich auf eine Berufsneorientierung vorbereiten müssen. Es gibt noch viel zu tun. Ich sehe nicht, dass Sie das in Angriff nehmen. Man kann von Glück reden, dass das hier wahrscheinlich nicht mehr ewig so weitergeht.

(Beifall bei der LINKEN – Manfred Pentz (CDU): Wir werden weiter regieren, denn wir wollen weiter daran arbeiten können!)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Bocklet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen, dass Hessen sozialer und gerechter wird. Auf diesem Meilenstein haben wir das hessische Sozialbudget eingerichtet. Wir haben es 2015 noch einmal deutlich aufgestockt, damit Menschen in Not mehr Hilfen bekommen und die Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft haben.

Wofür ist das Sozialbudget? Das Sozialbudget umschreibt freiwillige soziale Leistungen des Landes und kommt vielen Verbänden, Kommunen und Institutionen zugute und gibt ihnen damit Planungs- und Handlungssicherheit. Das nutzt den Menschen, die für diese Einrichtungen arbeiten,

und den Menschen, die dort unterstützt werden. Das Sozialbudget ist in dieser Art und in diesem Umfang bundesweit einmalig. Das muss man heute auch einmal festhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Noch in der letzten Haushaltsrede hat Herr Merz gesagt, die 30 Millionen €, die damals bei der „Operation sichere Zukunft“ zurückgefahren worden seien, seien nicht vollumfänglich ersetzt worden. Spätestens diese Rede ist hinfällig, weil die Mittel von 50 Millionen € auf 70 Millionen € erhöht worden sind. Nunmehr geht es auf 100 Millionen € und in der letzten Ausbaustufe auf 118 Millionen €. Damit, kann man sagen, ist das Sozialbudget in seinen umfangreichen Leistungen vollständig und gut für die zukünftigen Aufgaben aufgestellt.

Sie wissen, dass dort über 50 Posten aufgeführt sind, beispielsweise Frauenhäuser, Interventionsstellen, Beratungsstellen für Opfer sexueller Gewalt, Schuldnerberatungsstellen und vieles andere mehr. Es handelt sich um eine große Liste vieler Zuschussempfänger, die in diesem Land eine wichtige Aufgabe für die soziale Arbeit wahrnehmen.

Wir werden im Rahmen des Sozialbudgets Mittel für 20 weitere Maßnahmen bereitstellen. Ich will einige prominente Maßnahmen noch einmal hervorheben: „Sozialwirtschaft integriert“ soll mit 10,4 Millionen € das Pendant zu dem werden, was im Wirtschaftsministerium schon äußerst erfolgreich läuft, nämlich „Wirtschaft integriert“. Die Sozial- und Pflegeberufe werden dadurch auch die Möglichkeit bekommen, Flüchtlinge zu integrieren. Das ist von den freien Verbänden vielfach gefordert worden. Wir haben diese Idee gerne aufgegriffen und werden sie umsetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir werden auch bei der sozialen Infrastruktur – es gab oft die Kritik: Projektitis – drei weitere Netzwerke installieren. Das Netzwerk Antidiskriminierung soll die Antidiskriminierungsstrategie, die es schon gibt, noch stärker umsetzen. Dafür werden in Nord-, Mittel- und Südhessen und im Rhein-Main-Gebiet neue Stellen geschaffen, die dabei helfen, ein diskriminierungsfreies Leben für alle Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu ermöglichen. Dafür werden 500.000 € bereitgestellt.

Ähnlich ist das Netzwerk LSBT*IQ zu verstehen, ebenfalls mit 500 Millionen € versehen. Es soll die tragfähigen landesweiten Strukturen der Community sicherstellen. Auch hier werden Beratungs- und Anlaufstellen geschaffen werden. – All das haben wir alle gefordert, auch die Kollegen der SPD, soweit ich mich erinnern kann, die jetzt Stillstand attestieren.

Ich ergänze das dritte Netzwerk: Gewalt im Namen der Ehre. Dabei handelt es sich um ein besonderes Anliegen der Kollegin Goldbach und von mir. Wir haben zu dem Thema viele Gespräche geführt. Viele Frauen werden im Namen der Ehre von ihren ehemaligen Ehemännern verfolgt und bedroht. Das ist ein großes Problem, dem wir jetzt eine besondere Aufmerksamkeit widmen werden. Die bedrohten Frauen werden Anlaufstellen und Schutz finden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Auffällig war auch, dass es immer wieder straffällige Jugendliche gab, die nach der Rückkehr aus der Justizvoll-

zugsanstalt wieder rückfällig geworden sind. Umso wichtiger ist es, dass wir mit 300.000 € Vereine unterstützen werden, die den Übergang zurück in den Alltag begleiten werden. Das ist eine sehr wichtige Geschichte.

Genauso wichtig ist es, dass wir zu den in Höhe von 1,1 Millionen € bereitstehenden Mitteln noch einmal weitere 1,6 Millionen € für die Beratungsstellen von Opfern sexueller Gewalt zur Verfügung stellen. Wir haben oft über die Missbrauchsfälle geredet und dafür geworben, das Schweigen zu brechen und Betroffenen oder Multiplikatoren, die davon erfahren, Anlauf- und Beratungsstellen anzubieten. Das soll mit diesem Geld gewährleistet werden.

Auch die Frauenhäuser, die bereits mit 3,1 Millionen € durch das Sozialbudget gefördert werden, erhalten noch einmal 940.000 €, um die Vergütung ihrer Angestellten tariflich anpassen zu können.

Sie sehen, wir haben noch einmal nachgesteuert, und das Sozialbudget ist mit 118 Millionen € ein Meilenstein der Sozialpolitik in Hessen. Das ist bundesweit einmalig. Das ist eine großartige Errungenschaft, für die viele Jahre gefochten wurde. Sie hilft den Menschen. Die Landesregierung steht für eine gute Sozialpolitik. Wir können mit Fug und Recht stolz darauf sein, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und GRÜNEN, dass es gelungen ist, das finanzpolitisch darzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Die soziale Infrastruktur habe ich angesprochen. Natürlich ist ein ganz großer Beitrag im Sozialetat für die Integrationspolitik und für die Politik für Flüchtlinge vorgesehen; das wissen wir alle. Der Aktionsplan wird fortgeschrieben. Die Einrichtung von psychosozialen Zentren sei hier noch einmal erwähnt. Wir haben viele Sprachkurse, wir haben das WIR-Programm und vieles andere mehr, was im Sozialetat abgedeckt ist. Man kann nicht von einem Stillstand sprechen, ganz im Gegenteil. Es gibt vielerlei Maßnahmen und Initiativen, die die Situation von Flüchtlingen und Migranten nochmals verbessern.

Dritter Schwerpunkt. Herr Kollege Merz, dazu wird heute Abend oder morgen noch einmal zu sprechen sein: Wir haben in Hessen bisher 460 Millionen € für die Kinderbetreuung ausgegeben. Es werden jetzt nochmals 446 Millionen € hinzukommen. Das Land Hessen, das etwa 30 Milliarden € Ausgaben hat, stellt knapp 1 Milliarde € für eine „freiwillige Leistung“ zur Verfügung. Wir wissen, dass es eine kommunale Aufgabe ist. Wir halten diese Leistung für gesamtgesellschaftlich notwendig. Wir halten sie politisch für richtig. Das Land stellt nahezu 1 Milliarde € für Kinderbetreuung zur Verfügung; da kann man der Landesregierung nicht vorwerfen, dass sie etwas verschlafe.

Die Regierungsfractionen haben dieses Thema in der Ausgewogenheit von Qualität, Ausbau und Beitragsreduzierung gut vorangebracht. Das ist sehr beachtlich. Es gibt bisher nur drei andere Bundesländer, die diesen Weg gegangen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

1,6 Milliarden € für den Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, 446 Millionen € für die Kinderbetreuung, 118 Millionen € am Ende für das Sozialbudget – meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dieser Sozialetat

ist eine sehr gute, für mich als Sozialpolitiker kann ich nur sagen, eine großartige Errungenschaft, ein Meilenstein. Hessen kann stolz sein, dass es diesen Haushalt jetzt verabschiedet. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Kollege Rock für die FDP-Fraktion.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Haushalt ist nicht das spannendste Thema, aber es ist die Stunde der Wahrheit, weil es die Stunde der Zahlen ist. Mit Zahlen kann man arbeiten, aber im Haushalt stehen sie an den richtigen Stellen. Wenn man es richtig lesen kann, dann zeigen sie die Wahrheit auf. Wenn man sich die grundsätzliche Entwicklung des Sozialtats – das ist der Einzelplan 08 – in Hessen anschaut: Herr Minister Grüttner, ich erinnere mich, vor etwa zehn Jahren waren wir noch bei rund 500 Millionen €. Dann kam die erste große Offensive, die wir im Sozialetat abgebildet haben. Das war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dadurch ist dieser Etat in die Richtung 800 Millionen € gewachsen.

Dann kam die Flüchtlingskrise. Da ist der Sozialetat auf über 2 Milliarden € angewachsen. Der Sozialetat, der heute vorliegt, der Doppelhaushalt, zeichnet sich durch zwei große Themen aus. Das ist zum einen das Thema Aufwendungen für die Flüchtlingskrise. Das zweite sind die Aufwendungen im Bereich frühkindliche Betreuung.

Was ist zur Flüchtlingskrise zu sagen? Haushaltspolitisch positiv ist zu bewerten: Die Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise werden in diesem Doppelhaushalt im Vergleich von 2017 auf 2019 um 800 Millionen € abnehmen. 800 Millionen € beträgt die geplante Rücknahme bei den Unterkünften und bei den Erstattungen insgesamt. Das entlastet diesen Etat von 2,16 Milliarden € Aufwendungen im Sozialbereich im Jahr 2017 auf für 2019 geplante 1,57 Milliarden €. Da sehen Sie schon, es ist kein Rückgang um 800 Millionen €, sondern da sind neue Maßnahmen hinzugekommen.

Im Bereich frühkindliche Betreuung, der hier schon mehrfach angesprochen worden ist, ist allerdings das eine oder andere etwas unklar. Das sollte der Minister nachher aufklären.

Ein Wort muss noch für Herrn Kollegen Bocklet von den GRÜNEN übrig sein. Sie haben hier Abermillionensummen genannt, die im Sozialbereich zusätzlich verausgabt werden.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Schauen wir uns die Entwicklung der freiwilligen Transferleistungen an. Was sind freiwillige Transferleistungen? Das ist der Bereich im Sozialetat, den wir als Land Hessen zusätzlich zu unseren gesetzlichen Aufgaben in die soziale Infrastruktur investieren. Das ist ein wichtiger Bereich. Wenn man sich diesen Bereich anschaut, dann sieht man: Im Jahr 2017 hat das Land Hessen 367 Millionen € verausgabt. Jetzt haben wir den Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2018 und 2019 vorliegen. Wenn man schaut, was wir für

diese freiwilligen sozialen Leistungen zusätzlich ausgeben, dann stellen wir fest: 2016 waren es 367 Millionen €, und 2019 sind es 427 Millionen €. Das ist ein Zuwachs von 60 Millionen €. Daher kann ich die pompösen Zahlen von Herrn Kollegen Bocklet nicht ganz nachvollziehen,

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

außer Sie würden in Ihrer Rede einbauen, was Sie bei den freiwilligen Transferleistungen woanders herausgenommen haben, was Sie jetzt in diesen Bereich zusätzlich investieren.

Wenn ich jetzt aber noch weiß, dass in diesen freiwilligen Leistungen 129 Millionen € mehr für die Freistellung von Kindergartengebühren enthalten sind, bleibt für den Rest deutlich weniger Geld.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE) – Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie haben jetzt für Projekte mehr Geld in die Hand genommen. Es ist in Ordnung, dass Sie das sagen. Aber Sie verschweigen schon, woher es kommt. Das wollte ich Ihnen nur mit auf den Weg geben: darauf einzugehen, wenn Sie das nächste Mal Ihre Haushaltsrede halten.

(Beifall bei der FDP – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lesen Sie doch mal die Haushaltsanträge!)

Was mir viel wichtiger ist: Ich möchte auf die fantastischen Zahlen eingehen, die Sie hier immer zur Kinderbetreuung verkünden. In Ihrem eigenen Haushaltsentwurf ist festgehalten, dass Sie für die Betreuung der Kinder von drei bis sechs Jahren 2017 als Betriebskostenunterstützung 223,35 Millionen € ausgeben. Das sind zwischen 10 und 15 % der Betriebskosten, die real anfallen.

Diese 223 Millionen € sind nach Ihrem Haushaltsplan – jetzt muss ich kurz schauen – für rund 3.600 Kitas. Für 3.600 Kitas geben Sie 223 Millionen € aus. Für 2018 haben Sie jetzt als Betriebskostenzuschuss 239,95 Millionen € geplant. Das sind rund 16 Millionen € mehr. Allerdings sollen dann laut Ihrem Haushaltsplan nicht mehr 3.600 Kitas unterstützt werden, sondern 4.000 Kitas. Es gibt wohl einen quantitativen Zuwachs. Dann haben Sie 242,03 Millionen € für das Jahr 2019 eingeplant. Von 2018 auf 2019 wächst der Betriebskostenzuschuss nur noch um 3 Millionen €, laut Ihrem Haushaltsplan aber für dann 4.200 Kitas. Das bedeutet, wenn die Zahlen stimmen, die Sie zur Verfügung gestellt haben – vielleicht kann der Minister es aufklären –, dass ich Ihre Qualitätsoffensive im Haushalt nicht finden kann.

Wo sind diese 50 Millionen € mehr? Sie nehmen das Geld zum Großteil aus dem KFA. Wenn Sie Geld aus dem Einzelplan 08, über den wir heute reden, in den Einzelplan 17, den KFA, verschieben, dann kann man das genau nachvollziehen in Ihren Zahlen. Für 2017 haben Sie aus dem Sozialetat, über den wir heute sprechen, 87 Millionen € für die Betriebskosten zusätzlich ausgegeben. Diese 87 Millionen € Landesmittel, die Sie zusätzlich verausgabt haben, sind Bestandteil dieser 223 Millionen €. Das ist das, was Sie dazugeben.

Für 2018 steigt diese Summe auf 103 Millionen € an, und 2019, wenn der Höhepunkt Ihrer Qualitätsoffensive kommen soll, fällt diese Summe auf 87 Millionen € herunter.

Wissen Sie auch, warum? – Man kann das in dem Haushalt ziemlich gut nachvollziehen: Ein Teil der Finanzierung dieser Summe war bis jetzt der Anteil aus dem Betreuungsgeld. Wir haben zum Ersatz des Betreuungsgeldes vom Bund einen Anteil bekommen. Sie haben vielleicht gedacht, wir finden es im Haushalt nicht. Aber wir haben es gefunden. Sie lassen ihn einfach versickern.

2018 betrug dieser Anteil noch 36,35 Millionen €. Sie haben für die Bewirtschaftung der Kitas 36 Millionen € zugeschossen. Das war der Anteil Betreuungsgeld. Der fällt aber 2019 als Zuschuss des Landes ersatzlos weg. Sie ersetzen ihn jetzt durch 36 Millionen € Landesgeld und sagen, das sei Ihre Qualitätsoffensive. – Nein, das ist einfach linke Tasche, rechte Tasche, und es wird den Kommunen wieder so verkauft.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Darum sollten Sie die Opposition nicht zu sehr auffordern, sich mit Ihren Haushaltszahlen und dem Klein-Klein der Opposition auseinanderzusetzen. Denn wenn wir das tun, wird relativ schnell klar, dass Sie versuchen, uns hinter die Fichte zu führen. Herr Kollege Bocklet, Sie haben es womöglich nicht gemerkt. Der Minister weiß aber sicherlich, wovon ich rede. Vielleicht wird er es noch erklären können.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt komme ich zu den politischen Auswirkungen, um die es mir eigentlich geht. Wenn Sie sich diesen Haushalt anschauen, dann sehen Sie, dass mit der Kostenfreistellung der Kitas – eine sozialpolitische Maßnahme, die den Familien zugutekommt – keine einzige Erzieherstunde, keine einzige Fortbildung für einen Erzieher, keine zusätzliche bauliche Ergänzung, keine zusätzlichen pädagogischen Lehrmittel, nichts Zusätzliches für die Kinder erreicht wird.

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Früher einmal haben die GRÜNEN und die Union immer, wenn SPD und LINKE vorgeschlagen haben, wir müssten die Kitas endlich von den Gebühren freistellen, gebetsmühlenartig erklärt, der Minister vorneweg: Das ist Quatsch, das machen wir nicht. Wenn, dann muss die erste Priorität die Qualität sein. – Das haben Sie hier erklärt. Sie machen es nicht. Sie versprechen den Leuten Geld, das es gar nicht gibt.

(Beifall bei der FDP – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt doch mehr! – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? – Gegenruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE): Das ist doch die Wahrheit!)

Sie geben ein Vielfaches für die Freistellung von den Kindergartengebühren aus, statt es in die Qualität zu investieren. Das ist in Ihrem Haushalt nachvollziehbar. Sie haben 2017 noch 61 Millionen € für die Freistellung ausgegeben, und Sie geben im Jahr 2018 für die Freistellung –

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Rock, die angemeldete Redezeit ist abgelaufen.

René Rock (FDP):

Ich muss zum Ende kommen; es tut mir sehr leid. – Ich kann nur sagen: Lieber Herr Minister Grüttner, klären Sie einmal auf, woher das zusätzliche Geld für Ihre Qualitäts-offensive kommt. Wir als Freie Demokraten wollen, dass Geld zur Förderung der Kinder in die Kitas kommt. Das ist unsere zentrale Forderung. Dafür haben wir unsere Haushaltsanträge gestellt. Unser Ziel ist es, dass in diesem Haushalt 300 Millionen €, die ordentlich finanziert sind – das kann uns keiner vorwerfen –, für die Qualitätsverbesserung an die Kitas kommen.

(Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hören Sie auf, diese Nebelkerzen zu werfen. Wenn Sie etwas für die Qualität tun wollen in Hessen, dann geben Sie dafür Geld in den Haushalt, und fangen Sie nicht an, diese Spielchen zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehrfach bin ich aufgefordert worden, den Zahlenwirrwarr zu erklären, den Kollege Rock gerade dargestellt hat.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das schaffst du nicht!)

Ich will mich auf ein paar Grundsätze beziehen, die das verdeutlichen. An der Stelle, glaube ich, werden wir auch im Klaren darüber sein, woher Geld kommt. Alles andere kann Ihnen gerne in einer Ausschusssitzung in Einzelheiten dargelegt werden.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stützen ihre Sozialpolitik im Wesentlichen auf einen Grundsatz. Sie wollen, dass die Menschen in Hessen eine verlässliche Basis haben, um ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt für alle Themenbereiche, sei es Familie oder Gesundheit, sei es Kinderbetreuung, seien es Senioren, sei es Beratung in sozialen Lebenslagen unterschiedlicher Art. Letztendlich nehmen wir den Menschen nicht die Verantwortung ab, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Aber wir geben ihnen die Hilfestellungen, die nötig sind, damit sie es tun können. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich in aller Kürze auf drei, vier Schwerpunkte eingehen. Der erste ist die Frage der gesundheitlichen Versorgung. Das ist ein Thema, das eben auch angesprochen worden ist, zumindest vom Kollegen Merz. Es ist auch ins Verhältnis gebracht worden zu der Problematik der Hebammen. Es ist eigentlich schade, weil ich dort eine

andere Auffassung auch mit Blick auf die Durchdringung von Sachverhalten habe. Es geht nicht um die Übernahme von Haftpflichtbeiträgen, die ein Problem darstellten; denn der überwiegende Teil der Hebammen hat ein Anstellungsverhältnis mit Krankenhäusern, sodass für sie an dieser Stelle die Haftpflichtversicherung besteht. Für diejenigen, die freiberuflich tätig sind, hat der Schiedsspruch in der Zwischenzeit eine entsprechende Lösung herbeigeführt.

(René Rock (FDP): Ach guck, das habe ich anders gehört!)

An der Stelle ist es vollkommen anders. Das Problem bei der Hebammenversorgung ist die Wochenbettversorgung nach der Entbindung. Das Problem ist der niedrige Kostenersatz von 35,18 €, den die Kostenträger für einen Besuch zahlen. Damit sind noch nicht einmal die Fahrtkosten abgegolten.

Wenn Sie etwas für Haftpflichtversicherung in den Haushalt hineinschreiben, dann machen Sie ein Placebo, das keinerlei Wirkung hat.

Wir gehen andere Wege, indem wir sagen: Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung. Wir brauchen sie sektorenübergreifend sowohl im stationären wie im ambulanten Bereich. Wir brauchen Unterstützung im nicht ärztlichen Bereich. Deswegen wurde das Programm der Gemeindefachschwestern aufgelegt. Wir investieren sehr stark in den medizinischen Fortschritt und die Hilfestellungen auch im Bereich der Telemedizin und E-Health, weil wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in unserem Land und aus allen Studien heraus wissen, dass in Zukunft Praxisassistentinnen und -assistenten mithilfe von telemedizinischen Anwendungen eine größere Versorgungssicherheit darstellen können.

Wenn wir heute schon die entsprechenden Maßnahmen sehen, seien sie im Rheingau-Taunus-Kreis, sei es das tele-neurologische Netzwerk in Nordhessen mit dem koordinierenden Krankenhaus in Kassel und den angeschlossenen anderen Krankenhäusern, die Optimierung der Schlaganfallpatientenversorgung, die an dieser Stelle auf den Weg gebracht worden ist, wenn Sie sehen, was wir mit IVENA gemacht haben, mit Notfallversorgung, wenn Sie wissen, dass wir den Telenotarzt einsetzen werden, dass wir die Notfallversorgung in vielen Bereichen machen, dass wir mit unseren Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsnetze heute schon den ländlichen Raum stärken und dafür keine guten Ratschläge der Kassenärztlichen Vereinigung mehr brauchen, weil wir das alles schon längst gemacht haben, dann stellen Sie fest, wir stärken das in diesem Haushalt im Sinne der Daseinsvorsorge für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in diesem Land. Das ist ein Schwerpunkt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich weiß, ich muss ab und zu eine Pause machen, damit man klatschen kann. Aber das geht auch so.

Der zweite Punkt – das wird uns noch zwei- bis dreimal in diesem Plenum beschäftigen – ist die Frage der Kinderbetreuung. Ich will gar nicht im Einzelnen auf den Gesetzentwurf der SPD eingehen, was die Details anbelangt, oder auf die Position der FDP, sondern nur auf die haushaltsmäßigen Punkte. Eines ist klar: Im Gesetzentwurf wird von Mehrkosten von rund 700 Millionen € gesprochen.

(Gerhard Merz (SPD): Mehrbelastung!)

Ich habe schon verstanden, dass Sie die rund 1 Milliarde €, die im Haushalt für 2018 und 2019 veranschlagt sind, sozusagen vereinnahmt haben und die 700 Millionen € on top sind. Das ist in Ordnung. Dann sind wir bei 1,7 Milliarden €. Die reichen immer noch nicht für das, was Sie insgesamt vorhaben. Das werde ich Ihnen noch entsprechend darlegen.

Unrealistisch ist aber, dass Sie sagen: Diese 700 Millionen € mehr finanzieren wir mit angeblichen Mehreinnahmen aus einem Länderfinanzausgleich, der überhaupt noch nicht gesichert ist, möglichem Bundesgeld, von dem es überhaupt noch nicht den Hauch einer Chance gibt, dass es im Bundeshaushalt sein wird. – Das ist der Unterschied zu dem Entwurf, der Ihnen vorliegt. Der ist solide finanziert. Ihrer ist nicht solide finanziert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Einzelheiten in diesem Kontext werde ich Ihnen an dieser Stelle noch etwas sagen.

Dritter Punkt: Sozialbudget, Sozialberichterstattung und anderes. Die Landesregierung bezieht sich auf die Beschlüsse des Landtags. Der Landtag hat zu Drucks. 18/635 beschlossen, dass die Landesregierung alle fünf Jahre einen Landessozialbericht vorzulegen hat. Der erste Landessozialbericht ist 2012 vorgelegt worden. Plus fünf Jahre ist 2017. Welches Jahr haben wir? – 2017. Was ist vorgelegt worden? – Der Landessozialbericht.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Was haben wir für einen Monat?)

Was wollen Sie denn? Wir halten uns an die Beschlüsse, die der Landtag gefasst hat, und an nichts anderes.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt muss ich noch einmal in den Kindertagesstättenbereich und zu den freiwilligen Leistungen springen. Lieber Kollege Rock, alles, was über das Kinderförderungsgesetz geht, ist keine freiwillige Leistung, sondern ist eine gesetzliche Leistung. Insofern werden Sie Beitragsfreistellung und vieles andere gar nicht im Bereich der freiwilligen Leistungen sehen. Sie werden es im Bereich der gesetzlichen Leistungen sehen.

An dieser Stelle werden Sie auch sehen, was wir an Qualitäten verändert haben. Wir werden die Qualitätspauschale von momentan 100 €, die wir bezahlen, bis zum Ende des Jahres 2020 auf 300 € verdreifachen. Der Evaluationsbericht hat gezeigt: Mit dieser Qualitätspauschale nehmen die Kindertagesstätten ihre Möglichkeiten wahr, pädagogische Fortbildung zu machen, Leitungskräfte zu entlasten, Vertretungsstunden einzukaufen, pädagogisches Material und anderes zu haben. Diese Erhöhung kostet 50 Millionen €, und diese 50 Millionen € sind im Haushaltsplan abgedeckt. Das heißt, es ist eine Qualitätsverbesserung von 50 Millionen € zusätzlich zur Beitragsentlastung und Beitragsfreistellung für bis zu sechs Stunden in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächster Punkt. Wir haben innerhalb des Sozialbudgets nicht an einer Stelle die Arbeitsmarktprogramme gekürzt.

(Gerhard Merz (SPD): Das habe ich auch nicht gesagt!)

Nein, wir haben neu aufgelegt. Wir haben 10 Millionen € für den Bereich „Sozialwirtschaft integriert“ im Bereich des Sozialbudgets als eigenen Titel neben den Arbeitsmarktprogrammen. Es ist ein eigenes Programm, nicht mit einer Verschiebung, sondern zusätzlich an dieser Stelle. Mit „Sozialwirtschaft integriert“ ist beispielsweise auch nicht verbunden, was wir gemeinsam mit dem Kultusministerium und der BA momentan auf den Weg bringen, nämlich „Pflege integriert“.

Wir nehmen momentan die InteA-Klassen in Augenschein und versuchen intensiv, junge Migrantinnen und Migranten für den Beruf der Altenpflegerin oder des Altenpflegers zu interessieren, ihnen Ausbildungsstellen anzubieten und den Weg in die Schulen zu ebnen. Das ist wieder so ein Punkt. 3,5 Millionen € sollen für das Schulgeld und die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, wenn ich das richtig verstehe. Anträge gibt es ja noch nicht.

(Zuruf)

– 4 Millionen €. – Auch das ist Quatsch. Damit wird kein einziger zusätzlicher Altenpfleger ausgebildet. Wir haben die Deckelung der Schulplatzzahlen seit Jahren aufgehoben. Wer einen Ausbildungsplatz hat, wird auch beschult.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In Hessen besteht Schulgeldfreiheit für alle Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Es nutzt nichts. Wir werden die Zahlen an den Bedarf anpassen, den wir in den letzten Jahren gehabt haben. Unabhängig davon werden wir das ZIP, das Zentrum zur Anwerbung und nachhaltigen Integration internationaler Pflege- und Gesundheitsfachkräfte in Hessen, gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft und dem Bundesverband privater Anbieter von sozialen Leistungen auf den Weg bringen.

Wie machen wir einen Bereich, in dem Pflege integriert ist? Wie können wir mit der Sozialwirtschaft neue Zielgruppen gewinnen? Jeder, der einen Schulplatz benötigt, wird ihn in Hessen bekommen. Jeder Schulplatz ist finanziert. Für jeden ist Schulgeldfreiheit garantiert. Das hat nichts mit der Ausbildungsvergütung zu tun. Jede Altenpflegerin und jeder Altenpfleger bekommt in der Ausbildung zusätzlich eine Vergütung in der Größenordnung von durchschnittlich 1.100 € bis 1.300 € im Monat.

Diese 4 Millionen € sollen einfach ohne Wirkung in den Haushalt eingestellt werden. Auch das ist unsolid. Genauso werden wir in anderen Bereichen des Sozialbudgets letztlich eine Reihe von Verstärkungen vornehmen, auf die die Kollegen Bartelt und Bocklet bereits eingegangen sind.

Zum momentan vorliegenden Etat gibt es Anträge, die – wenn sie verabschiedet werden – eine Möglichkeit eröffnen, gezielt in den unterschiedlichsten Bereichen weitere Verstärkungen vorzunehmen. Es wird ein Etat sein, der eines schafft, nämlich den sozialen Aufgaben in Hessen gerecht zu werden und gleichzeitig den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und damit letztlich für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 08.

(Zuruf)

– Kollege Rock.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Minister Grüttner, ich muss Sie leider korrigieren. Das, was Sie angekündigt haben, wird sehr wohl bei den freiwilligen Transferleistungen verbucht. Auf Seite 306 finden Sie unter Großbuchstabe „L“ den Satz:

Zur Förderung der Qualität in Kindertageseinrichtungen ist vorgesehen, in 2018 ...12 Millionen € und in ...

(Zuruf des Ministers Stefan Grüttner)

– Das sind die Zahlen, die Sie hier ununterbrochen klargestellt haben. – Für 2019 sollen es 37 Millionen € sein.

Ich würde Sie bitten, das in der nächsten Ausschusssitzung noch einmal schriftlich darzulegen, wenn Sie bei Ihrer Meinung bleiben. Bei den verpflichtenden Transferleistungen gibt es das von Ihnen Genannte nicht. Ich bin mir sicher, dass ich recht habe und Sie an dieser Stelle ausnahmsweise leider nicht recht haben. – Vielen Dank.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Jetzt liegen aber keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Debatte zu Einzelplan 08 beendet.

Kolleginnen und Kollegen, noch eingegangen und an die Plätze verteilt ist zu Tagesordnungspunkt 42, Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz über den Vollzug ausländerrechtlicher Freiheitsentziehungsmaßnahmen (VaFG), Drucks. 19/5511 zu Drucks. 19/5440 zu Drucks. 19/5275, der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 19/5774.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz –

auf. Als Erste hat Frau Kollegin Löber für die SPD-Fraktion das Wort.

Angelika Löber (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Schauen wir uns die einzelnen Teile des Umweltministeriums an. Sich für ein paar Millionen mehr im Doppelhaushalt zu loben wird nicht reichen, um im Bereich Umwelt Akzente zu setzen. Das reicht weder für die Umsetzung der europäischen noch einer guten hessischen Wasserpolitik.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie kommt überhaupt nicht voran und wird damit noch nicht einmal teilweise bis zum Jahr 2027 erfolgt sein. Dafür sind dringend Maßnahmen und rechtliche Regelungen erforderlich, damit Gewässer in einen besseren Zustand versetzt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Wassernutzungsabgabe wird vom Umweltbundesamt nachdrücklich empfohlen. Das Land kommt hier seiner

Einnahmeverantwortung nicht nach. Wir fordern dringend: kein weiterer Stellenabbau bei Hessen-Forst. – Die nachhaltige Fortwirtschaft muss im Mittelpunkt von Hessen-Forst stehen. Dazu gehört auch eine Stärkung der Bildungs- und Beratungsfunktionen. Der Versuch der CDU-Regierung, Hessen-Forst ausschließlich zu einem reinen Wirtschaftsbetrieb umzubauen, muss sofort gestoppt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das neue Bewilligungsvolumen im Umweltbereich steigt 2018 um 10,79 Millionen €. 2019 ist dagegen ein Rückgang um 11,71 Millionen € veranschlagt. Das wäre mir zuerst fast gar nicht aufgefallen, aber es gibt zu viele Positionen in allen Einzelplänen, die in 2018 drastisch erhöht werden, um 2019 wieder auf das ursprüngliche Niveau zu sinken. Ersparen Sie mir bitte Ihre weiteren Erklärungen dazu. Es gibt wohl nur eine Erklärung: Im Wahljahr sollen viele Gelder durch die Regierung verteilt werden.

Für eine wirkliche Wende im Bereich des Natur- und Umweltschutzes sind etwas höhere Haushaltsmittel allein nicht ausreichend. Hierfür sind konkrete Maßnahmen erforderlich, die umgesetzt werden und nicht nur auf dem Papier stehen.

Erschreckend war der letzte Biodiversitätsbericht des Landes. Das Artensterben schreitet in Hessen voran und ist nicht einmal ansatzweise verzögert worden. Artenschutz in Hessen ist leider fast ausschließlich die Umsetzung und Ausführung rechtlicher Regelungen und Konventionen im nationalen und internationalen Artenschutzrecht. Konkrete hessische Projekte sind auch im vorliegenden Doppelhaushalt Mangelware.

Eine Novellierung des Hessischen Naturschutzgesetzes ist überfällig. Aber endlich sollen nun umfangreichere Maßnahmen im Artenschutz angegangen werden. Es ist bedauerlich, dass lediglich das Wahljahr genutzt wird, um grüne Politik vorzutäuschen. Die letzten Jahre sind nicht konsequent für mehr Natur- und Umweltschutz genutzt worden. Es gibt keine nennenswerten neuen Projekte im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, die zu einer erkennbaren und messbaren Verbesserung geführt haben.

(Beifall bei der SPD)

Gute Energiepolitik entsteht nicht durch die Schaffung einer Landesenergieagentur und die Besetzung der Leitungsfunktion mit einem abgewählten grünen Kreispolitiker. Gute Energiepolitik ist ein Faktor für guten Klimaschutz. Auch hier passiert viel zu wenig. Hessen wird die gesetzten Klimaschutzziele nicht erreichen, sondern sie verfehlen.

Die CO₂-Emissionen steigen nicht nur insgesamt in Deutschland, sondern insbesondere auch in Hessen. Der integrierte Klimaschutzplan hat 140 definierte Maßnahmen. Die 42 prioritären Maßnahmen sollen 2018 und 2019 begonnen werden. Hiervon erfolgt lediglich die Umsetzung von elf prioritären Maßnahmen im Umweltministerium. Für diese elf Maßnahmen werden zehn unbefristete Stellen im höheren Dienst benötigt. Hier setzt sich der absurde Stellenaufbau der letzten Jahre im höheren Dienst des Ministeriums fort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ob die Hauptanforderung bei der Besetzung der neuen Stellen im höheren Dienst wieder ein grünes Parteibuch ist, werden wir sehen. Geschenk.

Ich komme zur Landwirtschaft. Bis zu den „Bemerkungen 2016“ des Hessischen Rechnungshofs erschien alles in Ordnung. Hessen ist Vorzeigebundesland der ökologischen Landwirtschaft. Aber die Defizite im Förderwesen sind eklatant und lassen sich auch nicht mehr verheimlichen.

Gerade die Förderung der Milchbauern während der Milchmarktkrise war desaströs. Das Förderkriterium war nicht die Zahl der Milchkühe, sondern der Grünlandanteil. Ich denke, wir werden noch ausreichend Zeit haben, das im Ausschuss oder sogar im Plenum zu diskutieren. Das zeigt aber den verantwortungslosen Umgang mit Geldern im Haushalt und mit Fördermitteln.

Nach wie vor ist die Nitratbelastung der Böden in Hessen viel zu hoch. Im Entwurf des Doppelhaushalts gibt es kaum konkrete Projekte zur Landwirtschaft, um unter anderem die Nitratbelastung der Böden zu verringern und den Einsatz an Dünge- und Pflanzenschutzmitteln nachhaltig zu verringern.

(Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Ich will noch ein paar Sätze zum Verbraucherschutz sagen. Zuerst gab es auch hier gute Ideen und gute Ansätze. Die Verbraucherzentrale wurde mit zusätzlichen finanziellen Mitteln gefördert. Hinzu kamen aber Forderungen der Ministerien, was die Verbraucherzentrale alles leisten sollte. Das war ein zu weitgehender Eingriff der Regierung in die gute Arbeit der Verbraucherzentrale.

Nun haben wir die fatale Situation. Im Jahr 2016 hatte die Verbraucherzentrale ein Defizit in Höhe von 41.000 €. 150.000 € Defizit wird für das Jahr 2017 erwartet. Annähernd so hoch wird es auch in den Jahren 2018 und 2019 sein. Ein Auffangen des Defizits durch die Verbraucherzentrale selbst ist nicht mehr möglich.

Warum wurde das im Entwurf des Doppelhaushalts nicht berücksichtigt? Eigentlich ist das ein kleiner Betrag. Verehrte Ministerin, die durch Sie mitveranlasste Situation der Verbraucherzentrale sollte in Ihrem Ministerium ausreichend bekannt sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Abschließend möchte ich noch ein paar Sätze zur Wohnungspolitik sagen. Seit die CDU im Land regiert, hat sich die Zahl der Sozialwohnungen auf rund 90.000 etwa halbiert. Die Schaffung bezahlbarer Wohnungen wird in den nächsten Jahren zu den drängendsten Aufgaben gehören. Wir fordern daher die Verdoppelung der Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Wir fordern ein neues Wohnungsbauprogramm zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Hinzu muss eine weitere Verstärkung der Mittel für die Dorfentwicklung kommen, um die Entwicklung der Zukunftsperspektiven gerade im ländlichen Raum gemeinsam mit der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu fördern. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin Löber, vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Feldmayer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, bitte schön, Sie haben das Wort.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es interessant, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion an dem Entwurf unseres Doppelhaushalts herummäkeln, ohne bisher einen einzigen Änderungsantrag eingebracht zu haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Die Mitglieder der FDP-Fraktion wollen hingegen mit ihren Änderungsanträgen alles eindampfen, was an Zukunftsaufgaben vor uns liegt. Sie wollen unter anderem den Ökoaktionsplan abschaffen. Sie wollen alles, was mit dem Thema Klimaschutz zu tun hat, abschaffen. Sie haben nicht verstanden, welches die Zukunftsaufgaben in unserem Land sind, nämlich der Klimaerwärmung entgegenzuwirken und den Schutz unserer Lebensgrundlagen zu schaffen. Dazu wird der Doppelhaushalt 2018/2019 die richtigen Antworten geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Löber, Sie haben das Thema Wohnungsbau nur kurz gestreift. Ich glaube, es ist eine zentrale Herausforderung in unserem Land. Wir müssen uns um das Thema bezahlbarer Wohnraum kümmern.

Was wir schon alles erreicht haben, wissen Sie. Wir haben zum Thema Förderung sozialen Wohnraums Programme aufgelegt. Wir haben ein Programm für den Mittelstand geschaffen, also für die Menschen, die mehr als die verdienen, die in eine Sozialwohnung ziehen können, die aber zu wenig Geld haben, um eine Wohnung auf dem freien Markt zu bekommen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Studierenden ein eigenes Programm für mehr bezahlbaren Wohnraum bekommen. Insgesamt kann man sagen, dass wir da auf einem sehr guten Weg sind.

Jetzt hat unsere Ministerin den Masterplan Wohnen vorgelegt. Er wird mit 1,6 Milliarden € unterfüttert. Die Mittel für den Wohnungsbau werden vervierfacht. Das ist wirklich eine wunderbare Summe. Ich glaube, darauf kann man zu Recht stolz sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist richtig, dass mit dem Masterplan Wohnen neue Zielgruppen in den Blick genommen wurden. Dies sind neue Zielgruppen für die Genossenschaften, aber auch Menschen, die gemeinschaftlich schön und gut zusammenwohnen wollen. Diese Menschen werden dann einen Ansprechpartner im Land Hessen haben. Deren Probleme wurden auch in den Masterplan Wohnen aufgenommen.

Neu aufgelegt wurde ein Programm zum Ankauf von Belegrechten. Es ist sinnvoll, dass bei den Wohnungen, die jetzt aus der Bindung zu fallen drohen, die Bindung verlängert wird. Denn diese Wohnungen gibt es bereits. Da braucht man keine neuen Wohnungen zu bauen. Hierfür werden 12 Millionen € im Jahr 2019 zur Verfügung stehen. Ich meine, das ist eine sehr gute Nachricht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir wollen nicht nur, dass die Menschen bezahlbare Wohnungen finden. Wir wollen auch, dass die Menschen gut wohnen können. Wir wollen nicht, dass die Menschen irgendwie untergebracht sind. Vielmehr sollen sie ein gutes soziales Umfeld vorfinden. Sie sollen gut wohnen. Deswegen ist es richtig, dass die Städtebauförderung in den nächsten zwei Jahren jeweils 102,2 Millionen € bekommen wird. Das wird doppelt so viel wie vorher sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir können schon Erfolge vorweisen. Das Statistische Landesamt hat darauf hingewiesen, dass im Jahr 2016 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen gestiegen ist. Es wurden so viele wie zuletzt im Jahr 2000 gebaut. Es waren 20.021 Wohnungen.

Auch die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen ist gestiegen. Aus dem Bericht der Bundesregierung geht hervor, dass es in Hessen bei den neu gebauten Sozialwohnungen einen Anstieg im Jahr 2016 um 203 % gibt. Damit ist Hessen bei den Bundesländern führend, die in den sozialen Wohnungsbau investieren, und zwar zusammen mit Bayern, Nordrhein-Westfalen und den Stadtstaaten Bremen und Hamburg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde es interessant, dass sich Frau Löber hierhin stellt und an unserem Wohnungsbauprogramm herumgemäkelt hat. Sie sagte, es müssten noch viel mehr Sozialwohnungen gebaut werden. Man muss dabei bedenken, dass die SPD in Frankfurt zusammen mit der FDP im Landtag die Fehlbelegungsabgabe, die erst kürzlich wieder eingeführt wurde, abschaffen will. Der Oberbürgermeister aus Frankfurt hatte noch im Jahr 2012 moniert, dass die Fehlbelegungsabgabe von der damaligen Landesregierung abgeschafft wurde. Jetzt wollen die SPD in Frankfurt und die FDP im Landtag unisono die eingeführte Fehlbelegungsabgabe wieder abschaffen. Damit sind sie gegen sozialen Wohnungsbau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Mich würde einfach einmal interessieren, was die Genossinnen und Genossen im Landtag dazu zu sagen haben.

Die Landesregierung setzt beim Wohnungsbau die richtigen Schwerpunkte. Das betrifft aber auch die Fragen, die unsere Zukunft, aber auch unsere Gegenwart angehen. Die Klimaerwärmung habe ich schon angesprochen.

Der Naturschutz und der Verlust der Artenvielfalt, das sind die zentralen Themen, um die wir uns kümmern müssen. Denn da geht es um unsere Lebensgrundlagen und unsere Ressourcen. Ohne diese Grundlagen werden wir nicht mehr leben können. Die nachfolgenden Generationen werden es auch nicht können. Deswegen ist es richtig, da viel zu investieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

An die Mitglieder der FDP-Fraktion gerichtet, möchte ich noch einmal sagen: Der Klimawandel ist eine Tatsache. Wir müssen jetzt etwas dagegen tun. Wir müssen jetzt et-

was dafür tun, dass die Auswirkungen des Klimawandels gemindert werden.

Der Klimaschutz müsse absolute Priorität haben, fordert Arnold Schwarzenegger. Von Zweiflern dürfe man sich nicht irremachen lassen, sagte er auf der Klimakonferenz. Er sagte – ich zitiere –:

Wenn ich den Nein-Sagern und Zweiflern irgendwelche Aufmerksamkeit geschenkt hätte, würde ich heute noch in den österreichischen Alpen sitzen und jodeln.

Meine Damen und Herren der FDP-Fraktion, wenn Sie schon nicht auf Arnold Schwarzenegger hören wollen, dann hören Sie doch auf die ganzen Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmen, die im Vorfeld des Klimagipfels einen Appell an die Welt und die Bundesregierung gerichtet haben. Die Unternehmen sagen, wir müssten uns für den Klimaschutz einsetzen. Das sind Unternehmen wie Apple, Adidas, Unilever, H & M, Philips, Puma usw. Das sind die Unternehmen, auf die Sie vielleicht als Partei der Wirtschaft hören könnten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Löber, wenn Sie hier einfach behaupten, dass Hessen die Klimaschutzziele nicht einhält, dann möchte ich wissen, woher Sie diese Information haben.

(Zuruf der Abg. Angelika Löber (SPD))

Die Klimaschutzziele sind eingehalten worden. Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoß in Hessen um 15,3 % gesunken. Ich finde, da muss man im Hessischen Landtag schon bei den Tatsachen bleiben.

Meine Damen und Herren, für den integrierten Klimaschutzplan 2025 werden im Doppelhaushalt 2018/19 die Gelder verdoppelt. Es werden vor allen Dingen die Probleme themenübergreifend angegangen. Ich finde es richtig, dass man sich auch einmal darauf konzentriert, das große Ganze zu sehen: Da werden z. B. Landwirtschaft, Naturschutz und Klimaschutz zusammengebracht.

Ja, die Landwirtschaft verursacht auch Treibhausgase. Das wissen wir. Deswegen ist es auch wichtig, dass in Hessen eigene Programme aufgelegt werden, um die Landwirte in diesem Bereich zu beraten. Es ist auch richtig, dass die Landwirte beim Thema Artenschutz beraten werden. Alles in allem muss ich sagen: Der Ökolandbau ist wirklich die Wirtschaftsform, der Goldstandard, wo besonders ressourcenschonend mit unseren Lebensgrundlagen umgegangen wird. Deswegen ist es wichtig, dass für den Ökolandbau auch weiterhin viele Fördergelder bereitstehen, damit die Landwirte, die schon ökologisch wirtschaften, ihre Flächen ausweiten können, und die Landwirte, die dazukommen wollen, auch umstellen können. Dafür haben wir in Hessen in der Landesregierung einen verlässlichen Partner. Dafür sind genügend Mittel bereitgestellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vielleicht noch an die FDP gerichtet: Sie haben einen Änderungsantrag eingebracht, dass die Förderung für den Ökolandbau abgeschafft werden soll. Die Begründung lautete lapidar, dass der Ökolandbau keine Subventionen brauche. Das solle man doch alles der freien Wirtschaft überlassen. Zu Ihrer Information: Alle Landwirte bekom-

men Subventionen, nicht nur die Ökolandwirte, sondern auch die konventionellen Landwirte.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können wir bei denen auch die Subventionen abschaffen!)

Meine Damen und Herren von der FDP, vielleicht überdenken Sie noch einmal diesen Änderungsantrag.

Ich freue mich auch, dass die Ökomodellregionen in Hessen weiterlaufen. Wir haben bereits drei Ökomodellregionen. Sie werden weiter finanziert. Jetzt werden drei neue hinzukommen. Ich muss sagen: Hessen ist auf dem richtigen Weg beim Wohnungsbau, beim Klimaschutz, bei der Landwirtschaft und beim Naturschutz. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Feldmayer. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Schott von der Fraktion DIE LINKE. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ehrlich gesagt, ich weiß gar nicht, ob es sich noch lohnt, hier ein Wort zu verlieren.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Dann lassen Sie das! – Clemens Reif (CDU): Ich würde nichts mehr sagen!)

Wenn die Referenzgröße für den Hessischen Landtag Arnold Schwarzenegger ist, dann sind wir ganz schön weit unten angekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im letzten Jahr haben es die GRÜNEN immerhin noch geschafft, den Papst zu zitieren. Sie haben dabei übersehen, dass der Papst in seinen politischen Forderungen deutlich weiter geht,

(Hugo Klein (Freigericht) (CDU): Je nachdem, welcher Papst!)

als Sie es hier je tun würden und könnten, weil Sie dazu nicht den Mut haben.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber jetzt Schwarzenegger als Referenzgröße zu nehmen – das finde ich absolut unfassbar. Das ist nicht mehr zu unterbreiten.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

1997 wurde in der Umweltverwaltung ein Stellenabbau um 10 % beschlossen, mit Kochs „düsterer Zukunft“ folgte ein weiterer Stellenabbau um 23 %. Die Aufgaben sind aber seither nicht weniger, sondern mehr geworden. Es waren auch damals schon viele, und sie sind aufwendiger geworden. Das kann über Strukturoptimierung und Effizienzsteigerung nicht ausgeglichen werden, das muss zulasten der Umsetzung und auf die Knochen des Personals gehen.

Die Umweltverwaltung überwacht die Umsetzung und Einhaltung von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien in den Bereichen Raum- und Bauplanung. Im Naturschutz ist sie sogar ausführend. Seit Jahrzehnten fehlt es diesen wichtigen Aufgaben an Personal. Das hat Folgen bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, für die Sicherung der Natura-2000-Gebiete, der Lebensmittelüberwachung und den Verbraucherschutz.

Es kommt vermehrt zu Verletzungen des Naturschutzrechtes wie im Odenwald, wo in Bad König in einem Neubaugebiet das komplette uferbegleitende Gehölz gerodet wurde, weil die Kommunalaufsicht versagt hat, oder wie bei der Rodung von naturnahem Auenwald am Schönfelder Bach in Kassel, weil das Beteiligungsrecht nicht gewahrt wurde. Das sind zwei Fälle unter vielen.

Der Naturschutz braucht das Ehrenamt. Aber es muss Schluss damit sein, dass am Ende das Ehrenamt die Hauptlast im Naturschutz stemmt. Das sind originäre Aufgaben des Landes. Sie sind von Menschen zu erledigen, die dafür entlohnt werden, womit ich nicht das Austeilen von Medaillen meine.

(Beifall bei der LINKEN)

Während die Umweltverwaltung sträflich vernachlässigt wird, stärkt das Land den Verfassungsschutz, eine Behörde, die nachweislich großen Schaden angerichtet hat.

Was hilft es, wenn wir ein Umweltrecht ohne Umsetzer haben? Das fragen wir uns nicht nur bei der Versenkgenehmigung für K+S, das fragen wir uns auch beim Einsatz des Totalherbizids Glyphosat. Wenn die hessische Umweltministerin per Erlass den Einsatz von Glyphosat auf öffentlichen Flächen untersagt, ist das gut. Das muss aber auch kontrolliert werden. Die Kommunen setzen mittlerweile so viele Fremdfirmen bei der Grünlandpflege ein – auch das ist eine Folge des Spardiktates des Landes –, dass ein Erlass ohne Kontrolle und logischerweise auch ohne Folgen bleibt. Frau Ministerin, warum untersagen Sie nicht die Nutzung von Glyphosat auf den landeseigenen Ackerflächen? Eine Kommune nach der anderen findet den Weg, den Glyphosateinsatz auf ihren eigenen landwirtschaftlich genutzten Flächen zukünftig zu verbieten – so übrigens erst letzte Woche die Landeshauptstadt Wiesbaden unter grüner Beteiligung. Nur die Umweltministerin scheint das offensichtlich nicht zu wollen. Es ist mehr als nur schlechte Haushaltspolitik, den Einsatz von Totalherbiziden zuzulassen, gleichzeitig aber Geld für den Artenschutz auszugeben. Dann können Sie das auch gleich schreddern.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit keinem noch so guten Natur- und Artenschutz können Sie die Schäden, die Glyphosat und Co. anrichten, kompensieren. Frau Ministerin, lassen Sie die landeseigenen landwirtschaftlichen Betriebe glyphosاتفrei wirtschaften, wirken Sie auf die Pächter ein, und machen Sie das zur Bedingung.

Eine chronisch unterbesetzte Verwaltung wird zum Flaschenhals für die Zukunftsinvestitionen:

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Zum Wasserkopf!)

nicht nur, dass Fehler gemacht werden und es Verstöße ohne Folgen gibt. Auch die Planungen dauern zu lange, wenn es der hessischen Verwaltung an Personal mangelt. An fast allen Investitionen mit großen Baumaßnahmen – von der

Schulsanierung über die Umgehungsstraße bis zum ÖPNV – ist die Umweltverwaltung beteiligt.

Wenn dann einmal schnell reagiert werden muss, wie bei dem Absturz der Milchpreise 2016, kommt es fast zwangsläufig zu Pannen. Wie kann es sein, Frau Ministerin Hinz, dass von den 5 Millionen € Soforthilfe für Milchbauern ein Drittel bei Hessen-Forst, Schäfern und anderen Grünland bewirtschaftenden Betrieben landet, die überhaupt nichts mit Milch zu tun haben? Mit einer guten Planung – dazu braucht man ausreichend Personal –, mit einer professionellen Umsetzung – auch dazu braucht man wieder ausreichend Personal – und einer hauseigenen Kontrolle – auch dazu braucht man wieder ausreichend Personal – wäre das sicher nicht passiert. Laut Landesrechnungshof häufen sich die Fälle des offensichtlichen Versagens.

Das Verb „versagen“ könnte die Überleitung zu vielen Themen, wie beispielsweise der Stickoxidbelastung durch Dieselfahrzeuge, dem Schutz gegen Fluglärm oder dem Bau von Sozialwohnungen, sein.

Ich möchte an dieser Stelle auf den Klimaschutz zu sprechen kommen. 140 Millionen € will das Land in den nächsten zwei Jahren zusätzlich in den Klimaschutz investieren. – Frau Ministerin, das kündigten Sie in ihrer Regierungserklärung zum Klimaschutzplan im März an. Das Geld solle in 42 Projekte fließen, auf längere Sicht seien 100 weitere Maßnahmen geplant. Teil des Plans sei das Jobticket, so auch wieder die Ministerin. Das finden wir im Prinzip gut,

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das ist auch gut!)

wenn auch zu kurz gegriffen. Aber allein dafür sind im Landeshaushalt für die kommenden zwei Jahre 100 Millionen € vorgesehen. Nach Abzug des Jobtickets bleiben rechnerisch von den 140 Millionen € noch 24 Millionen € pro Jahr für die anderen 41 Projekte. Die 100 weiteren Maßnahmen lassen wir einfach einmal großzügig unter den Tisch fallen.

Im September verkündet die Umweltministerin auf einer ihrer zahlreichen Werbeveranstaltungen zum Landeshaushalt, dass für die Umsetzung des Klimaschutzplans die Haushaltsmittel mehr als verdoppelt worden seien – tolle Überschrift. Aber wenn man das liest, erfährt man, dass für das Jahr 2018 insgesamt 11,8 Millionen € und für das Jahr 2019 insgesamt 12,86 Millionen € zur Verfügung stehen werden. Das Jobticket abgezogen, sind aus den im Frühjahr angekündigten 24 Millionen € pro Jahr 12 Millionen € geworden.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Außerdem ist das Jobticket Einzelplan 03!)

Okay, das ist das Doppelte der Gelder für 2017. Aber es ist die Hälfte der Ankündigung. Knapp 5 Millionen € davon sollen in ein Förder- und Beratungsprogramm für Landwirtinnen und Landwirte fließen – sicher gut angelegtes Geld. Was bleibt dann für die anderen 40 im Frühjahr angekündigten Klimaschutzprojekte außer der Ankündigung?

Was Sie hier betreiben, Frau Ministerin, ist diskursive Geldvermehrung.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Ihre beantragte Redezeit jetzt abgelaufen ist.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Danke. – Sie gaukeln den Menschen vor, dass Sie vergleichsweise große Summen für den Klimaschutz einsetzen – 140 Millionen € –, ja, die Haushaltsmittel mehr als verdoppeln. Übrig bleibt für die meisten Projekte im realen Leben aber fast nichts.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind 140 Millionen € nichts?)

Bei der Bilanzierung der klimarelevanten Emissionen verschleiern Sie, wo wir wirklich stehen. Sie behaupten, dass das Land bereits eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 26 % erreicht habe, obwohl es in Wahrheit nur 12 % sind, wenn man die Stromimporte nach Hessen mit berücksichtigt.

Wenn man Ihrer Logik folgen und das auf den Verkehrssektor anwenden würde, dann wäre der CO₂-Ausstoß des Verkehrs kein Problem: einfach die Ölimporte nicht berechnen und den CO₂-Ausstoß für den bei uns verfahrenen Treibstoff den Exportländern aufbrummen, schon wäre unser Straßenverkehr klimaneutral. Genau das haben Sie beim Strom gemacht. Sie verkaufen uns für dumm.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind Taschenspielertricks. Erst reden Sie die CO₂-Bilanz schön und dann die Haushaltsmittel. Im Ergebnis verschleiern Sie die Dramatik der Situation und entziehen sich den tatsächlichen Herausforderungen des Klimaschutzes. Wenn wir bis 2025 40 % der CO₂-Emissionen einsparen wollen – das ist Ihr eigenes Ziel –, dann muss der Ausstoß jedes Jahr um 3,5 % gesenkt werden. Aktuell schaffen wir noch nicht einmal ein halbes Prozent. Mit jedem Jahr, das wir mit dieser schwarz-grünen Klimakosmetik weitermachen, werden die Herausforderungen größer und nicht kleiner.

Wenn Sie Inspirationen brauchen, welche Richtung der Haushalt nehmen muss, wenn man den Klimawandel ernst nimmt, empfehle ich Ihnen die Lektüre unserer Anträge. Ich sage Ihnen ganz offen dazu: Abschreiben ist ausdrücklich erlaubt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Als nächster Redner spricht nun Kollege Landau von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege. Sie haben das Wort.

Dirk Landau (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Rede der Abg. Schott möchte ich die Maßstäbe wieder ein wenig zurechtrücken. Ich denke, das ist notwendig.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fange mit der Aussage an: Auch im Bereich Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz set-

zen wir mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 Wegmarken. Das wird an deutlich erhöhten Haushaltsansätzen für viele Themen, die wir als wichtig für eine lebenswerte Zukunft erachten, ablesbar.

Für den Naturschutz steht in den beiden Haushaltsjahren mit 33 Millionen € fast die doppelte Summe zur Verfügung als derzeit, um ehrenamtliche Projekte, wie das Anlegen von Feuchtwiesen, zu ermöglichen oder um geforderte Naturschutzmaßnahmen zum Erhalt von Lebensräumen und zur Artenvielfalt umzusetzen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Sie haben gerade nicht zugehört! Es stimmt nicht, was Sie da erzählen!)

Damit unterstreichen wir unsere Verantwortung für eine lebendige Natur und stehen im Gegensatz zur FDP, die die Ansätze für die Förderung der biologischen Vielfalt – Drucks. 19/5614 – zusammenstreichen möchte.

Auch für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen verdoppeln wir die Haushaltsansätze. Damit wird der in diesem Jahr verabschiedete hessische Klimaschutzplan 2025 nicht nur mit Leben erfüllt, sondern auch ein ordentliches Stück abgearbeitet. Landwirte erhalten auf sie zugeschnittene Förder- und Beratungsangebote zur Vermeidung von Ernteausschlägen infolge des Klimawandels. Waldbesitzer erhalten eine Klimarisikokarte für Waldbaumanagement. Kommunen und Unternehmen wird eine Transferstelle Klimaanpassung für ihre Strategien bezüglich sich verändernder klimatischer Bedingungen zur Seite gestellt.

Während wir also Anstrengungen unternehmen, einem unbestreitbaren und mächtiger werdenden Klimawandel nicht unvorbereitet gegenüberzustehen, und Menschen dabei auch einbinden, erklärt unsere FDP das alles – in bester trumpscher Manier – geradezu für Unsinn und beantragt in ihren Drucks. 19/5615 und 19/5616 nicht nur die Schließung des Fachzentrums Klimawandel, sondern auch gleich die Abschaffung des Klimaschutzplans.

Wenn vorhin gesagt wurde, Arnold Schwarzenegger sei vielleicht nicht unbedingt zum Zitieren geeignet, dann bringe ich ein Zitat von Gorbatschow, das hoffentlich unbestritten ist, der sagte: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Er meinte das in einem anderen Zusammenhang.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, wenn wir uns jetzt nicht auf den Klimawandel einstellen, ihm aktiv entgegenzutreten, dann werden wir irgendwann unvermindert die Auswirkungen zu spüren bekommen, und das kann nicht unser Wille sein.

(Marjana Schott (DIE LINKE): 3 %, und Sie schaffen ein halbes!)

Aber es passt natürlich bei dem, was ich eben in Bezug auf die SPD erzählt habe, in das Bild. Sie möchten sich von der Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden. Die CDU hält das ins Leben gerufene Gremium für hilfreich, weil es unterschiedliche Gruppen und Sichtweisen zusammenbringt und letztlich für einen guten Dialog in der Sache sorgt.

Für die Landwirtschaft – damit komme ich zu einem anderen Punkt – signalisieren wir Planungssicherheit mit Blick auf die neue Förderperiode des Hessischen Programms für Agrarumwelt- und Landschaftspflegemaßnahmen, wenn wir 2019 über 210 Millionen € in die Neubewilligung ge-

ben. Damit bieten wir eine verlässliche Förderung für gesellschaftliche Aufgaben, die alle Landwirte in Hessen erbringen.

Ferner unterstützen wir Landwirte mit 14 Millionen € – mit einer einzelbetrieblichen Investitionsförderung für moderne Maschinen und Ställe und mit dauerhaft hohen Mitteln für die Ausgleichszahlung in benachteiligten Gebieten. Auch das ist wichtig.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir leben ein Miteinander von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft. Eine verstärkte Förderung des einen geht nicht zulasten des anderen. Mit neuen Marketingprospekten für Biofleisch und -milch, die wir uns 2018 und 2019 über 3 Millionen € kosten lassen, kommen wir der steigenden Nachfrage unserer Bürger nach solchen Produkten nach.

Für das Wohnungswesen und den Wohnungsbau wird die Landesregierung bis 2019 die Summe von 1,6 Milliarden € bereitstellen. Uns sind die großen Herausforderungen bezüglich Wohnraums mehr als bewusst, weshalb wir hier vielfältig fördern: von Darlehen für den Bau, die Modernisierung oder den Erwerb von Wohnraum über Baukostenzuschüsse für studentischen Wohnraum bis zu Förderprogrammen wie „Stadtumbau“ oder „Soziale Stadt“.

Mit der Allianz für Wohnen, der Bauland-Offensive und dem Masterplan Wohnen widmen wir uns diesem Thema in besonderer, in angemessener Weise. Mit dem neuen Förderprodukt „Nachhaltiges Wohnumfeld“ sollen Städte mit Wohnraumdefizit zunächst dabei unterstützt werden, Konzepte für eine nachhaltige, ökologische und soziale Entwicklung neuer bedarfsgerechter Wohnbauflächen zu erarbeiten. Diese sollen in einem späteren Schritt Grundlage für konkrete bauliche Maßnahmen werden.

Zum Schluss tun wir im Einzelplan 09 auch viel Gutes für den ländlichen Raum. Der ländliche Raum – das wissen Sie – ist eines der zentralen Themen für diesen Doppelhaushalt und eine Initiative der Landesregierung. 750 Orte befinden sich zurzeit in der Dorfentwicklung. Mit den Haushaltsmitteln für die Dorfmoderation wollen wir den Kommunen zur Seite stehen, die nicht Förderschwerpunkt der Dorfentwicklung sind, aber die sich natürlich genau denselben Problemen ausgesetzt sehen wie die teilnehmenden Kommunen.

Über Pilotprojekte zur Aktivierung von Innenlagen in ländlichen Dörfern und Städten wollen wir Erfahrungen sammeln, wie dort Leerstände, Brachen und Schrottimmobilien einer städtebaulichen Nutzung zugeführt werden können. Dies ist eine Hilfestellung für die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit von Ortskernen im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben Kongress-, Messe- und Städtetourismus gibt es auch einen nicht unerheblichen Landtourismus. Wir wissen, dass dieser Landtourismus eine wichtige Rolle bei der Tourismus- und Regionalentwicklung ländlicher Räume einnimmt. Daher werden wir die bestehende investive Förderung im Rahmen des LEADER-Programms und die Marketingberatung über die Hessen Agentur mit weiteren Maßnahmen ausbauen, die über das bisherige Maß hinaus dazu beitragen sollen, touristische Potenziale auf dem

Land erfolgreich zu heben und dann auch erfolgreich zu vermarkten.

Als CDU-Fraktion stehen wir hinter all diesen Zielen, welche mit den entsprechenden Haushaltszahlen im Haushaltsentwurf hinterlegt sind. Wir sehen anders als Frau Löber deutliche Akzente, die hier gesetzt worden sind. Wir begrüßen diese und tragen diese mit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Landau. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Knell von der Fraktion der FDP. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben jetzt das Wort.

Wiebke Knell (FDP):

Frau Vorsitzende, meine Damen, meine Herren! Insgesamt muss man der Haushaltspolitik der Landesregierung eher vorwerfen, dass sie keine Schwerpunkte setzt und mit der Gießkanne über das Land geht. Ich konstatiere aber gerne, dass das Umweltministerium tatsächlich Schwerpunkte setzt. Nur, was nützt das, wenn es die falschen Schwerpunkte sind? Was nützt es, wenn es grüne ideologische Forderungen sind, die Sie seit Jahren vor sich hertragen, ohne sich auch nur eine Sekunde lang darüber Gedanken zu machen, ob sich vielleicht die Ausgangslage verändert hat, ob es wirklich Sinn macht, die Waschbären zu schonen, ob sich FSC wirklich ökologisch lohnt oder ob einem Mehr an Wohnungsbau nicht vor allem die bürokratischen Bauvorschriften im Wege stehen?

Politische Schwerpunktsetzungen muss man auch an die Realitäten und vor allen Dingen an die veränderten Realitäten anpassen. Man muss sie neu denken.

Schauen wir uns einmal die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der Umweltministerin an. Die FSC-Zertifizierung ist ein typisches Beispiel dafür, was ideologisch betriebene Politik bedeutet. Da wird das Label eines Vereins von der Landespolitik promotet, das nach Einschätzung von Hessen-Forst ökologisch keinen Nutzen hat und ökonomisch ein Desaster für den Landesbetrieb ist. Diese Einschätzung stammt nicht von der Opposition dieses Hauses, sondern von den Fachleuten bei Hessen-Forst, die diese erschreckende Bilanz in einem Gutachten aufgeschrieben haben.

Was macht die grüne Ministerin mit diesem Gutachten, wenn es nicht in ihr politisches Weltbild passt? – Sie hält es erst einmal unter Verschluss und gibt ein Gegengutachten in Auftrag bei einem Unternehmen, das selbst FSC-Mitglied ist. Der Clou daran ist, dass dieses Unternehmen laut eigener Aussage schon im August ein Gutachten übergeben hat, offenbar aber nicht mit dem gewünschten Ergebnis; denn das Gutachten wird immer wieder angekündigt, aber es scheint noch entsprechend angepasst werden zu müssen, damit es zum grünen Parteiprogramm passt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man sich die Folgen von FSC einmal genauer anschaut, dann erkennt man, dass FSC Hessen-Forst massiv unter Druck setzt, weil es massive ökonomische Einbrüche durch FSC gibt, die nicht durch einen höheren Verkaufser-

lös kompensiert werden können. Im Gegenzug werden die Kosten für die Kommunen und die privaten Waldbesitzer massiv erhöht, um einen Ausgleich zu schaffen. Der Unmut dort wächst massiv, und immer mehr Kommunen steigen aus der Beförderung durch Hessen-Forst aus.

Diese falsche Politik müssen Sie beenden. FSC bringt keinen ökologischen Fortschritt, sondern erhöht den Druck massiv.

(Beifall bei der FDP)

Dass das die CDU mitmacht, zeigt einmal mehr, dass Sie den kompletten Bereich der Land- und Forstwirtschaft den GRÜNEN ausgeliefert haben.

Das sieht man auch beim nächsten Realitätscheck, nämlich bei der Jagdverordnung. Ohne fachliche Grundlage haben Sie die Jagdzeiten selbst für eingewanderte Arten wie den Waschbären eingeschränkt. Dass das gerade beim Waschbären ein Fehler ist, kann ich Ihnen nicht nur als Jägerin bestätigen. Das wissen auch die vielen Menschen, deren Häuser der Waschbär demoliert. Dabei haben Sie immer behauptet, dass Sie die neuesten wildbiologischen Erkenntnisse zur Grundlage Ihrer Entscheidung machen.

Dennoch sind Sie seit inzwischen mehr als einem halben Jahr nicht in der Lage, diese wildbiologischen Erkenntnisse als Begründung dem Staatsgerichtshof mitzuteilen. Im Gegenteil, die Landesregierung spielt auf Zeit und bittet immer wieder um Fristverlängerung, weil das Gutachten, das die Jagdverordnung begründen soll, noch nicht vorliegt. Sie werden mit der Jagdverordnung vor dem Staatsgerichtshof Schiffbruch erleiden. Das haben Sie auch verdient, weil Sie das Parlament übergangen haben und weil ein grünes Parteiprogramm nicht ausreicht, um wildbiologische Erkenntnisse zu ersetzen.

(Beifall bei der FDP)

Auch hier bleibt das Fazit: Die CDU schaut zu und hat auch die Jäger den GRÜNEN ausgeliefert.

Wie ist es in der Landwirtschaft? Die Anbaufläche im Ökolandbau wächst und wächst, weil die Förderung des Landes massiv ausgeweitet worden ist. Aber dem Rest der Landwirtschaft macht die Landesregierung das Leben schwer durch immer weitere Bürokratie, durch Auflagen und Verbote und durch das Misstrauen, das den Landwirten entgegenschlägt. Die einseitige Ausrichtung des Landes allein auf den Ökolandbau ist eine weitere Schwerpunktsetzung, die den GRÜNEN das Feld allein überlässt. Wir sind nicht gegen Ökolandbau, aber es muss einen fairen Ausgleich geben, und dieser findet derzeit so nicht statt.

(Beifall bei der FDP)

Dann kommen Sie auf die Idee, den Milchbauern in der Krise etwas Gutes tun zu wollen. Sie rühmen sich dafür, dass Hessen das einzige Land ist, das 5 Millionen € für die Milchbauern bereitgestellt hat. Das haben wir auch ausdrücklich begrüßt; aber dass ein Drittel dieser 5 Millionen € gar nicht bei den Milchbauern angekommen ist, sondern bei Hessen-Forst und anderen Betrieben, die gar keine Milchkühe haben, wussten Sie schon bei der Aufstockung des AGZ-Programms. Warum haben Sie da nicht mit offenen Karten gespielt?

(Beifall bei der FDP)

Dann ist da noch das Landgestüt. Da kommt die Ministerin in der Sommerpause auf die Idee, man könnte mir nichts, dir nichts das Landgestüt in Dillenburg schließen. Man könnte sagen, das wäre immerhin ein Beitrag zur strukturellen Sanierung des Haushalts. Das wird jedoch mit Tier-schutzbedenken begründet. Nach drei Jahren Regierungszeit ist das zwar etwas plötzlich, aber nun gut.

Das Problem ist nur, dass das Vorgehen offensichtlich mit niemandem abgestimmt war. Die CDU macht es dann so wie immer: Vor Ort kämpft sie für den Erhalt. Im Landtag schweigt sie. Am Ende rudern alle zurück, inklusive des stellvertretenden Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der FDP)

Das Ergebnis: Das Landgestüt ist kein Landgestüt mehr, weil die Hengste verkauft wurden. Trotzdem bleibt es erhalten, aber niemand kann richtig zufrieden sein. Das war wohl eher eine falsche Baustelle, die die Ministerin da aufgemacht hat.

Ein weiterer Schwerpunkt der Landesregierung ist der Klimaschutzplan. 160 Maßnahmen wurden als Ideen vorgestellt. Darin enthalten sind Dinge wie die fleischlose Kantine und alles, was man sonst noch so nicht braucht. Am Ende finden sich alle diese Maßnahmen nicht mehr wieder. Stattdessen wird plötzlich das Jobticket für die Landesbediensteten als Maßnahme des Klimaschutzplans umgedeutet. Plötzlich werden mehr als 50 % der Kosten für diese eine Maßnahme veranschlagt. Dabei wurde diese Maßnahme doch nur zufällig erfunden, weil die Landesregierung in den Tarifvertrag das Burka-Verbot hineinschreiben wollte. Das ist schon ein sehr interessanter Deal.

Frau Kollegin Feldmayer, Sie haben vorhin Herrn Schwarzenegger als Beispiel herangezogen. Man sollte sich einmal anschauen, was dieser Mensch für eine Politik macht. Er macht nämlich nicht nur Umweltpolitik, die Sie vielleicht gutheißen, sondern dieser Mann kämpft für die Todesstrafe. Er hat sich schon immer für die Todesstrafe eingesetzt. Er vertritt eine Integrationspolitik, die Sie als GRÜNE sicherlich nicht vertreten können.

(Beifall bei der FDP – Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hört, hört!)

Egal, was die GRÜNEN oder Schwarzenegger sagen, eines ist klar: Am Ende ist der Klimaschutzplan vollkommen überflüssig, weil wir dem europäischen Emissionshandel unterliegen.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat ihn denn blockiert, Frau Kollegin?)

Auch wenn das in diesem Haus niemand einsehen will: Solange der Emissionshandel existiert, wird jede einzelne Tonne CO₂, die wir einsparen, woanders ausgestoßen werden. Die Polen freuen sich über jede Tonne, die wir mit viel Geld einsparen, weil sie dann ihre Kohlekraftwerke am Netz lassen können.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ihn blockiert!)

Wenn wir ohne Planwirtschaft marktwirtschaftlich an die CO₂-Vermeidung gehen würden, dann könnten wir auch etwas erreichen. Aber dieser hessische Klimaschutzplan hat am Ende nur eine Folge: Es gibt neue Stellen im höheren Dienst im Umweltministerium, die bestimmt nicht zur CO₂-Vermeidung beitragen, sondern eher heiße Luft produzieren.

(Beifall bei der FDP)

Apropos Luft: Was ist denn eigentlich die Position der Landesregierung zur blauen Plakette? Die Umweltministerin erklärt bei jeder Gelegenheit, dass sie die blaue Plakette einführen will, um die Diesel aus den Innenstädten herauszubekommen. Der Ministerpräsident erklärt, dass er alles tun wolle, um Fahrverbote zu verhindern. Was gilt denn nun? Sie müssen sich da schon einmal absprechen.

Die blaue Plakette ist nichts anderes als ein Fahrverbot. Diese einzuführen wäre nicht nur eine Enteignung für viele Menschen, sondern würde auch Tausende Dieselfahrzeuge aus den Innenstädten ausschließen. Pendler kämen nicht mehr zur Arbeit. Nicht jeder kann sich alle vier Jahre einen neuen Diesel bzw. ein neues Auto leisten.

(Beifall bei der FDP)

Die CDU sollte wirklich aufpassen, dass sie nach den Jägern, den Land- und den Forstwirten nicht auch noch die Dieselfahrer der grünen Schwerpunktsetzung in diesem Land opfert. Ökologie und Ökonomie kann man nicht vereinen, wenn man eine grüne Umweltministerin oder einen grünen Wirtschafts- und Verkehrsminister hat, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union.

Bleibt noch das Thema Wohnungsbau. Immer neue große Programme werden von der Landesregierung angekündigt, meist durch Bundesgeld finanziert und über mehrere Jahre aufsummiert, damit die Zahlen auch schön groß wirken. Dabei hat die Ministerin inzwischen bereits mehrfach angemerkt, dass mehr Geld gar keinen Effekt hat, weil die Programme gar nicht ausgeschöpft würden.

Es scheitert vielmehr an den hohen Hürden, die man aufgebaut hat, wie die Energieeinsparverordnung, die Bauordnung, die Grunderwerbsteuer, die Fehlbelegungsabgabe, die Abschaffung der Eigentumsförderung, das fehlende Bauland usw. Das Bauen ist inzwischen massiv verteuert worden. Wenn wir auf der Bundes- und Landesebene die bürokratischen Hürden nicht senken und die Bauvorschriften nicht vereinfachen, werden wir die Wohnungsnot in den Ballungsräumen nicht in den Griff bekommen. Auch hier stehen sich die GRÜNEN selbst im Weg: Immer striktere Energieeinsparvorschriften, die das Bauen teurer machen, stehen einer Wohnungsbauffensive im Weg. Die Fesseln im Wohnungsbau müssen gelöst werden. Dafür ist es höchste Zeit.

(Beifall bei der FDP)

Insgesamt gesehen bleibt beim Einzelplan 09 nur festzustellen: Die Ministerin setzt zwar Schwerpunkte bei ihrer Arbeit, aber es sind die falschen, und die CDU steht Schmiere und lässt die Ministerin ohne Gegenwehr gewähren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Knell. – Für die Landesregierung spricht nun Frau Staatsministerin Hinz. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen setzen Schwerpunkte, auch im Umweltbereich. Ich finde, wir setzen die richtigen Schwerpunkte.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich sehr über die Unterstützung, die ich bei dem Versuch bekomme, nicht nur die Herausforderungen gemeinsam anzugehen, sondern auch zu Problemlösungen beizutragen.

Ich komme zunächst zum Wohnungsbau. Sie alle wissen, dass wir einen eklatanten Mangel an Wohnungen haben, vor allen Dingen in den Ballungsräumen und in den Hochschulstädten. Deswegen hat sich die Koalition darauf verständigt – das findet sich auch in dem Haushaltsplanentwurf wieder –, ein zweites Kommunalinvestitionsprogramm mit einem Programmteil Wohnen mit 257 Millionen € aufzulegen. Ich finde, das ist ein Wort. Hier können wir den Kommunen deutlich machen, dass wir an ihrer Seite stehen, wenn sie schnell und unbürokratisch Wohnraum schaffen wollen; denn genau dafür ist das Kommunalinvestitionsprogramm da.

Das erste Programm war schnell ausgeschöpft. Frau Knell, ich weiß gar nicht, wie Sie dazu kommen, zu sagen, dass die Gelder, die wir im Bereich Wohnen zur Verfügung stellen, nicht abgerufen werden. Richtig ist, dass wir noch keinen Antrag aus Finanzgründen ablehnen mussten. Das wird bei dieser Landesregierung weiterhin so sein. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Lenders (FDP): Sie wissen genau, am Geld liegt es nicht! Es liegt an Ihrer Politik!)

– Herr Lenders, Sie brauchen gar nicht so laut zu brüllen; ich bin mithilfe des Mikrofons lauter.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

– Nein, wir haben nämlich das Wohnungsbaubudget auf 1,6 Milliarden € aufgestockt.

(Jürgen Lenders (FDP): Am Geld scheitert es doch nicht!)

1,6 Milliarden € – so viel Geld gab es noch nie für den Wohnungsbau in Hessen. Das schaffen CDU und GRÜNE gemeinsam. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus haben wir die Bauland-Offensive an den Start gebracht, weil es uns wichtig ist, dass die Wohnungen tatsächlich gebaut werden. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, auch schwierige Gebiete in die Bauflächenentwicklung aufzunehmen, sodass am Ende dort frei finanzierte, vor allen Dingen aber sozial geförderte Wohnungen entstehen. Die Kommunen sind froh, dass wir sie unterstützen. Wir haben seit Juni schon fast 30 Anfragen bekommen, und wir werden die Kommunen auf jeden Fall bei der Bauflächenentwicklung unterstützen.

Wir werden – auch das wird mit dem Haushalt auf den Weg gebracht – Landesflächen im Fall der Bebauung mit

sozialem Wohnraum künftig günstiger abgeben. Auch das ist ein ganz wichtiger Punkt, der mit dem Doppelhaushalt auf den Weg gebracht wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen die Bindungsdauer bei der Wohnraumförderung verlängern. Weitere Maßnahmen sind im Masterplan Wohnen niedergelegt. All das wird von der Allianz für Wohnen unterstützt, mit der wir ganz unterschiedliche Akteure, von den Kommunalen Spitzenverbänden über die Kammern bis hin zur Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund, zusammengebracht haben. Ich bin froh, dass ich mich bei der hessischen Wohnungspolitik auf ein solches Gremium stützen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zum zweiten Schwerpunkt, dem Naturschutz in Hessen. Wir haben einen Rückgang der Artenvielfalt festzustellen, nicht nur in Hessen, sondern bundes- und europaweit. Das ist ein Problem. Deswegen sind unsere Anstrengungen darauf gerichtet, wieder Lebensräume für unterschiedliche Arten zu schaffen, die wir hier in Hessen nicht nur im Bestand stabilisieren, sondern möglichst auch wieder ansiedeln wollen: bedrohte Arten wie den Feldhamster, den Kiebitz, die Feldlerche und viele Insektenarten. Die Liste ließe sich leider lange fortsetzen. Alle diese Arten wollen wir in Hessen behalten. Das kostet natürlich Geld.

Wir haben mit Blick auf die letzte Wahlperiode in diese Periode die Mittel für den Naturschutz mit dem Doppelhaushalt um 60 % aufgestockt. Wir haben jetzt 33 Millionen € im Doppelhaushalt für den Naturschutz zur Verfügung. Das ist eine Riesensumme, die zu den Mitteln für die Landwirtschaftsprogrammen hinzukommen, die ebenfalls auf den Naturschutz ausgerichtet sind. Sie kommen zu den Mitteln für die Renaturierung von Fließgewässern hinzu, die aus einem anderen Etat stammen, die aber ebenfalls für die Gestaltung von Lebensräumen verschiedener Arten zur Verfügung stehen.

Mit Geld allein ist das Problem insgesamt natürlich nicht gelöst. Wir brauchen auch Akteure, die mitmachen. Deswegen haben wir in diesem Jahr mit der Professionalisierung der Landschaftspflegeverbände begonnen. Wir bringen hier die Landwirtschaft, den Naturschutz im Haupt- und Ehrenamt, die Jägerschaft, die Forstverwaltung und die Kommunen zusammen, weil dort, wo die Genannten kooperieren und die Maßnahmen im Naturschutz gemeinsam umsetzen, am Ende etwas Gutes daraus wird; denn alle achten auf die Lebensräume, statt sie zu zerstören. Das ist der Weg, den wir mit dem Doppelhaushalt weiterhin gehen wollen. Die Professionalisierung der Landschaftspflegeverbände wird von uns weiter gestaltet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich ist auch die Landwirtschaft ein Schwerpunkt unserer Politik. Ich wundere mich immer darüber, wenn gerade die FDP so tut, als gäbe es eine riesige Diskrepanz zwischen den Landwirten, die konventionell ihre Äcker bewirtschaften, und den Landwirten, die ökologisch wirtschaften. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe nämlich die konventionell und die ökologisch arbeitenden Landwirte zusammengebracht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe den Graben durch viele Gespräche, durch viel Zusammenarbeit und Kooperation überwunden. Gerade der Ökoaktionsplan, der nicht nur den „Ökos“, wie wir sie freundlich nennen, sondern auch den konventionell arbeitenden Landwirten viel an Förderung bietet, wird gut angenommen. Inzwischen gibt es eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den konventionellen Betrieben und den ökologischen Betrieben. Das wollen wir in Hessen so beibehalten. Wir wollen die alten Grabenkämpfe nicht mehr haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin allerdings darüber erstaunt, dass Sie alle nichts davon mitbekommen haben, wie wir die Milchbauern unterstützt haben. Das haben wir mit der AGZ, also der Ausgleichszulage, getan. Ich habe bereits im letzten Sommer in der Plenarsitzung, als wir über das Thema Milch diskutierten, erläutert, dass die AGZ nicht nur den Milchbauern, sondern auch den anderen Bauern zur Verfügung steht, die in benachteiligten Gebieten wirtschaften.

Ich habe den Abgeordneten des Umweltausschusses aufgrund eines Antrags auch noch schriftlich mitgeteilt, um wie viel Prozent es dabei geht. Entweder hören Sie nicht zu, oder Sie lesen das, was Sie bekommen, nicht, oder Sie wollen jetzt nichts mehr davon wissen, weil es der Rechnungshof noch einmal aufgeschrieben hat. Aber wenn Sie die alten Plenarprotokolle und die alten Papiere herausholen, werden Sie genau das nachlesen können. Ich habe es damals genau so ausgeführt. Die Überraschung ist also eigentlich keine.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten und letzten Punkt: dem Klimaschutzplan und der Finanzierung der Maßnahmen aus dem Klimaschutzplan. Klimaschutz findet bei der FDP nicht statt; das habe ich jetzt verstanden. Sie haben das auch schon bei der Vorstellung des Klimaschutzplans gesagt.

Mich verblüfft aber, dass das Landesticket immer noch für solche Diskussionen sorgt; denn inzwischen müsste eigentlich jeder verstanden haben, dass die 100 Millionen € nicht an die Landesbediensteten gehen, sondern den Verkehrsverbünden zur Verfügung gestellt werden, damit sie das Angebot ausweiten können. Das gehört zum Klimaschutz dazu; denn nur wenn wir mehr öffentlichen Nahverkehr haben und mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen, ist das ein Beitrag zum Klimaschutz. So können wir dem Klimawandel entgegenwirken. Deswegen ist das ein ganz wichtiger Punkt.

Das Verkehrsaufkommen trägt zu 35 % zu den Treibhausgasemissionen in Hessen bei. Das ist der Hauptbrocken. Gerade deswegen ist der Hauptteil der 140 Millionen € für den Doppelhaushalt im Etat des Wirtschafts- und Verkehrsministers verankert. Es ist doch völlig klar, dass da das meiste zu finden ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin gar nicht neidisch, sondern ich habe mit dafür gesorgt, dass dort so viel Geld zur Verfügung steht; denn wir

wollen die Klimaziele in Hessen insgesamt erreichen. Frau Löber, warum Sie jetzt schon behaupten, dass wir die nicht erreichen, weiß ich nicht.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Ministerin, ich muss Sie daran erinnern, dass Ihre Redezeit erschöpft ist.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich komme zum Schluss. – Mir erschließt es sich nicht, warum Sie das sagen;

(Zurufe von der LINKEN)

denn es stimmt überhaupt nicht. Mit unseren weiteren Maßnahmen gerade im Verkehrsbereich und in meinem Bereich, in dem wir die Kommunen zusätzlich unterstützen, werden wir nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für eine effektive Anpassung an den Klimawandel sorgen. Auch das ist wichtig, weil wir uns auf den Klimawandel einstellen müssen. Insofern sind das die richtigen Schwerpunkte: ein guter Etat für die nächsten beiden Jahre, was die Umwelt betrifft. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Lesung des Einzelplans 09.

Ich rufe den

Einzelplan 10 – Staatsgerichtshof –

auf. Es wurde vereinbart, dass hierzu keine Aussprache stattfindet. Dann machen wir das so.

Dann rufe ich den

Einzelplan 11 – Hessischer Rechnungshof –

auf. Es wurde vereinbart, dass auch hierzu keine Aussprache stattfindet. Dann machen wir das so.

Ich rufe dann den

Einzelplan 15 – Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst –

auf. In Verbindung damit rufe ich auch **Tagesordnungspunkt 54**

Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend innovative Hochschulen in Hessen – Drucks. 19/5167 –

sowie **Tagesordnungspunkt 69** auf:

Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Forschungsförderung in Hessen – Drucks. 19/5461 –

Die erste Wortmeldung kommt vom Kollegen Grumbach, SPD-Fraktion. Sie haben noch 2 Minuten und 25 Sekunden Redezeit. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Gernot Grumbach (SPD):

Entspannt euch. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben gestern erlebt, wie der Herr Ministerpräsident im Rausch der Zahlen versunken ist. Dabei hat die Wissenschaft eine Rolle gespielt. Ich finde, man kann den Rausch der Zahlen der Dauer der Redezeit zuordnen. Meine Redezeit ist kürzer. Für einen Rausch reicht es zwar nicht, aber für die Erdung.

Ja, das Land Hessen liegt auf Platz 2 bei den Hochschulausgaben pro Einwohner. Ja, das Land Hessen liegt auf Platz 2 bei der Steigerung der Hochschulausgaben. Aber dann hört es mit dem Ja auch schon auf. Wenn wir nämlich darüber reden, dass dies eines der reichsten Bundesländer Deutschlands ist, stellen wir plötzlich fest, dass Hessen auf den Plätzen 7 bis 9 liegt – drei Länder sind auf demselben Platz –, wenn es um die Hochschulausgaben pro Bruttoinlandsprodukt geht. Wir unterschreiten damit den Stand der Europäischen Gemeinschaft um 0,5 %. Das heißt, eines der reichsten Bundesländer leistet sich nicht einmal das, was wir gemeinsam für Europa vereinbart haben.

Noch spannender wird es, wenn wir darüber reden, wie es bei den Ausgaben pro Studierenden aussieht. Wir hatten das hier schon einmal. Da wird dann gesagt, es gebe so viele Studierende in Hessen. Ja, wir liegen auf Platz 12 bei den Ausgaben pro Studierenden.

Jetzt kommt der spannende Punkt: Die Landesregierung betreibt eine schöne Seite – „regio pro“ heißt sie –, auf der gezeigt wird, wie die Fachkräfte über das Land verteilt sind: ob es da einen Überschuss oder einen Mangel gibt. Wenn man sich dort anschaut, wie es um die akademische Bildung in Hessen bestellt ist, sieht man eine Zahl, die zeigt, dass in Hessen im Verhältnis zu der Zahl der Arbeitskräfte, die das Land braucht, 3 bis 5 % zu wenig Akademiker ausgebildet werden. Das heißt, die wirtschaftsfreundliche Landesregierung sorgt nicht einmal dafür, dass das Land Hessen in der Lage ist, die Arbeitskräfte auszubilden, die es braucht. Ich finde, damit ist das Urteil schon gesprochen: Hier wird das Mittelmaß zum Maßstab erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Ein Punkt, den wir gemeinsam regeln müssen – dafür wird die Redezeit nicht reichen –, ist die Qualität des Studiums. In Europa leistet man sich im Durchschnitt 37 Studierende pro Professor; in Deutschland sind es bestenfalls 55, schlimmstenfalls 95 Studierende pro Professor. Auf 99 Studierende pro Professor kommt man in NRW. Das Land Hessen ist mit 77 Studierenden pro Professor in diesem Ranking ziemlich weit abgeschlagen. Auch dort heißt es: Wer ein qualitativ hochwertiges Studium will, muss etwas anderes tun, als so weiterzumachen. Auch dort hat das Land mit großen Worten Mittelmaß verkauft.

(Beifall bei der SPD)

Zusammengefasst: Es gibt zwar das größte Plakat für Kultur und einen netten Werbespot für Cybersicherheit. Aber wer sich das einmal genau anschaut, stellt Folgendes fest – ich zitiere Herrn Kotler aus „Grundlagen des Marketing“ –:

Marketing für ein eher unbekanntes Produkt ist immer Werbung für die werbende Firma.

Die werbende Firma ist in diesem Fall die Landesregierung.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Gernot Grumbach (SPD):

Wir merken, Sie machen mit Staatsmitteln Wahlkampf. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Grumbach. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Wolff, CDU-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Sie haben noch 13 Minuten Redezeit.

Karin Wolff (CDU):

Das ist ja prima. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte eben den Eindruck, Kollege Grumbach hat ein Wollknäuel hochgeworfen, und die Fäden haben sich dabei verwirrt. Er hat auf verschiedene Punkte abgehoben, die aber in keinem Zusammenhang mehr stehen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Doch, wir haben ihn verstanden! – Janine Wissler (DIE LINKE): Aber er hat etwas Gutes daraus gestrickt!)

Herr Kollege Grumbach, Sie haben mit der Akademikerquote angefangen, obwohl wir uns im Land doch eher über die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung auseinandersetzen müssten. Wir haben es in Hessen ermöglicht, dass die Übergänge zwischen beruflicher und akademischer Bildung fließend geworden sind und dass es jedem Menschen offensteht, alle Abschlüsse zu machen. Auf eine bereits absolvierte Ausbildung kann eine Weiterbildung mit den entsprechenden Zertifikaten draufgesetzt werden. Ich glaube, damit kann sich Hessen sehen lassen – sogar mehr als das: Es kann damit auch als Vorbild dienen.

Darüber, dass uns jemand, der die Zeit vor 1999 gut kennt, sagt, wir seien nur Mittelmaß, muss ich mich schon wundern. Herr Kollege Grumbach, diesen Abschnitt ihrer Biografie sollten Sie nicht dem Vergessen anheimfallen lassen, sondern Sie sollten sich daran erinnern, wie es damals war. Wer nicht anerkennt, dass wir von diesem Ausgangspunkt aus in Hessen ein derartiges Maß an Exzellenz erreicht haben, dass der Doppelhaushalt 2018/19 mittlerweile eine Größenordnung von 6 Milliarden € beträgt und dass darin Leistungen für Lehre, für Forschung und auch für Kultur in einem sehr beachtlichen Umfang abgebildet werden, der ignoriert das, was in diesem Land geleistet wird.

Meine Damen und Herren, ich denke, das ist schon sehr beachtlich. „Wünsch dir was“, kann man noch immer haben. Das ist kein Problem. Das teilen wir. Was aber hier geleistet worden ist, ist von enormer Quantität und Qualität.

(Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Ich will drei Kapitel aufgreifen. Das erste Kapitel ist die Forschung. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, in denen wir fast kein Forschungsinstitut in Hessen hatten, das von überregionaler Bedeutung war. Wenn wir uns jetzt an-

schauen, was in diesem Haushalt zusätzlich an bestehenden Instituten gefördert und was angestrebt wird, an zusätzlichen Instituten zu fördern, kann ich nur sagen: Da reicht die Zeit zur Aufzählung nicht.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Wenn ich mir die Gesellschaft für Schwerionenforschung anschau, die Grundlagenforschung, die dort passiert, wenn ich mir die medizinische Exzellenz im Bereich von Herz-Lungen-Krankheiten, im Bereich von Krebskrankheiten und der Erforschung neuer Methoden der Heilung anschau, wenn ich mir den gesellschaftswissenschaftlichen, interdisziplinären Bereich der „normativen Ordnungen“ anschau, wenn ich den Begriff der Cybersicherheit – dazu kann ich mir Ihre Bemerkung von eben überhaupt nicht erklären – nehme und mir anschau, dass wir das Institut CRISP verstetigt und in Darmstadt ein Nationales Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit haben, das von europäischer Bedeutung ist, und Sie wissen, dass wir dort ein Max-Planck-Institut anstreben und hoffentlich bekommen, dann stelle ich fest: Das ist ein enormer Leuchtturm, den das Land Hessen aufzuweisen hat.

Meine Damen und Herren, damit wollen wir Impulse geben. Dieser Haushalt gibt weitere Impulse und ermöglicht es den Instituten, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und zu steigern. Darauf legen wir diesen Haushalt an. Damit sind die besten Voraussetzungen gegeben, wenn Sie sehen, dass wir in Frankfurt ein weiteres Fraunhofer-Institut zur Förderung der öffentlichen Sicherheit, der IT-Infrastruktur anstreben, wenn Sie sehen, dass wir dabei sind, das ursprüngliche LOEWE-Zentrum für Herz-/Lungenkrankheiten in ein Helmholtz-Zentrum umzuwandeln, und dass wir hoffentlich mit dem Max-Planck-Institut im Bereich der Cybersicherheit werden punkten können. Im Bereich der Forschung haben wir wirklich allen Anlass, auch bei einzelnen Rückschritten im Hinblick auf die Exzellenzförderung, stolz zu sein auf das, was erreicht worden ist, und es verbleibt mir, unseren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit der Unterstützung des Landes, die sie haben, weiterhin viel Erfolg bei der Weiterentwicklung zu wünschen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zweite Kapitel ist der Bereich von Lehre und Personalentwicklung. Das Grundbudget wird im nächsten Jahr um 24,1 Millionen € und im Folgejahr um 43,7 Millionen € gesteigert. Das ist eine solide weitere Finanzierung auf einem hohen Niveau und bei nicht mehr steigenden, sondern bei zunehmend auf dem gleichen Niveau verbleibenden Studierendenzahlen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wieso denn das? Die Schülerzahlen steigen doch!)

Dazu gehört, dass wir innerhalb der Hochschulen einen Haushalt in Höhe von 1,7 Milliarden € haben, ohne all das, was in den Bereich von Forschung und Exzellenz gehört. Dazu haben wir noch den Hochschulpakt 2020 mit 497 Millionen €. Das sind enorme Zahlen. Ich darf auch darauf verweisen, dass wir im Bereich der Personalentwicklung 71 Professuren von W 1 nach W 2 heben werden, um es den Hochschulen mit dem Tenure-Track-Programm möglich zu machen, dass sie Personalentwicklung ganz klar beschreiben und vollziehen können. Auch sollen sie die Menschen, die diese Personalentwicklung machen sollen, einstellen können. Wir haben vor einer Woche im Wissen-

schaftsausschuss den Präsidenten der TUD gehabt, der sich dafür bedankt und gesagt hat, er warte und hoffe, dass er die entsprechenden Einstellungen zu Jahresbeginn werde vornehmen können. Das ist gut so.

Wir werden auch im Bereich des dualen Studiums mehr Gelder einsetzen, weil wir glauben, dass den Hochschulen diese Differenzierung guttut. Daher legen wir in Bezug auf die duale Ausbildung aus wissenschaftlicher und beruflicher Bildung noch einen guten Betrag drauf. Nicht zu verschweigen ist auch, dass wir die Ausgaben für die Studierendenwerke in den letzten Jahren um 20 % gesteigert haben. Das ist enorm viel; und wir geben noch je eine 1 Million € drauf.

Ich will ein drittes Kapitel ansprechen, das der Kultur, weil es, im Hinblick darauf, wie wir das kulturelle Leben fördern, darstellt, wie wir Kultur leben. Wir haben in jedem Bereich unseres Landes, im Norden, in der Mitte und im Süden, jeweils ein starkes Staatstheater sowie Landesmuseum; und gerade wurde im Bereich der Landesmuseen in mächtigen Schritten renoviert. Wir geben den Staatstheatern mittlerweile wieder den vollen Betrag, den die Tarifsteigerung verlangt. Das sind drei große Säulen und Flaggschiffe. In beiden Bereichen wird dafür gesorgt, dass es in jedem regionalen Bereich Hessens, auch in der Peripherie, im ländlichen Raum, möglich ist, in Theater und Museen zu gehen. Dafür gibt es immer wieder Angebote.

Aber wir haben unsere Anstrengungen auch sehr stark darauf ausgerichtet, dass wir in den Flächen des Landes kulturelle Angebote machen. Deswegen ist es wichtig, dass wir im Bereich der kulturellen Bildung in den Jahren 2016 bis 2019 rund 5,5 Millionen € ausgeben, unter anderem mit den Mitteln für den Kulturkoffer, der in allen Dörfern und Städten genutzt werden kann; und von diesem wird Gebrauch gemacht. Ich glaube, dass das eine multiplikatorische Wirkung ausstrahlt, die nicht zu unterschätzen ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kultur lebt aber auch von Tausenden – da ist die kulturelle Bildung zum Teil dabei – privaten Initiativen und von Ehrenamtlichen, die sich in diesem Bereich engagieren. In allen Gemeinden wird darauf geachtet – das erlebe ich in meinem eigenen Wahlkreis oftmals –, dass kulturelle Angebote nicht nur in einem Gemeindeteil, sondern in allen Gemeindeteilen gefördert und getragen werden, um örtliches Leben auch wirklich darzustellen und um in der kulturellen Förderung keine Hierarchien zu haben. Es gibt private regionale Museen; es sind in Hessen mehr als 400; es gibt in den Regionen Kulturdenkmäler, Musikgruppen, Theaterinitiativen, private Initiativen, Zeitzeugenaktivitäten, Fördervereine und vieles andere mehr, was ich gar nicht aufzählen kann. Das gibt es alles in der Fläche des Landes; und das ist von außerordentlicher Bedeutung. Es gilt eben nicht, was Herr Schulz in der letzten Woche beim Parteitag der SPD etwas lächerlich gemacht hat, indem er die FDP angegriffen und gesagt hat, „privat vor Staat“ sei doch wohl das Letzte.

Meine Damen und Herren, was das Ehrenamt angeht, gilt das Umgekehrte. Das ehrenamtliche Engagement, die ehrenamtlichen Initiativen nehmen aus eigener Kraft, aus eigener Initiative und mit eigener Leistung etwas in die Hand. Wir sind es ihnen schuldig, dass wir mit staatlicher Unterstützung noch stärken und stützen, was an ehrenamtlicher Initiative möglich ist und ermutigt werden kann.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist es ein deutliches Signal, dass wir im Bereich ehrenamtlicher kultureller Arbeit schon jetzt mit 2,5 Millionen € dabei sind und uns vorgenommen haben, gerade die Initiativen im ländlichen Raum zu stärken, indem wir jeweils 200.000 € für Museen, Heimatvereine sowie für die regionale Denkmalpflege draufsetzen. Bei regionalen, spartenübergreifenden Projekten setzen wir wiederum den gleichen Betrag drauf, um kulturelle Angebote in der Region zu fördern. Gleiches gilt übrigens für die Musikschulen. Auch dort sind in den letzten drei Jahren 1 Million € dazu gekommen.

Es ist mir zugegebenermaßen wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir unsere zentrale Einrichtung für die Musikförderung, für die Fort- und Ausbildung, die Probenwochen unserer Landesmusikorchester, die Landesmusikakademie in Schlitz, zusätzlich mit 100.000 € fördern, um zusätzliche Angebote finanzieren zu können. Dann müssen nicht so viele Anfragen abgewiesen werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zusätzlich gibt es noch die Verstärkung des historischen Erbes. Das ist etwas, was in die Region hineinwirkt. Es geht darum, zu schauen, wo Tourismus gestärkt werden kann, im Blick auf die Erhaltung des historischen Erbes, im Blick auf das Annehmen des historischen Erbes als Ort, der einen Besuch lohnt. Auch in diesem Bereich wird mit einem Sonderprogramm in Höhe von 3,5 Millionen € zu rechnen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sehen, dass wir nicht nur an verschiedenen Orten ohne Zusammenhang Stichworte hineinwerfen, sondern der Einzelplan 15 ein Konzept hat. Die Forschung, die Lehre und die kulturelle Arbeit, insbesondere in der Region, sollen gestärkt und zukunftsfähig aufgestellt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wolff. Das war wirklich eine Punktlandung. – Frau Kollegin Wissler, Sie sind die Nächste für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hochschulen in Hessen sind unterfinanziert, insbesondere beim Grundbudget. Die Mittel, mit denen die Hochschulen langfristig planen können, sind zu niedrig. Wenn gesagt wird, es würden so viele Mittel für die Hochschulen bereitgestellt wie noch nie, dann müsste man sich einfach einmal anschauen, wie viele Mittel das pro Studierenden sind.

Der Ministerpräsident hat gestern gesagt, Hessen habe die höchste Pro-Kopf-Wirtschaftskraft bundesweit. Dann müsste Hessen eigentlich so viel Geld für die Hochschulen ausgeben wie kein anderes Bundesland. Das ist aber nicht so.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Qualität der Lehre wird schlechter. Konkrete Zahlen der Betreuungsrelation an der Uni Frankfurt: Im Jahr 2012 kamen auf einen Professor 83 Studierende. Jetzt ist das Verhältnis 1 : 92. Es hat sich noch einmal verschlechtert, obwohl wir im Jahr 2012 schon einen schlechten Stand hatten.

Frau Wolff, ich bin schon etwas erschrocken über das, was Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, Sie gingen davon aus, die Studierendenzahlen würden nicht weiter steigen, sondern stagnieren. Vorsicht vor solchen Einschätzungen. Ich will Sie daran erinnern, dass sich diese Landesregierung bei der Prognose der Schülerzahlen für das Schuljahr 2023 um 80.000 Schüler vertan hat, Herr Kultusminister. 15 % mehr Schüler werden im Jahr 2023 an den Schulen sein, als diese Landesregierung dachte. Komisch, oh Wunder, die Prognosen haben nicht gestimmt, jetzt haben wir Lehrermangel. Ich will jetzt nicht sagen, wir hätten es gesagt, aber es entspräche der Wahrheit. Wir haben nämlich immer gesagt, dass dieser ganze Unsinn der demografischen Rendite so nicht eingerechnet werden kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt will ich dem Wissenschaftsminister nur einen kleinen Tipp geben: Wenn die Schülerzahlen steigen – merken Sie etwas? –, könnten auch die Studierendenzahlen weiter steigen. – Ich sage das nur deshalb, damit Sie in ein paar Jahren nicht wieder völlig überrascht sind, dass die Studierendenzahlen weiter steigen. 80.000 Schüler mehr im Jahr 2023 – prognostiziert – könnten bedeuten, dass ein größerer Teil davon auch an die Hochschulen kommt. Deswegen: Vorsicht mit solchen Prognosen, Frau Wolff.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Wolff, die Prognosen dieser Landesregierung haben eigentlich nie gestimmt. Sie müssen die Hochschulen ausbauen und sich darauf einstellen, dass es sehr viel mehr Studierende geben wird.

Wir wollen die ausufernde prekäre Beschäftigung zurückdrängen. Die kommt davon, wenn die Hochschulen immer mehr mit Drittmitteln planen müssen und es immer mehr kurzfristige Projekte und befristete Beschäftigungen gibt. Wir wollen, dass junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der Hochschule eine langfristige Perspektive bekommen und sich nicht von einem befristeten Vertrag zum nächsten hangeln müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Studierendenwohnheime fehlen. Wir haben bundesweit eine der schlechtesten Quoten. Wenn Wohnheime geschaffen werden, dann oft zu Preisen, die sich kein normaler Student leisten kann. Die Studierendenwerke sind weiterhin unterfinanziert. Wir beantragen seit Jahren, dass die Mittel erhöht werden.

Wir haben auch mehr Mittel für Kultur- und Künstlerförderung beantragt. Auch hier brauchen wir vor allen Dingen eine verlässliche Finanzierung, damit die Kultureinrichtungen langfristig planen können und nicht von einer Projektfinanzierung in die nächste gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Letztes möchte ich noch ansprechen, ich habe leider nicht so viel Zeit. Es kann nicht sein, dass das Wissenschaftsministerium immer mehr zum Auffangbecken für gescheiterte CDU-Oberbürgermeisterkandidaten wird.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Das ist Herr Rhein, das ist Herr Burghardt.

(Minister Boris Rhein: Dann sind Sie ja auch demnächst bei uns willkommen! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Sie gewinnt das!)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Bitte keine Zwischenrufe von der Regierungsbank.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank für das Angebot, Herr Minister Rhein. Ich glaube aber, dass ich nicht so sehr scheitern werde, dass ich auf Ihr Angebot zurückkommen werde. – Ich weiß nicht, ob Sie schon eine Abteilungsleiterstelle für Frau Weyland freigeräumt haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssten zum Ende kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. – Im Gegensatz zur Staatssekretärin Weyland, das will ich nur anmerken, habe ich mich nicht für den Oberbürgermeisterwahlkampf in den einstweiligen Ruhestand versetzen lassen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Präsidentin, ein Absatz zum Abschluss. – Zusammengefasst: Weniger Versorgung der eigenen Parteifreunde und etwas weniger Werbung für die Landesregierung. Man kann ja kaum noch ins Kino gehen, ohne dass ein Spot mit einem Minister auftaucht. Mehr Mittel für die Hochschulen, die Studierendenwerke und für die Kultur. Das wäre so grob die Richtung, in die man gehen könnte, Herr Minister.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Frau Kollegin Wissler. – Als nächster Redner spricht nun Kollege May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir 2013 den Koalitionsvertrag zwischen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgeschlossen haben, hatten wir in der Wahlperiode zuvor von den Hochschulen gespiegelt bekommen, dass sie gern mehr Planungssicherheit hätten. Sie hätten gern mehr Planungssicherheit hinsichtlich der Hochschulfinanzen. Sie wollten mehr Grundfinanzierung, und sie wollten Planungssicherheit hinsichtlich des Mittelaufwuchses.

Deswegen hat Hessen mit der Koalition aus CDU und GRÜNEN als erstes Bundesland die Forderungen der großen Wissenschaftsorganisationen aufgenommen und den Hochschulen zugesichert, die Grundfinanzierung 1 % oberhalb der Teuerungsrate zu steigern. Das haben wir in den Haushalten, die jetzt vorliegen, 2018/2019, fortgeschrieben. Wir haben das schon in den letzten Jahren gemacht. Das hat zu erheblichen Aufwüchsen der Grundfinanzierung gesorgt. Wir hatten das im Koalitionsvertrag angekündigt, und wir haben das jetzt mit dem Haushalt 2018/2019 durchgeführt und damit Wort gehalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

In Zahlen bedeutet das: Wir haben bei der Grundfinanzierung der Hochschulen über 24 Millionen € im nächsten Jahr und noch einmal über 43 Millionen € im Jahr 2019; insgesamt sind es rund 68 Millionen € mehr für die Grundfinanzierung der Hochschulen. Das zeigt, dass wir die Forderungen der Hochschulen aufgenommen und die Grundfinanzierung für die Hochschulen massiv gesteigert haben.

Jenseits des Koalitionsvertrags gehen wir natürlich offenen Auges durch die Welt und reagieren auf neue Herausforderungen und Lagen. Deshalb haben wir beispielsweise den Hessenfonds für geflüchtete Nachwuchswissenschaftler aufgelegt. Diejenigen, die in ihrer Not hierhergekommen sind und Talent mitbringen, können besondere Unterstützung erhalten. Auch das ist Inhalt dieses Haushalts.

Wir haben massiv neue Studienplätze geschaffen. Wir haben einen großen Aufwuchs der Studierendenzahl erreicht – im Vergleich zu den Zahlen von vor zehn Jahren um rund 50 %. Trotz der Aufwüchse ist die Betreuungsrelation schlechter geworden. Aus diesem Grund haben wir eine Sonderzuweisung von 85 Stellen, die eigentlich im Jahr 2018 abgängig gestellt waren, und von noch einmal 78 Stellen im Jahr 2019. Diese Sonderzuweisung von 2 Millionen € führen wir dem Hochschulhaushalt zusätzlich zu, um etwas für die Betreuungsrelation zu tun. Das zeigt, dass wir auf die Herausforderungen im Hochschulbereich aktiv reagieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns für die Jahre 2018/2019 weiter vorgenommen, im Bereich der Profilbildung Akzente zu setzen. Beispielsweise wollen wir an der Universität Kassel den Aufbau des außeruniversitären Forschungsinstituts zum documenta-Institut zusätzlich unterfüttern. Deswegen haben wir für die Universität Kassel drei Professuren eingestellt, um an dieser Stelle die Möglichkeit eines außeruniversitären Forschungsinstituts im Bereich der documenta zu unterstützen und damit die Profilierung und den Ausbau des Wissenschaftsstandorts Kassel weiter voranzubringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben noch einen besonderen Schwerpunkt bei der sozial-ökologischen Forschung gesetzt: Wir haben das ISOE, das Institut für sozial-ökologische Forschung in Frankfurt, das Pionier in der sozial-ökologischen Nachhaltigkeitsforschung ist, noch einmal besonders gestärkt. Wir haben den Mittelansatz, den der Regierungsentwurf bereits erhöht hatte, noch einmal zusätzlich um 110.000 € gestärkt; denn angesichts der Klimakrise und der daraus folgend notwendigen ökologischen Transformation der Gesellschaft ist es richtig, dass wir in diesem Bereich der Forschung besonde-

re Akzente setzen. Daher halte ich es für richtig, dass wir das ISOE beim Aufbau eines Forschungsschwerpunktes „Grundlagenforschung der sozialen Ökologie“ unterstützen, dass wir das ISOE besonders im Bereich des Ausbaus der Wissenschaftskommunikation und des Wissenstransfers fördern; denn ich glaube, dass dies die zentrale politische Frage ist. Auf die ökologische Krise müssen wir auch im Bereich der Wissenschaft reagieren, und das tun wir mit diesem Akzent.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich wissen wir, dass gute Studienbedingungen ein gutes soziales Umfeld benötigen. Deswegen ist es vollkommen klar, dass, wenn die Studierendenzahl an den Hochschulen wächst, auch die Aufgaben der Studierendenwerke wachsen. Deswegen haben wir in den vergangenen Jahren die Studierendenwerke immer gestärkt, und deswegen haben wir als Fraktion hier noch einmal einen Akzent gesetzt und die Zuweisung an die Studierendenwerke um jährlich 1 Million € erhöht.

Trotz der guten Nachrichten, die es zweifelsohne aus dem hessischen Wissenschaftsministerium für die Hochschulen in diesem Land gibt, droht natürlich auch Ungemach, nämlich das Auslaufen des Hochschulpakts 2020 des Bundes, der mit rund 150 Millionen € Bundeszuweisungen für uns ganz erheblich ist; besonders die Hochschulen für angewandte Wissenschaften profitieren davon. Daher ist es äußerst ärgerlich, dass wir an diesem Punkt, an dem es schon ein Verhandlungsergebnis zwischen den Jamaikasondierern gab, doch nicht weitergekommen sind.

(Minister Boris Rhein: So ist es!)

Es gibt da viele ärgerliche Punkte, aber an dieser Stelle leiden jetzt die hessischen Hochschulen unter der Verantwortungslosigkeit der Lindner-FDP.

(Zurufe von der FDP)

An dieser Stelle kommen wir nicht weiter, an dieser Stelle brauchen wir den Bund. Daher ist es besonders verantwortungslos, was die FDP hier getrieben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der FDP)

Ich will noch einmal ganz klar sagen: Diese Koalition steht für eine Anschlussfinanzierung für den Hochschulpakt 2020 bereit. Wir warten auf ein Angebot vom Bund, wir stehen Gewähr bei Fuß, und wir warten darauf, dass der Bund auf uns zukommt, weil die Hochschulen hier Planungssicherheit brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der FDP)

Noch ein Wort zu den Änderungsanträgen der Opposition: Insgesamt ist dort wenig vorzuweisen – die SPD hat ja noch nichts eingereicht, aber auch zu den Hochschulen nichts angekündigt. Da ist die Wertschätzung der Hochschulpolitik in etwa proportional zur Redezeit, die die Fraktionen dem Einzelplan noch gelassen haben. Aber auch bei der Linkspartei, die ja in allen Bereichen mit Fantastillionen nur so um sich wirft, kann ich eine gewisse Inkonsistenz erkennen; denn Frau Wissler, Sie sagen: Die Hochschulen sind unterfinanziert, die wollen mehr Stellen für Nachwuchswissenschaftler. – Aber in diesem Bereich haben Sie nichts beantragt. Das heißt doch, dass Sie mit

dem, was wir hier auf den Weg bringen, einverstanden sind.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Als ob Sie einem unserer Vorschläge zugestimmt hätten!)

– Wenn Sie meinen, das sei der entscheidende Punkt, um Änderungsanträge zu stellen, dann frage ich mich, wieso Sie überhaupt noch etwas einreichen.

(Zurufe von der LINKEN)

An dieser Stelle muss man einfach feststellen: Sie führen hier das große Wort über die Unterfinanzierung der Hochschulen, aber noch nicht einmal in Ihren Fantastillionen-Anträgen, in Ihren Fantasie-Haushaltsanträgen kommt das Thema Hochschulfinanzierung überhaupt vor. Das ist doch die Wahrheit: Die Hochschulpolitik hat bei Ihnen keine Lobby mehr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Wir haben mit dem Einzelplan 15, weil es im Sinnzusammenhang gut passt, auch den Bereich der Forschungsförderung und das Programm zur innovativen Hochschule aufgerufen.

Wir haben in der Hochschulpolitik sicherlich schon viel erreicht. Trotzdem ist es so, dass jetzt die erste Runde der Exzellenzstrategie nicht so gelaufen ist, wie wir es erwartet hätten. Daher halte ich es für wichtig, dass der Hessische Landtag heute ein Signal an die Gemeinde der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in diesem Land aussendet. Dazu möchte ich noch einmal zwei Punkte herausstellen:

Erstens. Die vier Projekte, die jetzt zur Vollantragstellung aufgefordert sind, werden wir besonders unterstützen. Wir werden ihnen alle Unterstützung zukommen lassen, um sie möglichst gut bei den jetzt anstehenden Auswahlverfahren zu begleiten.

Zweitens. Genauso wichtig ist es, denjenigen, die nicht zur Vollantragstellung aufgefordert und in der ersten Runde ausgeschieden sind, auch ein Angebot zu machen. Wir müssen sagen: Das sind auch gute Ansätze, die dort verfolgt werden, weswegen wir zusehen wollen, wie möglichst viele dieser Ansätze verstetigt werden können. – Das wäre ein wichtiges Signal dieses Landtags, diese Initiativen möglichst mit breiter Mehrheit auf den Weg zu bringen. Ich glaube, dass unsere Forscherinnen und Forscher ganz exzellente Arbeit leisten, und es wäre wichtig, dass sich dieser Landtag hinter diesen Initiativen versammelt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Sehr viel erfolgreicher waren wir im Bereich der innovativen Hochschule. Dort konnten wir zeigen, dass besonders unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften – was die anwendungsbezogene Forschung angeht, vor allem aber auch den Wissenstransfer – ganz hervorragende Arbeit leisten. Das ist der andere Antrag, den wir heute aufgerufen haben. Deswegen war es uns besonders wichtig, noch einmal ein Signal zu geben, dass wir den Bereich des Transfers und der anwendungsbezogenen Forschung besonders stärken wollen.

Wir waren beim Tenure-Track-Programm des Bundes – um auch noch das dritte Wissenschaftsprogramm des Bundes aufzuführen – sehr erfolgreich. Ich glaube, das ist ein

gutes Signal an den wissenschaftlichen Nachwuchs, dass wir jetzt noch einmal 78 zusätzliche Nachwuchsprofessuren – und zwar mit W 2 dotiert – anbieten können. Das ist ein hervorragender Erfolg für dieses Land, mit dem wir zeigen, dass helle Köpfe in Hessen eine großartige Zukunft haben können. Ich glaube, dass wir diesen Weg weitergehen sollten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Auch der zweite Bereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, die kulturelle Förderung, ist sehr gut aufgestellt. Im Haushalt stehen jetzt 21 Millionen € mehr und insgesamt 500 Millionen € für Kunst und Kultur zur Verfügung.

Ein Schwerpunkt, den wir GRÜNE in der Legislaturperiode gesetzt haben, ist die Frage, kulturelle Bildung unter dem Begriff der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit subsumieren zu müssen. Deswegen haben wir den Kulturkoffer auf den Weg gebracht, zu dem wir sagen: Das ist ein Angebot, mit dem wir junge Menschen an Kultur heranzuführen, die ansonsten einen weiteren Weg hätten. Es ist richtig, dass wir dafür 5,5 Millionen € zur Verfügung stellen. Man sieht ja, wie erfolgreich es ist, dass wir unter dieser Dachmarke „Kulturkoffer“ bereits 73 Projekte versammeln konnten, die dafür sorgen, dass wir einen niedrigschwelligen Ansatz für junge Menschen schaffen konnten. Das ist ein echter Ansatz, der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit im Kulturbereich verwirklicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Auch beim Film stehen jetzt Rekordsummen zur Verfügung, zusammen mit dem Änderungsantrag der Fraktionen 11 Millionen €, das ist so viel wie noch nie. Ein besonderes Augenmerk haben wir darauf gelegt, indem wir gesagt haben: Wir möchten ein Frauenfilmfestival einführen. Dafür haben wir eigene Mittel beantragt. Wir sehen dem mit großer Zuversicht entgegen. Ich glaube, dass wir als Hessen dort eine echte Nische besetzen und dass es ein tolles Projekt ist, das wir hier verwirklichen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme gleich zum Schluss. – Des Weiteren haben wir noch einmal 500.000 € Investitionsförderung für die hessischen Kinos zur Verfügung gestellt. Wir haben ein Programm für Räumlichkeiten für Künstlerinnen und Künstler auf den Weg gebracht. Wir haben noch einmal mehr Mittel für das Archiv der Frauenbewegung in Kassel auf den Weg gebracht. All das zeigt, dass wir auch im Kulturbereich hervorragend aufgestellt sind.

Jetzt komme ich wirklich zum Schluss und möchte mich abschließend bei meiner Kollegin Martina Feldmayer, bei meiner Kollegin Karin Wolff und bei Wissenschaftsminister Boris Rhein für die hervorragende Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr bedanken.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nicht beim Staatssekretär? – Weitere Zurufe)

– Der Staatssekretär ist heute leider nicht anwesend, sonst hätte ich ihn auch aufgeführt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf von der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege May. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Knell von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Sie haben noch eine verbliebene Restzeit von 3:57 Minuten.

Wiebke Knell (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr May, nur weil Sie eben in dieses Jamaika-Mimimi eingestiegen sind: Sie und Ihre Fraktion zeigen ganz offen, dass die FDP Ihr politischer Feind ist. Da frage ich mich schon, warum Sie unbedingt mit uns zusammenarbeiten wollen, wenn Sie uns doch so schrecklich finden.

(Beifall bei der FDP – Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wegen der Dienstwagen!)

– Ja, die Dienstwagen sind nicht alles. – Das geht von meiner Zeit ab, ich muss mich beeilen.

Zum Einzelplan 15. Wie bereits im letzten Jahr beinhaltet der jetzige Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2018/2019 nur sehr wenige neue große Visionen, die zukunftsweisend für die nächsten fünf, zehn oder gar 15 Jahre wären. Vor allem im Hochschul- und Forschungsbereich wird deutlich, dass die Aufgaben ohne die immensen Bundesmittel nicht zu bewältigen wären und die Kraftanstrengungen seitens des Landes eher überschaubar sind.

Der Sonderfonds Hochschulen, in den die eingesparten BAföG-Mittel eingestellt wurden, ist bereits im letzten Jahr im Hochschulpakt aufgegangen. Es bleibt als zentraler Punkt also die Umwandlung der Juniorprofessuren in Qualitätsprofessuren auf der Gehaltsstufe einer W-2-Professur im Rahmen des Tenure-Track-Programms, die auch aus dem Bund-Länder-Programm finanziert werden.

Es ist begrüßenswert, dass die hessischen Hochschulen von den bundesweit insgesamt 75 Anträgen in der ersten Runde nach einem wettbewerblichen Verfahren nun 34 Anträge bewilligt bekamen. Aber es ist das Verdienst der Hochschulen und nicht das der Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Haushalt sollen nun 78 W-1-Juniorprofessuren in W-2-Professuren umgewandelt werden. Das ist folgerichtig, aber es löst auch nach Aussagen der Hochschulen bei Weitem nicht die Probleme, die unsere Hochschulen ansprechen. Hier ging es beispielsweise auch um Verhandlungsspielräume und Familienkomponenten, die Hessen die besten Köpfe sichern sollen.

Auch die Aufstockung des Hochschulpakts durch die Einbeziehung der Städelschule ist richtig und notwendig. Aber darüber hinaus gibt es kaum Veränderungen. Die Grundfinanzierung bleibt grundsätzlich unverändert, und hier stellt sich schon die Frage nach einem Konzept mit zukünftigen Studierendenzahlen. Die steigenden Schülerzahlen hat

Frau Kollegin Wissler eben schon genannt. Da muss dringend etwas getan werden. Ein alleiniger Verweis auf nicht klare Regierungsverhältnisse bringt uns in Hessen nicht weiter, sodass wir von der Landesregierung Überlegungen und Lösungen erwarten, die die Hochschulen in ihrer Planungssicherheit stützen.

Die in den Anträgen zur Forschungsförderung und Hochschulmedizin hinterlegten finanziellen Mehrbedarfe sind nicht einmal ansatzweise berechnet oder mit Änderungsanträgen hinterlegt, auch wenn die inhaltliche Auseinandersetzung erst im nächsten Jahr erfolgen wird.

Neu und zukunftsweisend sind die Forschungsvorhaben bzw. Institutionen, die mit dem Fraunhofer-Institut für öffentliche Sicherheit, dem Helmholtz-Institut FAIR und dem Max-Planck-Institut für Cybersicherheit verbunden sind. Hier wird das Know-how der hessischen Wissenschaftler und Forscher deutlich, die sich der Themen annehmen. Aber die finanziellen Mehrbedarfe ergeben sich auch hier wieder vorrangig aus vertraglichen Verpflichtungen.

Im Bereich Kunst und Kultur lässt sich festhalten, dass – mit Ausnahme des Kostenausgleichs für die Mehrkosten der documenta – nur wenige neue Akzente gesetzt werden. Ja, der ländliche Raum soll stärker an kultureller Bildung partizipieren. Das begrüße ich als Bewohnerin des ländlichen Raums ausdrücklich. Jedem soll es, unabhängig vom Alter, aber auch vom Hintergrund, möglich sein, einen Zugang zu Kunst und Kultur zu erfahren. Aber es wird sich zeigen, wie weit Sie mit den zusätzlichen 200.000 € kommen. Ich fürchte, das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und wird nicht viel bringen.

(Beifall bei der FDP)

Die finanziellen Veränderungen, die sich nun teilweise in den Haushaltsanträgen der Koalitionsfraktionen widerspiegeln, sind notwendig. Deshalb werden wir auch einige davon unterstützen. Aber gerade mit Blick auf die Filmförderung stellt sich schon die Frage, warum die finanziellen Mittel wieder in den Overhead der HessenFilm GmbH verschoben werden

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

Wiebke Knell (FDP):

– ja –, statt sie den Filmschaffenden direkt für die künstlerische Arbeit zur Verfügung zu stellen. – Gut, das ist das Ende.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Knell. – Für die Landesregierung spricht nun Staatsminister Rhein. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Boris Rhein, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir schon bei den letzten Haushaltsberatun-

gen aufgefallen, dass Sie, Herr Grumbach, der Zahlenspieler der SPD-Fraktion sind. Aber es nützt alles nichts.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Denn zu der Zeit, als Sie Verantwortung getragen haben, waren wir nicht einmal Mittelmäß. Wenn Sie sich den Haushalt 2018/2019 anschauen, werden Sie feststellen: Dieser Haushalt ist ein wirklich deutliches Signal, dass wir auch in den kommenden beiden Jahren einen ganz besonderen Schwerpunkt auf Forschung, Bildung, Wissenschaft und Kultur setzen. Das hat auch der Ministerpräsident in der Generaldebatte, wie ich finde, unmissverständlich und dankenswerterweise sehr deutlich gemacht.

Wir investieren in den beiden kommenden Jahren insgesamt rund 5,5 Milliarden € in Wissenschaft, Forschung und Lehre. Meine Damen und Herren, das ist die größte Summe, die das Land Hessen jemals für diese zentralen Themenbereiche bereitgestellt hat.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind Gelder, die eine wirklich gute Investition in die Zukunft unseres Landes sind, genau wie die Millionen Euro, mit denen wir unser reichhaltiges kulturelles Erbe fördern, beispielsweise mit 491 Millionen € Impulse setzen für die Kultur und die Kunst. Damit stehen in der Summe für das gesamte Ressort Wissenschaft und Kunst rund 6 Milliarden € in den Jahren 2018 und 2019 zur Verfügung – so viel, wie noch nie in Hessen zuvor für dieses Ressort zur Verfügung gestanden hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Einzigartig!)

– Das ist einzigartig, in der Tat. Den Zuruf von Günter Rudolph: „Das ist einzigartig“, sollten wir ins Protokoll aufnehmen. Das ist einzigartig. Danke für den sehr intelligenten Zuruf.

Schauen Sie es sich selbst an. Schwarz-Grün hat den Haushalt in den vergangenen vier Jahren um 330 Millionen € aufgestockt. Weil ich ein großer Freund von solchen Schaubildchen bin, habe ich Ihnen das Bildchen natürlich mitgebracht, zugegebenermaßen ein bisschen klein, aber in der Auswirkung besonders groß:

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

335 Millionen € plus in den vergangenen vier Jahren. Ich glaube, das ist eine Summe, die sich wirklich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einrahmen!)

– Das werde ich natürlich einrahmen. Du kannst zuschauen, Jürgen Frömmrich. Das rahme ich mir ein, das sollten wir aufheben. – Aber wir machen weiter, das ist ja auch klar.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wir stärken das Hochschulbudget in den kommenden beiden Jahren um insgesamt 67,8 Millionen €. Lieber Kollege Grumbach, auch da will ich Ihnen etwas zeigen. Damit gehe ich genau auf das ein, was Karin Wolff gesagt hat. Sie wissen es aus eigener Erfahrung. Zu dem Zeitpunkt, 1998/1999, waren Sie Parlamentsreferent im Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

(Günter Rudolph (SPD): Keine Schärfe! – Der Redner hält eine Tabelle hoch.)

Schauen Sie einmal, wo zu dieser Zeit die Säule für dieses Ministerium war: da unten. Man kann es kaum sehen. Schauen Sie, wo die Säule heute ist. Das Blatt reicht kaum aus, um die Säule abzubilden. Das ist der Unterschied zwischen der Zeit, als Sie regiert haben, und der Zeit, in der wir regieren. Das ist der Unterschied, lieber Herr Kollege Grumbach.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP und der LINKEN: Oh! – Janine Wissler (DIE LINKE): Der Maßstab ist alles!)

Die beiden von mir sehr geschätzten Kollegen Wolff und May sind auf die vielen Punkte eingegangen. Deswegen will ich das gar nicht wiederholen: Umwandlung von W-1-Professuren in W-2-Professuren, Stärkung des Nachwuchses an den hessischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften, 1 Million € mehr für die Studentenwerke, mehr Geld für das duale Studium.

Wir denken aber auch thematisch weiter. Verehrte Frau Kollegin Knell, Sie haben darauf hingewiesen, und ich bin dankbar dafür, dass Sie das so ehrlich getan haben und offensichtlich auch anerkennen, was wir tun. Denn für das Jahr 2021 haben wir 46,6 Millionen € für einen neuen hessischen Hochschulpakt – ich will hinzufügen: den ich gerne mit den hessischen Hochschulen verhandeln möchte.

Frau Kollegin Wissler, es hat mir besondere Freude bereitet, dass Sie gesagt haben, ich solle vorsichtig sein bei der Schülerzahl von heute, wie sie sich in der Zukunft auswirken würde; denn das setzt voraus, dass ich das auch noch entsprechend im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu administrieren habe.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Auf jeden Fall vorbereiten!)

Es macht mir besondere Freude, dass Sie glauben, dass ich dann, wenn sich die Schülerzahlen von Kultusminister Lorz auf den Hochschulbereich auswirken, immer noch zuständig bin.

Für diesen Hochschulpakt haben wir 46,6 Millionen € eingestellt, und wir haben, Frau Kollegin Knell, mit 29,9 Millionen € für eine Nachfolgevereinbarung zum Hochschulpakt 2020 vorgesorgt. Das sind zusammen 76,5 Millionen €, die wir in der Finanzplanung vorsehen.

In der Tat, ich gebe das zu: Die Nachfolge des HSP 2020 muss gemeinsam mit dem Bund gelöst werden. Deswegen wird es eine der Kernfragen in den nächsten Jahren in der deutschen Hochschulpolitik bleiben. Es ist natürlich ein ganz wichtiger Punkt bei der Regierungsbildung in Berlin. Ich glaube, das steht außer Frage.

Damit komme ich zu einem Bereich, der mir persönlich ganz besonders am Herzen liegt. Das ist das Thema Forschung. Mit der Forschung verbunden ist natürlich das Thema Innovationen. Ein Land, das nicht in Forschung investiert, wird unweigerlich den Anschluss an die Zukunft verpassen. Es gefährdet den Wohlstand seiner Bürger, es gefährdet die soziale Sicherheit, und es gefährdet am Ende auch die Arbeitsplätze seiner Bürgerinnen und Bürger.

Als Sie noch regiert haben, lieber Herr Grumbach, war Hessen in der Tat ein im Wissenschaftsbereich vollständig abgehangenes Land. Wissenschaft und Forschung waren der

Steinbruch von Regierungen, die Ministerpräsidenten der SPD gestellt haben.

Das ist bei uns völlig anders. Deswegen fand ich es verworlich, wie Sie im Rahmen der Verleihung der Leuschner-Medaille über die Verdienste von Roland Koch gesprochen haben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Oh, nein!)

Roland Koch hat im Jahr 1999 eine Kehrtwende für die Wissenschafts- und die Forschungspolitik dieses Landes eingeleitet.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die Studiengebühren eingeführt!)

Volker Bouffier setzt sie auf außergewöhnlich erfolgreiche Art und Weise fort.

(Beifall bei der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Er hat die Studiengebühren eingeführt!)

Heute ist Hessen eines der forschungsstärksten Länder der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Haushalt, liebe Frau Wissler, ist der forschungsstärkste Haushalt, den es in Hessen jemals gegeben hat. Für diese Regierung sind Forschungsfragen Zukunftsfragen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wenn Sie Glück haben, bekommen Sie dafür die Wilhelm-Leuschner-Medaille!)

Das können wir natürlich auch unwiderlegbar in Zahlen darlegen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Es spricht der nächste Träger der Wilhelm-Leuschner-Medaille!)

Wir hatten zur Überführung von FAIR in ein Helmholtz-Institut entsprechende Gelder bereitgestellt. Für das Zentrum für IT-Sicherheit – CRISP – werden ab 2019 2 Millionen € jährlich zur Verfügung gestellt. Wir investieren insgesamt 45 Millionen € an Aufbauleistungen für dieses Institut. Wir werden ein Nationales Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit in Darmstadt aufbauen. Wir werden damit die großen Herausforderungen der Cybersicherheitsforschung bearbeiten. Hierfür ist eine Förderung in Höhe von ca. 40 Millionen € jährlich vorgesehen.

Darüber hinaus bauen wir ein neues Fraunhofer-Institut für öffentliche Sicherheit auf. Hier ist eine Beteiligung des Landes in Höhe von insgesamt 45 Millionen € vorgesehen. Wir werden zur Verselbstständigung des IWES als eigenständiges Fraunhofer-Institut in Kassel von 2018 bis 2020 jährlich 2 Millionen € und damit insgesamt 6 Millionen € bereitstellen. Für ein neues Gebäude stellen das Land und der Bund in den nächsten Jahren jeweils 30 Millionen € zur Verfügung.

Wir wollen natürlich den weiteren Ausbau Hessens als Hotspot der IT-Sicherheit. Dafür werden wir die Weichen durch die Ansiedlung eines Max-Planck-Instituts in Darmstadt für Cybersicherheitsforschung stellen. Wir sind bereit, nach einer positiven Entscheidung eine Finanzierung von 50 Millionen € zu leisten. Für 2019 haben wir eine erste Anlaufrate im Haushalt vorgesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ein ganz besonderer Punkt ist, Hessen will mit der Justus-Liebig-Universität Gießen ein Helmholtz-Institut für Lungengesundheit einrichten, das ein weltführendes translationales Institut für neuartige Dia-

gnostik und Behandlungsverfahren für Lungenkrankheiten sein wird. Im Haushalt 2018/2019 haben wir auch dafür die Voraussetzungen geschaffen und die Weichen gestellt.

Es kommt noch eines hinzu, nämlich ein Institut der Wissenschaft und der Kultur. Wir werden bis zur nächsten documenta im Jahr 2022 ein documenta-Institut schaffen. Das Land Hessen stellt dafür 6 Millionen € im Haushalt 2018 zur Verfügung. Ich finde, das ist ein Forschungshaushalt, der sich wirklich sehen lassen kann und den es selten zuvor in der Form gegeben hat.

Wir bedenken aber natürlich auch die kleinen Institute in Frankfurt. Darauf ist schon hingewiesen worden. Es sind das Freie Deutsche Hochstift, das Institut für Sozialforschung und das Institut für sozial-ökologische Forschung. Meine Damen und Herren, all das wird nur durch unser LOEWE-Programm möglich, das dafür die Weichen gestellt hat. Ich habe am Montag den Jahresbericht für das Jahr 2016 in das Kabinett eingebracht. Er wird nun dem Landtag zugeleitet. Ich kann Ihnen nur die Seiten 45, 46 und 47 anempfehlen. Darauf sehen Sie, wie man es plastischer nicht sehen kann: In jedem Landkreis in Hessen – in jedem Landkreis in Hessen! – gibt es mittlerweile einen Anknüpfungspunkt für Forschung, die LOEWE möglich gemacht hat. Vom Norden bis zum Süden und vom Landkreis Kassel bis zum Landkreis Odenwald können Sie sehen, was sich in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Sie können auch sehen, was es bis 1999 nicht in Hessen gegeben hat. Wir haben eine außeruniversitäre Forschungslandschaft, die sich in einer Breite und einer Vielfalt entwickelt hat, die nur möglich war, weil wir mit LOEWE 600 Millionen € in den vergangenen Jahren investiert haben.

Es ist darauf hingewiesen worden, Hessen ist aber natürlich auch ein Land mit einer wirklich einzigartigen Tradition und mit kunsthistorischen Schätzen. Wir schätzen die Museen, wir schätzen die Theater, wir schätzen die freie Kulturszene, die Chöre, die Orchester und die Heimatvereine sehr. All das macht unsere Landschaft aus. Auch das ist wiederum ein wunderbares Bild, das ich Ihnen nicht vorenthalten will.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Es macht sehr deutlich, was in den vergangenen Jahren geschehen ist. Wir haben die Ausgaben im Bereich Kunst und Kultur seit 2014 um sage und schreibe 50 Millionen € gesteigert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin vor Kurzem mit der Kollegin Feldmayer unterwegs gewesen, um dafür zu werben, möglichst vielen jungen Menschen kulturelle Bildung zu ermöglichen. Deswegen haben wir gemeinsam mit den Kommunen und den privaten Förderern den Kulturkoffer gepackt. Frau Kollegin Wolff hat darauf hingewiesen: drei Ausschreibungsrunden, 73 Projekte überwiegend im ländlichen Raum mit über 1 Million €. – In den Jahren 2016 bis 2019 werden wir für die kulturelle Bildung 5,4 Millionen € bereitgestellt haben. Auch dafür legt dieser Haushalt die Grundlage. Auch das ist eine sehr ordentliche Leistung, gerade im Zusammenhang mit der Stärkung des ländlichen Raums.

Deswegen würde ich unser neues Projekt zur Stärkung des ländlichen Raums, verehrte Frau Kollegin Knell, nicht kleinreden, auch wenn es um 200.000 € geht. Ganz im Gegenteil: Das ist eine Unterstützung dessen, was wir dort

sehr punktuell und intensiv machen. Es ist eine Stärkung einmaliger Projekte und innovativer Formate im ländlichen Raum. Man wird sehr schnell merken, dass das Wirkung im Bereich Literatur, im Bereich Musik, im Bereich Kunst und natürlich auch bei den spartenübergreifenden Kulturprojekten entfaltet.

Herr Grumbach hat auf eines hingewiesen. Wir haben uns entschieden, unsere Kulturinstitutionen das erste Mal wirklich unter einem Dach als Marke „Kultur in Hessen“ zu vermarkten. Das ist wichtig. Auch darüber muss man sich nicht hinwegheben. Es ist wichtig, dafür zu werben und deutlich zu machen, welche Schätze wir haben, welche Landesmuseen wir haben und welche Einrichtungen wir z. B. in Glauberg, in der Saalburg usw. usf. haben.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Minister, ich muss Sie an die Redezeit erinnern.

Boris Rhein, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich komme sofort zum Ende, verehrte Frau Präsidentin. – Es ist wichtig, darauf aufmerksam zu machen. Aber Sie haben recht. Das ist mir bewusst. Das ist ein einziger Baustein in einem Baukasten, der aus vielen Bausteinen für die Präsentation unserer Geschichte besteht. Deswegen haben wir natürlich aus gutem Grund auch die Mittel für die Bauunterhaltung des historischen Erbes ab 2018 angehoben, um unsere Schätze präsentieren zu können. Dies geschieht zusätzlich zu den bereits vorhandenen Bauunterhaltungsmitteln.

Lassen Sie mich zu einem allerletzten Punkt kommen. Wir haben wirklich mit Erfolg die Weichen gestellt, um Hessen zum Film- und Medienland zu machen. Seit dem Haushalt 2016 wird die Filmförderung, die HessenFilm und Medien GmbH, unter einem Dach gebündelt. Ab dem Jahr 2018 wird neben dem Hessischen Rundfunk, der ein wichtiger und guter Partner bei der Filmförderung ist, auch das ZDF dabei sein. Das freut mich sehr. Auch das muss man hervorheben. Zusammen mit den Zuwendungen des Hessischen Rundfunks und des ZDF belaufen sich die Projektmittel mittlerweile auf insgesamt rund 8 Millionen €.

An dieser Stelle will ich den Fraktionen ein herzliches Dankeschön dafür sagen, dass wir die Mittel um eine weitere Million Euro aufstocken können. Das alles zeigt aus meiner Sicht sehr deutlich, dass diese Koalition mit diesem Doppelhaushalt mit großer Entschlossenheit, mit großem Engagement und vor allem mit großer Energie die Weichen für die Zukunft dieses Bundeslandes stellt. Hier wird ein Zukunftshaushalt möglich gemacht. Dafür will ich mich ausdrücklich beim Hessischen Landtag bedanken. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Rhein. – Da die Landesregierung vorhin ihre Redezeit ausgeschöpft hat, ist jetzt ein Zuwachs für die Opposition von vier Minuten und 60 Sekunden erfolgt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Vier Minuten und 60 Sekunden? Also fünf Minuten!)

Ich erteile Herrn Kollegen Grumbach das Wort, um noch einmal zum Einzelplan 15 zu reden.

Gernot Grumbach (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, Herr Rhein, dass ich es mit einer Werbeagentur mit angeschlossenen Ministerien zu tun habe. Das ist das Problem. Ich sage einmal, ich bin durchaus zu differenzierter Betrachtung der Haushalte in der Lage – wenn Sie nur das Maul nicht so aufreißen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Grumbach, ich bitte Sie, sich parlamentarisch zu verhalten und auf solche Ausdrücke zu verzichten.

Gernot Grumbach (SPD):

Sie sollten sich gepflegter artikulieren. Sie sollten das Mittelmaß nicht immer zur Superleistung erklären.

Sie haben zu Recht gesagt, ich sei hier ein bisschen für die Zahlen zuständig. Wenn ich Ihnen sagen würde, dass das Land Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Hochschulausgaben vor Ihnen liegt, würden Sie sagen: Sie haben einen Knall, denn Nordrhein-Westfalen ist größer und hat ein höheres Bruttoinlandsprodukt. – Sehen Sie, genau das ist der Grund, weshalb Sie ihre Zahlen nicht einfach in die Luft pusten können. Sie müssen sie zu etwas in Relation setzen. Das können die Einwohner oder das Bruttoinlandsprodukt sein. Bei diesem reichen Bundesland haben Sie das Problem, dass Sie bestenfalls mit zwei anderen Bundesländern genau in der Mitte der deutschen Bundesländer liegen. Das eine ist Thüringen. Das andere Bundesland habe ich vergessen.

Erstens. Sie sind nur Mittelmaß.

Zweitens. Sie reden immer nur über absolute Zahlen. Das machen Sie sehr bewusst. Denn Sie blenden völlig aus, dass alle Bundesländer gemeinsam ihre Ausgaben für die Hochschulen insgesamt fast verdoppelt haben. Das haben alle Bundesländer gemeinsam gemacht. Alle haben das Gleiche gemacht wie Sie. Ja, Sie haben einen kleinen Schnaps draufgelegt. Es ist nicht mein Problem, Ihnen das zuzugestehen. Aber diese Superleistung, die Sie unter anderem dadurch erzielt haben, dass Sie eine ganze Finanzgruppe, die niemals im Wissenschaftshaushalt war, nämlich die Pensionslasten, schrittweise hineingerechnet haben, ist in Ihrer Argumentation schlichtweg Beschiss. Damit müssen Sie einfach leben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mit der Aussage der Kollegin Wolff einverstanden. Ja, es ist gut, dass vieles Kulturelles ausgebaut wird. Ja, das ist gut. Aber da ist der zentrale Punkt: Sie reden darüber, wie die Zukunft aussehen soll, und stellen fest, dass eines der reichsten Länder nicht in der Lage ist, so viele Akademiker auszubilden, wie der Arbeitsmarkt braucht, der diesen Reichtum erwirtschaftet. Da ist etwas falsch gelaufen. Ich würde meinen Job als Politiker der Opposition verfehlen, wenn ich das nicht laut und deutlich sagen würde. Denn Sie selbst merken es nicht einmal, obwohl die Statistik von der Seite der Regierung stammt.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Hermann Schaus und Marjana Schott (DIE LINKE))

Ich finde LOEWE richtig gut. Aber Sie können nicht darüber hinwegsehen, dass Sie gerade dabei sind, die Qualität der Hochschulausbildung zu ruinieren. Die Hochschulen haben das alles getan, bevor sie von Ihnen das Geld bekommen haben. Der große Ansturm fing an, da waren die großen Zuwächse noch nicht da.

Die Hochschulen haben alles getan, um auch noch den letzten Studierenden aufzunehmen, den sie aufnehmen konnten. Das hat inzwischen dazu geführt, dass die Betreuungsrelation jedenfalls auf der Ebene der Professoren für europäische Verhältnisse schlichtweg eine Katastrophe ist. Unter dieser Ebene wird es ein bisschen komplizierter, weil es da sehr viele kurzfristige Verträge gibt.

Wir müssen uns einmal darüber unterhalten. Da bin ich überhaupt nicht auf dem Trip, dass ich sage, da muss ich jetzt Opposition gegen Regierung spielen. Wir haben die Situation, dass der Durchschnitt aller europäischen Hochschulen in etwa bei 37 Studierenden pro Professor liegt. An der Universität in Frankfurt, die alles getan hat, um so viele Studierende wie möglich aufzunehmen, haben wir inzwischen eine Relation jenseits der 90. Das ist mehr als das Doppelte.

Ihnen müsste doch auffallen, dass man diese Art Lehre nicht wegrationalisieren kann, indem man mehr Studierende an Computer setzt. Wenn die Zahl der Studierenden so bleibt, dann müssen wir langfristig anfangen, Schritt für Schritt dort etwas aufzubauen. Das werden wir zusammen machen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE) und Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Ich verstehe, dass Sie ein Jahr vor der Landtagswahl alles positiv verkaufen müssen. Aber der Punkt ist doch: Probleme heute nicht zu benennen, das bedeutet, sie morgen nicht lösen zu können. Das ist der Weg der Hessischen Landesregierung.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Grumbach, vielen Dank. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE. Frau Kollegin, bitte schön, Sie haben das Wort.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich finde, Ihre Rede hat gerade wieder eines gezeigt: Sie schauen auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die irgendwann einmal an die Hochschulen kommen werden. Das zeigt, dass Sie überhaupt nicht langfristig planen, was auf die Hochschulen zukommt.

Wir haben jetzt schon die Situation, dass die Zahl der Studierenden kontinuierlich steigt. Das ist gut so. Es ist gut, dass die Zahl der Studierenden steigt. Es gibt eine größere Neigung, zu studieren. Die Menschen wollen die bestmögliche Ausbildung haben. Die sehen sie an einer Hochschule. Sie müssen die Hochschulen jetzt ausreichend ausstatten, damit die steigende Zahl der Studierenden aufgenommen werden kann.

Wir haben da an verschiedenen Stellen Probleme, nämlich personell, aber auch räumlich. Auch hinsichtlich der Räume haben wir das Problem, dass die Hochschulen teilweise aus allen Nähten platzen. Die Seminare müssen teilweise aus den Hochschulen ausgelagert werden, weil einfach kein Platz dafür da ist.

Das ist das Problem in der ganzen Bildungspolitik. Die Landesregierung hechelt den Entwicklungen letztlich hinterher. Man schafft nicht genug Kindertagesstättenplätze. Nachdem der Rechtsanspruch da war, hat man festgestellt: Ups, da fehlen Erzieherinnen und Erzieher.

Man spricht von der demografischen Rendite und denkt, man müsse nicht mehr Lehrer einstellen. Die Lehrer schickt man dann die Sommerferien über noch in die Arbeitslosigkeit, um den Lehrerberuf möglichst unattraktiv zu machen. Auf einmal stellt man fest: Ups, da fehlen jetzt Lehrer.

Das Problem haben wir an den Hochschulen auch. Wir bräuchten eine langfristige Planung, weil man eben nicht von dem einen auf das andere Semester alles verändern und sehr viel bewegen kann.

Das Problem besteht nicht nur in der Höhe der Mittel, über die wir reden. Die Höhe der Mittel ist das eine. Dazu hat Herr Kollege Grumbach einiges gesagt. Das Problematische ist auch die Vergabe der Mittel. Das ist es, was die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen in jedem Gespräch immer wieder sagen, das wir mit ihnen im Ausschuss führen. Ein großer Teil der Mittel wird nicht langfristig planbar vergeben. Vielmehr geschieht das in Form der Drittmittelprojekte.

Sie haben einmal mehr LOEWE gelobt. Das Problem bei LOEWE ist doch, dass wir hier eine Verdrittmittelung haben. Das heißt, es werden sogar Mittel der öffentlichen Hand als Drittmittel vergeben. Das Problem dabei ist, dass die Hochschulen damit nicht langfristig planen können. Denn es müssen immer wieder neue Projektanträge gestellt werden.

Kurzfristige Projekte bedeuten, es gibt kurzfristige Finanzierungen. Das bedeutet, es gibt kurzfristige Arbeitsverträge. Das ist eine Ursache für die ausufernde prekäre Beschäftigung an den Hochschulen, die dringend eingedämmt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag haben Sie –

(Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stellen Sie einen Änderungsantrag dazu!)

– Herr May, ach, Änderungsanträge. Ich will Ihnen einmal Folgendes sagen: Wir, die Fraktion DIE LINKE, haben 98 Änderungsanträge gestellt.

(Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dazu keinen!)

Wie viele von denen haben Sie angenommen? – Ich sage es Ihnen einmal so: In Ihrem Haushaltsentwurf steht sehr viel Unsinn.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir jeden Unsinn aus dem Entwurf dieses Landshaushalts heraus haben wollten, hätten wir nicht 98 Änderungsanträge stellen dürfen, sondern dann müssten wir

1.000 Änderungsanträge stellen. – Ich sage Ihnen das einmal als GRÜNER: Es muss nicht so viel Wald dafür sterben, 1.000 Änderungsanträge auf Papier zu drucken, die Sie dann allesamt ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Deswegen haben wir einige Änderungen beantragt. Herr May, das bedeutet nicht, dass alles andere, was wir nicht beantragt haben, voll in Ordnung geht. Vielmehr haben wir uns auf einen Teil in dem Wissen beschränkt, dass Sie nie einem Antrag der LINKEN zustimmen werden. Ihr Koalitionspartner hat einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst. Sie halten sich auch noch daran. Von daher brauchen wir nicht 1.000 Änderungsanträge zu stellen.

Im schwarz-grünen Koalitionsvertrag hat man das Problem der prekären Beschäftigung sogar erkannt. Aber es ist nichts passiert. Wir sagen: Dauerhafte Aufgaben müssen auf dauerhaften Stellen erfüllt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist auch so, weil die Leute sonst den Hochschulen verloren gehen. Junge Wissenschaftler gehen den Hochschulen verloren, wenn sie keine langfristigen Perspektiven haben. Es kann doch nicht sein, dass jemand Mitte 30 ist, eine lange Ausbildung hinter sich hat und sich von einem Vertrag zum nächsten hangelt. Dass die Leute dann irgendwann sagen: „Darauf habe ich keine Lust mehr“, ist doch verständlich. Da muss etwas passieren.

Herr Rhein, ein Letztes. Das kann natürlich so nicht stehen bleiben. Sie haben in ihrer Rede Roland Koch erwähnt und ihm für seine wissenschaftspolitischen Verfehlungen gedankt. Das ist wirklich das „Allerbeste“.

Ich will sagen, was Roland Koch in diesem Land wissenschaftspolitisch gemacht hat. Er hat, erstens, die Studiengebühren eingeführt. Diesen Irrtum haben wir glücklicherweise korrigiert.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das Zweite ist nicht ganz so leicht zu korrigieren.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie müssen zum Ende Ihrer Rede kommen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Das Zweite, was Herr Koch gemacht hat, ist leider nicht so leicht zu korrigieren. Er hat das Universitätsklinikum Gießen und Marburg an die Rhön Klinikum AG verscherbelt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Kochs Bilanz ist sicherlich kein Grund zum Feiern. Ganz sicher ist das kein Grund für eine Medaille.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie der Abg. Mürvet Öztürk (fraktionslos))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Frau Kollegin Wissler. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Lesung des Einzelplans 15.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Wassergesetzes und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 19/5462 –

Das Gesetz wird von Frau Staatsministerin Hinz eingebracht. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Hessische Landesregierung hat sehr früh in dieser Wahlperiode einen Bewirtschaftungsplan und ein Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie vorgelegt; denn Wasser ist eines unserer wichtigsten Güter, und die Gewässerqualität ist besonders zu schützen und zu verbessern.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gern zuhören, aber ich verstehe kein Wort! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Ich verstehe nichts!)

– Bin ich zu klein?

(Marjana Schott (DIE LINKE): Zu leise!)

– Zu leise? Seit wann bin ich denn zu leise?

(Heiterkeit)

Das wundert mich aber sehr. Okay, dann schreie ich jetzt einfach lauter. – Das heißt, wir wollen keine Verschlechterung, sondern wir wollen das Verschlechterungsverbot einhalten und die Reduzierung der Einträge von Nährstoffen und Pflanzenschutzmitteln erreichen. So soll der gute ökologische Zustand unserer Gewässer erreicht und gesichert werden.

(Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Bei der Änderung des Wassergesetzes vor fast zwei Jahren, als es im Wesentlichen um formale Gesichtspunkte ging, habe ich Ihnen schon gesagt, dass wir uns noch einmal an das Wassergesetz heranmachen, wenn es das Düngegesetz gibt. Das hat dann leider auf Bundesebene etwas länger gedauert. Aber wir haben jetzt das Düngegesetz, die Düngeverordnung. Natürlich legen wir jetzt auch ein inhaltlich geändertes Wassergesetz vor.

Eine besondere Funktion kommt in diesem neuen Wassergesetz der Stärkung des Gewässerrandstreifens zu. Wir wollen künftig nicht nur die 10 m im Außenbereich, sondern auch im Innenbereich eine Breite von 5 m einbeziehen und dort als Gewässerrandstreifen ausweisen. Das dient nicht nur der Wasserqualität, sondern am Ende auch dem Hochwasserschutz. Zum Schutz der Gewässer sind im Gewässerrandstreifen künftig laut Entwurf nicht mehr zulässig: der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln innerhalb von 4 m zum Ufer – das passt auch zur Düngeverordnung –, das Pflügen im 4-m-Streifen ab 2022 in der neuen GAP-Periode, die Errichtung und wesentliche Änderungen von baulichen und sonstigen Anlagen mit einer Be-

standsschutzregelung, und vor allen Dingen auch die Ausweisung von Baugebieten.

Meine Damen und Herren, das ist ein qualitativ weiter und guter Schritt für die Veränderung des Wassergesetzes und die Verbesserung der Gewässerqualität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landwirtschaft soll und wird künftig einen noch wichtigeren Beitrag zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie leisten. Deshalb wollen wir in der kommenden Förderperiode der GAP ab 2021 ein verbessertes Förderprogramm im Rahmen der Agrarumweltmaßnahmen zur Verfügung stellen. Auch bis jetzt gab es schon die Möglichkeit, Gewässer- und Erosionsschutzstreifen ab 5 bis 30 m entsprechend zu fördern. Wir wollen das qualitativ auf neue Beine stellen, damit auch auf das Programm zugegriffen wird.

Der Gesetzentwurf greift auch das Prinzip der Freiwilligkeit auf. So soll bei der Aufgabe jeglicher landwirtschaftlicher Nutzung von Ackerflächen im 4-m-Bereich ab 2022 ein angemessener Geldausgleich bereitgestellt werden. Im Interesse der ökologischen Gewässerentwicklung wird ein Vorkaufsrecht der gewässerunterhaltungspflichtigen Kommunen für Flächen im Gewässerrandstreifen aufgenommen. Das ist dort auf Wohlwollen gestoßen. Dies wird aktuell flankiert durch die Förderrichtlinie meines Ministeriums, die den Flächenankauf durch die Kommunen finanziell unterstützt, sodass sie dann auch wirklich Gewässerrenaturierungen vornehmen können.

Ein zweiter Schwerpunkt des Gesetzes ist der Hochwasserschutz. Durch Bundesregelung wird die geltende hessische Regelung für überschwemmungsgefährdete Gebiete weitgehend abgelöst. Der Entwurf regelt jetzt, dass trotzdem der bisherige Umfang der Gebietsabgrenzung, und damit der bewährte hessische Hochwasserschutzstandard, beibehalten werden kann. Ich halte das gerade in Zeiten zunehmender Extremwetterereignisse, wie sie durch den Klimawandel gefördert werden, für wichtig, und es ist aus meiner Sicht die richtige Entscheidung.

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass das Wassergesetz und gerade die Regelungen zu Gewässerrandstreifen Bereiche berühren, in denen ein Interessenausgleich gefunden werden muss, zuvörderst natürlich zwischen dem Umweltschutz – also der Ökologie – und der Landwirtschaft. Dazu haben wir viele Gespräche geführt, um da auch tatsächlich übereinzubekommen. Die Landwirtschaft wird künftig noch einmal neu gefordert, aber nicht überfordert – auch wegen der Übergangsfristen, die wir vorsehen. Das haben die Gespräche ergeben. Gleichzeitig ist das ein wichtiger großer Schritt hin zur Erreichung der Ziele, die wir uns im Gewässerschutz auferlegt haben. Wenn Sie sich das einmal im Reigen der anderen Länder ansehen, stellen Sie fest, da wird das Wassergesetz wirklich einen großen Sprung machen.

Insofern freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss, die wohl bereits ab morgen Abend mit der Beschlussfassung über eine Anhörung losgehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Ministerin, für die Einbringung des Gesetzentwurfs in erster Lesung. – Ich eröffne die Aussprache. Frau Kollegin Löber, SPD-Fraktion, hat das Wort.

Angelika Löber (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Mit dieser Novelle des Hessischen Wassergesetzes macht unser Land einen überfälligen Schritt in die Gegenwart. Doch das Papier geht nicht weit genug und verfehlt klar eine zukunftsweisende Wirkung.

Ich kritisiere den halbherzigen Vorschlag zur Änderung der Gewässerrandstreifen in § 23 des Gesetzentwurfs. Das mache ich jedoch nicht exklusiv. Auch die Umweltverbände, allen voran NABU und BUND, haben sich bereits zu den zu kurz greifenden Regelungen geäußert. Sie haben es in den Ihnen vorliegenden Stellungnahmen und den veröffentlichten Pressemitteilungen nachvollziehbar dargelegt.

Was soll nun positiv im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung mit grüner Beteiligung verändert werden? Positiv ist, dass Sie den Begriff des Gewässerrandstreifens weiter fassen und es auch eine 5-m-Zone im Innenbereich geben soll. Positiv ist auch, dass auf den Gewässerrandstreifen im Innen- und Außenbereich Verbote gelten sollen, die über die Schranken des Wasserhaushaltsgesetzes hinausgehen: das Verbot der Lagerung und des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, das Verbot der Errichtung von baulichen Anlagen, das Verbot der Ausweisung von Baugebieten.

Aber ausgerechnet die Lagerung und der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wollen Sie nur auf den ersten 4 m des Gewässerrandstreifens verbieten. Hier zeigt sich doch eher die Handschrift des Bauernverbandes und weniger die des Naturschutzes. In Kleingärten in Uferlagen soll nicht einmal diese Schranke gelten. Bestehende Ackerflächen sollen noch bis zum Jahr 2022 bis an den Gewässerrand heran umgepflügt werden dürfen – danach bis auf 4 m. Das ist eine nicht nachvollziehbare Befristung und Begrenzung, letztlich ist es keine Verbesserung des Gewässerschutzes.

Die vorgelegte Novelle kann insgesamt nicht über die dürftige und zweifelhafte Einstellung der Landesregierung zum Schutz der Gewässer hinwegtäuschen. Sie offenbart fehlende Logik. Wieder einmal ist keine Linie erkennbar. Verschiedene, sich widersprechende Interessen sollen in einem Gesetz vereint werden.

Ich nenne ein klassisches Beispiel – es stammt vom NABU –: Der Biber ist in Hessen auf dem Vormarsch. In wenigen Jahren könnten die Tiere an allen hessischen Flüssen heimisch sein. Herr Kollege Reul und Herr Kollege Heinz Lotz kennen die Thematik aus ihrem Wahlkreis sicher gut; denn dort gibt es ein hervorragendes Bibermanagement. Vielleicht kommen wir im neuen Jahr endlich zur Behandlung unseres Antrags „Bibermanagement in Hessen“ im Plenum.

Fällt nun der Biber in seinem zur freien Gestaltung freigegebenen 4-m-Lebensraum einen stattlichen Baum von mehr als 10 m Länge, der zwar noch auf dem Randstreifen liegt, aber eben auch auf Ackerland, was passiert dann? Welches Vorgehen empfehlen Sie dem Biber, Frau Staatsministerin?

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf von der CDU: In die Städte abwandern!)

Sollen wir dann bald erneut zusammensitzen und darüber debattieren, wie wir die bereits heute absehbare Entwicklung reglementieren und steuern können? Oder erklären Sie dem Biber ähnlich wie dem Wolf und anderen in Hes-

sen heimischen Tieren einfach, wie sie sich hier in Hessen zu verhalten haben?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

In den Erläuterungen zum Gesetzentwurf liefern Sie wichtige Fakten. Sie attestieren den Randstreifen ökologische Funktionen: Wasserspeicherung, Sicherung des Wasserabflusses, Verminderung von Stoffeinträgen, Hochwasserschutz für Unterlieger. Sie beschreiben die strukturreiche Ufervegetation: Gehölzsäume, Hochstaudenflure, Gräser – allesamt Lebensraum, Vernetzungs- und Entwicklungskorridor für terrestrische und aquatische Flora und Fauna.

Vertrauen Sie doch Ihrer eigenen Expertise. Ziehen Sie daraus richtige und weitreichende Schlüsse. Legen Sie einen Gesetzentwurf vor, der genau diese ökologischen Funktionen wirklich berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD)

Mir fehlt die Vorstellungskraft, wie ein solches Habitat am Gewässerrand aussehen soll, wenn darin zugleich auch tonnenschwere Landmaschinen fahren und den Gewässerrand gestalten.

Frau Staatsministerin, Sie schreiben, dass nur etwa 2.000 von insgesamt 477.000 ha Ackerfläche in Hessen auf Gewässerrandstreifen liegen. Nun höre ich sicherlich gleich Zwischenrufe: Wegen 2.000 ha Ackerland macht die Löber hier so einen Lärm. – Richtig, wegen derselben 2.000 ha Ackerland, die Ihnen so sehr am Herzen liegen, dass Sie das Ackerland zunächst ganz und später teilweise schützen und erhalten wollen.

Seien sie doch mal konsequent. Schützen Sie die Gewässerstreifen doch wenigstens auf gesamter Breite. Das ist gerade mal das ökologisch sinnvolle Mindestmaß. Zahlen Sie den Landwirten dafür meinetwegen auch eine gute Entschädigung, wenn es der Kompromissfindung dient; denn die Natur wird Sie davon ungeachtet

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

heute und morgen mit der Realität konfrontieren, der Sie sich noch verwehren. Oder soll ich lieber sagen: „in der Regierung beugen“?

Frau Ministerin, liebe GRÜNE, ich weigere mich, zu akzeptieren, dass unser wohlhabendes Bundesland Gewässerschutzwirtschaftsland ist und bleiben muss. Denken Sie allein an den Istzustand bei der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Im geforderten guten Zustand befinden sich derzeit nur 21 von insgesamt 421 hessischen Bächen und Flüssen. Das ist beschämend. Bemerkenswert ist, dass Sie sogar selbst betonen, dass Gewässerrandstreifen eine wichtige Funktion bei der Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie haben.

Wir erwarten eine ordentliche Anhörung vor der Verabschiedung des Gesetzentwurfs. Wir sollten uns diesmal auch respektvoll mit den dann eingehenden Stellungnahmen auseinandersetzen. Wir sollten den Anzuhörenden endlich vermitteln, dass Stellungnahmen nicht ungehört verhallen, wie wir es leider oft nach Anhörungen rückgekoppelt bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich appelliere an Ihre Vernunft. Nun haben wir den Gesetzentwurf endlich auf dem Tisch. Zwei Jahre hat dieser Prozess gedauert. Dann lassen Sie es uns auf zukunfts-

trächtige und konfliktfreie Füße stellen, alles andere ist unglaubwürdig. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Löber. – Das Wort hat der Abg. Dirk Landau, CDU-Fraktion.

Dirk Landau (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Löber, wir werden noch ganz dicke Freunde, habe ich den Eindruck. Auch hier bleibt mir eigentlich nichts anderes übrig, als das eine oder andere in meinem Redebeitrag noch einmal deutlich herauszustellen und klarzumachen, dass es so, wie Sie es sehen und aufgefasst haben, eben nicht ist.

Das vorangestellt, will ich sagen: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Wassergesetzes gehen wir mehrere Problemstellungen an, kommen aktuellem Bundesrecht nach und nehmen redaktionelle Anpassungen vor. Trotz bereits bestehender enger Vorschriften waren einzelfallweise Probleme mit Pflanzenschutzmitteln und Nitratbelastungen im Wasser feststellbar. Auf Bundesebene wurde kürzlich ein neues Düngerecht verabschiedet, das den Eintrag solcher Stoffe in den Gewässerkörper weiter reduzieren oder ausschließen sollte.

Wir wollen nun auch in Hessen weitere Maßnahmen ergreifen, um unser Wasser noch besser zu schützen. – Wir tun das aber, liebe Frau Löber, abgewogen, mit Sachverstand und orientiert an fachlichen Notwendigkeiten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach diesen einleitenden Worten und einem Kommentar möchte ich drei wesentliche Punkte ansprechen. Ich beginne mit dem wichtigsten Punkt, den auch meine Vorrednerinnen in einer größeren Breite angesprochen haben: den Gewässerrandstreifen. Hessen ist hier – das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, Frau Löber – mit seiner 10-m-Regelung im Außenbereich seit Jahren Vorreiter. Das kam bei Ihnen gar nicht vor.

Da wir das Potenzial des Gewässerrandstreifens zum Wasserrückhalt bei Hochwasser, seine Funktion als Schutz vor diffusen Stoffeinträgen oder seine Wirkung bei der Minimierung des Abtrags von Oberboden kennen, schützen wir ihn in angemessener Weise. So schränken wir zwar die Landwirtschaft an Gewässerrandstreifen beispielsweise durch das künftige Verbot des Pflügens in einem 4-m-Streifen ein, lassen aber Ackerbau nach guter fachlicher Praxis generell zu. Damit können unter Beachtung der Regeln des Wasserschutzes mit Implementierung des neuen Düngerechts über 2.000 ha weiterhin bewirtschaftet werden.

Bei dieser Vorgehensweise, die Übergangsfristen vorsieht, schaffen wir einen fairen Ausgleich, wenn Flächen der Landwirtschaft eben nicht entzogen werden, aber das Wasser auf der anderen Seite noch besser geschützt wird. Meine Damen und Herren, so geht interessenausgleichende Politik.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns aus guten Gründen dafür entschieden, den Gewässerrandstreifen nun auch für den Innenbereich innerhalb des Geltungsbereichs von Bebauungsplänen bzw. bebauter Ortsteile einzuführen. Er soll dort 5 m betragen und dazu beitragen, den Hochwasserschutz zu stärken, bauliche Abflusshindernisse zu vermeiden und innerörtliche Retentionsräume zu schaffen.

Wenn wir die Fluss- und Bachufer im Innenbereich weitestgehend freihalten wollen, dann soll dies aber unter Berücksichtigung von Anliegerrechten geschehen. Deshalb schaffen wir Ausnahmen für bebaute Flächen und kleingärtnerische Nutzung. Deshalb sehen wir ein Abweichungsrecht und/oder einen Entschädigungsanspruch vor, wenn es notwendig ist. Deshalb achten wir Bestandschutzregelungen. – So geht verantwortungsvolle Politik, Frau Löber.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Regelungsgegenstand des Gesetzentwurfs, den ich herausgreifen möchte, betrifft die Wasserentnahme an Oberflächengewässern. Gerne wird das Wasser gerade in warmen und trockenen Sommermonaten von Eigentümern, Anliegern und auch Hinterliegern entnommen, um die eigenen Blumen, das eigene Gemüse zu wässern. Aber diese Entnahme kann gerade für die Gewässerökologie kleiner Bäche und Gräben schnell zum Problem werden, vor allen Dingen dann, wenn der Wasserstand ohnehin niedrig ist und dem Wasserstrom jetzt noch weiteres Wasser entzogen wird.

Hinterliegern wird daher künftig lediglich ein sogenannter Gemeinbrauch in geringen Wassermengen zugestanden. Eigentümer und Anlieger müssen mit Einschränkungen ihrer Nutznießung angrenzender Gewässer rechnen, insbesondere dann, wenn dies die Witterung und andere Einflüsse auf Wasserstände notwendig machen.

Im Kern – damit kann ich angesichts der Zeit auch schon zum Schluss kommen – weiten wir mit diesem Gesetzentwurf den Gewässerschutz mit Augenmaß und unter Abwägung aller Sachverhalte aus. Genau diese Vorgehensweise findet die Unterstützung der CDU-Fraktion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Landau. – Das Wort hat die Frau Abg. Schott, Fraktion DIE LINKE.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die letzte substanzielle Änderung des Wassergesetzes hatten wir im Jahr 2010. Danach gab es nur noch Kleinigkeiten, wie Sie, Frau Ministerin, selbst gesagt haben. Damals wurde das Wassergesetz an das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes angepasst.

Damals kritisierte der Abg. Daniel May von den GRÜNEN zu Recht, dass die Hessische Landesregierung, die damals von CDU und FDP gestellt wurde, in weiten Teilen das schlechte Wasserrecht des Bundes übernehmen würde. Über das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes sagte er, dass

dieses Gesetz den Interessen der Industrie entspreche, aber nicht den Anforderungen an ein modernes Wassergesetz.

Weder das Hessische Wassergesetz noch das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes sind in dieser Zeit besser geworden. Auch jetzt ist einer der Gründe, warum das Hessische Wassergesetz geändert werden soll, die Anpassung an das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes. Vielleicht erinnert sich noch jemand daran, was Anfang dieses Jahres geändert wurde. Die Kritik des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz am Wasserhaushaltsgesetz vom Februar dieses Jahres bringt es auf den Punkt: Das Wasserhaushaltsgesetz ist ein Freibrief für Fracking. Mit diesem Gesetz wird das Schiefergasfracking ab 2021 für ganz Deutschland vorbereitet.

(Zuruf von der CDU: Jetzt wird es aber abenteuerlich!)

Kein Wort dazu heute. – Das ist nicht meine Aussage. Das hat unwidersprochen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz gesagt. Dazu habe ich hier nichts gehört. Es gab auch keine Kritik mehr an dem, was auf Bundesebene gemacht worden ist.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Die Beleuchtung im Plenarsaal verdunkelt sich. – René Rock (FDP): Das Windrad steht still!)

Auch an anderen inhaltlichen Punkten, die der Abg. May im Jahr 2010 kritisiert hat, hat sich substanziell nicht viel geändert. Das betrifft die Grundwassernutzung, die vor dem Jahr 2010 besser geregelt war als nach der Novelle. Das betrifft auch die Bestimmungen zur sogenannten kleinen Wasserkraft.

Geändert haben sich allerdings die hessischen GRÜNEN, die versuchen, relativ kleine Fortschritte – Uferrandstreifen mit großen Rückschritten – beim Fracking als Erfolg zu verkaufen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Einen Moment bitte, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, schlafen Sie nicht ein. Wir bemühen uns, das Problem so bald wie möglich zu lösen. Dann sehen wir weiter.

(Günter Rudolph (SPD): Wir sind nicht im Präsidium, Herr Präsident!)

Sie erkennen, zumindest wir hier oben haben Licht. Es geht jetzt also weiter.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Kommen wir zu den Erfolgen. Die gesetzliche Grundlage für breitere Uferrandstreifen und die Erleichterungen bei der Renaturierung der Fließgewässer sind eine Verbesserung. Das war es aber auch schon. Dass Uferrandstreifen, gemessen an ihrer Funktion für den Artenschutz und das Überschwemmungsgebiet, immer zu klein sein werden, wird in landwirtschaftlich genutzten Tallagen per Gesetz auch keine Auenwälder mehr schaffen können. Das ist allen Beteiligten klar. Dass aber in den 10 m breiten Uferrandstreifen zukünftig auf 5 m noch gepflügt werden darf, führt die Idee der Uferrandstreifen ad absurdum.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Pflügen muss dringend im gesamten Uferrandstreifen untersagt werden. Das ist allein schon aufgrund der regel-

mäßigen Überschwemmungen geboten. Ackerbau in Überschwemmungsgebieten entspricht in keiner Weise einer guten fachlichen Praxis. Dessen Verbot darf deshalb auch nicht entschädigt werden, wie es die Landesregierung vorschlägt.

Warum das Verbot des Pflügens auf 5 m erst ab 2022 greifen soll, ist völlig unklar. Wenn ein Landwirt längerfristige Lieferverträge haben sollte, zu deren Erfüllung auch der zu schützende Uferrandstreifen erforderlich ist, kann das über die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen geregelt werden.

Ab dem Jahr 2019 muss das Pflugverbot gelten. In einer Übergangszeit bis zum Jahr 2022 könnten Ausnahmen beantragt werden. So wäre das lösbar.

Ebenfalls sind wir gegen Ausnahmen von Kleingartenanlagen, die oftmals einen größeren negativen Einfluss auf die Gewässer haben als die Landwirtschaft. Die Uferrandstreifen gehören in die Raumordnungspläne. Die Neuanlage von Gärten direkt an Gewässern sollte man einfach nicht weiter genehmigen.

Das ist allein schon unsere Kritik. Wir sind sehr gespannt auf die Stellungnahmen der Verbände. Ich mache damit jetzt schon einmal deutlich, dass wir auf jeden Fall eine Anhörung dazu durchführen wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Meine Damen und Herren, wir bemühen uns, dass das Lichtproblem gelöst wird. Trotzdem sollten wir jetzt weitermachen.

(Günter Rudolph (SPD): Ungern!)

Der eine sieht gut, der andere sieht schlecht. Der Nächste sieht gar nichts. Insgesamt sehen wir schon etwas. – Nun hat Frau Kollegin Knell von der FDP-Fraktion das Wort.

(Die Beleuchtung im Plenarsaal erhellt sich wieder.)

– Na also.

(Unruhe)

Das war für Sie ein besonderes Entree, Frau Kollegin.

Wiebke Knell (FDP):

Da geht ein Licht auf.

(Minister Stefan Grüttner: Frank, wie hast du das gemacht?)

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich nehme gerne eines vorweg: Meine Fraktion und ich gehen mit großer Skepsis in diese Gesetzesberatung.

(Holger Bellino (CDU): Dann machen wir das Licht wieder aus!)

– Man hört mich auch im Dunkeln.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wenn es dunkel ist, ist das Gesetz auch nicht besser!)

Wir sind skeptisch, weil wir uns angeschaut haben, was andere Länder in diesem Bereich gemacht haben und wie sich das ausgewirkt hat. Wir sind außerdem skeptisch, weil eine Einschränkung des Eigentums, wie es die Landesre-

gierung durch die Einführung von Gewässerrandstreifen vornehmen will, nur mit wirklich guten Gründen vorgenommen werden kann. Insgesamt scheint auch dieser Gesetzentwurf das Misstrauen widerzuspiegeln, das die Landesregierung den Landwirten gegenüber hat.

(Beifall bei der FDP)

Wasser ist ein hohes Gut, und der Schutz des Wassers ist ein hehres Ziel. Die ergriffenen Maßnahmen müssen aber auch angemessen und geeignet sein, mehr Schutz zu bieten.

Nach dem ersten Überfliegen der Gewässerrandstreifenregelung stelle ich fest, dass die von Ihnen vorgeschlagene Regelung eher strenger ist als z. B. die baden-württembergische Regelung, weil Sie keine Ausnahme für Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung vorsehen. Sollte das Gesetz so gemeint sein, dass jeder Straßengraben am Ende zu der 10-m-Abstandsregelung führt, dann wäre das sicherlich mit Blick auf die Akzeptanz bei den Landwirten kein gutes Gesetz.

Insgesamt wird auf das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes ordentlich draufgesattelt. Wir sehen dieses Misstrauen, das Sie wieder gegen die Landwirtschaft verbreiten, äußerst skeptisch.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Wenn Sie mit den Landwirten gesprochen haben, dann frage ich mich, warum sich jetzt schon Landwirte gemeldet haben, die fragen, warum sie in die Diskussion nicht mehr einbezogen werden sollen. Diese Frage müssen Sie dann schon einmal beantworten.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Ich war gestern beim Bauernverband, im Gegensatz zu den Vertretern aller anderen Fraktionen. Wir haben da also Gespräche geführt.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind überzeugt, dass durch technische Lösungen, wie etwa das Aufbringen von Düngemitteln mittels Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht, auch Verbesserungen möglich sind, ohne die Produktionsfläche drastisch zu verkleinern. Auch die Veränderungen, die bei den sogenannten Gewässerschauen vorgenommen werden sollen, erschließen sich uns noch nicht ganz.

Jetzt komme ich wieder dazu, warum man den Bauernverband herausnimmt. Das ist auch nach der Lektüre der Begründung nicht so richtig ersichtlich. Ich hoffe, wir bekommen dazu eine Antwort im Ausschuss. Da werden wir uns sicherlich ausführlich austauschen. Wir werden uns im Rahmen der Gesetzesberatung konstruktiv einbringen und auch intensiv die Anhörung begleiten. Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Dorn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Manfred Pentz (CDU): Sehr gut! – Gegenruf des Abg. René Rock (FDP): Die hat doch noch gar nichts gesagt!)

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Löber, ich möchte Sie direkt ansprechen, weil Sie kritisch hinterfragt haben, warum wir uns nur auf die 4 m beschränken würden. Dabei haben Sie so markige Worte gewählt, wie: Das Thema sollte uns doch mehr wert sein, wir sollten uns doch treu bleiben.

Frau Kollegin Löber, haben Sie sich eigentlich mit der Frage beschäftigt, woher diese 4 m kommen? – Aus der Düngeverordnung, die die Große Koalition auf Bundesebene entsprechend verhandelt hat. Insofern können Sie uns doch nicht für das kritisieren, was Sie auf Bundesebene selbst verhandelt haben, Frau Kollegin Löber.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie sagen, das sei uns nur so wenig wert, dann darf ich Sie einmal fragen, wie viel in Meter ausgedrückt der SPD in Niedersachsen der Gewässerrandstreifen wert war. Wie viel war denn der SPD in Niedersachsen dieses Thema wert? – 1 m, Frau Kollegin Löber. Wir hingegen wollen 4 m. Erzählen Sie hier doch nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Angelika Löber (SPD): Wir machen Politik in Hessen!)

– Ja, wir machen Politik in Hessen, und die machen wir auch sehr verantwortungsvoll. Deswegen freue ich mich sehr, dass wir diese Gesetzesinitiative auf den Weg gebracht haben. Es ist doch klar, dass Flüsse und Bäche –

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Frau Kollegin Löber, ich verstehe, dass Sie sich angegriffen fühlen, aber Sie müssen sich schon damit konfrontieren lassen, dass Ihre Kollegen in anderen Bundesländern nicht die Politik umsetzen, die Sie hier fordern.

Wir wollen den Flüssen und Bächen in Hessen wieder mehr Raum geben. In den Siebzigerjahren wurden viele Fehler gemacht: Flüsse und Bäche wurden begradigt, teilweise nicht sehr bedacht, sie wurden kanalisiert, sie wurden verrohrt. Wir machen das jetzt mit vielen guten Projekten sehr aufwendig wieder rückgängig. Es braucht den Schutz vor Überflutungen, es braucht den Schutz für Tiere und Pflanzen, für natürliche Lebensräume. Deshalb sind Renaturierungen so wichtig. Wir müssen ganz dringend auch den Umfang der Einträge in die Gewässer verringern. Wir reden hier über Einträge, die durch Bewirtschaftungen nahe am Gewässer eingebracht werden, insbesondere durch die Landwirtschaft. Wir reden über Düngemittel, über Insektizide und über andere Stoffe. Wir wollen den Flüssen und Bächen in Hessen wieder Raum geben.

(Unruhe)

Vizepräsident Frank Lortz:

Einen Moment, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, die Summe der persönlichen Gespräche wird zu einem pauschalen Gemurmel. Das ist zwar dem Präsidium zuzumuten, aber nicht der Rednerin. Deshalb bitte ich Sie um

mehr Aufmerksamkeit. Wenn Sie schon so spät tagen, dann müssen Sie das auch in Würde ertragen. – Das Wort hat die Frau Kollegin Dorn.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Wir wollen den Flüssen und Bächen mehr Raum geben. Wir wollen sie sauberer machen. Deswegen stärken wir mit diesem Gesetzentwurf die sogenannten Gewässerrandstreifen, die sensiblen Bereiche an Bächen und Flüssen. Das ist ein ganz wichtiger Schritt für mehr Gewässerschutz.

Frau Kollegin Löber, Sie haben gesagt, dass es viel Kritik vonseiten der Umweltverbände gebe.

(Unruhe – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe die Rednerin immer noch nicht, Herr Präsident! – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Ich finde es schade, dass dieses Thema anscheinend so wenig Interesse findet, obwohl wir eigentlich über ein Thema reden, das ziemlich wichtig ist. Wir reden nämlich über unsere Bäche und Flüsse und darüber, wie wir auch weiterhin sauberes Wasser haben.

Frau Kollegin Löber, die Überschrift einer Pressemitteilung des BUND zu dem Gesetzentwurf lautet: „Wichtige Schritte in die richtige Richtung – Novelle des Hessischen Wassergesetzes“. Es gibt also durchaus eine große Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Selbstverständlich gibt es im Detail auch Kritik. Das ist normal. Wir reden hier ja auch über einen Punkt, der Interessenkonflikte beinhaltet. Das haben einige Rednerinnen und Redner schon deutlich gemacht. Deshalb ist es uns so wichtig, dass wir den Weg gemeinsam mit den Landwirten gehen und dass wir gute Lösungen finden. Das, was wir hier vorlegen, ist ein sehr guter Kompromiss, weil wir sehr viele Gespräche geführt haben, Frau Kollegin Knell.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Sie von der Fraktion der FDP machen es sich zu leicht, wenn Sie sagen, wenn man in andere Bundesländer schaue, dann sehe man, dass das alles ganz schwierig sei. Es ist unsere Pflicht, Frau Kollegin, uns damit zu befassen. Wir haben die EU-Wasserrahmenrichtlinie, und deren Umsetzung ist schlicht und einfach unsere Pflicht. Wenn wir das nicht machen, bekommen wir ein Vertragsverletzungsverfahren, und dann haben wir Strafzahlungen zu leisten. Was ist denn Ihre Alternative? Wie würden Sie die Wasserrahmenrichtlinie gerne umsetzen? Dazu kommt leider von Ihnen nichts. Aber es gibt ja die Möglichkeit, Änderungsanträge zu dem Gesetzentwurf zu stellen.

Was steht konkret in der Novelle? Es geht um die Schaffung eines 5-m-Randstreifens im innerörtlichen Bereich. Düngemittel und Pflanzenschutzmittel dürfen innerhalb eines 4-m-Streifens nicht mehr eingesetzt werden. Nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren darf in den Randstreifen auch kein Pflug mehr eingesetzt werden. Auch das verringert den Eintrag von Stoffen in die Gewässer deutlich. Es sollen in diesen Gewässerrandstreifen keine Bauvorhaben mehr ausgewiesen und auch keine größeren Anlagen mehr gebaut werden. Weil wir die Landwirte als Partner verstehen, ist uns auch die Frage von Entschädigungen sehr wichtig. Auch das ist in dem Gesetzentwurf geregelt.

Ganz klar ist: Wenn die neue GAP-Periode ansteht, finden wir es sehr wichtig, dass weiterhin Fördermittel für die Renaturierung und für die Gewässerrandstreifen vorgesehen werden. Die Kommunen sind bei diesem Thema in der Pflicht. Sie müssen die Vorgaben entsprechend umsetzen. Deshalb wollen wir ihnen ein Vorkaufsrecht einräumen.

Ich will einen letzten Punkt ansprechen. Gerade infolge des Klimawandels führen in den Sommermonaten viele Bäche so wenig Wasser, dass sie austrocknen. Das liegt auch daran, dass man bisher ohne Erlaubnis Wasser für den eigenen Gebrauch entnehmen konnte. Das wollen wir künftig erschweren. Wasserentnahmen sollen nur mit Erlaubnis möglich sein, damit nicht weiterhin gerade in heißen Sommermonaten unsere Bäche austrocknen. Die Bäche sind nämlich Lebensraum für viele wichtige Tiere und Pflanzen.

Unser Gesetzentwurf stellt einen guten Kompromiss zwischen dem Gewässerschutz und der Möglichkeit dar, wie wir einen Weg gemeinsam mit den Landwirten gehen können. Ich freue mich sehr auf die Beratungen. Selbstverständlich werden wir eine Anhörung durchführen, wie wir das immer tun, und werden uns weiterhin Anregungen holen. In diesen Gesetzgebungsprozess sind schon viele, viele Verbände intensiv einbezogen worden. Insofern sehe ich dem Ganzen sehr gelassen entgegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Dorn. – Die Debatte ist beendet.

Wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den zuständigen Fachausschuss. – Damit besteht Einverständnis.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Chancengleichheit und zur Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung (Chancengleichheits- und Qualitätsverbesserungsgesetz – ChancenG) – Drucks. 19/5467 –

Der Gesetzentwurf wird vom Kollegen Gerhard Merz eingebracht. Bitte sehr.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Beste kommt zum Schluss. Mit großer Freude und auch mit einem gewissen Stolz legt Ihnen die SPD-Fraktion heute einen Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Chancengleichheit und zur Qualitätsverbesserung der frühkindlichen Bildung vor. Mit diesem Gesetzentwurf verfolgen wir vier große Ziele.

Erstens. Wir wollen eine vollständige Gebührenbefreiung für alle Kinder, unabhängig vom Alter und von der Betreuungszeit, also auch für Kinder unter drei Jahren, für Kinder, die in Horten untergebracht sind, für Kinder, die ganztags betreut werden, und für Kinder in der Kindertagespflege.

(Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU):
Wünsch dir was!)

Wir wollen dieses Ziel in zwei Schritten erreichen, und zwar in einem ersten Schritt zum 1. September 2018 mit der vollständigen Gebührenbefreiung, inklusive der Ganztagsbetreuung, für die Drei- bis Sechsjährigen. Alle anderen Kinder und ihre Eltern werden dann zum 1. September 2019 von den Gebühren befreit.

(Beifall bei der SPD)

Damit unterscheidet sich unser Gesetzentwurf fundamental von allem, was bisher vorgelegt worden ist – insbesondere von dem, was morgen zu anderer Stunde zu diskutieren sein wird.

Zweitens. Wir wollen – gleichberechtigt mit dem Ziel der Gebührenbefreiung – in drei Stufen Strukturreformen als Voraussetzung für die Verbesserung der Qualität der Arbeit in unseren Einrichtungen erreichen, weil wir wissen, dass das den Eltern wichtig ist, weil wir wissen, dass das dem Personal wichtig ist, weil wir wissen, dass das auch den Trägern und den Personen, die in den Einrichtungen arbeiten, wichtig ist.

Die erste Stufe soll die Einführung – ebenfalls zum 1. September 2018 – eines Ansatzes von 20 % auf die normale Personalbemessung für die sogenannten mittelbaren pädagogischen Zeiten sein. Sie alle wissen, was das ist. Wer es nicht weiß, dem erkläre ich es noch einmal. Mittelbare pädagogische Zeiten sind die Zeiten, die eine Erzieherin oder eine Einrichtungsleiterin zur Vor- und Nachbereitung, zur Planung von besonderen Aktivitäten und insbesondere auch für Elterngespräche benötigt. Diese Zeiten werden seit Langem in der Kinderbetreuungslandschaft für unabdingbar gehalten. Im Grunde wird von niemandem bestritten, dass sie eigentlich unabdingbar sind, jedenfalls von niemandem, der sich in dieser Szenerie auskennt.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Schritt wird sein – das ist ein kleinerer Schritt, weil es dafür eine Vorlage gibt –, die Ausfallzeiten für Krankheit und Urlaub, die derzeit nach dem KiföG bei 15 % liegen, auf 20 % zu erhöhen.

Der dritte Schritt – mindestens so bedeutsam wie der Ansatz für die mittelbaren pädagogischen Zeiten –: Wir werden eine gesetzliche Regelung für die Freistellung von Kindertagesstättenleitungen vorsehen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt eine aktuelle Untersuchung der Bertelsmann Stiftung, aus der unter anderem hervorgeht, dass Hessen im Ländervergleich, was die Freistellung von Kindertagesstättenleitungen angeht, zumindest nicht in der Spitzengruppe liegt – ich will es einmal so ausdrücken. Das ist ein Zustand, der dringend geändert werden muss. Deswegen wollen wir diese drei Schritte bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode, also bis zum Jahre 2022, gegangen sein.

Drittens. Wir wollen eine entschiedene Entbürokratisierung des gesamten Verfahrens der Personalbemessung und der Bezuschussung erreichen. Dazu werden wir zu dem alten, gruppenbezogenen System der Personalbemessung und zu den alten Standards zurückkehren, was die Gruppengrößen angeht.

(Beifall bei der SPD)

Zu dieser Entbürokratisierung und radikalen Vereinfachung trägt viertens unser Vorschlag zur Neuregelung der Finanzierung der frühkindlichen Bildung bei. Wir haben

bisher ein auf die komplizierten Regelungen für die Personalbemessung und auf die komplizierten Regelungen für die Zusammensetzung der Gruppen aufgesetztes System von Pauschalen, eine Festbetragsfinanzierung.

Wir wollen zu einem Verfahren der Anteilsfinanzierung übergehen. Wir haben ursprünglich gesagt, in einer Übergangsfrist bis zum Ende der Legislaturperiode – also bis 2022 – solle das Land zwei Drittel der Betriebskosten übernehmen. Wir haben uns aus Gründen der Vereinfachung der Abrechnung dafür entschieden, bei der Finanzierung auf einen Anteil an den Personalkosten überzugehen. Das kann man im weiteren Gang der Debatte erläutern.

Es erspart uns die komplizierten Berechnungen bei den Sachkosten, die von Fall zu Fall, von Ort zu Ort und von Träger zu Träger sehr unterschiedlich sind. Aber die Personalkosten sind auf der Grundlage der geltenden Tarifverträge einheitlich berechenbar. 82,5 % der Personalkosten sind zwei Drittel der Betriebskosten.

(Nancy Faeser (SPD): Sehr gut!)

Das will ich sagen: Dies ist nicht weniger als revolutionär; denn erstens erreicht es, was die Höhe betrifft

(Manfred Pentz (CDU): Das ist aber dick aufgetragen! – Zurufe)

– ja, dritte Feuerbach-These –,

(Beifall bei der SPD)

einen Stand, von dem wir bisher nur träumen konnten,

(Manfred Pentz (CDU): Das ist aber ganz dick aufgetragen!)

und zweitens ist es ein System, das bei wachsenden Bedarfen und wachsenden Kosten, sei es durch zusätzliche Plätze, sei es durch hoffentlich bald steigende Gehälter auch für die Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen, dafür sorgt, dass der Landesanteil mitgeht und somit die Belastung für die freien Träger und die kommunalen Träger in Grenzen gehalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das eigentlich Bedeutsame, weil damit eine verlässliche und zukunftssichere gemeinsame Finanzierung durch das Land und durch die Kommunen erfolgt.

Letzter Punkt. Wir haben eine Reihe von weiteren Regelungen vorgesehen. Wir werden eine längst überfällige gesetzliche Regelung für die Betreuung von behinderten Kindern in unseren Einrichtungen einführen. Wir streben an – und sehen eine entsprechende gesetzliche Regelung dafür vor; darüber wird morgen noch etwas intensiver zu diskutieren sein –, eine Landeselternvertretung für die Kindertagesstätten einzuführen. Schließlich und endlich wollen wir ein Ende machen mit dem Unfrieden stiftenden § 28 HKJGB, der den interkommunalen Finanzausgleich regelt.

Ich hätte jetzt gern noch dem Kollegen Dr. Bartelt und auch dem Kollegen Boddenberg erklärt, wie das mit den Kosten und der Haushaltsbelastung aussieht. Aber ich vertraue fest auf eine zweite Runde. Bleiben Sie am Sender. Ich komme noch einmal.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Gerhard Merz. – Das Wort hat der Abg. Dr. Ralf-Norbert Bartelt, CDU-Fraktion. Bitte.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsfractionen legen einen Gesetzentwurf zur Beitragsfreiheit für täglich sechs Stunden über den Zeitraum von drei Jahren und zur Qualitätssteigerung in Kindergärten vor.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist aber erst morgen!)

– Wir werden morgen ausführlich darüber diskutieren. Das ist richtig.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Manfred Pentz (CDU): Eines nach dem anderen! Lasst den Mann ausreden! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Diese Entlastung der Eltern und die Qualitätserhöhung sind mit 440 Millionen € plus 50 Millionen € im Doppelhaushalt solide finanziert. Es wird damit ein Versprechen des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2013 umgesetzt, der im Fall einer vernünftigen Vereinbarung im Länderfinanzausgleich eine spürbare Entlastung für Eltern angekündigt hat.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Politik der Landesregierung ist verlässlich und sicher finanziert.

(Beifall bei der CDU)

Die Oppositionsfraction der SPD legt nun hektisch einen Gesetzentwurf zu diesem Thema vor, der nach ihrer Berechnung einen Betrag von 720 Millionen € jährlich erfordert.

(Günter Rudolph (SPD): Hektisch war nur Ihr Gesetzentwurf! Unserer nicht! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Nein, Sie kamen danach,

(Lachen bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Wir haben ja zig Gesetzentwürfe! – Weitere Zurufe von der CDU und der SPD)

und Ihre Haushaltsanträge liegen ja noch gar nicht vor. Derzeit handelt es sich dabei bloß um Gerüchte.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU und der SPD)

Als Finanzierung wird vorgeschlagen, die geschätzten Einsparungen aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von 550 Millionen € zu verwenden. Den Rest könnte man problemlos finanzieren – so wird die SPD mehrfach zitiert –, wenn man auf sogenannte Prestigeobjekte verzichten würde. Abgesehen davon, dass die Zahlen nirgendwo verlässlich hinterlegt werden können, wird unterstellt, dass in allen anderen Politikfeldern keinerlei begründete Ansprüche entstehen.

Damit sind die Mehrkosten der SPD-Gesetzesinitiative aber noch gar nicht vollständig beschrieben.

(Manfred Pentz (CDU): Nein!)

Es wird vorgeschlagen, dass das Land ab 2022 82 % der Personalkosten übernimmt. Daraus errechnet sich pro Jahr ein Mehrbedarf im Haushalt von mindestens 1,3 Milliarden €. Auch wenn wir Ihre Zahlen großzügig übernehmen und von Ihrem Minimum an Mehrbedarf ausgingen, würde der Haushalt wirklich aus den Angeln gehoben werden.

(Manfred Pentz (CDU): Aber volle Kanne! – Günter Rudolph (SPD): Aber Sie nehmen doch selbst Geld aus dem Haushalt! – Janine Wissler (DIE LINKE): Es geht ja auch nur um Kinder!)

Diese Finanzierungsvorschläge sind abenteuerlich und lassen vermuten, dass Sie mit deren Umsetzung gar nicht rechnen.

Wir sehen aber auch inhaltlich die vorgeschlagene Systemumstellung der Finanzierung der Kinderbetreuung sehr kritisch. Die Zuständigkeit für die Kinderbetreuung liegt aus guten Gründen bei der kommunalen Familie. Sie kann die Kindertagesstätten selbst betreiben, oder sie kann sie auf der Grundlage von Verträgen an frei-gemeinnützige und private Einrichtungen übertragen. Die SPD will jetzt, dass ab 2022 82,5 % der Personalkosten – das entspricht in etwa zwei Dritteln der Betriebskosten – vom Land direkt übernommen werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie ist es denn heute?)

Sie wollen aber gleichzeitig, dass die kommunale Verantwortung beibehalten wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Da hat einer den kommunalen Finanzausgleich nicht kapiert! – Weitere Zurufe von der CDU und der SPD – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Dadurch würde sich sehr bald ein erhebliches Problem entwickeln.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU und der SPD)

– Passen Sie einmal auf. Vielleicht haben Sie das Problem noch nicht richtig verstanden. – Bei einer entsprechenden Kostenentwicklung würde sehr schnell die Überlegung aufkommen, wie das Land in die Personalplanung oder in Verträge der Übertragung, etwa an kirchliche Träger, eingreifen könne. Vor einer solchen Entwicklung wollen wir wirklich nur warnen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Um das noch einmal zu erklären: Sie sagen, das Land solle 82 % der Personalkosten übernehmen.

(Gerhard Merz (SPD): Und?)

– Na ja, das führt dazu, dass die entsprechenden Träger erklären –

(Norbert Schmitt (SPD): Haben Sie das mit der Spitzabrechnung immer noch nicht kapiert? – Gegenruf des Abg. Manfred Pentz (CDU): Herr Schmitt, wer nicht rechnen kann, der soll ruhig sein! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Ich habe das schon verstanden. Sie würden dann sagen –

(Unruhe)

Vizepräsident Frank Lortz:

Einen Moment, Kollege Dr. Bartelt. – Meine Damen und Herren, es geht von links nach rechts und kreuz und quer. Wir sind beim letzten Punkt der Debatte. Ich bitte Sie, das konzentriert hinzubekommen. Machen Sie einmal ein paar Bewegungen mit den Fingern, dann geht es wieder. Hören Sie dem Dr. Bartelt zu, er will Ihnen doch etwas vermitteln.

(Günter Rudolph (SPD): Der Pentz hat gestört!)

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Das führt doch schlichtweg dazu, dass Träger in die Versuchung kommen könnten, zu erklären: Na ja, die Personalausgaben machen bei uns nur 18 % aus. Deshalb sind wir da sehr großzügig. – Als Reaktion darauf würde das Land erklären: Jetzt müssen wir da eingreifen und eine Bürokratie entwickeln, wie wir das –

(Zuruf von der SPD: Das würden Sie so machen! – Gegenrufe von der CDU)

– Wir regieren ja auch weiter. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Das entscheiden die Wähler! – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Dann würde die Situation entstehen, dass das Land sagen würde: Jetzt müssen wir das Ganze überprüfen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Das wollen wir letztlich nicht. Wir wollen, dass die kommunale Familie und die frei-gemeinnützigen Träger selbst über ihre Kindergärten entscheiden und die Finanzierung organisieren.

(Beifall bei der CDU – Dieter Franz (SPD): Was ist dann mit dem KiföG?)

Zu einem weiteren inhaltlichen Kritikpunkt Ihres Vorschlags. Sie wollen zur gruppenbezogenen Personalberechnung und Förderung zurückkehren. Wir dagegen halten an der kindbezogenen Förderung fest. Das ist fachlich begründet und für den Steuerzahler nachvollziehbar. Wir wollen, dass die Förderung für ein Kind mit einem besonderen Betreuungsbedarf, beispielsweise in Bezug auf die Sprache oder das Sozialverhalten, in einer größeren Gruppe höher ist als für ein Kind mit einem durchschnittlichen Betreuungsbedarf in einer kleineren Gruppe. Ich möchte ergänzen, dass eine Änderung der Förderrichtlinien in jeder Kindertageseinrichtung den Verwaltungsaufwand deutlich erhöhen würde.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Dr. Bartelt, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Der Mehraufwand an Verwaltung im Rahmen des KiföG wurde kritisiert. Nach der Beendigung dieses Umstellungsverfahrens trat jetzt jedoch eine Entspannung ein.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Wir setzen die Priorität auf die Qualitätsverbesserung und Gebührenfreiheit für sechs Stunden und drei Jahre. Ihr Vorschlag ist auf Sand gebaut. Unsere Politik setzt verantwortlich auf Prioritäten und ist verlässlich und nachhaltig finanziert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Pentz (CDU): Sehr gut! – Günter Rudolph (SPD), zur CDU gewandt: Sehr gut? Da muss Herr Pentz selbst lachen!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Dr. Bartelt. – Das Wort hat Frau Abg. Schott, Fraktion DIE LINKE. – Ruhe, bitte.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Bartelt, ich versuche es einmal ganz vorsichtig: Es gibt Bundesländer, die das machen. So, wie Sie das eben beschrieben haben, müsste man meinen, es sei der Untergang des Abendlandes. Aber in den Bundesländern, die das so machen, funktioniert die Zivilisation durchaus noch.

(Beifall bei der LINKEN)

Was Sie gerade Merkwürdiges hergeleitet haben über das, was Träger eventuell tun könnten, wenn sie sich unbeobachtet fühlen würden und die Chance sähen, dass ..., ist schon eine ziemlich heftige Unterstellung gegenüber denjenigen, die in diesem Lande, landauf und landab, von den Kommunen nahezu flächendeckend mit der Betreuung unserer Kinder beauftragt worden sind. Das sollten Sie diese besser nicht hören lassen, weil es sonst sein könnte, dass Sie an verschiedenen Stellen ein nicht mehr willkommener Gast sind. Das muss man doch einfach einmal klarstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

In Bezug darauf, ob das jetzt eine kind- oder gruppenbezogene Betreuung ist, haben Sie gerade so getan, als ob die gruppenbezogene Betreuung sozusagen gegen jedwedes Steuerrecht verstoßen würde und von niemandem ertragen werden könnte und überhaupt etwas ganz Schlimmes sei. Gefühlt 50 Jahre lang war das in diesem Land so, und es ist niemand aufgestanden und hat gesagt: „Das ist ein schweres Verbrechen, das muss man ändern“, bis diese Regierung dahergekommen ist und gesagt hat, das gehe so alles gar nicht, und sie mache das jetzt kindbezogen, was sich total freundlich anhört, aber in Wahrheit ein Sparprogramm ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine gruppenbezogene Regelung ist nämlich die Regelung, die Spielräume eröffnet; und dahin sollten wir tatsächlich wieder kommen. Diese Rede, die Sie eben gehalten haben, ist wirklich so, dass Sie besser nicht dafür sorgen sollten, dass sie sehr viele Menschen zu sehen und zu hören bekommen, weil sie eher dazu geneigt ist, zu zeigen, dass Sie a) von der Materie tatsächlich nicht viel verstanden haben und b) nicht in der Lage sind, einzuschätzen, welche Probleme Menschen gerade haben, die in unserem Land mit der Kinderbetreuung befasst sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin ziemlich froh, dass wir diesen Gesetzentwurf der SPD auf dem Tisch haben und dass dieser zuerst behandelt wird. Das ist in diesem Hause endlich etwas Positives. Obwohl auch ich durchaus nicht mit jedem Satz und allem einverstanden bin, so hat er doch eine Tendenz, die aufzeigt, dass die Kritik, die landauf und landab an dem geübt wird, was gerade tatsächlich stattfindet, zur Kenntnis genommen und umgesetzt wird. Was wir in diesem Lande brauchen, ist eine Kinderbetreuung, die tatsächlich Qualität hat, und Erzieherinnen, die dies leisten können, eine gute Arbeit abzugeben. Das machen die, und dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei all den Erzieherinnen und Erziehern bedanken, die jeden Tag, trotz der wirklich schwierigen Bedingungen, eine ordentliche Arbeit machen und auf die Kinder eingehen, den Leitungen, die oftmals nicht freigestellt sind, aber trotzdem Leitungsarbeit zu leisten haben, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im hauswirtschaftlichen und technischen Bereich, die wir ganz oft vergessen. All diesen sage ich hier einmal ein Dankeschön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir haben die Situation, dass sich die Teilzeitquote innerhalb der letzten 15 Jahre um 45 % erhöht hat. Dies liegt nicht daran, dass die Erzieherinnen keinen Bock auf ihre Arbeit haben, dass sie keinen Bock darauf haben, Vollzeit zu arbeiten, um dafür Sorge zu tragen, dass sie später vernünftige Renten bekommen werden, wenn sie denn bis ins Rentenalter in dem Beruf arbeiten wollen und können, sondern es liegt daran, dass sie es bei den Belastungen schlicht und ergreifend nicht mehr schaffen, dass sie sagen: Wenn ich den Kindern halbwegs gerecht werden und mich nicht völlig kaputt machen will, dann schaffe ich das am ehesten über Teilzeit.

Das ist zum Teil der Tatsache geschuldet, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister noch immer versuchen, mit Teilzeitbeschäftigten Engpässe aufzufangen. Das können sie inzwischen aber gar nicht mehr machen, weil es schlicht und ergreifend nur einer Grippewelle bedarf, um eine Kita komplett lahmzulegen. Dann funktioniert dort nämlich vorne und hinten nichts mehr; und dann ist man über jeden froh, der noch da ist, der vielleicht noch einen Kopf mehr als Personalstelle darstellt, und den man einmal länger arbeiten lassen kann, weil wir an der Stelle nämlich eine zu dünne Personaldecke haben. Wir brauchen an dieser Stelle dringend mehr Personal.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin froh, dass die mittelbare pädagogische Arbeit sowie die Leitungsarbeit jetzt von Ihnen mit aufgenommen worden sind. Das alles entspricht noch nicht dem, was ein richtig guter Standard wäre. Das muss man hier auch einmal deutlich sagen. Dazu gibt es Forderungen, die schon relativ alt sind. Ich erinnere an Herrn Fthenakis usw. Es sind noch ganz andere Sachen gefordert worden. Von daher sage ich in Richtung der rechten Seite dieses Hauses: Das ist hier kein beliebiges „Wünsch dir was“. Wenn es dies wäre und die Sozialdemokraten nicht schon ein bisschen aufs Geld geschaut hätten, dann würden dort noch ganz andere Sachen drinstehen. Dann würden dort nämlich höhere Freistellungen und höhere Anrechnungen von Leitungstätigkeiten drinstehen. Dann würde dort auch ein anderer Personalschlüssel drinstehen. Dieser ist nämlich nicht so bemessen, wie ihn die Fachkräfte einzig fordern, sondern er ist noch immer ein Stück weit am Geldbeutel bemessen. Von daher, denke ich, sollten wir damit sehr sorgfältig umgehen, und

wir sollten uns sehr genau überlegen, was wir in diesem Land ermöglichen können.

Ich bin sehr gespannt auf die Ausschussberatungen, die wir dazu haben werden. Ich bin relativ sicher, dass dieser Entwurf viel Zustimmung finden wird. Ich sage aber noch einen letzten Satz dazu, dass Sie das alles nicht gut finden wollen: Ich frage mich, ob Sie überhaupt wissen, was Sie wollen, wenn es um frühkindliche Betreuung geht, weil das, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, also einmal hü und einmal hott, überhaupt nicht mehr nachzuvollziehen ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Das Wort hat Herr Abg. Bocklet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landtagsfraktionen von CDU und GRÜNEN haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Erhöhung des Haushalts um 446 Millionen € bedeutet. In der Endausbaustufe wird es 310 Millionen € jährlich kosten, dass wir in Kindergärten für Kinder von drei bis sechs Jahren und für bis zu sechs Stunden die Beitragsfreiheit einführen werden. Am Ende des Tages werden wir darüber hinaus 50 Millionen € dafür zur Verfügung haben, dass die Qualität in den Kitas verbessert wird. Dort wird es eine Verdreifachung der Qualitätspauschale geben; und wir setzen weitere 86 Millionen € dafür ein, dass Eltern in Hessen überall dort, wo es geboten ist, tatsächlich einen Betreuungsplatz finden. Das ist gute Kinderbetreuungspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Sie ist vor allem angesichts der möglichen Mehreinnahmen aus dem Länderfinanzausgleich möglich – 500 Millionen € wurden prognostiziert, plus/minus; man weiß es nicht genau –, zumal, wenn man weiß, dass der Ministerpräsident indessen unter anderem gesagt hat, das sei am Ende des Tages eine zu finanzierende Investition.

Wir wissen, dass die Elternbeiträge in über 50 % der Gemeinden gestiegen sind; das hat der Bericht zur Evaluation des KiföG ergeben.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Warum denn?)

Wir als GRÜNE haben immer gesagt, dass der Quantität Qualität und mittelfristig auch eine Beitragsentlastung folgen müssen. Wir haben gesagt, mittelfristig, nach ca. fünf Jahren, beginnen wir mit dem Einstieg in eine Beitragserstattung mit über 310 Millionen €. Dann ist das genau der richtige Dreiklang, den Hessen jetzt erfährt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Nun ist es nicht so, dass das, was die SPD fordert, alles Unfug ist. Wer wünscht sich nicht mehr Leitungsfreistellung, mehr unmittelbare pädagogische Arbeit, kleinere Gruppen, mehr Personal? Am Ende des Tages muss man sich die Frage stellen: Was kostet der ganze Spaß?

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

– Herr Kollege Merz, auf Sie habe ich gewartet, ich freue mich auch, dass Sie diesen Gesetzentwurf extra eingebracht haben. Die Frage in diesem Haus lautet: Wie viele Positionen hat die SPD? Hat sie überhaupt eine Position, und wenn ja, welche?

(Marjana Schott (DIE LINKE): Murks ist Murks und bleibt Murks!)

Sie hat jetzt mit diesem Gesetzentwurf eine Position vorgelegt. Wir wollen einmal sehen, wie lange die Halbwertszeit dieser Position ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich finde es toll, dass ich jetzt zehn Minuten Zeit habe, aus den letzten zwei Jahren der SPD zu zitieren. Es geht nur um die Drucksachen, die nachweisbar sind. Nicht, dass ich das denke oder Herr Merz irgendwann einmal irgendetwas erzählt hat, was er eine Woche später wieder umgekehrt hat. Es geht nur um die Drucksachen, es wird spannend.

2014 – drei Jahre, ich gebe zu, das ist eine lange Zeit –, da geht es um die Verbesserung der finanziellen Förderung der Kitas und der Inklusion,

(Gerhard Merz (SPD): Da hat sich mancher schon um 180 Grad gedreht, mancher hat keine drei Jahre gebraucht!)

das wollte die SPD – Drucks. 19/853 – mit 22,5 Millionen € hinterlegen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Murks ist Murks und bleibt Murks!)

2015 wird es spannend. Einmal schlägt die SPD 23,5 Millionen € für die Qualitätsverbesserung vor. Keine vier Monate später soll der Betrag doch lieber die laufenden Betriebskosten der Kitaträger bezuschussen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Anfang 2016 – vor einem Jahr, jetzt kommen wir schon an die Schlagseite – war zunächst von Qualität keine Rede mehr. Nun will die SPD die Beitragsfreiheit – Achtung – im zweiten Kindergartenjahr für – Achtung – fünf Stunden und mit einem Ausgleich an die Kommunen von 120 € pro Kind. Dafür sollen 62 Millionen € reichen. Hört, hört.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann doch nicht sein! – Gegenruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

So ein Rückfall in krude Zeiten, würden Sie wohl sagen. Das haben Sie im Jahr 2016 gefordert, Drucks. 19/3067.

Wir bewegen uns jetzt Anfang des Jahres 2016. Damals ging es um 62 Millionen €, das war vor einem Jahr. In der gleichen Zeit kursierte ein Flyer der SPD, der von 350 Millionen € und von der gesamten Beitragsfreiheit spricht. Vermutlich meinten Sie die Kita. Jetzt sieht man, dass Sie vermutlich U 3 wollten.

Im November werden schließlich 50 Millionen € – Achtung – für die Freistellung des Ganztagsplatzes im zweiten und dritten Kindergartenjahr gefordert, Drucks. 19/3959. Als Finanzierung soll der Länderfinanzausgleich dienen und ein noch nicht existierendes Kitagesetz des Bundes – das immer noch nicht beschlossen wurde, auf das wir immer noch warten. Das gibt es auch bis heute nicht.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Dann kommen wir in den Sommer 2017. Plötzlich wird uns ein krudes Familienbild vorgeworfen, weil wir sechs Stunden am Tag freistellen, dabei hat die SPD ein Jahr zuvor noch die Freistellung von nur fünf Stunden gefordert. – So schnell geht es manchmal.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Doch dann setzt die SPD zum Überholen an, scheitert aber an sich selbst. Es sollen stufenweise alle Kinder irgendwann einmal beitragsfrei betreut werden. Zusätzlich will die SPD mehr Fachkräfte aus den Kommunen entlasten, zwei Drittel der Gesamtkosten übernehmen. Ich frage mich: Warum eigentlich nur zwei Drittel, warum nicht vier Fünftel oder neun Zehntel? Wie kann man so unsozial sein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das soll aus dem Länderfinanzausgleich finanziert werden. Ebenso soll das durch ein erhofftes Kitagesetz des Bundes finanziert werden, das die SPD-Familienministerin im Bund immer noch nicht durchgebracht hat. Bei der Frage der Kosten wird es dann spannend.

(Norbert Schmitt (SPD): Darüber freuen Sie sich, das ist interessant! – Vizepräsidentin Heike Habermann übernimmt den Vorsitz.)

Das SPD-Paket des Sommers 2017 soll dann nicht mehr 62 Millionen €, es soll auch nicht mehr 350 Millionen € kosten, es kostet jetzt schlappe 1,3 Milliarden €. Narhallamarsch und Tusch, jetzt sind wir bei der Position, über die wir heute reden. Jetzt kommt meine Antwort zu den 1,3 Millionen €.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Milliarden!)

– Milliarden, Entschuldigung, ich gebe zu, ich komme durcheinander mit den Fantastilliarden – so sagt Kollege May immer. Wir geben uns nicht mehr mit Millionen zufrieden, wir irren jetzt im Dschungel der Milliarden umher.

(Zuruf des Abg. Ernst-Ewald Roth (SPD))

Ich glaube, dass die 1,3 Milliarden €, um sich einmal ganz kurz mit Ihrem Gesetzentwurf zu befassen, noch sehr konservativ geschätzt sind. Es steht in dem Gesetzentwurf, dass die Gruppengröße maximal bei 25 Kindern sein soll, aber 15 Kinder nicht unterschreiten soll. – Lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen, bei 12,5 wäre es einfach auszurechnen, dann wäre das eine Verdoppelung aller Kindergartengruppen. Sie sollten einmal kurz nachrechnen, was das kosten würde. Mit 1,3 Milliarden € hätten wir, nebenbei bemerkt, damit noch ein Schnäppchen gemacht.

Was ist also die finanzpolitische Antwort auf die Frage: „Wie gehen wir mit dem Gesetzentwurf der SPD um?“ – Sie haben vielleicht einen Betriebsausflug ins Phantasialand gemacht. Das mag sein.

(Sabine Waschke (SPD): Es reicht jetzt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir machen das hier gegenüber in der Kneipe und versuchen, dabei möglichst wenig Alkohol zu trinken. Ich sage Ihnen: Wir haben das mit 446 Millionen € tatsächlich deckungsfähig hinterlegt. Das wird in den nächsten Jahren kommen. Ich kann Ihnen sagen, was die finanzpolitischen

Forderungen der SPD sind – Herr Schmitt, Sie sind ja auch da –: 1 Milliarde € Erhöhung der KFA-Mittel,

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Bocklet, die Redezeit ist zu Ende.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

500 Millionen € für den Wohnungsbau, 500 Millionen € für die Erhöhung der Besoldung, Ablehnung der Gewerbesteuer usw. usf., über 3 Milliarden € an Forderungen. Soll ich Ihnen sagen, was das Fazit ist? – Sie nehmen sich selbst nicht ernst und die Menschen draußen schon gar nicht.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Die Botschaft an die hessischen Wählerinnen und Wähler wird sein: Wer allen alles verspricht, verspielt jegliche Glaubwürdigkeit.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Rock für die FDP-Fraktion.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der große Wurf der SPD ist in Wahrheit ein Bumerang! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Der Sprücheklopfer aus der ersten Reihe! – Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Kolleginnen und Kollegen, können wir bitte den nächsten Redner zu Wort kommen lassen?

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die GRÜNEN und die Koalition darüber reden, wer was wann vor wenigen Monaten gesagt hat, dann läuft einem schon ein Schaudern über den Rücken. Wenn ich überlege, was Sie vor wenigen Wochen und Monaten über die Beitragsfreistellung gesagt haben – wir hatten ja zwei Gesetzentwürfe dazu –, wenn man das im Protokoll nachlesen würde, die Aussagen des Ministers, der CDU-Fraktion, von Herrn Bocklet,

(Minister Stefan Grüttner: Und von Herrn Rock!)

dann würde man schon eine sehr interessante Entwicklung erkennen können. – So viel zum Thema „Wir lesen mal nach“.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Für meine Fraktion ist ganz klar: Wir brauchen erst einmal ausreichend Plätze. Wenn Sie Familien fragen, wenn Sie Eltern fragen, dann werden die Ihnen sagen: Qualität ist super, Kostenfreiheit ist super. Aber was nutzt mir das ohne einen Platz? – Das hat für uns die oberste Priorität. Jeder, der in Kommunen im Rhein-Main-Gebiet unterwegs war, weiß, dass es dort lichterloh brennt.

In allen Kommunen wird in Kitas investiert, um neue Plätze zu generieren. Der Rechtsanspruch ist da, die Kommunen können verklagt werden. Überall in Hessen entstehen Kitas. Das kann man auch im Haushalt ablesen. Dort kalkulieren Sie mittlerweile mit 4.200 Einrichtungen, vor drei Jahren waren Sie noch bei 3.800 Einrichtungen. Es gibt einen immensen Ausbau. Warum? – Weil es durch die Familien einen gewaltigen Druck gibt, die diese Plätze nachfragen. Also lautet die erste Priorität: Wir brauchen Plätze.

(Beifall bei der FDP)

Das steht übrigens auch im Zielsystem des Landeshaushalts, dass man an dieser Stelle eine Priorität setzen will.

Das Zweite, was uns wichtig ist – da sind wir sehr konform mit einigen Inhalten, die im Gesetzentwurf vorgesehen sind – ist die Frage: Wie kann ich die Qualität in den Einrichtungen steigern? Dabei ist der Betreuungsschlüssel ein wichtiges Thema. Dabei spielen die Qualität, die Fortbildung, die Vorbereitungszeit – das ist hier aufgeführt worden – und natürlich auch die Freistellung der Leitung eine wichtige Rolle.

Liebe Freunde von der SPD, wenn Sie einen solchen Vorschlag machen, müssen Sie sich schon etwas mehr Mühe geben, all jenen, die diesen Gesetzentwurf positiv lesen wollen, ganz genau zu erklären, wie Sie auf diese Zahlen gekommen sind. Sie müssen erklären, wie Sie bei der Abschätzung der Kosten genau diese Zahl ermittelt haben.

Ich will es einmal kurz machen: 240 Millionen € – ich habe es heute Mittag schon gesagt – stehen für die Drei- bis Sechsjährigen im Haushalt. In unserer Kommune ist das eine Teilfinanzierung von 10 %, 12 % der realen Kosten, würde ich überschlägig sagen. Wenn es 10 %, 12 %, 15 % der Kosten sind, kommen Sie auf über 2 Milliarden €. Wenn Sie davon 82 % finanzieren, komme ich schon nur im Kitabereich auf ganz andere Zahlen.

(Norbert Schmitt (SPD): Die stecken doch heute schon im KFA!)

– Das sind die Zahlen aus dem KFA, die ich gerade genannt habe, die dort zusammengeführt sind. – Dann würde mich sehr interessieren, wie Sie diese Zahlen am Ende berechnet haben. Das sollten Sie noch einmal deutlich machen, weil ansonsten die Seriosität dieser Vorgaben schwer nachzuvollziehen ist.

Sie haben hier auch etwas eingeführt, was der Frage widerspricht, wie wir ausreichend Plätze zur Verfügung stellen können. Wenn Sie allen Trägern überlassen, ob sie 15 oder 25 Kinder in Gruppen unterbringen und das allein die Entscheidung des Trägers ist, wie wollen Sie denn sicherstellen – genau das ist Frage –, dass die Eltern an ihre Betreuungsplätze kommen? Sie haben es ja zu Recht gesagt: Den Rechtsanspruch hat man gegen den Landkreis oder gegen die kreisfreie Stadt. Der Träger ist raus. Der Träger hat ein Interesse an einer sehr guten Betreuung. Aber wir haben das oberste Interesse, ausreichend Plätze zu haben. Wie wollen Sie das sicherstellen?

(Beifall bei der FDP)

Ich war während der letzten Wochen in Dutzenden Kitas in unserem Land. Ich habe festgestellt, dass eines der größten Themen vor Ort die Gewinnung von Fachkräften ist. Das ist eines der zentralen Themen, bei dem wir als Land doch etwas tun könnten. Wenn Sie 2020 den Fachkraftschlüssel erhöhen, indem Sie praktisch 20 % Vorbereitungszeit

draufpacken – ich bin nicht dagegen, das zu machen –, wenn Sie das verbindlich machen und nicht einfach sagen, wir finanzieren es, wenn es jemand macht, dann bedeutet das, dass die Betriebsgenehmigungen womöglich nicht mehr ausgesprochen werden können. Das bedeutet, dass Dutzende von Plätzen in der Betreuung wegfallen. Herr Merz, ich frage Sie nur, weil ich ja weiß, in welche Richtung Sie das positiv sehen. Aber das sind Fragen, die Sie in der Debatte noch beantworten müssen und die sicherlich auch in der Anhörung thematisiert werden.

Priorität: Wir brauchen Plätze. Wir brauchen im Ballungsraum Plätze ohne Ende. Und wir kommen investiv kaum hinterher, diese zu schaffen. Das müssten Sie in der Debatte noch einmal auflösen; denn hier sehe ich schon eine Möglichkeit, dass Ihr Gesetzentwurf eine falsche Entwicklung unterstützt.

Ich möchte noch einmal auch für meine Fraktion sagen: Wir werden uns nicht mehr von der bereits kindbezogenen Förderung verabschieden, das ist für uns dauerhaft entschieden.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen auf keinen Fall einen erneuten Systemwechsel. Aus meiner Sicht würde das nur Verwirrung bringen.

Wenn Sie sagen, Sie beziehen sich auf reale Personalkosten, bedeutet das, die müssen Sie erheben. Das heißt, wenn Sie wirklich mit realen Kosten und nicht wie Baden-Württemberg mit Pauschalen arbeiten, müssen Sie diese ermitteln. Wo ist denn da der bürokratische Vorteil an Ihrem Gesetz? Das habe ich noch nicht durchschaut, das müssten Sie auch noch einmal darlegen.

Es gibt viele Fragen zu dem Gesetzentwurf, das wird die Anhörung zeigen. Wir haben selbst einen Gesetzentwurf in der Richtung in Vorbereitung. Wir werden natürlich versuchen, die konstruktiven Vorschläge der Anhörung auszuwerten und aufzunehmen. Sie haben auch die Bewertung der Kinder nach Alter übernommen. Auch das muss irgendwie dargestellt, nachgewiesen und kontrolliert werden. Wo Sie jetzt in Ihrem Gesetzentwurf durch die gruppenbezogene Förderung wirklich so deutlich entlasten, das erscheint mir auch noch nicht nachvollziehbar.

Ich habe es mir einmal in Baden-Württemberg angesehen: Ich würde mir auch einmal die Zahlen ansehen, was die Freistellung der Leitung kosten würde. Da sind wir gleich bei 200, 300 Millionen €. Da sind wir in ganz anderen Dimensionen, wenn Sie die tatsächlich zur Verfügung stellen wollen. Bei der Finanzierung und beim Durchrechnen dessen, was Sie hier tun, sind wir sehr an den wirtschaftlichen Berechnungen interessiert, die Sie dort zugrunde legen. Wir haben uns nämlich vorgenommen: Wir wollen erst ausreichend Plätze, wir wollen eine sehr gute Qualität, und wenn das gewährleistet ist, dann wollen wir die Kostenfreiheit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

René Rock (FDP):

Warum wollen wir nicht alles gleichzeitig? – Weil wir nicht sehen können, wie sich alles gleichzeitig finanzieren

lässt. Das ist der Hauptkritikpunkt, den ich sehe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, ich habe keine weitere Wortmeldung vorliegen.

(Zuruf: Doch!)

– Es gibt ja keine Redezeit mehr.

(Minister Stefan Grüttner: Es gibt doch eine Gesamtfraktionsredezeit! – Zurufe)

– Wir sind bei einem Gesetzentwurf, Herr Staatsminister, nicht mehr beim Haushalt. – Das Wort hat Herr Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Ich weise darauf hin, dass er sich gemeldet hat, bevor ich mich zu Wort gemeldet habe. Ich gehe dann davon aus, dass er auch auf die Wortmeldungen davor Bezug nimmt. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist sichtlich ein Thema, das einer intensiven Diskussion bedarf, und zwar in den unterschiedlichsten Facetten, die dabei eine Rolle spielen.

Herr Bocklet hat auf Drucks. 19/3067 vom 26. Januar 2016 Bezug genommen. Das war der Gesetzentwurf der SPD zur Beitragsfreistellung von fünf Stunden im zweiten Kindergartenjahr – und nicht mehr. Jetzt sind eineinhalb Jahre vergangen, und wir reden über einen Gesetzentwurf der SPD im Hinblick auf die Beitrags- und Gebührenfreiheit nicht nur im zweiten Kindergartenjahr, sondern vom Krippenjahr an, plus die gesamte Leitungsfreistellung, die er in den Blick genommen hat.

Ich weiß gar nicht, wie ich das bewerten soll. Die Fragestellung der Beitragsfreiheit frühkindlicher Bildung ist sicherlich ein Thema, das uns alle beschäftigt und das uns alle unter gewissen Gesichtspunkten dazu bringt, die richtigen Wege zu finden, um Eltern und anderen Hilfestellung zu leisten. Aber an dieser Stelle unter dem Gesichtspunkt von Beitragsfreistellung, Leitungsfreistellung, pädagogischen Zeiten und vielem anderen mehr das Füllhorn auszuschütten, das weist nicht unbedingt in eine solide politische Richtung.

Wir reden hier über Maßnahmen, die nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten unverantwortlich sind, sondern auch mit Blick auf die Trägerinnen und Träger von Kindertagesstätteneinrichtungen. Wir haben uns vor einiger Zeit sehr bewusst entschieden, von der gruppenbezogenen Förderung auf die kindbezogene Förderung umzusteigen, unter dem Gesichtspunkt „Geld folgt Kind“. Dies alles wird durch diesen SPD-Entwurf ad absurdum geführt.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Es ist auch absurd!)

Das heißt, bei maximal 25 Kindern pro Gruppe bedeutet dies ab 26 Kindern die zweite Gruppe und damit eine Vollfinanzierung.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wenn ich Träger bin – Träger sind nun einmal diejenigen, die das Beste für ihre Einrichtungen und für alle wollen, die sie betreuen –, dann lese ich den Gesetzentwurf und sa-

ge; minimal 15 Kinder. Ich gehe von einer dreigruppigen Kindertagesstätte mit jeweils 25 Kindern pro Gruppe aus, also 75 Kindern. Dann kann ich in Zukunft aus drei Gruppen fünf Gruppen à 15 Kinder machen. Ich kann an dieser Stelle den Fachkraftschlüssel von sechs Personen plus Ausfallzeiten auf zehn Personen plus Ausfallzeiten erhöhen. Selbstverständlich kann ich das. Selbstverständlich kann ich das nach diesem Gesetzentwurf tun.

Ich weiß gar nicht, wie ich die Fachkräfte bekomme. Ich weiß nur eines: Wenn ich als Land einer kommunalen Pflichtaufgabe einen Freibrief gebe, alles zu tun, was man möchte, wird es letztlich dazu führen, dass man es tut. Das hat nichts mehr mit Qualität zu tun, und es hat nichts mehr mit Verantwortlichkeit zu tun.

Was mich die gesamte Zeit beschäftigt, seitdem ich den SPD-Gesetzentwurf gelesen habe, ist die Tatsache: Alle Verantwortlichkeit für die Kinderbetreuung, die kommunale Pflichtaufgabe ist, wird verlagert von der kommunalen Seite aufs Land. Diese Frage müssen wir ernsthaft diskutieren.

(Gerhard Merz (SPD): Zwei Drittel!)

– Nein, nicht zwei Drittel; denn Sie ziehen keine Grenze ein. Wenn wir die Statistik – deswegen sage ich das mit Zahlen – von 2015 zu Rate ziehen, die letzte reale Statistik, dann sind es 2,4 Milliarden € für die Kinderbetreuung. Herr Schmitt bestätigt diese Zahl. Dann bedeutet das bei zwei Dritteln – 75 % sind 1,8 Millionen €, davon 80 % – 1,4 Milliarden €.

(Norbert Schmitt (SPD): Personalkosten!)

– Ausschließlich Personalkosten.

(Gerhard Merz (SPD): Nein!)

Herr Schmitt, der Gesetzentwurf, den Sie vorlegen, zielt ausschließlich auf Personalkosten ab: 1,4 Milliarden € Personalkosten, die das Land zu übernehmen hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Und wie ist das Soll im KFA?)

Das ist die Aussage, die Sie treffen. Sie geht aus von 2015.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Ich höre Ihnen gerne zu, aber vielleicht hören Sie mir auch zu. – Das geht aus von 2015, Status quo. Herr Rock hat die Entwicklung der Kindertagesstätten gezeigt. Das ist eine Entwicklung, die wir fördern. Von 2015 auf 2017, 2018 bis 2022 wird es extrem steigen. Sie gehen dann noch von 20 % für mittelbare pädagogische Zeiten Leitungsfreistellung plus entsprechende Gruppenfreistellung aus. Das bedeutet, dass diese 1,4 Milliarden €, wenn wir vom Status quo 2015 ausgehen, im Jahr 2022 – so lang wirkt der Gesetzentwurf – um ein Vielfaches überzogen werden. Aber Sie gehen bei Ihren Finanzierungsvorschlägen vom Status quo 2017 aus, und zwar unter dem Gesichtspunkt ungedeckter Schecks, der Frage des Länderfinanzausgleichs und anderer Punkte.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Minister, die Redezeit der Fraktionen ist abgelaufen.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Das glaube ich Ihnen gerne. Aber ich muss noch zwei Sätze sagen.

(Heiterkeit)

An dieser Stelle wird sehr deutlich, mit welchen ungedeckten Schecks Sie im Hinblick auf die Finanzierung Ihrer Vorstellungen arbeiten. Deswegen sage ich: In jeder Beziehung – das werden wir auch morgen und übermorgen in den Diskussionen, die noch folgen, sehr deutlich darlegen – ist das, was Sie vorgelegt haben, ein ungedeckter Scheck. Es ist ein Versprechen, um Menschen schlicht und einfach auf einen Weg zu führen, der vollkommen unrealistisch ist. Ich finde, das hat mit realistischer und realer Politik nichts zu tun. Insofern werden Sie damit umgehen müssen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Merz, SPD-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt müssen wir ein paar Sachen klarstellen! Das war ein bisschen wirr! – Gegenruf des Abg. Manfred Pentz (CDU): Es ist alles gesagt!)

Gerhard Merz (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll;

(Heiterkeit – Manfred Pentz (CDU): Es ist alles gesagt!)

denn ich habe in diesen letzten Wortbeiträgen so viel Unsinn gehört.

Ich fange einmal damit an: Herzlichen Dank, Herr Minister, dass Sie mir Gelegenheit geben, hier noch einmal zu sprechen.

Ich fange mit der Verwirrung an, was Kosten und Mehrbelastung des Haushalts betrifft, also mit den ernsthaften Fragen, die auch Sie aufgeworfen haben und die insbesondere Kollege Rock aufgeworfen hat.

Der letzte verfügbare Stand

(Minister Stefan Grüttner: 2,4 Milliarden €!)

– ja –, inklusive der gesamten Investitionskosten –

(Minister Stefan Grüttner: Nein!)

– Doch. Natürlich ist es so. Der Stand der Betriebskosten für die Kinderbetreuung in Hessen ist 2,1 Milliarden €, Herr Staatsminister,

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Minister, ich darf Sie bitten, nicht von der Regierungsbank aus zwischenzurufen.

Gerhard Merz (SPD):

davon zwei Drittel. Es ist die Frage gestellt worden, wieso es zwei Drittel sind. Wir haben uns an Baden-Württemberg

orientiert, das in grün-roten Zeiten genau diese Regelung für die U-3-Finanzierung zugrunde gelegt hat,

(Beifall bei der SPD)

ausschließlich U 3, aber mit einer anderen Umsetzung im dortigen Finanzausgleichsgesetz.

Zwei Drittel sind die Größe, auch weil wir wollen, Herr Minister und Herr Dr. Bartelt, dass die Kommunen nicht nur in der operativen und juristischen Verantwortung, sondern auch in der finanziellen Verantwortung bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen zwei Drittel und nicht vier Fünftel und vor allem nicht alles. Das ist schon wohlüberlegt. Das habe ich hier auch schon oft erzählt.

Zwei Drittel von 2,1 Milliarden € sind 1,4 Milliarden €. Das Land gibt zum Zeitpunkt 2015 nach Ihren eigenen, hier immer wieder vorgetragenen Bekundungen 460 Millionen €. Das macht eine Differenz von 960 Millionen €. Wenn man den derzeitigen Stand der Zuwendungen des Landes nimmt und die Differenz zu dem berechnet, wohin wir wollen, macht es 960 Millionen € am Ende des Jahres 2022 aus, nämlich in der Endausbaustufe. Dazwischen ist es weniger.

Das sind aber die Mehrkosten, die sich aus den Neuregelungen im Gesetz im Verhältnis zu dem ergeben, was derzeit die gesetzlichen Vorgaben sind.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Jetzt kommen wir zu dem, was ein Gesetzentwurf verlangt, nämlich eine Abschätzung der Mehrbelastungen des Haushalts. Bei den Mehrbelastungen des Haushalts ist nicht nur das zugrunde zu legen, was an Mehrkosten entsteht, sondern auch gegenläufige Wirkungen. Wir haben z. B. Auswirkungen auf den Kommunalen Finanzausgleich, die sich daraus ergeben, dass wir die ganze Finanzierung der Kinderbetreuung aus dem Kommunalen Finanzausgleich herausziehen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Nein, das ist auch nicht gut zu rechnen. Das will ich Ihnen gerne zugeben. Es ist nicht gut zu rechnen, und insofern ist das eine Zahl, die stimmen kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Doch, es ist berechenbar!)

Das kann aber auch um 10, 20, 30 Millionen € abweichen. Das wird die Zukunft zeigen.

Herr Kollege Boddenberg, die Mehrkostenberechnung ist ganz gut belastbar. Aber sie ist dynamisch. Natürlich ist sie dynamisch. Das ist doch Sinn und Zweck der Übung.

(Günter Rudolph (SPD): Wie in Baden-Württemberg!)

Jetzt zu der Frage – Kollege Rock und auch andere haben es gefragt –, wie es gerechnet wird. Das ist relativ einfach. Wir wollen – das haben wir sehr ausführlich mit uns selbst und auch mit freien Trägern und mit kommunalen Vertretern diskutiert – zurückkehren zur gruppenbezogenen Betrachtungsweise. Das bedeutet, wir haben, weil wir den Fachkraftschlüssel selbst nicht ändern, bei der Ü-3-Gruppe 1,75 Basisabdeckungsfachkräfte pro Gruppe. Darauf kommen 20 % mittelbare pädagogische Zeiten. Darauf kommen 20 % statt derzeit 15 % Ausfallzeiten. Darauf käme dann eine Leitungsfreistellung von derzeit fünf Stunden

pro Gruppe. Auch darüber haben wir lange diskutiert, Frau Kollegin Schott, und ich weiß, dass das ein kritischer Punkt war und nach meiner fachlichen Perspektive auch nach wie vor ist. Aber wir haben uns an dem orientiert, was wir gerade noch für machbar halten.

Dann kommen Sie zu einem Tableau. Nehmen wir eine viergruppige Einrichtung. Es ist relativ einfach gerechnet, welche Fachkraftstunden Sie dann brauchen. Zugrunde gelegt wird der jeweils gültige Tarifvertrag. Das heißt, der Träger macht seine Personalbedarfsberechnung auf dieser Grundlage. Diese ist ziemlich einfach. Er macht dann eine Abrechnung unter Zugrundelegung des geltenden Tarifs in der geltenden Eingruppierung bzw. Einstufung. Das reicht er beim Land ein. Dann bekommt er die 82,5 % der Personalkosten.

Wie gesagt, wir sind von den Betriebskosten weggegangen, weil man dann bei der Ermittlung der Sachkosten relativ komplizierte Verhandlungen mit den Kommunen und freien Trägern hätte führen müssen. Das hatte ich in meiner Eingangsrede erwähnt.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Merz, die Redezeit ist zu Ende.

Gerhard Merz (SPD):

Ich bin gleich fertig. – Man hätte zu ziemlich schrägen Pauschalierungen kommen müssen. Deswegen sind wir auf eine Regelung ausgewichen, die sich auf die Personalkosten konzentriert. Das ist das Einfachste.

Ich sehe der Anhörung und der weiteren Debatte mit großer Freude entgegen, weil ich jetzt schon im Vorfeld sehr viel Zustimmung zu diesem Grundansatz und auch zu vielen der konkreten Regelungen gehört habe. Wir sehen uns wieder. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Staatsminister Grüttner.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Frau Präsidentin! Herr Kollege Merz, wir werden uns an den verschiedensten Stellen wiedersehen. Wir werden an dieser Stelle nachfragen, welchen Manipulationen Ihr System Tür und Tor öffnet.

(Günter Rudolph (SPD): Wie bitte?)

– Welchen Manipulationen Ihr System Tür und Tor öffnet.

Nach wie vor sage ich bewusst und mit aller Klarheit: Geld muss der Fragestellung der betreuten Kinder folgen. – Das ist eine Entscheidung gewesen, der in diesem Landtag mit Mehrheit gefolgt worden ist. Nicht der Gruppe, sondern den betreuten Kindern muss das Geld folgen. An dieser Stelle werden wir uns wieder treffen.

Wir werden uns auch bei der Fragestellung wieder treffen, welche Möglichkeiten Sie im Hinblick auf die Gestaltung von Finanzierungsströmen von der kommunalen Seite zur Landesseite oder von der Landesseite zur kommunalen

Seite eröffnen. Natürlich werden wir uns an dieser Stelle wieder treffen. Wir werden dies intensiv diskutieren.

Es bleibt ein Grundsatz. Dieser Grundsatz trägt diese Landesregierung. Der Grundsatz lautet: Die Betreuung, Bedarfsplanung und Zurverfügungstellung von Plätzen für Kinderbetreuung sind kommunale Pflichtaufgabe. – Ihr Gesetzentwurf verlagert diese Pflichtaufgabe von den Kommunen zum Land.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein!)

Diesen Weg gehen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Kollege Rock für die FDP-Fraktion.

(Unruhe)

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, wir debattieren zwar über Kindergartengebühren, aber wir sollten uns nicht benehmen wie in einem Kindergarten. Bitte lassen Sie den Redner zu Wort kommen.

René Rock (FDP):

Dazu ist das Thema auch viel zu wichtig. Wie intensiv um diese Uhrzeit gestritten wird, zeigt, dass es eines der entscheidenden Themen ist, mit denen wir uns auch nächstes Jahr auseinandersetzen. Deshalb appelliere ich noch einmal an die Kollegen der SPD, die Zahlen deutlicher zu machen und zu versuchen, auf den neuesten Stand zu kommen. Wir haben heute schon 10 % mehr Einrichtungen, als 2015 zugrunde gelegt worden sind. Sie haben eine massive Ausweitung des Personalschlüssels ab 2020 vorgesehen. Es geht um einen verbindlichen Aufbau, der deutlich höhere Personalkosten nach sich zieht.

Ich habe deutlich gemacht, dass ich den Ansatz der Qualitätsverbesserung mittrage. Aber wenn wir uns über das Thema auseinandersetzen, müssen wir uns irgendwann einigen, über welches Geld wir reden. Das ist auch für uns interessant. Auch wenn andere Gesetzentwürfe einbringen, müssen wir wissen, über welches Geld wir reden. Herr Schmitt hat gerufen: „KFA, KFA!“ – Wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie der Landesregierung vorgeworfen, dass die Hälfte dieser 310 Millionen €, die die Freistellung im Gesetz von CDU und GRÜNEN ausmacht, den Kommunen zusteht. Das haben Sie doch auch kritisiert. Es geht darum, dass wir die Kommunen aus unseren Landesmitteln freistellen und dem KFA nicht wieder über irgendwelche Umwege Geld entziehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, so ist es! Ja!)

Ich will nur genau wissen, wie Sie es denken. Das will ich einmal verstehen.

Nach den Zahlen, die uns heute vorliegen, sind 223 Millionen € für die Drei- bis Sechsjährigen im Jahr 2017 vorgesehen. Das sind aus dem kommunalen Haushalt, den ich mit meinem kommunalen Mandat verantworte, 12 % der realen Kosten. Das kann man extrapolieren.

Hier stehen 175 Millionen € für U 3. Für U 3 gibt uns das Land rund 25 % der Kosten. Auch das kann man relativ einfach hochrechnen. Ich gehe von einer Gemeinde mit 20.000 Einwohnern im Rhein-Main-Gebiet aus. Im ländlichen Raum ist es ein bisschen günstiger und in Frankfurt deutlich teurer. Das gibt also schon einen Anhaltswert. Wenn Sie dann noch 20 % bis 25 % mehr Personal oben drauf packen, kann man grob schätzen, welche Dimension herauskommt. Ich bitte Sie, darauf eine Antwort zu geben.

Der zweite Punkt betrifft meine Frage, auf die Sie nicht eingegangen sind. Es geht um die Bereitstellung von Plätzen. Die kindbezogene Förderung sorgt dafür, dass die vorhandenen Plätze ausgeschöpft werden. Das ist ein positiver Nebeneffekt bei der Frage, wie ich den Einrichtungen die Mittel am besten kindbezogen zuweisen kann.

(Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Wenn Sie den Trägern die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, ob sie eine Gruppe mit 15 Kindern oder mit 25 Kindern betreuen, wird jeder Träger für sich entscheiden, eine geringere Zahl an Kindern pro Gruppe zu betreuen. Diesen Widerspruch sollten Sie auflösen.

Es gibt eine Ausarbeitung des Landes über die Verfügbarkeit von Erziehern. Auch das altersbedingte Ausscheiden von Fachkräften und die Nachbesetzung der Stellen gehören dazu. Es gibt eine Prognose dazu. Aus der Realität der Besuche, die ich gemacht habe, kann ich sagen, es gibt Kindertagesstätten in Großstädten dieses Landes, die nicht mit allen Gruppen in Betrieb gehen können, weil sie nicht in der Lage sind, ausreichend viele Erzieher zu gewinnen, obwohl sie sich sehr viel einfallen lassen, um Fachkräfte in die Großstadt zu ziehen. Das ist ein ganz großes Thema. Wenn es nicht nur Theorie bleiben soll, was Sie in Ihr Gesetz geschrieben haben, muss auch dazu eine gewisse Antwort gegeben werden. Ich kann mir z. B. vorstellen, den Seiteneinstieg besser zu fördern. Dazu gibt es verschiedene Projekte.

Wir sind sehr an einer konstruktiven Debatte interessiert. Wir wollen uns in dieser Debatte nach Möglichkeit auf Zahlen und Maßstäbe verständigen, über die wir hier sprechen können, um später glaubwürdig etwas umsetzen zu können. Jeder hat Interesse daran, dass die Vorhaben auch umsetzbar sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich bin schon ziemlich erstaunt. Nachdem ich vorhin so deutlich an die Adresse von Herrn Dr. Bartelt gesagt habe, dass die Unterstellung der Manipulation durch die Träger unserer Kitas komplett daneben ist, können Sie es hier

nicht unterlassen, anschließend auch noch in die Bütt zu gehen und genau diesen Unfug zu wiederholen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man sollte tatsächlich einen Brief an alle freien Träger in diesem Land schreiben und ihnen mitteilen, dass Sie von einer Regierung geführt werden, die ihnen unterstellt, dass sie bei der erstbesten Gelegenheit manipulativ versuchen, sich Leistungen zu erschleichen. Ich halte das für eine bodenlose Unverschämtheit. Bodenlos!

(Beifall bei der LINKEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir in einem Rechtsstaat leben – wovon ich immer noch ausgehe –, wird es Menschen geben, die betrügen. Das wird immer und überall so sein. Aber dafür haben wir eine Gesetzeslage.

(Zurufe von der CDU)

– Der Minister hat gerade gesagt, dieser Gesetzentwurf öffnet der Manipulation durch die Träger Tür und Tor. Das hat er eben gesagt. Das brauchen Sie nicht zu bestreiten. Das kann man nachlesen.

Wenn irgendjemand an irgendeiner Stelle betrügt, dann kann man natürlich den Rechtsweg beschreiten. Es wird immer und überall Versuche geben, Menschen zu betrügen. Das derart pauschal zu unterstellen ist wirklich bodenlos.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie sagen, Sie wollen deshalb diesen Entwurf abtun. Herr Minister, Sie tun ihn doch nur deshalb ab, weil Sie Ihren Entwurf haben, den Sie eben einmal kurz vor der Wahl auf den Tisch gelegt haben, nachdem Sie vorher monatelang gesagt haben, das Ansinnen entspreche nicht den Interessen der Kinder und der Eltern dieses Landes, das Ansinnen fördere die Reichen, das Ansinnen sei für die Betreuung der Kinder schädlich. Plötzlich zaubern Sie den Entwurf kurz vor der Wahl aus dem Säckel.

(Holger Bellino (CDU): Wann ist denn die Wahl?)

Die Kommunen haben dann festgestellt, dass Ihr Entwurf keiner ist, zu dem sie vorbehaltlos Beifall klatschen können. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen sagen: Dieser Entwurf schafft für uns eine Zwangslage. Denn wir werden unter Druck gesetzt, mitzumachen. Teilweise sind wir dazu gar nicht in der Lage, weil wir nämlich noch richtig Geld draufpacken müssten. Der Verwaltungsaufwand wird größer statt kleiner werden. Das hilft gerade einmal gar nichts. – Bei den Kommunen ist die Begeisterung vollkommen im Eimer.

Jetzt kommt der Entwurf der SPD-Fraktion daher. Er würde für die Kommune tatsächlich eine bessere Situation schaffen. Das kann Ihnen nicht gefallen. Deswegen versuchen Sie mit allen Mitteln, komisches Zeug dazu zu erzählen. Das ist doch wirklich unwürdig.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich haben wir in diesem Land ein Personalproblem. Aber das haben wir schon seit Jahren. Das zu erforschen, haben Sie selbst in Auftrag gegeben. Seit Jahren wissen Sie, dass wir bis zu 25 % der jungen Erzieherinnen und Er-

zieher im ersten Jahr nach der Ausbildung verlieren. Fünf Jahre quälen sich diese Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen, durch die Ausbildung. Dann sagen die Ihnen: Unter diesen Bedingungen kann man nicht verantwortungsbewusst arbeiten. Ich gehe lieber in irgendeinem Supermarkt Regale einräumen.

Das ist doch die Schande. Wenn wir die aus den letzten Jahren hätten, dann hätten wir knapp die Hälfte der Personalprobleme in unseren Kindertagesstätten gelöst. Aber Sie schaffen es nicht, die Kommunen so auszustatten, dass sie die Erzieherinnen und Erzieher anständig bezahlen können. Sie unterstützen keine Kampagne zur Aufwertung. Es bleibt alles, wie es ist. Am Ende wundern Sie sich und sagen: Das ist doch alles so schrecklich, wir können den Personalschlüssel nicht verbessern, weil wir das Personal nicht haben. – Sie haben das Personal in den letzten Jahren gründlich vergrault. Hören Sie endlich damit auf.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Als Nächster spricht Kollege Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mir gefällt das jetzt hier. Ich habe heute Abend auch nichts mehr vor. Es ist nicht meine Weihnachtsfeier.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Deswegen nehme ich gerne die Gelegenheit wahr, auf einige der ernsthaften Fragen zu antworten, die aufgeworfen wurden.

Herr Minister, ich habe Ihnen das schon oft gesagt. Sie sagen immer und immer wieder, die Kinderbetreuung sei eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Ja, danke, das Sozialgesetzbuch VIII lesen kann ich auch selbst. Ich habe es auch gelesen. Sie wissen das.

Aus der Tatsache, dass jemand aufgrund des Gesetzes verantwortlich und operativ zuständig ist – das soll auch so bleiben –, folgert nicht, dass er für die Finanzierung der ganzen Chose ganz oder auch nur überwiegend verantwortlich ist.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Jan Schalauske und Gabriele Faulhaber (DIE LINKE))

Wenn es so wäre, dann wäre die Regelung in Baden-Württemberg, die für Kinder unter drei Jahren getroffen wurde und eine Zwei-Drittel-Finanzierung vorsieht, im Grunde genommen gesetzeswidrig. Ich erinnere daran, dass das unter dem Ministerpräsidenten Kretschmann von den GRÜNEN mit damals roter Beteiligung geschah. Herr Minister, das wäre so, wenn ich Ihrer Logik folgen würde, die aber keine Logik ist. Das ist ein Non sequitur. Das war der erste Punkt.

(Zuruf)

– Das heißt, das ist keine logische Schlussfolgerung. – Das war für die Juristen unter uns. Ich bin keiner.

Zweitens.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Staatsminister, ich bitte auf der Regierungsbank um Ruhe.

Gerhard Merz (SPD):

Der neue Länderfinanzausgleich wird nach Lage der Dinge in Kraft treten. Hessen wird davon profitieren. Wir haben nicht mehr und nicht weniger als das gesagt, dass wir diese Mittel ausschließlich für die Finanzierung unseres Vorschlags der Kinderbetreuung heranziehen wollen. Auch das habe ich von diesem Pult aus schon gesagt. Sie werden von uns nichts anderes als diesen Deckungsvorschlag hören. Das habe ich hier aber schon im Sommer erklärt.

Drittens. Ja, das Kindertagesstätten-Qualitätsgesetz des Bundes, von dem ich hoffe, dass es kommt, ist noch nicht auf dem Tisch. Sie wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Ich finde das nach wie vor nicht logisch. Ich habe gewagt, darauf hinzuweisen, dass ich es nicht logisch und zielführend finde, sich gegen ein Gesetz zu sperren, das einem Bewegungsspielraum lässt und einem gleichzeitig Geld des Bundes zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD)

Daraus zu schließen, ich hätte damit einen Finanzierungsvorschlag im Sinne eines Haushaltsänderungsantrags gemacht, ist wiederum logisch nicht zulässig.

Ich komme jetzt zur Gruppengröße. Das ist etwas, mit dem wir uns lange herumgeschlagen haben. Dabei geht es um die Frage, wie man bei der Rückkehr zu einer gruppenbezogenen Betrachtungsweise die Gruppengröße vernünftig regeln kann. Ich gebe zu, dass ich insbesondere hinsichtlich der Mindestgröße noch nicht am Ende der Überlegung bin.

(Zuruf: Aha!)

– Natürlich nicht. – Herr Minister, wir haben einen Vorschlag gemacht. Sie werden noch erleben, dass Ihr Entwurf, den Sie wahrscheinlich geschrieben haben, den wir morgen diskutieren werden, mehr als eine Änderung erfahren wird. Das wäre auch dringend nötig. Denn so ein Geschluder habe ich schon lange nicht mehr gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darüber wird zu reden sein, und zwar in aller Ruhe. Herr Minister, ich schließe mich übrigens dem an, was Frau Kollegin Schott zu der Unterstellung gesagt hat, es würde hier aller möglicher Unterschleif getrieben werden. Dieser Bemerkung schließe ich mich an.

In Zeiten, in denen wir tatsächlich eine Platzknappheit haben und in denen die öffentlichen Träger der Jugendhilfe für die Kindertagesstätten, also die Städte und Gemeinden, diesen Rechtsanspruch garantieren müssen, möchte ich die Kommune und auch den freien Träger sehen, dem gestattet wird, die Gruppen systematisch mit weniger als 15 Kindern unterauszulasten. Herr Minister, da man sich einklagen kann, ist die Annahme, von der Sie hier ausgehen, völlig unrealistisch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich komme zu meinem vorletzten Thema. Da geht es um die Fachkräfte. Ja, das ist ein Problem. Auch damit haben wir uns herumgeschlagen. Herr Rock, meine vorläufige Antwort ist die. Sie geht in die Richtung, die Frau Kollegin

Schott angesprochen hat. Wir verlieren im Moment eine ganze Menge an Kräften durch Teilzeitarbeit oder durch Nichtwiedereintritt nach Elternzeit und alles Mögliche.

Ich bin fest davon überzeugt, dass man das zumindest teilweise abstellen könnte, wenn man die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen und übrigens auch die Gehaltsbedingungen verbessert. Das würde möglich, weil wir den Kommunen Luft verschaffen würden. Wenn dieser Beruf attraktiver wird, dann wird es auch gelingen, dem einen Riegel vorzuschieben. Es wird dann auch gelingen, mehr junge Leute für diesen Beruf zu begeistern.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Kollege Merz, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

Gerhard Merz (SPD):

Das ist die vorläufige Antwort darauf. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Das Wort erhält Herr Kollege Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man findet es in einem alten Wortprotokoll. Viele von Ihnen werden sich an einen Wortbeitrag des Kollegen Merz erinnern, der einmal sagte: Mit Zahlen habe ich es nicht so. – Das hat er einmal gesagt. Ich glaube, das war erst vor einigen Wochen. Ich glaube, wir können das alle heute bestätigen: Herr Merz, der Urheber des Gesetzentwurfs, hat es nicht so mit Zahlen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es bleiben doch zwei Fragen offen. Trotz allem Geschwurbel bleibt doch eine Frage unbeantwortet. Wie hat er das jetzt genannt? Er sagte: dahingeschludelter Gesetzentwurf.

Vor einem Jahr hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Freistellung von Beiträgen für das zweite und dritte Kindergartenjahr gefordert wurde. Da ging es um fünf Stunden und um 120 € und nicht um 136 €.

Wie viel haben Sie noch vor einem Jahr geschludert, muss man fragen. Offensichtlich haben Sie vor einem Jahr die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Was ist eigentlich innerhalb eines Jahres passiert? Das, was Sie vor einem Jahr gefordert haben, wurde jetzt von der Regierung und von der Koalition verbessert vorgelegt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie kommen Sie eigentlich dazu, dass das plötzlich geschludert sein soll?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich sage es Ihnen; ich habe auch eine Antwort darauf.

(Zurufe der Abg. Nancy Faeser und Heike Hofmann (SPD))

Wenn Sie merken, dass es bestimmte politische Probleme in diesem Land gibt, derer sich diese Regierungskoalition annimmt – ob es die Schulsozialarbeit ist, ob es die Erhöhung des Sozialbudgets auf 118 Millionen € ist, ob es bei der Schulpolitik die Frage des Sozialindex und vieles andere ist –: Ein gelöstes politisches Problem ist für Sie ein verlorenes Wahlkampfthema.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh, oh!)

Wissen Sie, was mich am meisten enttäuscht? Von der Linkspartei sind wir es gewöhnt, dass es völlig wurscht ist, was die Sache kostet.

(Manfred Pentz (CDU): Ja, genau!)

Die Linkspartei hat schon immer die Gelddruckmaschine im Keller gehabt. Aber dass die SPD jetzt wirklich nur noch in Milliardenbeträgen umhertaumelt: mindestens 1 Milliarde € Erhöhung KFA-Mittel – konservativ geschätzt; aber Herr Merz hat es ja nicht so mit Zahlen –,

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

1 Milliarde € für die gebührenfreien Kitas, 500 Millionen € für Wohnungsbau, 240 Millionen € für die Hessenkasse, 240 Millionen € für die Erhöhung der Besoldung, 230 Millionen €, weil Sie die Grunderwerbsteuererhöhung ablehnen, 80 Millionen € – – Das ist ja schon Kleingedrucktes. Damit befasse ich mich erst gar nicht mehr. Wir sind weit über 3 Milliarden €.

(Gerhard Merz (SPD): Ach, ja!)

Man muss sich jetzt einfach einmal zu Gemüte führen, dass Sie

(Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

– bei einem Ausgabenvolumen des hessischen Landeshaushalts von 30 Milliarden € – tatsächlich vor die Bevölkerung treten und sagen wollen: Es ist mir völlig wurscht, es wird schon irgendwie gehen. Es kommt dann eben irgendwie aus dem Haushalt.

(Unruhe bei der SPD und der LINKEN)

Das ist doch der Verlust jeglicher Seriosität. Das ist eine finanzpolitische Geisterfahrt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich bin im zehnten Jahr Sozialpolitiker. Ich habe fast um jeden einzelnen Euro Erhöhung gerungen. Es waren Millionenbeträge; sie waren schon schmerzhaft zu erkämpfen.

(Günter Rudolph (SPD): Ist Ihnen das nicht schon peinlich?)

Meine Fraktion und die Koalition werden weiter dafür kämpfen, dass dieses Land gerechter wird. Da stehen wir Seite an Seite.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Anhaltende Unruhe bei der SPD und der LINKEN)

Aber wir werden uns nicht auf diesen Wettbewerb von finanzpolitischer Geisterfahrt einlassen, nur noch Milliarden zu fordern, egal woher das Geld auch immer kommt. Es nimmt Sie niemand mehr ernst.

(Günter Rudolph (SPD): Das müssen Sie gerade sagen!)

Sie übertreiben maßlos und merken es nicht einmal mehr.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Unruhe bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

(Zurufe: Oh, oh, oh! – Allgemeine Unruhe)

– Können Sie bitte noch einen Moment zuhören, damit ich nicht so schreien muss? – Ich habe keine weiteren Wort-

meldungen. Damit ist die erste Lesung des Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion, Druck. 19/5467, abgehalten.

Wir überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss.

Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend. Kommen Sie gut erholt morgen früh wieder.

(Heiterkeit)

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 19:54 Uhr)